Dienstag, 4. März 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 53 - 10.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1500 L. Jugoslawien 275.00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts.

exklusiv in der WELT:



Amerika braucht Europa und die Europäer brauchen Amerika. Aber nicht immer ist das Verhältnis frei von Störungen. „Die Nordamerikaner können nicht hoffen, die andere Seite des Nordatlantiks zu verteidigen, wenn die Europäer nicht den größten Teil dieser Last selber tragen", schreibt der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt in seinem Buch „Eine Strategie für den Westen." Heute die neunte und letzte Folge der WELT-Serie. Seite 6

POLITIK

Spannungen: Nach der Ermordung des Bürgermeisters von Nablus haben sich die Spannungen in den von Israel besetzten Gebieten verschärft. In dem Palästinenserlager Balata kam es zu Auseinandersetzungen mit israelischen Soldaten; ein Demonstrant wurde erschossen.

Polen: *Papst Johannes Paul II. ist* bereit, den polnischen Staats- und Parteichef Jaruzelski im Vatikan in Privataudienz zu empfangen. Dies erklärte Vatikansprecher Joaquin Navarro Valls, nachdem Berichte über eine geplante Reise Jaruzelskis nach Rom bekannt geworden waren.

Anschläge: Baskische Separatisten haben in vier Städten des französischen Baskenlandes fünf Bombenanschläge verübt. Auf Flugblättern hieß es, die Attentate seien eine Vergeltung für die Hilfe, die Polizei und Bevölkerung der spanischen Anti-Terror-Gruppe GAL gewährten.

Neuseeland: Die Anti-Nuklear-Politik Neuseelands schwächt nach Auffassung Washingtons die Position des Westens bei den Genfer Rüstungskontrollverhandlungen. *Neuseeland verbietet seit einem Jahr nuklear angetriebenen oder bewaffneten Schiffen das Anlaufen seiner Häfen.*

China: Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung der Geburtenkontrolle werden in China allmählich abgebaut. Die politische Linie, die „Ein-Kind-Familie" durchzusetzen, werde sich jedoch nicht ändern, hieß es in der „Volkszeitung".

Österreich: In einer Volksbefra*gung hat sich die* Mehrheit der Niederösterreicher für eine eigene Landeshauptstadt ausgesprochen. Favorisiert wird St. Pölten. Gegenwärtig hat die niederösterreichische Landesregierung ihren Sitz in Wien. (S. 5)

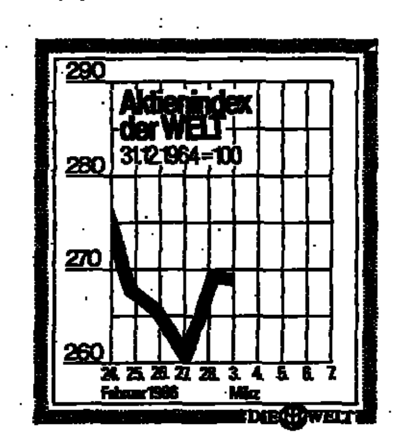
Albanien: Die Witwe des albanischen Staats- und Parteichefs Hodscha, Nedschimje Hodscha, ist zur Vorsitzenden des Generalrats der „Demokratischen Front" gewählt worden. Darin sind die größten Massenorganisationen des Landes vereinigt.

Kritik: Der frühere Düsseldorfer Landwirtschaftsminister Bäumer (SPD) hat Kanzlerkandidat Rau vorgeworfen, dem Umweltschutz nicht den gebührenden Platz in seiner Politik einzuräumen. Er sieht zugleich die Gefahr, daß der SPD-Vorsitzende Brandt „augen*zwinkernd" die Grünen hofiert* und damit Raus Bemühungen konterkariert, „Rot und Grün" strikt zu trennen.

WIRTSCHAFT

Handel: Vor jedweden dirigistischen Eingriffen hat DIHT-Präsi*dent Otto Wolff* gewarnt. *Für den* Handel seien aggressive Preis- und Standortpolitik feste Bestandteile *unternehmerischer* Strategie. (S. 11)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen nach unsicherem Beginn überwiegend fester. Die Nachfrage konzentrierte sich auf die Großchemie. Am Rentenmarkt setzte sich eine leichtere Tendenz durch. WELT-Aktienindex 269,60 (269,88). BHF-Rentenindex 106,635 (106,639). BHF-Performance-Index 102,584 (102,559). Dollar-Mittelkurs 2,2207 (2,2185) Mark. Goldpreis pro Feinunze 335,60 (339,15) Dollar.



KULTUR

Tanz: Ein Abend mit 70 Balletten im *Frankfurter Theater am Turm* – so viele wurden noch nie an einem einzigen Abend uraufgeführt. Die Eindrücke verwischten sich angesichts rascher choreographischer Folgen. (S. 20)

Medea: *Liliana Cavani inszenierte Cherubinis Médée an der Pariser Opéra* – späte Liebe zum hohen Pathos. Sie läßt schon deutliche Linien ihres Opern-Schaffens erkennen; *ihr geht es um Oper der* klassischen Periode. (S. 21)

SPORT

Fußball: Diethelm Ferner, seit 1983 Trainer von Schalke 04, hat fristgemäß zum Saisonende gekündigt – eine Reaktion auf Inter*view-Äußerungen* des Vereinspräsidenten Hans-Joachim Fenne. (S. 8)

Tennis: Der Streit zwischen Boris Becker *und Wilhelm Bungert,* dem Kapitän des deutschen Daviscup-Teams ist immer noch *nicht beendet.* Beide treffen sich in Mexiko zu einem Gespräch unter vier Augen. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Eisbrecher: *Sich* türmende Eisschollen (Foto) behindern in diesen Tagen in immer stärkerem Maße die Schiffahrt in Nord- und Ostsee. Da hilft mit seinem „Hammerkopfbug" der Eisbrecher „Max Waldeck"; er zerschmettert das Eis und zieht Schneisen, er hämmert nachgerade festliegende Schiffe frei. (S. 22)



Ali Agca: Der Papst-Attentäter und die Hintergründe der Tat sind Thema eines mehrteiligen Fernsehfilms. Das Drehbuch verzichtet auf jede Stellungnahme. Die Titelrolle spielt Christopher Buchholz, der Sohn von Horst Buchholz und Myriam Bru. Die Ähnlichkeit mit dem rätselhaften Türken ist verblüffend. (S. 22)

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Union verspricht Landwirten zusätzliche finanzielle Hilfen

„Neue Märkte für Agrarprodukte erschließen" / Stärkung der Alterssicherung

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Union tritt dafür ein, kurzfristig den Landwirten in den benachteiligten Gebieten mit Ausgleichszahlungen und mit staatlichen Hilfen für *die Alterssicherung unter die Arme* zu greifen. Dies geht aus dem Konzept hervor, das die Agrarkommission von CDU und CSU unter dem Vorsitz des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht ausgearbeitet hat und das den Vorsitzenden der beiden Parteien zugeleitet wurde. Die von der Regierung Kohl bereits ergriffenen Maßnahmen summierten sich *im Laufe mehrerer Jahre* auf mehr als 20 Milliarden Mark.

Die Union spricht sich gegen alle Vorschläge aus, die Erzeugerpreise zum Abbau der Überschüsse drastisch zu senken und zum Ausgleich *direkte, möglicherweise nach sozia*len Gesichtspunkten gestaffelte Subventionen zu zahlen. „Generelle Ein*kommensübertragungen* als Ersatz für eine landwirtschaftliche Markt- und Preispolitik führen zu unmittelbarer Abhängigkeit der landwirtschaftlichen Einkommen von den öffentlichen Haushalten", heißt es in dem Papier. Überdies sei dies auch nicht finanzierbar, da die Bundes*republik der größte* Nettozahler in der EG ist.

Die CDU und CSU halten daher *daran fest,* daß die Markt- und Preispolitik die wesentliche Grundlage für die Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen bilden müsse. Allerdings könne die Strategie der Sicherung angemessener Einkommen über die Preise nur dann erfolgreich sein, wenn es gelinge, „auf andere, bessere Weise die Agrarüberschüsse abzubauen". Nur wenn die Überproduktion mittelfristig beseitigt werde, könne der preispolitische Spielraum zurückgewonnen werden. *Dazu sei vor allem notwendig:*

● Erschließung neuer Märkte für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Da*bei gehe es um den vermehrten* Anbau von Eiweiß-Futterpflanzen, vor allem jedoch um die Öffnung industrieller Märkte (Treibstoff, Stärke, Faserstoffe) für die Landwirtschaft. Nach den Berechnungen der Kommission erfordert die Erzeugung nachwachsender Rohstoffe zu wettbewerbsfähigen Preisen bereits heute weniger Subventionen als die Verschleuderung der Überschüsse auf dem Weltmarkt.

● Herausnahme von Betrieben aus der landwirtschaftlichen Produktion auf freiwilliger Basis gegen Ausgleichszahlung (Marktentlastungsprämien): Die Flächen könnten für den Umwelt- und Naturschutz genutzt werden. Die Marktentlastungsprämie solle älteren Landwirten gewährt werden, die ihre Produktion aufgeben. Sie solle zur Hälfte von der EG und von den Mitgliedstaaten – in der Bundesrepublik von den Bundesländern – aufgebracht werden. Sinnvoll sei dies aber nur, wenn die Maßnahme einheitlich in der EG durchgeführt wird.

Da dies erst mittelfristig greifen kann, müßten kurzfristig flankieren*de Maßnahmen ergriffen werden.* So sollten die Bauern einen Ausgleich für die Erhaltung der Kulturlandschaft erhalten. Das Programm für Bergbauern sollte ausgedehnt werden. CDU und CSU wollen auch die von ihnen geschaffene landwirtschaftliche Alterssicherung weiter stärken.

DER KOMMENTAR

Risiko-Gruppe

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die Union hat die Bauern als Risikogruppe erkannt. Und zwar nicht erst seit den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein. Gleichwohl werden sich die rheinischen Bauern, die heute gegen Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle demonstrieren wollen, durch das neue agrarpolitische Konzept von *CDU und CSU nicht von ihrem* Vorhaben abhalten lassen.

Dieses zu erwarten wäre ebenso unrealistisch, als würde man an das Unionspapier als Meßlatte eine wissenschaftliche Untersuchung oder ein konkretes Programm des zuständigen Ministeriums anlegen.

Es handelt sich, wie auch bei den Konzeptionen der beiden anderen traditionellen Parteien, um Absichtserklärungen, die zwangsläufig vage bleiben müssen, die aber eines ganz deutlich zeigen: Die Union versteht sich als Anwalt der Landwirtschaft und tritt auch so auf. Die zusätzlichen Leistungen, die in den vergangenen Jahre gewährt wurden, unterstreichen dies. Diskrepanzen zum Berufsstand – was natürlich nicht für jeden Vertreter gilt – wären künstlich.

Dies mag nicht jeden Bauern zufriedenstellen. Denn die Agrarpolitik der EG, und dieses wird von der Union ausdrücklich konstatiert, befindet sich in einer Krise. Immer mehr Märkte seien durch eine Überversorgung gekennzeichnet, eine Umschreibung dafür, *daß* nicht mehr, sondern weniger produziert werden muß, wenn die Eu*ropäische Gemeinschaft* keinen finanziellen Kollaps erleiden und die Erzeugerpreise wieder *steigen sollen.*

Wer allerdings entgegen den Regeln der Marktwirt*schaft den Preismechanismus* auf dem Acker nicht einsetzen will, der muß an anderer Stelle mehr machen. Wer auf Bio-Sprit setzt und die Subventionen gegen die Kosten der Überschußverwaltung bei Getreide aufrechnet, der muß wissen, daß die Bauern mehr in die Taschen bekämen, wenn die Beträge direkt überwiesen würden. Die Union hat deutlich gemacht, daß sie noch mehr für die Landwirte tun will.

Geißler spricht von „Stimmungswahl"

Brandt zum politischen Erdrutsch im Norden: Absetzbewegung von der Bundespolitik

gba./p. p. Bonn

Die „partiell kritische Stimmung" gegenüber der Bundesregierung ist nach einer von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler vorgetragenen Analyse von CDU-Präsidium und Bundesvorstand schuld am schlechten Abschneiden der Union bei den schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen vom Wochenende. Geißler begründete diese Stimmung mit dem Hinweis darauf, daß zwar notwendige, aber unpopuläre Gesetzesvorhaben wie die Neuregelung des § 116 und die Sicherheitsgesetze derzeit im Bundestag behandelt würden. Fehler der Bonner Koalition nannte auch der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel als Hauptgrund für die starken Verluste der Union. Von den Verlusten der CDU von 5,9 Prozentpunkten gingen etwa fünf Prozent auf das Bonner Konto.

Die CDU-Führung hatte sich am Montag in Bonn unter Leitung des Parteivorsitzenden Bundeskanzler Helmut Kohl ausführlich mit dem Ergebnis befaßt, das der CDU Verluste von knapp sechs Prozentpunkten gebracht hatte. Geißler wies jeden Versuch zurück, die Kommunalwahl im Norden zu einer Testwahl für die nächsten Landtagswahlen in diesem Jahr, geschweige denn für die Bundestagswahl 1987 hochzustilisieren. Er räumte ein, daß dieser Urnengang eine „Stimmungswahl" gewesen sei. Die Bundestagswahl dagegen werde eine „Richtungsentscheidung".

In einem zentralen Punkt waren sich SPD und FDP mit der CDU einig: Das Ergebnis ist auf eine „bestimmte Protesthaltung" (FDP-Generalsekretär Haussmann) gegenüber der Bonner Koalition zurückzuführen. Und der SPD-Vorsitzende Brandt verwies in diesem Zusammenhang auch fast genüßlich auf die gleichgerichtete Feststellung von Barschel. Brandt: „Seit Sonntagabend ist die Absetzbewegung von der Bundespolitik deutlich."

SEITEN 2 UND 4:
Weitere Beiträge

Die SPD-Führung sieht das Wahlergebnis zwar „im Zusammenhang" (Brandt) mit den eigenen Erfolgen im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und bei den Oberbürgermeisterwahlen im süddeutschen Raum, aber sowohl Brandt als auch Spitzenkandidat Engholm grenzen dies auf positive Prognosen für die Landtagswahl im Herbst 1987 in Schleswig-Holstein ein, vermeiden jeden Versuch, den Erfolg zu einem bundespolitischen Signal zu stilisieren. Engholm: Nach diesem „Erdrutsch", der die SPD in allen vier kreisfreien Städten wieder zur stärksten Partei gemacht habe, „*müssen wir nur noch 50 000 Stim*men aufholen".

FDP-„General" Haussmann hofft in anderem Sinne auf positive Auswirkungen des für seine Partei so schlechten Wahlergebnisses: Auch in Nordrhein-Westfalen habe man bei den letzten Kommunalwahlen bei unter fünf Prozent gelegen und bei der Landtagswahl ein Jahr später mit sechs Prozent den Wiedereinzug ins Parlament geschafft.

Inflation so niedrig wie 1967

DW. Wiesbaden

Im Februar sind die Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik Deutschland um 0,7 Prozent angestiegen. Damit war die Teuerungsrate nach Angaben des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden so niedrig wie schon seit Dezember 1967 nicht mehr. Damals waren die Preise um 0,6 Prozent gestiegen.

Von Januar bis Februar 1986 sind die Preise um 0,2 Prozent zurückgegangen. Im Januar hatte die Inflationsrate, so das Statistische Bundesamt, noch 1,3 Prozent betragen.

Krebsärzte für Pflicht-Vorsorge

DW. München

Krebs-Vorsorgeuntersuchungen sollen nach dem Willen der deutschen Krebsärzte so bald wie möglich zur Pflicht werden.

Zu dem heute beginnenden 18. Deutschen Krebskongreß in München erklärte der Präsident der Deutschen Krebsgesellschaft, *Professor* Ekkehard Grundmann (Münster), die geringe Inanspruchnahme der Krebsvorsorge-Untersuchung müsse finanziell geahndet werden. Der Bürger reagiere nur, wenn er am „Geldbeutel" getroffen werde.

Generalstreik lähmt Nordirland

DW. Belfast

Ein von der protestantischen Bevölkerungsmehrheit ausgerufener 24stündiger Generalstreik hat gestern das öffentliche Leben in weiten Teilen Nordirlands lahmgelegt. In Belfast kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen mit der Polizei. Im Norden der Stadt griffen maskierte Jugendliche Polizeiposten an. Die Protestanten wollen mit ihrem Ausstand gegen das britisch-irische Nordir*landabkommen* demonstrieren.

Seite 5: Protestanten drohen

Moskau räumt Versäumnisse ein

DW. Moskau

Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU rechnet die Sowjet-Führung weiter mit der Ära Breschnew ab. In einem Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung prangerte Ministerpräsident Ryschkow die ökonomischen Rückstände aus der Zeit Breschnews an. Unterdessen haben sich die Hinweise verstärkt, daß Außenminister Schewardnadse die internationale Abteilung des ZK über*nehmen* soll.

Seite 10: Gerüchte um Ablösung

Im Mordfall Palme nur Hypothesen

Neben RAF kommen auch Exilkroaten als Täter in Frage / BKA untersucht Fotos der Projektile

gat./W. K. Stockholm/Bonn

Bei der Suche nach dem Mörder des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme erhärtet sich offenbar der Verdacht, daß eine terroristische Gruppe an dem Attentat beteiligt war. *Die Stockholmer Polizei* und *die* deutschen Sicherheitsbehörden konzentrierten sich aber nicht auf die *Möglichkeit eines Anschlags der* links-extremistischen „Rote Armee Fraktion" (RAF). Eine derartige Überlegung sei „*nur eine unter zahl*reichen Möglichkeiten", hieß es bei den Sicherheitsbehörden. Die anonymen Anrufe bei vier schwedischen Botschaftsangestellten in Bonn und bei der Nachrichtenagentur Reuter, in denen eine Verbindung zwischen dem Mord an Palme und der RAF hergestellt wurde, seien kein Beweis.

Wie erst gestern bekannt wurde, hatte ein Mann rund drei Stunden nach dem Attentat den schwedischen Botschaftssekretär in Bonn, Peter Tejler, in dessen Wohnung angerufen und gesagt: „Hier ist die RAF. Wir haben Ihren Ministerpräsidenten ermordet." Tejler, der zu diesem Zeitpunkt noch nichts von dem Mord wußte, versuchte Einzelheiten von *dem anonymen Anrufer zu erfahren.* Doch dieser legte den Hörer auf. In derselben Nacht waren noch drei weitere schwedische Diplomaten angerufen worden, doch bevor sie zum Telefon kamen, hatte der Anrufer jeweils aufgelegt.

In die Ermittlungen wurden als potentielle Attentäter außerdem einbe*zogen: Exilkroaten in Schweden,* besonders eine kleine Gruppe um Miro Baresic, den Mörder des jugoslawischen Botschafters und früheren Geheimdienstchefs Rolowitsch in Stockholm.

Nicht ausschließen will die Polizei auch ein Attentat der Gegner Yassir Arafats innerhalb der PLO. Als Motiv *käme das Bemühen Palmes in* Betracht, den Palästinensern unter der Führung Arafats mehr Gewicht in der Weltpolitik zu verschaffen.

Inzwischen hat die schwedische Polizei in der Nähe des Tatortes eine zweite *Kugel gefunden, die ebenfalls* aus der Waffe des Täters stammt. Nach Informationen der Sicherheits*behörden haben die Kugeln eine Spit*ze aus Kupfer, der Rest besteht aus Blei. Fotos der beiden Projektile sind *mittlerweile an das Bundeskriminal*amt (BKA) in Wiesbaden gefunkt worden, wo eine der größten Geschoß- und Waffensammlungen existiert. Nach einer vorläufigen Auswertung der Bilder könnten die Geschosse im Gegensatz zu Berichten aus Stockholm durchaus aus einer Massenproduktion stammen und lediglich in Schweden nicht zu kaufen sein, sagte ein BKA-Sprecher der WELT.

Präsidium und Fraktionsvorstand der schwedischen Sozialdemokraten bestätigten gestern Ingvar Carlsson *als Parteivorsitzenden bis zum näch*sten Kongreß im Herbst 1987. Damit dürfte auch seiner Wahl zum Regie*rungschef* am 12. März nichts mehr im Wege stehen.

Seite 2: Die nächtlichen Anrufe

Manila: Partisanen greifen an. 20 Tote

DW. Manila

Bei *den ersten Guerrilla-Aktionen* nach dem Sturz des Diktators Ferdinand Marcos und dem Wahlsieg der neuen Regierung unter Staatspräsidentin Corazon Aquino wurden gestern auf den Philippinen zwanzig Menschen getötet. Unter ihnen waren 16 Soldaten. Wie die Nachrichtenagentur PNA in Manila berichtete, sind Rebellen der kommunistischen „Neuen Volksarmee" (NPA) für die Zwischenfälle verantwortlich.

Seite 2: Ja des Parlaments fehlt

WELT-Report Reisen '86

HOR, Bonn

Raus *aus der täglichen Tretmühle,* endlich weg von der Terminhetze, Pause vom Leistungsdruck – diese Stoßseufzer sind die wichtigsten Urlaubsmotive der Deutschen. Das war vor zehn Jahren so und hat sich bis heute nicht geändert. Allerdings: Die Zahl derer, die in den Urlaub fahren, um „aktiv Sport" zu treiben, stieg in den vergangenen zwölf Monaten auf nahezu fünf Millionen. Dieser Ausgabe liegt ein 72 Seiten starker WELT-Report „Reisen '86" bei.

Waldheim: „Keine NS-Vergangenheit"

DW. Wien

Der österreichische Präsidentschaftskandidat Kurt Waldheim hat gestern einen Bericht des Nachrichtenmagazins „Profil" dementiert, in dem es hieß, Waldheim sei 1938 Mitglied in der Reiter-SA und des NS-Studentenbundes gewesen. „Das ist nur ein Teil einer gezielten, häßlichen Kampagne", meinte der 67jährige ehemalige UNO-Generalsekretär, der für die Österreichische Volkspartei kandidiert.

Das Magazin stützt sich auf eine Eintragung im „Wehrstammbuch" Waldheims, das in einem Wiener Archiv entdeckt wurde.

Der Leiter des Jüdischen Doku*mentationszentrums in Wien,* Wiesenthal, verteidigte Waldheim mit der Bemerkung, „die Sowjets hätten 1972 *nie Walheims Wahl zum* UNO-Generalsekretär zugelassen, wenn etwas Belastendes über ihn zu finden gewesen wäre".

Seite 5: Wiesenthal entlastet

Lieferte Frankreich Munition an Iran?

DW. Paris

Der französische Premierminister Laurent Fabius will mit einer offiziellen Untersuchung die Hintergründe einer angeblichen Munitionslieferung Frankreichs an Iran aufklären. Eine Lokalzeitung in Cherbourg hatte geschrieben, Frankreich habe große Mengen Artilleriemunition an Iran geliefert. Zwei Schiffe – der auf den Bahamas registrierte Frachter „Nicole" und der deutsche Frachter „Trautenfels" – hätten im Herbst vergangenen Jahres insgesamt mehr als 100 000 Granaten von Cherbourg zum iranischen Hafen Bander Abbas transportiert. Angeblich war die Munition für Brasilien und Thailand bestimmt. Als Beweis für die Lieferung an Iran druckte die Zeitung Auszüge aus dem Lloyds-Register ab. Die Journalisten der Zeitung fragten, ob Frankreich nicht „dabei ist, auf zwei Hochzeiten zu tanzen, indem es einerseits den Irak und andererseits den Iran mit Waffen beliefert".

Öffentlicher Dienst mit Lohnvorsprung

mk. Bonn

Ein Nachholbedarf des öffentlichen Dienstes bei Löhnen und Gehältern besteht nach den Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft nicht. Zwar sind die Tariflöhne im öffentlichen Dienst von 1976 bis 1985 mit 3,8 Prozent im Jahresdurchschnitt vergleichsweise langsamer gestiegen als die Tariflöhne in der Wirtschaft mit 5,0 Prozent. Aber für den Zeitraum 1969 bis 1985 besteht immer noch ein Lohnvorsprung des öffentlichen Dienstes von 11,7 Prozent. Werden die Dienstalterszulage und die Sozialkomponente beim Ortszuschlag berücksichtigt, so verbessert sich nach Angaben des Instituts die Einkommenssituation im öffentlichen Dienst noch erheblich. Ein Beispiel: Ein beitragspflichtiger lediger Angestellter muß im Monat 950,64 Mark brutto mehr verdienen als ein verbeamteter Kollege, um mit 2606 Mark das gleiche Nettoeinkommen zu erzielen.



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die nächtlichen Anrufe

Von Reiner Gatermann

Schweden ist auf brutale Weise aus einem schönen Traum in die Wirklichkeit zurückgeholt worden, aber so ganz möchte man den Traum doch nicht aufgeben. Nach der Ermordung Olof Palmes klammerte man sich an der Hoffnung fest, der Täter möge ein Geistesgestörter sein, denn dann könnte man das Geschehen als Einzeltat zu den Akten legen und zur Idylle der „offenen Gesellschaft" zurückkehren.

Die Hoffnung mußte aufgegeben werden. Die Fahnder sind mittlerweile überzeugt davon, daß das Attentat länger vorbereitet wurde. Dafür spricht einmal, daß der Kinobesuch vom Ehepaar Palme sehr kurzfristig beschlossen worden war. Die Palme-Wohnung muß also unter ständiger Beobachtung gestanden haben. Zum anderen ist die Mordwaffe, ein Revolver vom Kaliber 357 Magnum, nicht von der Art, wie man sie in Schützensportvereinen verwendet; auch diese Anfangsvermutung gehörte zur Kategorie Wunschdenken.

Nicht mehr als Naivität kann man abtun, daß die schwedische Botschaft in Bonn es nicht für nötig hielt, die deutschen Sicherheitsbehörden sofort über die nächtlichen anonymen Anrufe zu informieren (in wenigstens einem Fall meldete sich der Sprecher namens der RAF), und daß ein Kriminalbeamter in Stockholm es unterließ, die ihm am Samstagvormittag vom Außenministerium übermittelte Nachricht an die Spitze des Fahndungsstabes weiterzuleiten. Diese wurde Sonntag abend von einem Journalisten informiert. Woher diese Versäumnisse – weil nicht sein kann, was nicht sein darf? Denn diese Anrufe wenige Stunden nach dem Mord, mitten in der Nacht, lassen kaum vermuten, daß da bloße Wichtigtuer am Werk waren; woher hätten die auch so schnell die Namen und Telephonnummern der Mitarbeiter der Bonner schwedischen Botschaft *zur Hand gehabt?*

Olof Palmes Nachfolger Ingvar Carlsson hofft, nach der Lösung des Falles wieder zum früheren Umfang des Personenschutzes zurückkehren zu können, der seinem Vorgänger zum *Verhängnis wurde. Das mag, wer will, als Herausforderung* des Schicksals ansehen; die Polizei jedenfalls wird durch das darin ausgedrückte Wunschdenken zusätzlich belastet.

In Nachbars Garten

Von Carl Gustaf Ströhm

Was der Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium Fred Ikle auf der Wehrkundetagung in München den Westeuropäern und besonders den Deutschen ins Stammbuch schrieb, ist wenige Tage zuvor in anderer Form von Gorbatschow auf dem Moskauer KPdSU-Kongreß bestätigt worden. Es gebe keinen Status quo in der Weltgeschichte, hatte er gesagt, offenbar um Befürchtungen in den eigenen Reihen zu zerstreuen. Moskau könne durch die neue Gipfeldiplomatie den Besitzstand des Westens garantieren.

Ikle sagte es etwas differenzierter und natürlich aus einer anderen Perspektive. Der Westen dürfe sich nicht auf die von den Westeuropäern so gern zitierte „Stabilität" zwischen Ost und West verlassen, sondern müsse seine technologische und ökonomische Überlegenheit gegenüber Moskau politisch nutzen. Wörtlich: „Stabilität führt zu Stagnation und Stagnation führt zum Rückzug."

Während Gorbatschow sich in Moskau dazu bekannte, daß die Sowjets den „imperialistischen" Einfluß zurückdrängen wollten, antwortete Ikle in München, der Westen müsse Moskaus Einfluß seinerseits „zurückdrängen" und eine Politik betreiben, welche „die Völker Osteuropas nicht fahrlässig an die sowjetische Kriegsmaschine ausliefere".

Die Amerikaner nehmen also das gleiche Recht für sich in Anspruch, das den Sowjets schon seit langem zugestanden wird: nämlich überall auf der Welt politisch im Sinne der eigenen Interessen aufzutreten, auch im Einzugsbereich des anderen. Wenn die Sowjets Bonn drängen dürfen, sich gegen SDI zu wenden, warum sollten die Amerikaner und ihre Verbündeten nicht in Osteuropa werben dürfen?

Die Westeuropäer haben sich zu sehr darauf konzentriert, jenen Status quo und jene Stabilität zu kultivieren, die es – *nach Gorbatschows und Ikles Worten – in Wirklichkeit nicht* gibt, weil die Weltpolitik ihre eigene Dynamik hat, aus der man sich nicht in die Gartenlaube zurückziehen kann. Selbst wenn die Deutschen und Westeuropäer sich totstellten und „ausstiegen" – auch dann würde Moskaus Expansion weitergehen. Ikle ist in dieser Erkenntnis vielen unserer Politiker weit voraus.

Erinnerung befreit

Von Joachim Neander

Richard von Weizsäcker hat eine unter Politikern sehr seltene Gabe. In seiner Sprache erscheinen auch jene Themen plötzlich in einem neuen, klaren Licht, die – weil um sie der Nebel verbrauchter Formeln und Floskeln schwebt – von vielen Menschen gar nicht mehr richtig wahrgenommen werden. Dazu gehört das Thema Antisemitismus und Kollektivschuld.

Viele mögen dieses Thema nicht mehr hören. Und unter den Jüngeren sind viele, für die das nie ein Thema war und die sich entschieden dagegen wehren, es doch noch zu ihrem Thema werden zu lassen. Der Bundespräsident hat – und darin unterscheidet er sich sehr auffällig von anderen – für diese beiden Standpunkte nicht einfach nur (pflichtschuldige) Empörung oder Verachtung parat. Er *versucht, ihnen sachlich* auf den Grund zu gehen. Und er sucht nach wirklich überzeugenden Antworten.

Eine von ihnen lautet: „Schuld ist und bleibt persönlich. Es *gibt keine Schuld eines ganzen Volkes und schon gar nicht der* Nachgeborenen." Vielleicht gewinnt dieser Satz sogar zusätzliche Bedeutung in einer Zeit, die sich daran gewöhnt hat, eine ganz neue Art von Kollektivschuld – die Schuld der Gesellschaft für alles mögliche und unmögliche – wie selbstverständlich zu akzeptieren.

Aber der zweite Teil dieser Antwort heißt: „Erinnerung schafft Einsicht, Wissen und Gewissen. Erinnerung belastet nicht, sie befreit." Darin steckt die vielleicht bittere Erkenntnis, daß alle Deutschen, ob sie sich schuldig, mitschuldig, mitverantwortlich oder frei von jeder Schuld fühlen, ob sie sich für ihr Volk schämen oder stolz sein wollen auf jenen Teil ihrer Geschichte, der Stolz verdient – daß alle Deutschen sich ihren *Weg irgendwo zwischen* diesen Polen Schuld und Erinnerung suchen müssen.

„Die Geschichte überträgt ihr Erbe", hat der Bundespräsident in seiner bemerkenswerten Rede zur „Woche der Brüderlichkeit" gesagt. *Es ist ein Erbe, das man nicht* einfach durch eine notarielle Erklärung unter Vorweisen seines Lebenslaufes oder Geburtsdatums zurückweisen kann.



Land unter KLAUS BÖHLE

Noch ein Rückschlag

Von Georg Bauer

Bei den Christdemokraten *Schleswig-Holsteins* herrscht Katerstimmung infolge der zum Teil erdrutschartigen Verluste, die die Partei bei der Kommunalwahl um 5,9 Prozent auf 44,2 Prozent drückten. Zwar hatte es schon vor dem Urnengang warnende Stimmen gegeben; auch die Parteispitze hatte vorsichtig davon gesprochen, daß das Ergebnis der Kommunalwahl vor vier Jahren mit den überdurchschnittlich guten 50,1 Prozent nicht gehalten werden könne. Aber *man hatte sich auf* Verluste von zwei oder drei Prozentpunkten eingerichtet.

Um so größer ist nun die Überraschung. In einer ersten Stellungnahme bemühte sich Ministerpräsident Uwe Barschel, den Schwarzen Peter nach Bonn abzugeben. Fünf Prozent, sagte er, gingen auf Kosten der Politik in Bonn, ein Prozent auf Kosten des Landes. Als Gründe nannte er unter anderem den Paragraphen 116, die törichte Blackout-Äußerung des CDU-Generalsekretärs Geißler und die Sicherheitsgesetze. Doch diese Schnellschußanalyse steht in merkwürdigem Kontrast zu Aussagen vor dem Wahltag.

Noch am Wochenende hatte Barschel erklärt, daß die Entscheidung im nördlichsten Bundesland über die Verteilung der Sitze in den Gemeinderäten und Stadtversammlungen keine „Mini-Bundestagswahl" sei. Auch habe er während seiner Wahlkampfveranstaltungen die Erfahrung gemacht, daß kommunale Probleme im Vordergrund gestanden hätten.

Der CDU-Landesvorsitzende, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, ließ bundespolitische Entschuldigungen bei seiner Analyse jedenfalls nicht gelten. Die *Bonner Politik habe nur in einzelnen* Themenbereichen eine Rolle gespielt.

Sicherlich – auch Bonn wurde ein Warnung erteilt. Wie zuvor von den Christdemokraten befürchtet, boykottierten die Landwirte, die in dem noch stark landwirtschaftlich strukturierten Bundesland eine *entscheidende Wählergruppe sind*, aus Verärgerung über die Agrarpolitik zu erheblichen Teilen die CDU; einige stimmten für Grüne oder Wählergemeinschaften, viele blieben der Wahl fern. Die niedrige Wahlbeteiligung von 68,8 Prozent, die mit einem Minus von fünf Prozent deutlich unter der Beteiligung *bei der Kommunalwahl 1982 lag*, deutet darauf hin.

Doch auch hier wirkten sich politische Entscheidungen der Landesregierung aus. So haben viele Bewohner der Westküste es dem Ministerpräsidenten bis heute nicht verziehen, daß er in seinem Drang nach Umweltschutz-Profilierung gegen den massiven Widerstand an der Westküste sein Nationalpark-Gesetz Wattenmeer durchboxte. Unter den bedächtigen Nordfriesen hörte *man damals* Gelöbnisse, Barschel bei der nächsten Gelegenheit die Quittung zu geben. So mußte die CDU etwa im Kreis Dithmarschen, bei der Kommunalwahl 1982 mit 55,2 Prozent Hochburg der CDU im Land, mit einem Minus von mehr als zehn Prozent die größte Schlappe hinnehmen. Mit einem Verlust von sieben Prozent verlor die CDU auch überproportional im Kreis Nordfriesland, der ebenfalls von dem Wattenmeer-Gesetz betroffen ist.

Zu dem Einbruch für die Christdemokraten trugen innerparteiliche Querelen bei. Einige von ihnen hatten hören lassen, die nächste Landtagswahl im Herbst 1987 werde ein Spaziergang sein, und so waren sie auch aufgetreten. In Lübeck, wo parteiinterne Auseinandersetzungen auch in der SPD zur Tagesordnung gehören, spaltete sich ein CDU-Flügel ab und trat als Wählergemeinschaft an. Die Nichteinhaltung von Absprachen mit den Sozialdemokraten über die Besetzung von Posten der Stadtverwaltung sorgte ebenfalls für negative Schlagzeilen. Interne Spannungen gab es auch in Bad Segeberg, Pinneberg, Scharbeutz, Timmendorf, Ratekau, Wedel oder Elmshorn, mit entsprechenden lokalen Verärgerungen.



Vor Tische hörte man's anders: Barschel, seinem Sohn den Wahlzettel erklärend FOTO: AP

Andere Faktoren kamen dazu, um der CDU das schlechteste Ergebnis einer Kommunalentscheidung seit 1962 zu bescheren. Die wiederaufgeflammte Diskussion um die Werften erwischte die Christdemokraten auf dem falschen Fuß. Eine Rolle spielte auch die Finanznot der kreisfreien Städte Flensburg, Kiel, Lübeck und Neumünster, in denen ein Viertel aller Schleswig-Holsteiner leben. Die Städte hatten die Landesregierung um Hilfe gebeten, als Antwort aber den Hinweis erhalten, daß an eine Änderung des kommunalen Finanzausgleiches erst in der nächsten Wahlperiode zu denken sei. Die Sozialdemokraten hatten daraus den Vorwurf formuliert, die Landesregierung vernachlässige die Städte des Landes zugunsten der ländlichen Regionen.

Sieger der Wahl sind neben den Grünen, die vor allem in den Städten des Landes und an der Westküste kräftig zulegten, die Sozialdemokraten, die alte Positionen zurückeroberten, etwa *die absolute* Mehrheit in Kiel und Neumünster, einst Hochburgen der SPD. Dennoch ist nicht gesichert, daß hier eine Trendumkehr stattgefunden hat; es sieht eher nach einer landespolitischen Ohrfeige aus. Man versteht, daß ein Verlierer lieber anderen die Schuld gibt. Richtig ist auch, daß die Landwirtschaft unzufrieden ist und daß insofern ein Zusammenhang zwischen den – in den Verlustzahlen einander in etwa *entsprechenden – Niederlagen des* Oppositionsführers in Nordrhein-Westfalen und des Regierungschefs in Schleswig-Holstein zu sehen ist; richtig ist, daß hier noch einiges zu tun ist, Strauß und neuerdings Albrecht sind da bereits höchst rege. Aber Schleppnetzfahndung oder Paragraph 116 sind *kaum die Hauptsorgen der Bauern* am Wattenmeer. Bundesweit liegt die Koalition in den Umfragen dem ihr mit Recht zugeschriebenen Aufschwung entsprechend; man darf gespannt beobachten, ob sie sich durch lokale Verängstigungen in ihrer Politik beeinflussen läßt.

IM GESPRÄCH Valentin M. Falin

Eine neue Aufgabe?

Von Rose-Marie Borngässer

Auf Moskauer Empfängen wirkt *er unter der* robusten Schar der Sowjetfunktionäre wie eine tragische Puschkin-Figur aus vergangener Zeit. Er verbreitet stets die Aura von Einsamkeit und Melancholie: Valentin M. Falin, der sechzigjährige Diplomat und Kolumnist.

Im großen Gebäudekomplex der Agentur Nowosti (APN) am Zubowskij-Boulevard kolportiert man glaubhaft, daß nach Abschluß dieses Parteitages dieser talentierte sowjetische Diplomat als Direktor hier seinen Sessel einnehmen wird.

Die im Jahre 1961 gegründete „gesellschaftliche" Agentur gibt sich als Nachrichtenagentur. In Wirklichkeit hat sie weitgehend die Aufgabe des einstigen *Kominformbüros* übernommen und betreibt Auslandspropaganda. Eine internationale Plattform also, maßgeschneidet den Neigungen dieses gewandten Leningraders.

Es war zweifellos ein Abstieg, als vor vier Jahren dieser erste Vizechef der Abteilung Auslandsinformation im Zentralkomitee der KPdSU und vormals Bonner Botschafter der UdSSR in das Redaktionsgebäude der „Iswestija" am Moskauer Puschkin-Platz einzog. Kollegen beteuerten auf Fragen stets, daß er Kolumnist von „hohem Range" sei und sich einen „uralten Wunsch" erfüllt habe, als Journalist und Politologe zu wirken. Viel allerdings las man von ihm in der „Iswestija" nicht. Wenn, dann Artikel über die Bundesrepublik, etwa mit Vorhalten, die Deutschen sollten „unterlassen, die Rolle der Beleidigten, *Leidtragenden* und Entrechteten zu spielen".

Die Deutschen kennt Falin gut: Nicht nur, daß er sieben Jahre lang, von 1971–1978, Botschafter der Sowjetunion in Bonn war, auch vorher galt er bereits im Kreml als Deutschlandexperte. Flexibel und gewandt in der Formulierung, hart und unnachgiebig in der Sache, zählte er zu jener Delegation, der Bahr und seine Leute bei Vorgesprächen für das Moskauer Abkommen gegenübersaßen.



Im Gespräch für Nowosti: Ex-Botschafter Falin FOTO: DARCHINGER

Falin wirkte mit beim Zustandekommen der Gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestags vom 17. Mai 1972 zu den Verträgen von Moskau und Warschau. Er war es auch, der sich erfolgreich um die Rücknahme der anfänglich von Moskau geäußerten Bedenken einsetzte. *Daß sich dann die CDU/CSU* geschlossen der Stimme enthielt, diskreditierte Falins Bemühungen.

Falin – er gilt als „Gromyko-Schüler" – kommt der Neigung Gorbatschows nach Weltläufigkeit voll entgegeben. Er ist ein hochgebildeter Mann, welt- und redegewandt, fließend Deutsch sprechend, neben der Außenpolitik hauptsächlich an Kunst interessiert. Auch hier hat sich Falin seine Bereiche präzise ausgewählt: Glas und Porzellan, in der Malerei Werke von der Renaissance bis zum Impressionismus. Ein Sammler, der kein Amateur ist, sondern ein Connaisseur.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NÜRNBERGER ZEITUNG

Sie schreibt zum Einsatz der Justiz für politische Zwecke:

Der Verdacht drängt sich auf, daß die Justiz für parteipolitische Geschäfte mißbraucht wird. Der schillernde grüne Abgeordnete Otto Schily gab es jetzt zum besten. Frank und frei räumte er ein, daß seine Anzeige gegen Bundeskanzler Helmut Kohl „auch ihre politische Bedeutung hat". ... (Schily *will*) aus der Anzeige gegen das Verfassungsorgan Bundeskanzler einen „Dauerlutscher" machen und deshalb gegen eine Einstellungsverfügung, die diese Woche zu erwarten ist, Beschwerde einlegen, um nicht rotieren zu müssen. Denn solange seine Anzeige besteht, kann er seine Unabkömmlichkeit im Bundestag der Basis gegenüber begründen.

Kieler Nachrichten

Sie meinen zur schleswig-holsteinischen Kommunalwahl:

Das Wählervotum vom 2. März läßt an Klarheit nichts zu wünschen übrig. An den Verlusten der CDU ist ebensowenig zu deuteln wie an den Gewinnen der Sozialdemokraten. Die Union hat insbesondere in den großen Städten *weiter* Terrain *verloren* und mußte auf dem Lande, voran an der Westküste, von den Landwirten Prügel einstecken – Quittung für die Kieler Regierungslinie in Sachen Nationalpark Wattenmeer und für die als schandbar empfundene, von der CDU mitvertretene Agrarpolitik der EG. So sicher einerseits auch diese Kommunalwahlen eigenen Gesetzen gehorchten – die extrem niedrige Wahlbeteiligung, die regional beträchlichen Erfolge von Wählergemeinschaften und die herausragenden Ergebnisse einzelner Kandidaten belegen diese These –, so gewiß ist andererseits, daß die Zahlen des 2. März ebenso *allgemeine politische* Tendenzen widerspiegeln.

The Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung kommentiert die Lage in Ägypten:

Der ägyptische Präsident Mubarak hat die Krawalle in Kairo unterdrückt, die seine eigene Sicherheitspolizei angezettelt hatte. Was bleibt, sind einige Dutzend Tote und viele Verwundete, ausgeplünderte und ausgebrannte moderne Hotels und Geschäfte sowie das andauernde Unsicherheitsgefühl. Der Ausgangspunkt war ein Gerücht, daß die Wehrpflichtigen der Sicherheitspolizei *statt drei insgesamt vier Jahre* dienen sollten. Der eigentliche Grund liegt jedoch in der zerstörerischen Armut Ägyptens ... Präsident Mubarak meint es zwar gut, doch hat er keine guten Karten.

LIBERATION

Die Pariser Zeitung bemerkt zur Ermordung des Bürgermeisters von Nablus:

Die schwerstwiegende Absage an die Urheber des Attentats liegt darin, daß die für ihren Nationalismus be*kannten Bürger von Nablus ihren* ermordeten Bürgermeister beweinen. Man muß fürchten, daß dies niemals verstanden wird. Damaskus und Tripolis sind weit entfernt von den täglichen Sorgen derer, die mit der Realität der israelischen Militärbesetzung leben müssen. Man denkt nur an die „Revolution". Mit blutigen Operationen und flammenden Erklärungen bereitet man die „wahre Befreiung" Palästinas vor. Bis zum letzten Palästinenser.

Nach Mubarak ein Khomeini auch am Nil?

Lehren aus dem Polizei-Aufstand in Ägypten / Von Peter M. Ranke

Die schwarz uniformierte Bereitschaftspolizei ist aus den Straßen Kairos verschwunden. Vor Ministerien, Banken, Hotels oder Botschaften wachen jetzt Kommandos der Anti-Terror-Brigade der Armee oder Soldaten. Nur die Verkehrspolizisten pfeifen weiter hilflos gegen das Verkehrschaos in den Straßen Kairos an.

Selten waren die politische Führung und der Geheimdienst „Muchabarat" so miserabel informiert wie über die Vorgänge und den Geist in der Bereitschaftspolizei von immerhin 125 000 Mann vor der Revolte. Nur nach der Ermordung Präsident Sadats im Oktober 1981 war das Erstaunen ähnlich groß wie jetzt, nachdem man die islamischen Geheimzellen innerhalb der Armee ausgehoben hatte. Kann dergleichen immer wieder passieren? Wird Präsident Mubarak eines Tages durch einen neuen Khomeini am Nil abgelöst?

Der Aufstand der Bereitschaftspolizisten, meist einfacher Fellachen-Söhne, richtete sich gegen Ausländer-Hotels, Bars oder Restaurants, in denen Alkohol ausgeschenkt wird. Er hatte also durchaus islamisch-fundamentalistischen Charakter. Das fast gleichzeitige Losschlagen in mehreren Städten deutete auf eine geheime Führung hin.

Aber das Weitertreiben zum Volksaufstand mißlang. Das Volk und, wichtiger noch, die Armee machten nicht mit. Es gibt in Ägypten einen städtischen Mittelstand, der etwas zu verlieren hat und der als Puffer zwischen denen da unten und denen da oben wirkt.

Das Rezept der (schiitischen) Islamischen Republik zur Disziplinierung *der Massen in Iran* – nämlich zwei Schalen Reis am Tag mit Gemüsesuppe, verteilt in den Moscheen, Gebet statt Arbeit, nur notdürftige wirtschaftliche Entwicklung und *schließlich* früher Tod im „Heiligen Krieg" – ist im sunnitischen Ägypten heute sicherlich nicht anwendbar. Dafür müßte sich die Wirtschaftsnot zur Katastrophe auswachsen, was allerdings geschehen kann, wenn die Bevölkerungsflut in Ägypten nicht eingedämmt wird oder wenn das Land die westliche Nahrungsmittel-Hilfe verliert.

Hinzu kommt, daß Präsident Mubarak mit einem System innenpolitischer Balancen arbeitet, das er teilweise von Präsident Sadat übernommen hat und mit dem er und die Ägypter ganz gut zurechtkommen. Mubarak muß jetzt zwar die Armee und deren Staat im Staate mit eigenen Fabriken und Ausbildungsstätten *stärker* an der Macht beteiligen, aber er will das demokratische System mit Oppositionsparteien und freier Presse wohl nur ungern aufgeben. Er sieht darin ein notwendiges Ventil für den immer vorhandenen Volkszorn gegen Bürokratie, Wohnungsnot, Inflation, Korruption und Mißwirtschaft der Staatsbetriebe.

Zwar sitzt nur die konservative Wafd-Partei als Opposition im Parlament. Aber wie sie fordern auch die anderen Parteien die Abwendung von den USA und die Kündigung des Friedens mit Israel. Die Israelis, die vor vier Jahren die Sinai-Halbinsel für diesen Frieden weggegeben haben, werden dadurch nicht ermuntert, auch den Golan und das Jordan-Westufer zu räumen. Doch gibt es eine schweigende Abmachung mit den USA: Sie leisten ähnlich große Hilfe an Ägypten wie an Israel, jährlich in Milliarden-Höhe und als Geschenk, dafür, daß die Machthaber in Kairo den Frieden mit Israel einhalten. Nur so kann die Regierung die fünfzig Millionen Ägypter ernähren und den Wunsch der Armee nach moderner Bewaffnung erfüllen. Weiter als bisher kann Mubarak mit der Aushöhlung der Abmachungen von Camp David also nicht gehen. Denn nicht von ungefähr nahm ja Sadat nach den Hungerunruhen von Januar 1977 die Geheimverhandlungen mit Israel und mit Amerika auf.

Es mag jetzt Mubarak nicht unwillkommen sein, daß er die westliche Gläubiger-Welt darauf verweisen kann, Subventionskürzungen und harte Einschränkung durch rigorose Sparmaßnahmen würden neue Unruhen auslösen und sein Regime gefährden. Umschuldung und weitere Kredite können Ägypten zwar entlasten, aber sie können angesichts der gesunkenen Ölpreise und der drastisch verringerten Gastarbeiter-Überweisungen aus den Öl-Ländern auf die Dauer keine Lösung für Ägypten sein. Im Westen wird man schon wegen der weltweiten Schuldenkrise etwas mehr Phantasie aufbringen müssen, um auch Ägypten dauerhaft zu helfen. Und Kairo seinerseits muß mehr zur Beschränkung des Bevölkerungszuwachses tun.

Noch hat Mubarak eine disziplinierte Armee auf seiner Seite. Aber schon haben Soldaten auf Polizisten geschossen und umgekehrt. Auch eine Armee kann wankend werden in ihrer Gunst, wie der Schah 1979 *erfahren mußte*.

In Ägypten droht diese Entwicklung, wenn sich die Wirtschaftslage weiter verschlechtert, denn eine Wehrpflicht-Armee hat ihre Wurzeln *im Volk*. Sollte aber das Pulverfaß Ägypten explodieren, können die Politiker alle gut gemeinten Friedenspläne abschreiben.



„120 Bullen, aber ich lebe vom Holz aus dem Wald“

Die Bauern klagen – zu Recht – über massive Einkommensverluste. Doch erst jetzt werden ihre Proteste ernster genommen, denn Wahlen stehen vor der Tür. Ein Fallbeispiel.

Von PETER SCHMALZ

Der Bauer Josef Kellerer ist einer, der stolz sein kann auf das, was er mit eigenen Händen geschaffen hat. Der geerbte Hof auf einer Anhöhe bei Fürstenfeldbruck liegt inmitten fruchtbaren oberbayerischen Ackerlandes. Mit Eltern, Frau und vier Kindern wohnt er in einem schmucken, neuen Haus, das Gebäude, in dem frühere Generationen lebten, hat er zum Stall ausgebaut und zieht dort Kälber und Bullen heran.

Die Eckbank, an der wir sitzen, ist breit und geräumig. Hier ist gut Feste feiern. Aber dem Kellerer-Sepp ist nicht mehr zum Feiern zumute. „Ich weiß wirklich nicht mehr, wie das weitergehen soll“, sagt er. 40 gesunde Kälber hat er im Stall stehen und noch 120 kräftige Bullen dazu. Zwei Dutzend von ihnen wird er in den nächsten Tagen zum Schlachthof bringen, aber der Erlös davon reicht kaum, den Betrieb in Gang zu halten. *Manchmal geht der Bauer in seinen* Wald, schlägt Holz und verkauft ein paar Ster. „Damit halten wir uns jetzt über Wasser, aber wie lange wird das gutgehen?“

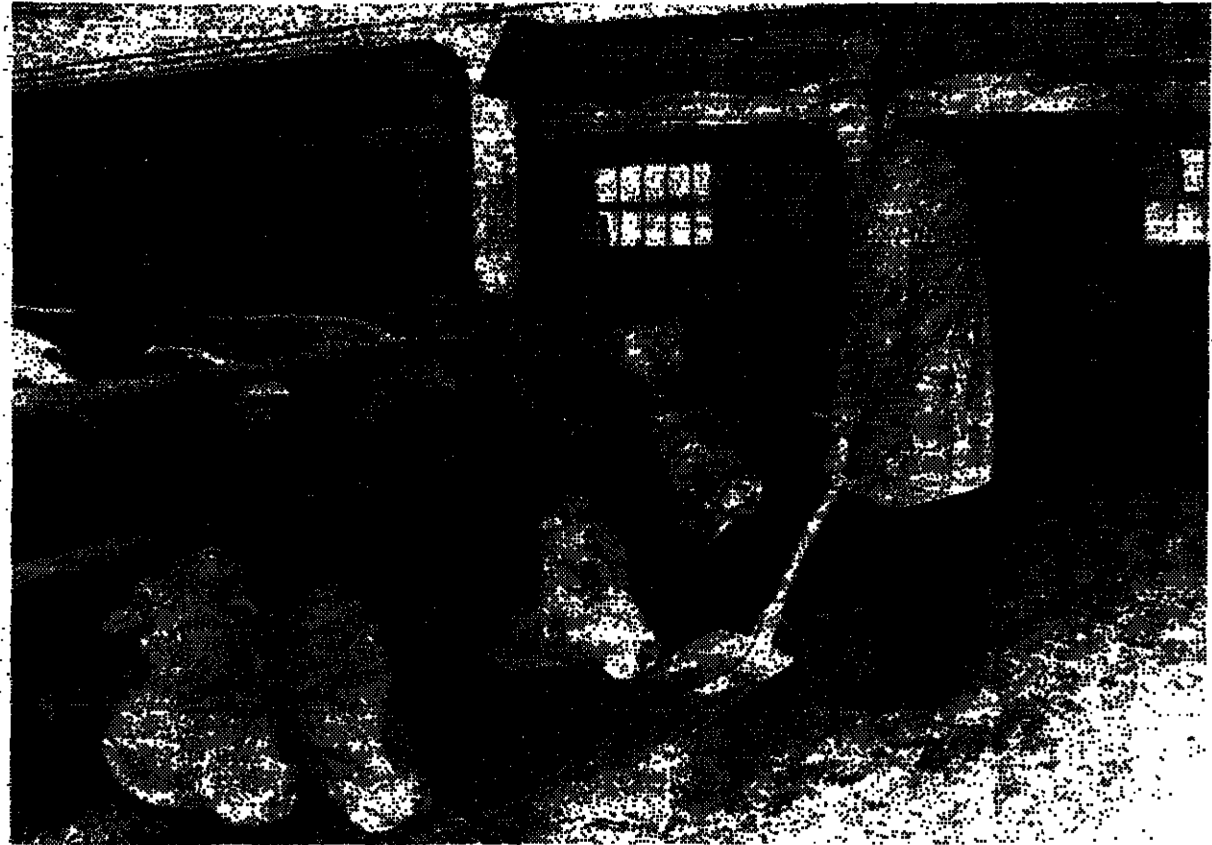
Dabei hat er sich vor gut zehn Jahren zu einem Schritt entschlossen, der damals schon deshalb als vernünftig gelten durfte, weil Kellerer dem ansteigenden europäischen Milchsee etliche Liter dieser weißen und fettigen Emulsion ersparte, indem er seine Milchkühe zum Schlachter trieb, dafür eine Abschlachtprämie kassierte und zur Bullenmast überging.

Das war damals ein scheinbar kluger Schritt in die Richtung einer am Markt und weniger an europäischen Ausgleichszahlungen orientierten Landwirtschaft, denn als Josef Kellerer von der Milch- zur Fleichproduk*tion wechselte, mußte zur Deckung* des deutschen Bedarfs noch Rindfleisch importiert werden. Mitte der 70er Jahre stammten nur 85 Prozent des Rindfleischs in den deutschen Kochtöpfen aus heimischer Zucht.

Investiert in eine „rosige Zukunft“

Da war es nur marktwirtschaftlich logisch, daß auch der Preis für Bullenfleisch *stetig* stieg und *Kellerer in* eine rosige Zukunft investieren konnte. Das Wohnhaus wurde gebaut, der Stall für 100 000 Mark erweitert und mit einer elektronischen Kälbertränkanlage, die allein 20 000 Mark kostet, ausgerüstet, neue Ackermaschinen wurden bestellt.

Die waren unerläßlich, denn Kellerer gehört nicht zu den Agrarfabrikanten, in deren Ställen sich Kraftfutterimporte in Fleischberge umwandeln; nein, er bestellt sein 35,5 Hektar großes Ackerland, baut auf 16,5 Hektar *Silomais* an und auf *19 Hektar* Getreide. Das ist die Kraftnahrung für seine Tiere. „Wir haben guten Futterwuchs in unserer Gegend“, sagt er. Jeder Hektar Boden bringt Nahrung für fünf bis sechs Bullen, gilt als Regel um Fürstenfeldbruck. Landwirt Kellerer hätte somit noch Ackerreserve für ein halbes Hundert Rinder. Aber er wird wohl nicht mehr aufstocken: „Das lohnt sich doch nicht mehr.“



Bauer Josef Kellerer: „Ich weiß wirklich nicht, wie das weitergehen soll FOTO: CLAUS HAMPEL

Denn clever wie er, der im Gemeinderat ebenso mitarbeitet wie im Bauernverband, waren noch mehr seiner Kollegen – und während der Rindfleischimport bei 400 000 Tonnen im Jahr sehr hoch blieb, stieg der deutsche Selbstversorgungsgrad bei diesem Artikel auf 100 Prozent und schließlich auf satte 120 Prozent.

Die Folgen davon verspürte Kellerer erstmals drastisch, als er am 18. September vergangenen Jahres 23 Bullen der Klasse A zum Schlachten verlud und betreten auf die Abrechnung blickte: 4,16 Mark bekam er fürs Kilo, dazu einen fünfprozentigen Aufwertungsausgleich, machte 4,36 Mark. Im Durchschnitt der letzten *drei Jahre hatte er 4,80 Mark erzielt.*

Die Bullen fuhren im Lastwagen vom Hof, und Kellerer setzte sich an den Tisch, nahm ein Blatt Papier und *schrieb morgens um sieben* handschriftlich einen Brief „an den Bundesminister Ignaz Kiechle“. Niederschmetternd sei der Erlös gewesen, schrieb er dem Mann in Bonn, über 7000 Mark fehlen ihm nach dem Verkauf der 23 Bullen in der Tasche, pro Tier sind das 273 Mark. Ein Minus von 40 Pfennig pro Kilo Lebendgewicht errechnete der Bauer, was sich bei 100 Verkäufen im Jahr auf 27 300 Mark summiert.

„Können Sie“, schrieb Kellerer damals, „*vielleicht sagen, wie ich das* ausgleichen soll? Meine Familie umfaßt acht Personen. Wie soll das weitergehen?“ Die Antwort des Ministers war lang und lautete in ihren Kernsätzen: „Die EG-Finanzmittel reichen nicht aus und die Läger sind voll. Die Situation auf dem Rindfleischmarkt ist aus der Sicht des Landwirts alles andere als positiv zu bewerten.“ Und dann schrieb der Minister ebenfalls handschriftlich als notabene hinzu: „Zur Zeit wird Rindfleisch nur noch von der UdSSR nachgefragt – zu einem *Preis von 1,30 DM.*“

Das aber war ebensowenig tröstlich wie die beigelegte Kopie eines Artikels, in dem Professor Böckenhoff vom Stuttgarter Institut für Agrarpolitik und landwirtschaftliche Marktlehre darauf hinwies, daß der Verbrauch von Rindfleisch bei uns nicht höher ist als vor 20 Jahren, während das erheblich billigere Schweinefleisch bevorzugt wird. Und daß Bullenfleisch in der EG ohnehin nur von Deutschen, Griechen und Italienern geschätzt wird, nicht aber von Franzosen, Briten und Iren, denen das Fleisch von Ochsen und weiblichen Rindern besser mundet.

„Wir sind auf Dauer nicht lebensfähig“

Die Franzosen und Italiener unterstützen ihre Rindermäster, weiß er, und die Holländer überschwemmen den deutschen Markt mit Billig*fleisch. „Wenn die Hausfrauen wüß*ten, wie viele Hormone da unkontrolliert in ihre Küche kommen“, meint er und sagt: „Es ist schon sehr deprimierend.“ Für neue Maschinen kann er kein Geld mehr zurücklegen, auch nicht für überraschende Hausreparaturen. Im Frühjahr wird er am Dünger sparen, auch wenn er im Spätsommer dann weniger ernten *kann.* „Bei den Bullenpreisen“, klagt Kellerer, „sind wir auf Dauer ohnehin nicht lebensfähig.“

Seither aber ist der Preis noch weiter verfallen, und die Bauern haben sich wieder jener Notbremse entsonnen, die sie stets dann gerne benutzen, wenn sie nicht mehr weiter wissen: Sie beschimpfen die Politiker. Pfiffe und Buhrufe der Milchbauern ist CSU-Mann Ignaz Kiechle längst gewöhnt, auch der Zorn der Getreide*anbauer fegte schon über ihn hinweg,* jetzt bekommt er auch noch die Wut der Bullenmäster zu spüren.

Dies wäre für sich genommen noch kein Alarmzeichen für die bayerische Mehrheitspartei CSU, denn es zählt zur Tradition eines jeden Landwirtschaftsministers, Prellbock für den Ärger der Landbevölkerung zu sein. Seit aber in den Reihen der Bauernverbands-Funktionäre hörbar über einen Boykott der Bauern bei den bevorstehenden Landtagswahlen, der *zwangsläufig* zu Lasten der CSU ge*hen würde, gesprochen wurde, fühlt* sich Franz Josef Strauß zutiefst getroffen und sprach verärgert von einer „Bullenstrategie“ der Bauernorganisation.

Denn zum einen, so Strauß, sei es die alte sozial-liberale Koalition gewesen, die den Agrarmarkt in die verhängnisvolle Mehrproduktion getrieben hatte, und zum anderen habe seit dem Regierungswechsel keine Partei auch nur ähnlich energisch für die Interessen der Landwirte gekämpft wie die CSU und vor allem ihr Vorsitzender. „Man soll“, mahnte er am Wochenende beim CSU-Bauerntag im Münchner Löwenbräukeller, „den Täter schlagen und nicht den Sanitäter umbringen.“

Vor solchem Frevelmord wurde offenbar auch dem Verband bange, weshalb Bayerns Bauern-Präsident *Gustav* Sühler beschwichtigend von einem Mißverständnis sprach und eilends zu einem weiß-blauen Agrargipfel in die Münchner Staatskanzlei fuhr, in dessen Anschluß von „großer Übereinstimmung“ und von der „Bereitschaft zu enger Zusammenarbeit“ gesprochen wurde.

Solche Harmonie ließ aber bei der SPD die Alarmglocken schrillen, denn die Genossen hatten gehofft, bei der Landtagswahl eine Fuhre von der CSU enttäuschter Bauernstimmen in *die Scheuer fahren zu können. Miß*mutig nörgeln sie nun über die „wieder perfekte Kumpanei zwischen CSU und Bauernverbands-Spitze“.

Die bayerischen Bauern aber trauen augenscheinlich nur einem Mann die Kraft zu, ihnen eine bessere Zukunft zu eröffnen. „Strauß schütz unser Eigentum“ und „FJ hilf auch vürderhin“, steht auf ihren Spruchbändern. Und Elisabeth und Konrad, zwei Dreikäsehoch aus dem Oberland, haben ein Gedicht gelernt, dessen letzte Strophen lauten: „Du bist der oanzige Moa, der uns noch a bisserl helfen koa.“

Dafür bekommen die beiden Kinder zwei Silbertaler mit dem Konterfei des Landesvaters, und Josef Kellerer, der unter mehr als tausend Berufskollegen sitzt, meint mit einer gehörigen Portion Restzweifel: „Was der Strauß will, ist schon richtig. Aber ob die in Bonn und erst recht die in Brüssel dabei auch mitmachen?“

Über der Messe der Träume strahlt die Sonne des Erfolgs

Internationale Tourismusbörse Berlin: Man feiert nicht nur das *zwanzigjährige Jubiläum*, man feiert auch Aussteller-Rekord und steigende Buchungszahlen.

Von HEINZ HORRMANN

Hinter den grünen Farnen, baumhohem Bambus und wunderlichen Riesenfrüchten in *Pop-Farben kommen die Dschun*gelgeräusche aus der Konserve: das Geschrei der Affen, Gekrächze der Papageien und das heisere Fauchen des Jaguars werden zur Untermalung vom Band eingespielt. Heia Safari, Amazonien unter dem Funkturm häusgemacht.

Wasserfälle prasseln von Plastikfelsen, *Hula-Mädchen wiegen sich sanft* für Bora-Bora. Immer wilder, teurer, aufwendiger werden die Aufbauten der werbewirksamen Stände auf der Internationalen Tourismusbörse Berlin (ITB) in den ICC-Hallen, die bis zum 6. März rund 150 000 Besucher erwartet.

Zum kleinen Jubiläum – die Touristikweltparade wurde vor genau 20 Jahren geboren – geht es nicht ohne Superlative. Mit 2137 Ausstellern und 142 teilnehmenden Ländern meldet die Ausstellungs- und Messegesellschaft die höchste Beteiligung aller Zeiten. Um die touristischen Neulinge einordnen zu können, ist auch für etliche Reiseexperten ein Blick in den Atlas *nötig: Saint Estatius und* Saba (niederländische Antillen), Dschibuti und Belize. Und dann sind erstmals die Chinesen da.

Lange haben sie sich geziert, schickten Beobachter und Delegationen, stellten die offizielle Teilnahme in Aussicht, lächelten höflich und sagten wieder ab. In diesem Jahr sorgten sie mit *ihrer Premiere gleich* für einen optischen Höhepunkt auf der Fernwehschau. Sie transportierten eine gewaltige 20 Meter lange Nachbildung des Mittagstores im Pekinger Kaiserpalast aus Plastik und Holz von Chinas Metropole an die Spree. Ausgrabungen und (echte) Kunstschätze dazu. Werbung für Kultur und Studienreisen ins Reich der Mitte. Nach der letzten Statistik rangieren die Deutschen bereits auf Platz fünf der ausländischen Besucher.

*„Unser Land wird sich den Touri*sten aus aller Welt noch weiter öffnen“, verkündet Zhou Chengyi, Vizedirektor des Fremdenverkehrsamtes der Volksrepublik. „Und wir werden weiter Hotels bauen, um für ausreichende Quartiere zu sorgen. Inzwischen können bereits 274 Städte und Orte von den Ausländern besucht werden. Für 169 davon braucht man bisher allerdings noch eine Reisegenehmigung.“

Intensive Bemühungen um Touristen aus dem Westen werden auch durch die Freigabe weiterer 137 Städte und Landkreise in den folgenden Monaten für Besucher deutlich. Die Neuregelung, die auf der ITB bekanntgegeben wurde, ermöglicht jetzt auch ausgedehnte Reisen in die Grenzgebiete.

Nur wenige Schritte vom China-Stand in Rot bietet Taiwan auf einer riesigen Bühne Nationaltheater, und Südkorea präsentiert im Vorgriff erstmals die olympische Flaggenparade. Hallennachbarn, die in Frieden leben.

„25 Grad Wärme heute“ frohlocken zypriotische Werbetafeln. Auch das macht Appetit auf Reisen bei minus 10 Grad, die gestern morgen in Berlin gemessen wurden und für kalte Füße sorgten. In den geheizten Hallen bei *irischem Kaffee, türkischem Mokka* oder marokkanischem Mandeltee wird es den Besuchern schnell warm ums Herz bei ihrem 90-Minuten-Eilmarsch um die ganze Welt, verbunden mit der intensiven Sammelaktion von Prospektmaterial.

Am Stand eines Chiemsee-Bades wurde ein Prospekt-Rucksack ausgehändigt und die Begründung dazu, „damit der Besucher eine freie Hand für den Händedruck und die andere für das Probierglas hat“. Ein Allgäuer *Bad* verteilte Einlegesohlen mit dem Aufdruck „Auf nach Bayern“, und ein Kurort in Schleswig-Holstein verschenkte freizügig ein spezielles Fußbalsam für Geschädigte.

Einmal im Jahr zeigt die deutsche Fremdenverkehrswirtschaft, was sie an deutschen Landen und Attraktionen selbst am schönsten findet. Sämtliche Kommunal- und staatliche Verbände und Anbieter sind vertreten; von der kleinsten Mühle über das Fährschiffunternehmen bis zur Bundesbahn. Am Stand der Fränkischen Schweiz schnarcht ein automatischer Höhlenbär, und Studenten flirten für Heidelbergs Romantik an einem Ziehbrunnen.

Für Abwechslung ist allemal gesorgt im Land der Träume. Österreich bietet Goldwaschen im rauschenden Wildbach und ein Tennismatch mit Meister des Alpenlandes. Paraguay läßt die frisch gekürte Daisy Ferreira, die Landes-Miß, für Erinnerungsfotos posieren und Fachfragen durch einen stählernen Roboter beantworten. Fast echte Cowgirls und bemalte Schwarzfußindianer werben für Amerikas Westen und Abenteuerreisen, eine der großen Attraktionen der Messe. Es gibt sie in allen Preisschattierungen zwischen 3000 und 30 000 Mark.

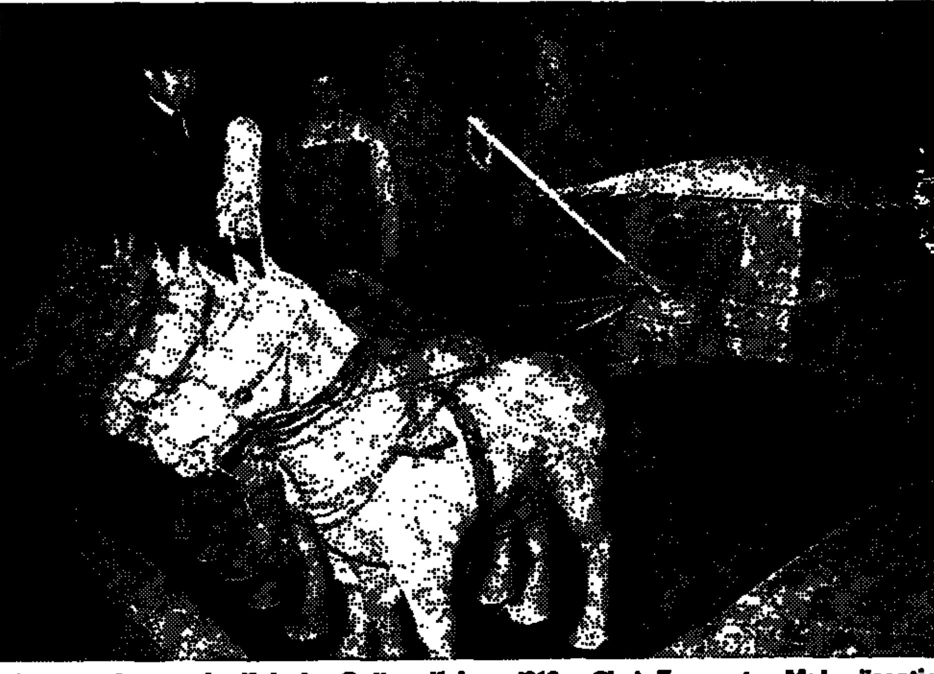
Ein Besuch bei den wilden Auca-Indianern Amazoniens, die heute noch Widerstand gegen Missionare und Straßenbauer leisten, mit den Königen von Zamskar in Nordindien Yak-Wolle spinnen oder mit dem Jet-Boot durch die Strudel der Canon-Flüsse von Neuseeland ziehen.

Hinter der farbenfrohen Kulisse der Stände, hinter ausgestopften Bären und Elchen, zwischen Safari-Hütten afrikanischer Anbieter und deutscher Steinhöhlenkulisse werden in den Kojen und Sitzecken höchst sachliche und ernste Gespräche geführt. Hier fehlt die blumige Sprache der Werbetexte, hier gibt es nur Zahlen, Statistiken und Buchungen.

Zum ersten Mal seit Jahren sind sich alle Unternehmen, der Studienkreis für Tourismus und das IPK-Institut für Planungskybernetik in *Trends und Prognosen einig: Die* Schornsteine der Ferienfirmen rauchen.

So viele Reisepakete wie für dieses Jahr *mußte* die weiße Industrie noch nie schnüren. Über 27 Millionen Deutsche oder 56 Prozent der Bevölkerung über 14 Jahre packen in den nächsten Monaten die Urlaubskoffer. Dabei werden die Reiseunternehmen mehr als 10 Millionen Ferien von der Stange absetzen. Somit steht Ende Februar schon fest: 1986 geht als Re*kordjahr in die Annalen ein.*

Kein Wunder, daß das Institut für Demoskopie in Allensbach eine positive Stimmung wie zu Zeiten bester *Hochkonjunktur* erkennt oder der Studienkreis für Tourismus mitten im Winter für den Reisesommer einen zweiten Frühling ausmacht. Die gestern bekanntgewordenen OECD-*Einreisezahlen* für 1985 zeigen die Türkei (plus 22,8 Prozent Zugewinn), Griechenland (20,4 und Portugal 18,4) als die großen Gewinner. Die Zugewinne der großen Unternehmen sehen wie folgt aus: Anfang Februar zeichnete sich bei der TUI für '85/'86 ein Teilnehmerplus von gut fünf Prozent ab, bei NUR liegt das Ergebnis ähnlich, und das DER erwartet gar eine Steigerung von 15 Prozent.



Eine Kutsche aus der Zeit des Gelben Kaisers (210 v. Chr.): Zum ersten Mal präsentiert sich die Volksrepublik China auf der ITB FOTO: HOFFMANN/DPA

Stiftungen der Parteien leben auch ohne Spenden

Mehrstellige Millionenbeträge vom Staat / Weltweit tätig

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Die Stiftungen der Parteien sind durch Spendenaffären ins Gerede gekommen – aber ihre Arbeit geht weltweit auch ohne Spenden weiter, da sie vor allem von öffentlichen Mitteln leben. Die Spenden sind „praktisch versiegt", aber auch ohne sie geht die der *FDP nahestehende* Friedrich-Naumann-Stiftung mit einem 63-Millionen-Mark-Etat in das Jahr 1986. Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU), Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD), Hans-Seidel-Stiftung (CSU) und die vergleichbare Einrichtung der Freien Demokraten werden nach dem Schlüssel 2:2:1:1 aus amtlichen Quellen versorgt. Bei der Friedrich-Naumann-Stiftung treten insgesamt 22 „Zuwendungsgeber" in Erscheinung. Mit ihrem Geld ist die Stiftung in jetzt 55 Ländern tätig.

Die regelmäßigen Zuwendungen an die beiden großen Stiftungen schwanken in den letzten beiden Jahren nur geringfügig und steigen entsprechend der Inflationsrate.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung erhält aus öffentlichen Mitteln 1986 mehr als 130 Millionen Mark. 70 Prozent des Gesamt-Etats gehen in die Auslandsarbeit, wobei der Schwerpunkt Lateinamerika davon wieder 52,9 Prozent aufnimmt. 18,7 *Prozent gehen nach Asien, 15,3 Pro*zent nach Afrika, der Rest von 13,1 Prozent in die vierte Zone Mittelmeer/Nahost. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat 400 Mitarbeiter im Inland und betreut mit 80 deutschen Beratern 160 Projekte in 65 Ländern.

670 Mitarbeiter

Die Friedrich-Ebert-Stiftung gibt an, aus Steuergeldern 1986 „unwesentlich mehr" als in den vergangenen Jahren zu bekommen, also um 136 Millionen Mark. Die Stiftung hat in 44 Ländern Außenstellen und Mitarbeiter und arbeitet in 60 Ländern mit Partnern zusammen. Von ihren insgesamt 670 Mitarbeitern sind, wie bei der Adenauer-Stiftung, 100 im Ausland eingesetzt.

Die *Hanns-Seidel-Stiftung der CSU hat im Jahre 1986* einen Etat von 60 Millionen Mark aus öffentlichen Mitteln, arbeitet damit in 25 Ländern, hat 200 Mitarbeiter im Inland und – mit den angeworbenen Käften der Gastländer – 360 im Ausland.

Fritz Fliszar, Vorsitzender der Geschäftsführung der Friedrich-Naumann-Stiftung mit rund 60 Mitarbeitern in ihrer Zentrale, dem ehemaligen Hotel Margarethenhof im Siebengebirge *gegenüber Bonn*, beziffert den bisherigen Spendenanteil mit nur zwei Prozent. Dagegen kommen für die vielfältigen Aufgaben im Jahre 1986 allein 36,3 Millionen Mark vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, fast 14 Millionen Mark aus den nach Proporz verteilbaren „Globalmittel" aus dem *Bundesinnenministerium, rund* vier Millionen Mark aus dem Auswärtigen Amt, eine Million weniger aus dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Die Liste geht weiter über das Bundespresseamt und reicht bis zum Regierungspräsidenten von Köln.

Möglichkeiten verbessert

Zwar hat die Friedrich-Naumann-Stiftung soeben ein neues Büro in Washington eröffnet, was aber in den Projektländern als „Büro" bezeichnet wird, sind in aller Regel nur Kontaktadressen. Seit einiger Zeit arbeitet die Stiftung auch in Israel.

Als Erfolg wird hier gewertet, daß für ein Gastspiel des Haifa-Theaters in der Bundesrepublik Deutschland die Leute vom „*Margarethenhof*" die „*politischen Begleitveranstaltungen*" organisierten. Im Veranstaltungsprogramm für 1986 konzentriert man sich bei der Stiftung auf die Schwerpunkte Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik.

Die Veranstaltungsmöglichkeiten haben sich verbessert, schreibt Fliszar im neuen Programm. Es gibt nun nicht nur wie bisher die Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach sowie die stiftungseigenen Begegnungsstätten in Berlin und Saarbrücken, sondern auch den „Politischen Club" in der Zentrale. Vier „Konferenzen und Kongresse" werden 1986 von der Naumann-Stiftung organisiert, die *in Hamburg*, Karlsruhe, Goslar und wahrscheinlich Nürnberg stattfinden sollen.

Am schlimmsten traf die CDU die Niederlage in den Städten

Kommunalwahl in Schleswig-Holstein / Rot-grüne Mehrheiten in Pinneberg und Plön

GEORG BAUER, **Kiel**

Der CDU-Landesvorsitzende Schleswig-Holsteins, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, äußer*te seine Überraschung.* „Nachdenklich stimmt mich, daß die Grünen so stark gewonnen haben", kommentierte er den für seine Partei so bitteren Wahlausgang der Kommunalwahl im nördlichsten Bundesland. Stoltenberg gab damit zu verstehen, daß die Grünen, anders als von manchem erwartet, ihren Zenit, zumindest in *Schleswig-Holstein*, nicht überschritten haben. Die Partei, die bei der vergangenen Kommunalwahl 1982 noch getrennt unter den Namen „Die Grünen" und „Grüne Liste Schleswig-Holstein" angetreten war, nahm mit einem Zuwachs von 4,3 Prozent auf 7,4 Prozent problemlos die Fünfprozent-Hürde.

Mit einem Mandatsgewinn von acht auf 45 Mandate auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte werden die Grünen in Zukunft ein *entscheidendes Wort mitzureden* haben. Zum Mehrheitsbeschaffer werden sie etwa in den bisher von der CDU allein regierten Kreisen Pinneberg und Plön, wo sich eine Zusammenarbeit von SPD und Grünen abzeichnet.

Wahlen in Schleswig-Holstein

50 % · 40 · 30 · 20 · 10 · 0

CDU 44,2 · SPD 40,3 · F.D.P. 4,4 · GRÜNE 7,4

1978* · 82* · 83** · 86*

*Kommunalwahl **Landtagswahl

DIE WELT

Besonders schmerzhaft für die Christdemokraten, die landesweit 5,9 Prozent verloren und von 50,1 auf 44,2 Prozent rutschten, sind ihre Niederlagen in den großen Städten des Landes. Ohne Mühe zog die SPD in Kiel und *Neumünster an der CDU vorbei.* Die Sozialdemokraten sicherten sich mit einem Stimmenanteil von 50,6 Prozent bzw. 48,8 Prozent die absolute Mehrheit der Mandate. Und das, obwohl die Grünen in Kiel Mandate hinzugewinnen konnten und in Neumünster erstmals in den Stadtrat einzogen. Vier Jahre zuvor war die SPD nur auf 41,4 Prozent (Kiel) und 39,5 Prozent (Neumünster) gekommen.

Mit einem Verlust von mehr als sieben Prozent mußte die CDU auch eine Niederlage in Lübeck hinnehmen, wo sich eine Zusammenarbeit zwischen der SPD und einer Wählergemeinschaft, einem von der CDU *abgesprungenen Flügel, abzeichnet.*

Die Christdemokraten, die nach der Wahl 1982 in allen elf Landkreisen die absolute Mehrheit erreicht hatten, konnten *ihre Position* nur in den Kreisen Ostholstein, Rendsburg-Eckernförde, Schleswig-Holstein und Steinburg knapp behaupten. In den Kreisen Dithmarschen *ist* die CDU nach einem Verlust von zehn Prozent, der höchsten Minusquote der Partei innerhalb des Landes, auf die Zusammenarbeit mit einer Wählergemeinschaft angewiesen.

In den Kreisen Herzogtum Lauenburg, Nordfriesland und Stormarn braucht sie die Koalition mit der FDP, um weiter das Sagen zu haben. Ähnlich sieht die Situation im Kreis Segeberg aus, wo zwischen der CDU einerseits und SPD, Grünen und FDP andererseits ein Patt der *Mandate* existiert.

Eine Sondersituation nimmt die nördlichste Stadt der Republik, *Flensburg*, ein. Auch in Zukunft wird die Stadt an der Förde gemeinsam von der SPD und dem Südschleswigschen Wählerverband (SSW) regiert, *der in Flensburg seine stärkste Bastion* hat. Allerdings verzeichnete der SSW, der in Zukunft über neun statt elf Mandate in Flensburg verfügt, einen landesweiten geringfügigen Rückgang der Stimmen um 0,1 auf 1,7 Prozent.

Ein Fragezeichen steht hinter dem *Schicksal der Freien Demokraten.* Gegenüber der vergangenen Landtagswahl, bei der sie mit 2,2 Prozent fast ihren Infarkt hatte, konnte sie zwar 2,2 Prozent zulegen. Gemessen am letzten Kommunalwahl-Ergebnis aber büßte sie 2,4 Prozent der Stimmen ein. Mit 4,4 Prozent nahm sie landesweit nicht die magische Hürde. Den Rückzug mußte sie in Kiel, Lübeck, Dithmarschen, Ostholstein, Pinneberg, Plön, Rendsburg-Eckernförde, Schleswig, Flensburg und Steinburg antreten, wo sie nicht den Sprung in die Kreistage oder Stadträte schaffte.

Gericht rügt Rechtsbruch der Universität Bielefeld

Landesregierung reagiert nicht auf Urteil gegen den AStA

PETER PHILIPPS, **Bonn**

An der Universität Bielefeld herrscht ein ungewöhnlicher Zustand: Zwar gehört es seit vielen Jahren zur Realität in der Bundesrepublik Deutschland, daß den Studentenausschüssen („AStA") regelmäßig Gesetzesverstöße vorgeworfen werden, doch Bielefeld ist die einzige Hochschule, deren AStA von einem ordentlich Gericht seine „rechtswidrigen Aktionen" schriftlich attestiert bekommen hat, ohne daß Uni-Lei*tung oder Staatsaufsicht* bisher aktiv geworden sind.

Der Anlaß der Verhandlung vor dem Amtsrichter in Lemgo war die Anzeige der Universität wegen „übler Nachrede" gegen die Verfasser einer Schrift über „rot-grüne Unterwanderung" der Hochschule (s. WELT v. 6.11.84). In dem Verfahren unterlag die Universität – u. a., weil „ein berechtigtes Interesse an der inkriminierten Meinungsäußerung aus den häufigen Verletzungen des AStA ge*gen geltendes Recht folgt*", *nämlich* gegen „das Verbot der Ausübung eines allgemeinpolitischen Mandats". Und dann listet das Gericht in seiner schriftlichen Urteilsbegründung auf:

- Aufruf des AStA zur Demonstration gegen den Besuch des US-Außenministers Bush in Krefeld;
- Aufrufe zu Antiraketendemonstrationen durch den AStA;
- Unterstützung der Friedensbewegung des (kommunistischen – d. Red.) MSB-Spartakus;

„Schwer zu kontrollieren"

- Fahrkartenverkauf zur Demonstration und Belagerung des Raketenstandorts Mutlangen;
- AStA-Plakat gegen die Kandidatur von Strauß zum Bundeskanzler;
- Protestplakat gegen den „brutalen Überfall der US-Truppen" auf Grenada;
- Aufrufe zu Ostermärschen durch den AStA.

Doch die Urteilsbegründung von Amtsrichter Koch läßt staunen. Denn der Richter zitiert den „Rechtsberater" der Universität, Oberregierungsrat *Simm, mit dessen Aussage: „Die* Tatsache, daß es ständige Übergriffe des AStA im Hinblick auf das Verbot der Ausübung des allgemeinen politischen *Mandats gibt*, wird vom Rektorat eingeräumt. Nach Ansicht des Zeugen Simm ist es jedoch nahezu unmöglich, solche Aktivitäten des AStA zu unterbinden, *da die Räum*lichkeiten der Universität weitläufig und daher schwer unter Kontrolle zu halten sind."

Und weiter heißt es im Urteil des Amtsgerichts Lemgo: „Der im übrigen zum Teil unglaubliche äußere Zustand des Universitätsgebäudes und einzelner Hörsäle machen die beanstandete Äußerung der Angeklagten verständlich. Wenn in Hörsälen und auf Fluren offen für reine Terrorgruppen geworben wird, und diese Werbung mit strafbarem Inhalt nicht unterbunden und entfernt wird, darf ebenfalls in scharfer Form auf diese Zustände hingewiesen werden und es *darf auch die von den Angeklagten* vorgenommene Einschätzung geäußert werden."

Zustandsbeschreibung

Es ist eine beeindruckende Zustandsbeschreibung der Bielefelder Universitäts-Wirklichkeit, die in diesem Urteil zum Ausdruck kommt, ohne daß der verantwortliche Landesminister bisher aktiv geworden ist: „Daß noch andere radikale politische *Gruppen an der Universität Bielefeld* ihr Unwesen treiben und daß das Rektorat hiergegen nicht einschreitet, erhellt die *Aussage* der Zeugin *Professor* Ruth Römer von der Universität Bielefeld, sie habe bereits 1979 den Verkauf von politischen Broschüren beobachtet und habe sich eine solche Broschüre besorgt. Sie habe dann feststellen müssen, daß in dieser Broschüre antisemitische Hetze verbreitet worden sei. Die heutigen Juden seien mit den Nazis verglichen worden, der Judenstern sei mit dem SS-Emblem verschränkt worden und es sei in der Schrift aufgefordert worden, Israel von der Landkarte verschwinden *zu lassen.*"

Die Professorin informierte den Dekan, hörte aber nie wieder etwas von der Angelegenheit – auch *nicht nach Insistieren beim Rektorat. Ob* nun die Landesregierung von ihrer Aufsichtspflicht Gebrauch macht?

Uni-Chef will kürzere Schulzeit

p. p. **Bonn**

Der ehemalige Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), *George Turner*, sieht „*statt* einer praktikablen Lösung ein Chaos" entstehen, wenn die bisher verfolgten Pläne umgesetzt würden, die Verlängerung des Wehrdienstes durch Änderungen im Schul- und Hochschulbereich abzumildern. Turner gehört zu den Experten, die für das Hearing vor dem Verteidigungsausschuß des Bundestages heute und morgen zu diesem Thema geladen wurden. Der Präsident der Universität Hohenheim: „Eine brauchbare Lösung ist zwar vorgeschlagen, aber von den Kultusministern überwiegend abgelehnt und von den Lehrerverbänden – aus Sorge um womög*lich überflüssige Stellen – polemisch* kritisiert worden. Vernünftig nämlich wäre es, die Schulzeit im Gymnasium zu kürzen. Dabei ginge es gar nicht darum, etwa ein halbes Jahr fortfallen zu lassen." Man könne aber bei „zügigen Korrekturen" der Klassenarbeiten bis Mitte März das Abitur abschließen. Damit falle nur der bisherige „Gammelbetrieb" weg.

DGB sagt Gespräch mit Grünen ab

dpa, **Düsseldorf**

Der DGB hat ein Gespräch mit dem Fraktionsvorstand der Grünen im Bundestag abgesagt, das gestern abend in Bonn vorgesehen war. Wie der DGB in Düsseldorf mitteilte, enthielt die Teilnehmerliste auch die Namen ehemaliger Bundestagsabgeordneter der Grünen. Man habe jedoch mit derzeit dem Bundestag angehörenden Abgeordneten über politische Initiativen der Grünen diskutieren und Stellung beziehen wollen, betonte der DGB in seiner Absage.

Der DGB meinte, er habe noch nie mit ehemaligen Abgeordneten Gespräche geführt, immer nur mit Mandatsträgern. So sehe er sich angesichts dieser Umstände zur Absage des mit dem Fraktionsvorstand der *Grünen vereinbarten Gesprächs* veranlaßt.

Das Treffen zwischen dem geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB und den Grünen war Ende vergangener Woche geplant worden. Der DGB folgte damit einen Wunsch der Grünen. Seine Bereitschaft, mit dem Fraktionsvorstand zu sprechen, hatte der DGB bereits 1984 erklärt.

Bäumer, Rau und der Riesenbluff

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

Der frühere nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Hans Otto Bäumer (SPD) hat seine Kritik an dem Kanzlerkandidaten der Sozialdemokraten, Johannes Rau, erneuert. Er sieht gleichzeitig die Gefahr, daß der SPD-Vorsitzende Willy Brandt „augenzwinkernd" die Grünen hofiert und damit die Bemühungen Raus konterkariert, der sich für eine strikte Trennung von „Rot und Grün" ausgesprochen hat. Bäumer war 1983 wegen eines ihm wenig glaubhaft scheinenden Kurses in der Umweltpolitik zurückgetreten.

Die ökologische „Kompetenz" des Herausforderers von Bundeskanzler Helmut Kohl sei offenbar geworden bei der Einweihung des „Stickstoffstinkers Ibbenbüren", die Rau selbst vorgenommen habe. *Die Grundhal*tung Raus hieße: „Arbeitsplätze, Arbeitsplätze, Arbeitsplätze – und wenn die sich noch mit Umwelt in Einklang bringen lassen, *dann wollen wir's dar*an nicht fehlen lassen." Gegenüber der Zeitschrift „Natur" ergänzte Bäumer weiter: „14 Tage nach meinem Rücktritt hat Rau öffentlich erklärt: ‚Bei uns ist die Arbeitsplatzfrage die Nummer 1.' Vorrang hätten das Revier und die Kohle. Dabei, so scheint's, ist es bis heute geblieben."

Bäumer offenbarte, daß der Wirtschaftsminister des *Landes*, Professor Reimut Jochimsen, schon vor zweieinhalb Jahren bei dem damals zuständigen Arbeitsminister Professor Friedhelm Farthmann angefragt hätte, was in Ibbenbüren passieren würde, wenn das Kraftwerk in Betrieb gehe. Schon damals habe man gewußt, wie hoch die Emissionen beim Schwefeldioxid sind. Wenn aber „so lange nichts geschieht und dann innerhalb von einer Woche angeblich – ich betone das Wort angeblich – entscheidende Verbesserungen vereinbart werden können, dann fragt sich doch der normalbegabte Beobachter, ob das nicht ein Riesen*bluff ist*". Der ehemalige *Minister*, auch zuständig für den Umweltschutz, folgert daraus: „Wenn die Energiewirtschaft keinen beherzten, *wirksam arbeitenden Gegner kriegt*, wird sie über ihre ganze Kraft und Einwirkungsmöglichkeit am Schluß gar nicht mehr glücklich sein, denn die Kohlevorrangpolitik geht auf diese Art und Weise kaputt." Die Landesregierung sei dringend aufgefordert, diese Kohlevorrangpolitik umweltverträglicher zu machen. Denn wenn die Naturschützer erfahren, „was da so alles zu Lasten der Natur versaubeutelt wird, dann werden denen die Ohren abfallen".

Auf sein berühmt gewordenes Wort vom Bündnis zwischen Malochern und Waldläufern angesprochen, wiederholte Bäumer, man müsse den Malochern „auch mal die Meinung geigen dürfen – und man muß den Waldläufern sagen, daß sie sich nicht auf Jesuslatschen aus der Industriegesellschaft herausstehlen können". Dabei machte er deutlich: „Wir lehnen die *Industriegesellschaft* nicht ab, wir wollen sie umgestalten." Es nützten aber keine Sprüche, „da gibt's nur eines: drauf und dran, auch wenn es Schrammen gibt."

Zu möglichen Koalitionsangeboten nach der Bundestagswahl 1987 meinte Bäumer, er gehe davon aus, daß *man Rau ernst nehmen müsse mit* seiner Aussage, kein Bündnis mit den Grünen zu machen. Darum habe er auch eine gewisse Chance. Und in Sachen FDP sei noch nicht das „aller-allerletzte Wort" gesprochen.

„Schriftsprache" Voraussetzung

dpa, **Koblenz**

Zu den Voraussetzungen für eine Einbürgerung in der Bundesrepublik *Deutschland gehört nach einem* Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Rheinland-Pfalz auch die Kenntnis der deutschen Schriftsprache. Eine Einbürgerung dürfe nur ausgesprochen werden, wenn gewährleistet sei, daß sich der Bewerber in die deutschen Lebensverhältnisse einordnet, heißt es in einem Urteil des Koblenzer Gerichts. Dazu gehöre auch, daß der Bewerber die deutsche Schriftsprache in dem Maße beherrsche, wie dies von Personen seines Lebenskreises und Bildungsstandes erwartet werde.

Die Richter hatten diese Voraussetzung bei einem 1950 geborenen Tunesier, der einen Volksschulabschluß hat und 14 Jahre in Deutschland lebt, verneint. Der Mann verstehe zwar die deutsche Sprache, sei aber nicht in der *Lage*, einen kurzen Text ohne eine erhebliche Anzahl von Schreibfehlern wiederzugeben. Das OVG bestätigte damit ein Urteil des Verwaltungsgerichts Neustadt/Weinstraße (Aktz. 7 A 71/85).

Kirchenlied über ‚gewalttätigen Kohl'

idea, **Stuttgart**

Auseinandersetzungen um den Text eines Kirchenmusikstücks ha*ben jetzt zum Rücktritt des leitenden* Obmanns des Verbandes „Evangelische Kirchenmusik in Württemberg", Kirchenmusikdirektor Gerhard Steiff (Tübingen), geführt. In der von ihm getexteten und komponierten Chormusik „Die Kamele" werden Ronald Reagan und Helmut Kohl als „Gewalttätige" und der Sprecher des württembergischen Pietismus in der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, Dekan Rolf Scheffbuch, als „Seelenegoist" bezeichnet.

Die württembergische Kirchenleitung erklärte zu dem jetzt aufgeführten Stück, sie halte „Kritik in dieser ungeistlichen und lieblosen Form für nicht möglich". Sie gehe davon aus, daß sich der Verband von dem Stück distanziere. In einem Gespräch mit Dekan Scheffbuch kritisierte Steiff „die ganze Glaubensrichtung", die der „Typus Scheffbuch" repräsentiere. In seiner Rücktrittserklärung rechtfertigte der Kirchenmusiker den Text als „Stilmittel der ironischen Überspitzung".

„Los von Wien“ findet knappe Mehrheit

cgs, Wien

Das Bundesland Niederösterreich weist eine Besonderheit auf: Es hat als einziges österreichisches Land keine eigene Hauptstadt. Die Landesregierung und der Landtag, Ämter und Behörden, residieren in Wien.

In Niederösterreich stellt die ÖVP den Landeshauptmann (Regierungschef). Wien ist dagegen sozialistisch. Der Wiener Bürgermeister, der zugleich Landeshauptmann ist, gehört der SPÖ an. Das mag ein Grund dafür sein, daß der gegenwärtige niederösterreichische Regierungschef Siegfried Ludwig seit Jahren die Forderung nach einer eigenen Landeshauptstadt vertritt – einer Stadt außerhalb des Bannkreises von Wien. Da aber ein „Auszug“ Niederösterreichs und seiner Behörden aus Wien und die Installierung einer Hauptstadt im Lande selber nur mit einer Zweidrittelmehrheit des Landtags – also auch mit den Stimmen der Sozialisten – möglich wäre, hat Ludwig zum Mittel der Volksbefragung gegriffen, mit dem er die widerstrebenden Sozialisten unter Druck setzte.

Der Erfolg hat ihm jetzt recht gegeben. 56 Prozent sprachen sich für *eine eigene neue Landeshauptstadt* aus. 44 Prozent votierten dagegen. Unter den Städten, die zur Auswahl standen, kamen die Industriestadt St. Pölten mit 45 Prozent auf den ersten, die Stadt Krems mit 29 Prozent auf den zweiten Platz.

Damit haben Ludwig und die niederösterreichische Volkspartei einen starken Impuls erhalten, in der Hauptstadt-Frage nicht nachzulassen. Interessant ist, daß die Hauptstadt die Niederösterreicher quer durch die Parteien in Befürworter und Gegner geteilt hat. Positiv zur Hauptstadt stehen jene Gemeinden, die sich Hoffnungen darauf machten, selber Sitz der Landesregierung zu werden oder wenigstens in die Nähe der Behörden zu rücken. Davon verspricht man sich zusätzliche Investitionen und mehr Umsatz.

Die *Hauptstadt-Frage ist nicht nur* eine finanzielle, sondern auch eine machtpolitische Frage – so wird sie jedenfalls von der niederösterreichischen Volkspartei gesehen. Da ist die Parole: „Los von Wien“ ein unausgesprochenes Motiv – was vom Landeshauptman etwa damit begründet wird, die Niederösterreicher sollten ihr Geld im eigenen Lande ausgeben und nicht nach Wien tragen.

Wiesenthal entlastet Waldheim, der Vorwürfe über NS-Zeit zurückweist

Der ehemalige UNO-Generalsekretär will Österreichs Präsident werden / Harter Wahlkampf

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Kurt Waldheim, ehemals UNO-Generalsekretär und jetzt Kandidat der christlich-demokratischen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) für die bevorstehende Bundespräsidentenwahl, ist ins Schußfeld der Vergan*genheitsbewältiger geraten.*

Ein weitverbreitetes und auf „Enthüllungsjournalismus“ spezialisiertes Wiener *Magazin behauptet*, der ehemalige erste Mann der UNO sei 1938, nach dem Anschluß Österreichs, Mitglied der Reiter-SA und des NS-Studentenbundes gewesen. Das Magazin stützt sich dabei auf eine Eintragung im „Wehrstammbuch“ Waldheims, das in Wiener Archiven gefunden wurde.

Waldheim hat inzwischen dementiert. Er sei niemals einer dieser NS-Organisationen beigetreten. Er habe als passionierter Reiter lediglich an Veranstaltungen der Wiener Konsularakademie zu Pferde teilgenommen. Waldheim *schließt nicht aus, daß die Teilnehmer dieser Reitausflü*ge ohne ihr Wissen in irgendwelchen nationalsozialistischen Mitgliedslisten geführt wurden.

Die Aufregung um die angebliche „Nazi-Vergangenheit“ Waldheims zieht aber noch weitere Kreise. Inzwischen sind in den USA Behauptungen *aufgetaucht*, Waldheim – er war im Zweiten Weltkrieg deutscher Offizier im Range eines Oberleutnants – habe an irgendwelchen Kommando- oder Vergeltungsaktionen des Dritten Reiches teilgenommen. Inzwischen dürfte allerdings feststehen, daß er nur bei der kämpfenden Truppe eingesetzt war.

Der „*Nazi-Jäger*“ Simon Wiesenthal entlastet den ehemaligen UNO-Generalsekretär mit der Bemerkung, die Sowjets hätten Waldheim niemals auf seinem UNO-Posten geduldet, wenn auch nur die geringste Belastung vorhanden gewesen wäre.

Auch der Präsidentschaftskandidat der österreichischen Sozialisten, der Arzt und ehemalige Gesundheitsminister Kurt Steyrer, war – wenn auch auf andere Weise – in der Zeit *nationalsozialistischer Herrschaft* mit dabei: Er wurde als deutscher Offizier mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet – einem Orden, der im Zweiten Weltkrieg mit dem Hakenkreuz verziert war und der für Tapferkeit vor dem Feinde verliehen wurde.

Wie hart der Wahlkampf in Österreich inzwischen geführt wird, zeigt die Tatsache, daß die „Arbeiterzeitung“ – das Zentralorgan der österreichischen Sozialisten – als Kronzeugen für angebliche NS-Belastungen Waldheims die rechtsradikale „Deutsche National- und Soldatenzeitung“ zitiert. Diese hatte Waldheims Doktorarbeit ausgegraben, in der er „*seine Begeisterung für die Reichsidee*“ zum Ausdruck gebracht habe.

Politische Beobachter verweisen darauf, daß der junge Waldheim damals mit seiner großdeutschen Gesinnung in Österreich keineswegs allein dastand. Viele prominente Sozialisten und Katholiken, die damals, im Gegensatz zu Waldheim, erwachsen und erfahren waren – *von Karl Renner*, dem späteren Bundespräsidenten, bis zum Erzbischof von Wien, Kardinal Innitzer –, hatten damals den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich begrüßt, ohne deshalb Nazis zu sein.

Priester d'Escoto „wiegelt Volk auf“

KNA, *Vatikanstadt*

Die vatikanische Tageszeitung „L'Osservatore Romano“ hat dem nicaraguanischen Außenminister und Priester Miguel d'Escoto vorgeworfen, die Bevölkerung seines Landes gegen *die Bischöfe aufzuwiegeln*. In einem Kommentar verurteilt der „Osservatore“ scharf den „Kreuzweg“, einen 14tägigen Marsch über 300 Kilometer, den d'Escoto gegenwärtig durch Nicaragua führt.

Die vatikanische Tageszeitung wirft dem seit Januar 1985 vom Priesteramt suspendierten d'Escoto vor, *diesen „Kreuzweg“ ausschließlich für* politische Ziele zu mißbrauchen. Er wolle den Glauben der Menschen für das sandinistische Regime dienstbar machen. Indem er dazu auffordere, keine Angst vor Kardinal Obando Bravo zu haben, und die Bischöfe aufrufe, sich wieder mit dem Volk zu versöhnen, so der „L'Osservatore“, erhebe sich d'Escoto zum „Richter über die Bischöfe“.

Kairo behält Polizeitruppe bei

dpa, *Kairo*

Die 300 000 Mann starke ägyptische Bereitschaftspolizei soll nach den Worten des neuen Innenministers Zaki Badr trotz der Meuterei von einigen tausend Polizisten nicht *aufgelöst* werden. „*Die zentrale* Sicherheitsabteilung bleibt bestehen, es gibt keine Alternative dazu“, erklärte er. Eine Auflösung der Polizeitruppe würde „die Türen für weiteren Aufruhr öffnen“. Er räumte jedoch ein, daß Pläne für die Schaffung einer speziellen Eingreiftruppe „für Notsituationen“ geprüft würden. Nach seinen Worten schlossen sich nur zwei Prozent der Bereitschaftspolizisten der Rebellion an.

Unterdessen wurde bekannt, daß die Ausschreitungen entgegen offiziellen Behauptungen doch ein ausländisches Opfer forderten. In einem von den Randalierern niedergebrannten Hotel wurde die verkohlte Leiche einer dänischen Urlauberin gefunden. Die Unruhen forderten 36 Tote.

Parteiausschluß wegen Porno-Video

dpa, *Peking*

Chinas Kampagne gegen Korruption und Sittenverstöße hat ein neues prominentes Opfer gefordert. Die Nachrichtenagentur Xinhua gab offiziell bekannt, daß der namhafte *Schriftsteller und ehemalige Vize*-Kulturminister Zhou Erfu (72) wegen „schwerwiegender Verletzung der nationalen Würde“ und wegen „unsittlichen Lebenswandels“ aus der Partei ausgeschlossen und seiner Ämtern enthoben wurde. Zhou Erfu soll sich als Vizepräsident der Gesellschaft für Freundschaft mit dem Ausland bei einem Besuch in Tokio Porno-Videos angesehen haben. Als politischer Mißgriff wurde ihm vorgeworfen, daß er auch den Yasukuni-Schrein besuchte, in dem Japan seine Kriegstoten ehrt.

Zhou, der während der Kulturrevolution (1966–1976) als kapitalistischer Rechtsabweichler verfolgt worden war, wurde 1978 vorübergehend stellvertretender Kulturminister.

Protestanten in Ulster drohen neue Streiks an

SAD, Belfast

Die rund eine Million Protestanten Nordirlands nennen sich zwar Loyalisten, doch ihr Generalstreik gestern demonstrierte, daß die Loyalität zu Großbritannien aufhört, wenn die Regierung in London versucht, den Ulster-Konflikt gemeinsam mit der Republik Irland zu lösen.

Die 24stündige Arbeitsniederlegung aus Protest gegen das anglo-irische Abkommen von Hillsborough, das der Regierung in *Dublin* erstmals ein gewisses Mitspracherecht in Nordirland gibt, war nach Angaben *der Organisatoren nur* eine Generalprobe für einen unbefristeten Streik im Frühjahr.

„Nicht wir sind verantwortlich für den Streik, sondern Frau Thatcher“, erklärte der stellvertetende Chef der Demokratischen Unionistenpartei, Peter Robinson. „Die Premierministerin hat für die Konfrontation optiert, indem sie die Suspendierung des anglo-irischen Abkommens abgelehnt hat.“

In den durch den kollektiven Rücktritt der protestantischen Ulster-Abgeordneten erzwungenen 13 Nachwahlen vom Januar hätten „drei Viertel der Bevölkerung“ zu der Vereinbarung nein gesagt.

Nach Darstellung des Führers der „Ulster Clubs“, Alan Wright, gibt es in Ulster „keine Mitte mehr – entweder man ist für das Abkommen oder dagegen. Das anglo-irische Abkommen ist ein Versuch, uns an Rom auszuliefern. Wir sind stolz darauf, Protestanten und Briten zu sein.“

Obwohl rund 10 000 britische Soldaten zur Unterstützung der nordirischen Polizei mobilisiert worden waren, *kam es zu zahlreichen Ausschreitungen*. Militante Protestanten steckten Autos in Brand und fällten Bäume, um den Verkehr in Belfast und in der Provinz zu unterbrechen. Die wichtigste Autobahn Nordirlands wurde streckenweise mit Nägeln und Schmieröl unbenutzbar gemacht. Der Fähr- und teilweise auch der Flugverkehr kamen zum Erliegen.

Das von der katholischen Minderheit in Ulster begrüßte Abkommen von Hillsborough gibt der Republik Irland über eine ständige innerirische Konferenz zwar ein beschränktes Mitspracherecht, verweist jedoch ausdrücklich darauf, daß der Status der britischen Provinz nur mit mehrheitlicher Zustimmung in der Bevölkerung geändert werden kann.

Frau Aquino fehlt noch das Ja des Parlaments

Mit ihrer Mehrheit kann Marcos-Partei Reformen vereiteln

FRED de LA TROBE, Manila

Die Regierung von Präsidentin Corazon Aquino stößt auf harten Widerstand von Funktionären des gestürzten Marcos-Regimes. Als sie vor der Flucht des Expräsidenten am 25. Februar als Oberhaupt der damals noch provisorischen Regierung eingeschworen wurde, appellierte sie an alle öffentlich gewählten und ernannten *Amtsträger* – einschließlich der Mitglieder des Obersten Gerichtshofs – ihren Rücktritt einzureichen.

Inzwischen ist ein Teil dieser Funktionäre – von Gouverneuren über Bürgermeister bis zu Gemeinderats*mitgliedern – tatsächlich freiwillig* ausgeschieden.

Die Richter blieben

Mehr als die Hälfte weigerten sich aber, dem Appell des Präsidenten zu folgen. Sie verweisen auf die Verfassung von *1973*, nach der die Obersten Richter nicht abberufen werden können, ehe sie die Altersgrenze von 70 Jahren erreichen. Keiner der Richter ist bisher zurückgetreten. Alle gelten als Freunde von *Marcos*.

Die gewählten Amtsträger können verfassungsmäßig erst durch Neuwahlen abgelöst werden, die aber nicht vor Mai dieses Jahres fällig sind. Frau Aquino erklärte, die Wahlen *müßten bis auf weiteres* verschoben werden, da nach den aufwendigen Präsidentschaftswahlen nicht *schon wieder große Summen für ei*nen neuen Urnengang ausgegeben werden sollten. Die auf Marcos maßgeschneiderte Verfassung wurde unter Kriegsrecht eingeführt.

Frau Aquino hat sich bisher nicht entschließen können, ihre Regierung als „Revolutionsregierung“ zu proklamieren, die über der Marcos-Verfassung und den Gesetzen stünde. Der Verfassung entsprechend müßte sie auch vom Parlament zur Präsidentin proklamiert werden.

Mit der Mehrheit der damals noch regierenden Partei KBL wurde aber nach den Wahlen vom 7. Februar Marcos zum Präsidenten proklamiert. Ob dieser Beschluß rückgängig gemacht werden kann und die Volksvertretung statt dessen Corazon Aquino zur Präsidentin ausrufen wird, ist noch unklar.

Die KBL, die trotz einiger Überläufer ins neue Regierungslager immer noch die *Mehrheit hält*, kann jedenfalls die Proklamation verhindern und Reformvorlagen zu Fall bringen. Die von Marcos begründete Partei beginnt sich gegenwärtig neu zu gruppieren.

Der ehemalige Arbeitsminister Blas Ople, der von Marcos in letzter Minute in einer Feuerwehrmission um *amerikanischen* Beistand *nach* Washington entsandt worden war, kehrte am Sonntag unter dem Beifall *seiner Anhänger nach Manila zurück.*

Er meldete prompt seinen Anspruch an, neuer Fraktionsführer der *KBL zu werden. Dieser Posten könn*te ihm aber von Verteidigungsminister Juan Pouce Enrile streitig gemacht werden, der ebenfalls noch der KBL angehört. Enriles Abfall von Marcos beschleunigte dessen Sturz.

Da die Regierung Aquino nationale Versöhnung auf ihre Fahnen geschrieben hat, ist es bisher zu Racheaktionen praktisch nicht gekommen; auch eine Welle von Verhaftungen ist ausgeblieben.

Diese weiche Linie von Frau Aquino haben viele als Schwäche ausgelegt. Die Amtsträger aus der Marcos-Zeit nutzen sie aus, um die alten Strukturen im juristischen und bürokratischen System zu erhalten.

Millionen mitgenommen

Die Philippinen beanspruchen das *Barvermögen, das Marcos bei seiner* Flucht ins Ausland mitgenommen hat.

Der Gouverneur der Zentralbank, Jose Fernandez, teilte in Manila mit, die Behörden der Philippinen wür*den deshalb auf Hawaii, dem Exilort* von Marcos, ein Gerichtsverfahren anstrengen. Es sei davon auszugehen, daß Marcos mindestens umgerechnet 13,5 Millionen Mark ohne Exportlizenz und unregistriert weggeschafft habe.

Nach einem Bericht des US-Nachrichtenmagazins „Newsweek“ hat Marcos während seiner 20jährigen Herrschaft zwischen fünf und zehn Milliarden Dollar außer Landes gebracht. Ein von Präsidentin Aquino in New York beauftragter Anwalt schätzt das Vermögen des Marcos-Clans sogar auf 30 Milliarden Dollar.

SAD)

Colombo verschärft den Krieg gegen Separatisten

Lösung des Tamilen-Konflikts in Sri Lanka nicht in Sicht

PETER DIENEMANN, Colombo

Die vier Kampfflugzeuge älterer Bauart tauchten kurz nach Tagesanbruch auf. Im Tiefflug warfen sie ihre *Bombenlast ab. Ihr Ziel: drei Lager* tamilischer Extremisten in der Umgebung der nordceylonesischen Stadt Jaffna und ein Sprengstoff-Depot in Suruvil. „Wir hatten Informationen, daß von diesen Lagern aus Offensiven gegen die Sicherheitskräfte geführt werden sollten“, sagte Albert J. Fernando vom Sicherheitsministerium in Colombo gegenüber der WELT.

Operationen wie diese führt die ceylonesische Armee seit Anfang des Jahres fast jeden Tag aus. Ziel der Angriffe der Luftwaffe und der Bodentruppen ist die Zerstörung der Infrastruktur der drei tamilischen Terrororganisationen. „Wir können nicht warten, bis die zuschlagen, sondern müssen die Wurzeln zerstören“, so ein Sprecher des Außenministeriums.

Der dichtbevölkerte Nordteil der Insel ist fest in tamilischer Hand. Soldaten der ceylonesischen Armee verlassen ihre Kasernen nur zu Kampfeinsätzen. Sie leben fast wie Gefangene, denn „draußen“ sind sie ständigen Gefahren ausgesetzt.

Die Tamilen-Extremisten führen gegen die Armee auch einen psychologischen Krieg. Nachts zünden sie in der Umgebung der Kasernen Sprengsätze, einen Angriff vortäuschend, der jedesmal die Truppen in Alarm*bereitschaft versetzt*. Hinzu kommt der Minen-Terror. Fernando: „Wenn die Truppen mit Fahrzeugen unterwegs sind, müssen sie immer damit rechnen, auf eine Mine aufzufahren.“

Der Zorn der Soldaten trifft häufig Zivilisten

Die Reaktionen der im Dschungelkampf unerfahrenen Soldaten sind unberechenbar. Kurz nach einem Terror-Angriff, im Schock und angesichts zerfetzter Leichen ihrer Kameraden, feuern sie häufig auf alles, was sich bewegt, allzuoft auch auf unschuldige Zivilisten, die nur zufällig am Ort des Geschehens waren. „Oft ist auch nicht festzustellen, wer schuldig oder wer unschuldig ist“, meint Fernando zu jenen Übergriffen der Armee gegenüber Zivilisten, die immer wieder einen Sturm der Entrüstung entfachen, wie zuletzt in Lahugala, im Distrikt Ampara, wo Soldaten angeblich 40 Bauern auf einem Feld zusammengetrieben und dann „exekutiert“ hatten. Eine Untersuchungskommission der Regierung soll jetzt diesen Vorfall vom 19. Februar klären.

Der Guerrillakampf in Sri Lanka ist von einer tödlichen Automatik geprägt: Die Armee greift Terroristenlager an, die Antwort ist ein Bombenanschlag der Extremisten. Ein „Rache“-Angriff der Armee folgt, wenn Soldaten betroffen waren. Zwar wird die Zahl der bewaffneten Terroristen auf nur etwa 1000 geschätzt, doch beträgt die Zahl der Sympathisanten das Zehnfache. Die 1000 modern bewaffneten Untergrundkämpfer stehen einer ceylonesischen Armee von rund 15 000 Mann und der „Special Task Force“, einer von ehe*maligen britischen Militärs trainier*ten Kommandotruppe, gegenüber.

Die Extremisten fordern eigenen Staat Tamil Eelam

Pakistan hilft Sri Lanka seit einigen Monaten bei der Ausbildung der singhalesischen Soldaten, die vor Ausbruch des bewaffneten Konfliktes zwischen singhalesischer Mehr*heits- und tamilischer* Minderheitsbevölkerung im Jahre 1983 eine „rein zeremonielle Armee“ stellten.

Während das Leben der Bevölkerung im mehrheitlich tamilischen Nordteil der Insel fast friedlich erscheint, konzentriert sich der Krieg zwischen Armee und Extremisten auf die Ostprovinz um Trincomalee. Die Sicherheitskräfte wollen „die Ostprovinz retten“. Sie wird von den Tamilen, die ihren eigenen Staat Tamil Eelam haben wollen, zusammen mit der Nordprovinz als ein Bestandteil des „Tamilen Homelands“ angesehen.

„Dort aber“, so Innenminister K. W. Devanayagam, „ist nur ein *Drittel* der Bevölkerung tamilisch. Die übrigen Bewohner, Singhalesen und Moslems zu etwa je *einem weiteren Drittel*, lehnen eine Regierung durch Tamilen ab. Der Staat, so meint der In*nenminister, habe für die Einhaltung* demokratischer Regeln und der Gesetze zu sorgen. Eine Vereinigung *von Ost- und Nordprovinz* sei deshalb ausgeschlossen.

Jeden Tag melden die Sicherheitskräfte Sri Lankas rund *zehn* „*Zwischenfälle*“ – vom Bankraub jugendlicher Terroristen, die sich Geld für den Waffenkauf beschaffen *wollen*, bis zu Bombenangriffen der Terroristen und Gegenschlägen der Armee. Es ist ein Kampf, für den zur Zeit kein Ende abzusehen ist. Weder Tamilen-Führer noch die Regierung in Colombo halten Verhandlungen über eine politische Lösung im Moment für möglich.

Papandreou bekämpft linke Partei-Kritiker

SAD, Athen

Mit rücksichtslosen Methoden versucht der griechische Sozialistenchef Andreas Papandreou, den immer kritischer werdenden linken Flügel seiner PASOK-Partei zu bändigen und den aufmüpfigen Parteigenossen zu zeigen, wer das Sagen hat: Nur eine Woche vor einer mit großer Spannung erwarteten Sitzung des PASOK-Zentralkomitees hat Papandreou seinen bis vor kurzem engsten Mitarbeiter aus der Partei ausgeschlossen.

Papandreou warf dem einstigen Wirtschaftsminister Gerassimos Arsenis (Mitglied im Zentralkomitee) vor, der bis Juli 1985 die Wirtschaftspolitik der Sozialisten gestaltet hatte, „durch ganz *Griechenland* zu reisen, um sich als Wortführer der angeblichen Parteilinken zu profilieren“. Arsenis habe angeblich die Absicht, sich an die Spitze einer Gegenbewegung zu setzen.

Unmittelbar nach der Verkündung seines Programms im Oktober 1985 hatte Papandreou massenweise führende Gewerkschaftsfunktionäre aus seiner Partei ausgeschlossen, um die Kritik an seinem Kurs in Grenzen zu halten. Etwa 1200 enttäuschte Gewerkschaftsangehörige und frühere Mitglieder der PASOK-Partei hatten sich nun vor einigen Wochen zu einer neuen „Bewegung“ zusammengeschlossen. Diese Gruppe wollte der 48jährige Arsenis, der die Sparpolitik der Regierung scharf kritisiert, angeblich übernehmen.

Arsenis, der auf dem Höhepunkt *seiner Macht von Papandreou aus al*len Ämtern gefeuert und für das Scheitern der bisherigen Wirtschaftspolitik verantwortlich gemacht wurde, hat sich mit der Rolle eines Sündenbocks allerdings nicht abgefunden: Bis heute ist er von der Richtigkeit seiner Wirtschaftspolitik überzeugt und hält der Partei vor, von ihren programmatischen Ankündigungen abgerückt zu sein. Genau diesen Vorwurf richten gegen Papandreou auch die meisten Gewerkschaftsfunktionäre, die ihre Querverbidnungen zum linken Parteiflügel unterhalten. Das rabiate Vorgehen Papandreous gegen die Kritiker zeigt, daß sie mächtiger und einflußreicher sind als die Parteiführung öffentlich zugeben will.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Amerika braucht Europa und die Europäer brauchen Amerika. Aber nicht immer ist das Verhältnis frei von atmosphärischen Störungen. „Obwohl die westeuropäischen Staaten neben Kanada die engsten Verbündeten und Freunde der Vereinigten Staaten in der Welt sind, können die USA wirtschaftliche und politische Entwicklungen in Kanada oder Westeuropa nicht kontrollieren. Die Nordamerikaner können nicht hoffen, die andere Seite des Nordatlantiks zu verteidigen, wenn die Europäer nicht den größten Teil dieser Last selber tragen", schreibt der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt. Für die USA sei es unvorstellbar, den sowjetischen Expansionsdrang ohne strategische Kooperation mit jenen Staaten einzudämmen, die ebenfalls vom sowjetischen Expansionsdrang bedroht sind.

Helmut Schmidt: Vertrauen in Amerikas Führungskraft

Im vorausgehenden *Kapitel* habe ich die derzeitige Wirtschaftspolitik der *amerikanischen* Regierung scharf kritisiert. Abgesehen von dieser speziellen und, wie ich hoffe, vorübergehenden Situation habe ich großes Vertrauen in die Befähigung Amerikas zur Führung. Die amerikanische Nation besitzt mehr Vitalität als alle anderen großen Nationen der Welt. Sie ist die großzügigste Nation, wenn *ihre Großzügigkeit* gefordert ist. Sie verfolgt ihre *Politik am tatkräftigsten und* verfügt, zu alledem, über einen Optimismus, der uns eher skeptischen Europäern manchmal naiv oder peinlich vorkommt, aber den Amerikanern offensichtlich hilft.

Noch hat der amerikanische Präsident auf vielen Gebieten die Chance zu einem Neubeginn. Ende 1984 ist ihm ein überwältigendes Mandat gegeben worden. Ein Neubeginn ist auf manchen Gebieten wirklich nötig, und ich glaube, er ist auch möglich. Aufgrund meiner *Erfahrung* in der Zusammenarbeit mit vier amerikanischen Präsidenten wage ich eine Prognose in bezug auf neue Initiativen: Im ersten, langwierigen Stadium werden Administration und Kongreß, Gouverneure und Professoren sowie die Öffentlichkeit insgesamt über Analyse und Absicht streiten; sie werden einander auch mißverstehen. Die Debatte wird äußerst lebhaft sein, und niemand in Japan oder in Europa wird verstehen, wohin das alles führt. Der Ausgang wird für uns Außenstehende kaum vorhersehbar sein.

Aber danach *beginnt* das zweite Stadium. Plötzlich werden die Vereinigten Staaten mit einer Antwort auf die Herausforderung hervortreten, einer Idee, wie Abhilfe und Verbesserung erreicht werden können.

In dieser Art haben die Vereinigten Staaten früher die Vereinten Nationen konzipiert. Zusammen mit John Maynard Keynes entwickelten sie so den Internationalen Währungsfonds, und so konzipierten sie auch unter Truman den Marshall-Plan und den Nordatlantik-Pakt, im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt). Anfang der sechziger Jahre die Kennedy-Runde, den *Atomwaffensperrvertrag und schließlich* SALT 1 und den ABM-Vetrag, die unter Nixon den Durchbruch bei den Abrüstungsverhandlungen markierten.

Kein Mandat für den US-Präsidenten

Sollte es *entsprechend* dieser Beispiele laufen, dann dürfte sich eine dritte Phase unmittelbar anschließen, die man sehr kurz halten wird: Washington wird seine Freunde und Verbündeten in der Welt bitten, innerhalb von 48 Stunden seinem Beispiel zu folgen. Und man wird in Washington zutiefst enttäuscht sein, wenn Japaner, Europäer oder Russen mehr Zeit als nur ein paar Stunden oder Wochen benötigen, oder wenn sie nur einen Teil des amerikanischen *Plans* akzeptieren und einige Ergänzungen vornehmen wollen.

Es trifft zu, daß weder die Europäer noch die Japaner oder die anderen Verbündeten der *Vereinigten Staaten* irgendeinem amerikanischen Präsidenten zu solchen Initiativen ein Mandat gegeben haben. Aber fast alle von uns wissen seit Jahrzehnten, daß allein aufgrund der Größe der USA und ihres wirtschaftlichen und militärischen Potentials jeder amerikanische Präsident tatsächlich der herausragende Führer der westlichen Welt ist.

Ein amerikanischer Präsident kann ein perfekter Führer sein. Das hängt von den Umständen und von seiner Persönlichkeit ab; es hängt auch von der Persönlichkeit derjenigen ab, mit denen der Präsident zusammenarbeiten muß, derjenigen, die in den verbündeten oder in befreundeten Ländern oder in der Sowjetunion am Ruder sind. Diese anderen Staatsmänner werden desto eher bereit sein, mit einem amerikanischen Präsidenten zusammenzuarbeiten, je weniger ihr Verbündeter in Washington sich auf pure Hegemonie oder sein tatsächliches Übergewicht stützt und je weniger er als „big brother" auftritt, der die Oberaufsicht über die ganze Familie beansprucht.

Aber Amerika braucht die ganze Familie. Es gibt nur zwei geostrategische Gebiete, in denen die Vereinigten Staaten *hoffen können*, ihre Interessen wirksam ohne die Mitarbeit ihrer Verbündeten verfolgen zu können: Das eine Gebiet ist die gegenseitige interkontinentale nukleare Bedrohung und Gegendrohung, auch als strategische Abschreckung geläufig, *das andere ist das geostrategisch* kleine Gebiet Mittelamerikas – der Isthmus und Teile der Karibik.

In vielen anderen geostrategischen Gebieten jedoch können die Vereinigten Staaten nicht hoffen, ihre Ziele ohne die bereitwillige Kooperation anderer westlicher Staaten zu erreichen. *Das trifft für das wirtschaftliche* Wohlergehen Lateinamerikas und die *Verhinderung einer sowjetischen* Einmischung in jenem Koninent zu. Die USA allein können den Frieden in Lateinamerika nicht garantieren. Allein können sie auch die Schuldenkrise nicht beheben.

Das gleiche gilt für Schwarzafrika. Die gefährlichen Rassenkonflikte, besonders in Südafrika, können nicht von den Vereinigten Staaten allein gelöst werden. Auch die Konflikte im Nahen Osten, von Zypern *bis* Pakistan, von Afghanistan bis zum Horn von Afrika sowie besonders die Konflikte zwischen Syrien, Libanon, Ägypten und Jordanien einerseits und Israel andererseits bleiben für die USA allein unlösbar...

Obwohl die westeuropäischen Staaten neben Kanada die engsten Verbündeten und Freunde der Vereinigten Staaten in der Welt sind, können die USA wirtschaftliche und politische Entwicklungen in Kanada oder Westeuropa *nicht kontrollieren. Die* Nordamerikaner können nicht *hoffen, die andere* Seite des Nordatlantiks zu verteidigen, wenn die Europäer nicht den größten Teil dieser Last selber tragen.

Was die amerikanische „Grand Strategy" gegenüber der Sowjetunion angeht, so ist es für die Vereinigten Staaten unvorstellbar, den sowjetischen Expansionsdrang auf drei benachbarten Kontinenten – Europa, Asien und Afrika – ohne strategische Kooperation mit vielen anderen Staaten einzudämmen, die ebenfalls durch den sowjetischen Expansionsdrang beunruhigt sind.

Enger Spielraum für die Sowjetunion

Auf den ersten Blick hat es – aufgrund von Moskaus fast diktatorischer Hegemonie über die meisten seiner Satellitenstaaten und Verbündeten – den Anschein, als verfügte die *Sowjetunion über mehr Selbständigkeit* in ihrer Gesamtstrategie als die Vereinigten Staaten. *In gewisser Weise* trifft das tatsächlich zu. Die Sowjetunion muß zwar innerhalb eines sehr engen Spielraums agieren – beispielsweise wegen der unzureichenden wirtschaftlichen Leistungskraft, auch wenn diese selbst verursacht ist, aber es gibt einen gravierenden Unterschied. Was die Sowjetunion für ihr Bündnis unilateral und ausschließlich im Kreis des Politbüros entscheiden kann, das müssen die Vereinigten Staaten durch die freiwillige *Kooperation zwischen* souveränen Staaten erreichen – was ein sehr *viel schwierigerer Prozeß* ist.

Dies gilt besonders für die Wirtschaft. *Die Vereinigten Staaten* können keinen dauerhaften wirtschaftlichen Wohlstand für sich selbst erreichen, wenn sie nicht zumindest mit den anderen Industrienationen eng zusammenarbeiten...

Alle Nationen haben ihre eigenen Interessen. Diese Interessen sind voneinander verschieden und in vielen Fällen kollidieren sie sogar miteinander. Das liegt an der unterschiedlichen geographischen Lage, der unterschiedlichen Größe der Länder, den unterschiedlichen Graden wirtschaftlicher Entwicklungen oder *Erfolge sowie an dem unterschiedlichen* historischen und kulturellen Hintergrund und schließlich an den unterschiedlichen Psychologien und Ideolien, die sich infolgedessen entwickelt haben.

Die große Aufgabe des Westens besteht darin, faire Kompromisse zwischen den verschiedenen Interessen innerhalb unserer Familie zustandezubringen – und das wieder und wieder zu tun in dem Maße, wie es die veränderten Situationen erfordern. *Nur auf diese Weise können wir die* unterschiedlichen nationalen Ziele zu *einer gemeinsamen* Strategie von Freunden und Verbündeten harmonisieren, die gleichzeitig auf vielen Gebieten Konkurrenten bleiben...

Erfolge nur durch eine enge Kooperation

Zu Beginn habe ich eine Sicht der Welt aus dem Blickwinkel der Vereinigten Staaten gegeben. Nun will ich die gleiche Welt vom europäischen Standpunkt aus betrachten. Für die souveränen Staaten Europas sind die Aussichten, daß sie ihren eigenen nationalen Interessen nachgehen können, sehr eng begrenzt. Nur durch enge Kooperation und gemeinsames Handeln können sie hoffen, zufriedenstellende wirtschaftliche Erfolge zu erzielen. Das trifft auch auf Großbritannien zu, selbst wenn die meisten politischen Führer Englands wohl noch sehr viel mehr Zeit und weitere negative Erfahrungen brauchen, um diese Tatsache zu begreifen und zu akzeptieren. Die wichtigste kooperative Struktur ist natürlich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, aber auch außerhalb dieser Struktur *können Staaten* wie Norwegen, Schweden, Finnland, Österreich,



Schmidt über Reagan: „Auf vielen Gebieten die Chance zu einem Neubeginn."
FOTO: SVEN SIMON

die Schweiz und Jugoslawien nur dann wirtschaftlich florieren, wenn sie eng mit der EG zusammenarbeiten und wenn die Mitgliedsländer der EG ihrerseits eng kooperieren.

Alle europäischen Staaten sind stärker export- und importorientiert als die Vereinigten Staaten. Sie alle benötigen enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit *den Vereinigten* Staaten und mit den industrialisierten, *entwickelten Ländern* der OECD. Die Notwendigkeit zu enger Kooperation *zwischen* den westlichen Staaten zur Sicherung deren eigener wirtschaftlicher Wohlfahrt wurde schon vor fast 40 Jahren klar erkannt: Als damals der Nordatlantische Vertrag aufgesetzt wurde, fügte man einen Paragraphen ein, der die wirtschaftliche Zusammenarbeit *zwischen* den Mitgliedsstaaten des *Nordatlantischen Bündnisses ausdrücklich* als vertragliche Verpflichtung festhielt, das heißt die Verpflichtung zur ökonomischen Zusammenarbeit *zwischen* Nordamerika und Europa.

Die europäischen Staaten können sich für absehbare Zeit nicht allein gegen die atomare Bedrohung durch die Sowjetunion verteidigen. Sie brauchen dafür ihre amerikanischen Verbündeten. Und um in Moskau die *Glaubwürdigkeit der amerikanischen* Verpflichtung zur nuklearen strategischen Verteidigung Europas aufrechtzuerhalten, sind die Europäer auf die amerikanische Präsenz in Europa angewiesen. Aber keine europäische Regierung glaubt, die atomare Gefahr sei die größte aller unmittelbar gegebenen Gefahren. In der Bundesrepublik glauben das ernsthaft nur die Intellektuellen innerhalb der grünen Bewegung. Wie schon früher aufgezeigt, halten es die europäischen Regierungen nicht für ratsam, sich an der Erarbeitung von neuen Techniken für die geplante amerikanische Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) zu beteiligen. Doch zögern die europäischen Regierungen, ihre Skepsis öffentlich zu äußern, weil *sie die amerikanische Administration* nicht in Verlegenheit bringen wollen. Zwar ist eine breitere Öffentlichkeit besorgt, daß SDI unvorhersehbare Folgen haben könnte; die Regierungen aber befürchten viel eher, daß SDI zu einer weiteren Vernachlässigung unserer *gemeinsamen* konventionellen Verteidigung führen könnte.

Am meisten befürchten die Europäer Druck und Erpressung von seiten der Russen (vielleicht gegen einzelne westliche Länder) und verschärfte Spannungen zwischen Ost und West. Die europäischen Verbündeten besitzen sicherlich das Potential, gemessen mit konventionellen Waffen – selbst wenn es nur symbolische amerikanische Unterstützung geben sollte – jedem sowjetischen Druck oder Versuch standzuhalten, Westeuropa politisch zu beeinflussen oder zu beherrschen. Sie haben auch durchaus das Potential, Moskau von einem konventionellen Angriff nach dem Vorbild Afghanistan, Vietnam oder *Kambodscha abzuschrecken*.

Das wirkliche Problem liegt *nicht* im Fehlen eines westeuropäischen Potentials. Es liegt eher in der Tatsache, daß eine der beiden stärksten militärischen Mächte in Westeuropa, nämlich Frankreich, seine Truppen und militärischen Mannschaftsreserven nicht für eine gemeinsame militärische Struktur, eine gemeinsame *Planung* und einen gemeinsamen Befehl der NATO verfügbar gemacht *hat*. Wenn Frankreich das täte – und das läge ebenso in seinem eigenen Interesse wie im Interesse der Westeuropäer und Amerikaner –, dann müßte natürlich, um es noch einmal zu sagen, der Posten des Oberbefehlshabers an einen französischen General gehen, nicht an einen Amerikaner. Die Stärke der amerikanischen Truppen auf europäischem Boden könnte dann beträchtlich verringert werden. Aber im Augenblick ist dies alles noch Wunschdenken. Zur Zeit erfordert die Verteidigung Europas eine beträchtliche Beteiligung Amerikas...

Wenn man all dies zusammenfaßt, dann ergibt sich, daß die Europäer von den Amerikanern noch abhängiger sind als die Amerikaner von den Europäern. Beide werden möglicherweise eines Tages durch die künftige *Veränderung der globalen Machtstruktur* aufgrund von Chinas Aufstieg entlastet. Das wird den Westen teilweise von der russischen Bedrohung befreien; aber liegt es in unserem und im chinesischen Interesse, daß wir in unserer Wachsamkeit nicht nachlassen?

In unseren westlichen Wertvorstellungen *besteht ein hohes Maß an* Kongruenz: die offene Gesellschaft, die demokratischen Strukturen unserer Staaten, die Grundrechte des einzelnen und das individuelle Streben nach Glück. Ob sie nun in Yale, Oxford, Frankreich, Deutschland, Skandinavien, *Italien* oder *Griechenland* definiert werden – wesentliche Unterschiede unserer Grundwerte werden sich nicht zeigen. Kommunistische Diktaturen verstehen diese Werte nicht und akzeptieren sie schon gar nicht; unsere Werte bleiben vielmehr durch diese Diktaturen und deren Expansionsdrang stets gefährdet.

Deshalb müssen wir ihren Expansionismus eindämmen. Wir müssen die Ausdehnung des *sowjetischen* Einflusses auf der ganzen Welt eindämmen, und wir müssen in der Lage sein, die Sowjetunion von einem Angriff auf uns oder auf einzelne Mitglieder unserer Familien abzuschrecken – und zwar in erster Linie durch die Unterhaltung von ausreichenden konventionellen Streitkräften. Die einzig tatsächlich *einsetzbaren militärischen* Streitkräfte sind die *konventionellen* Streitkräfte.

In zweiter Linie muß der Westen den Osten vor der Möglichkeit des Einsatzes nuklearer Waffen abschrecken. Aber ich erinnere daran: Schon der Einsatz sogenannter taktischer Atomwaffen auf dem zentralen europäischen Kriegsschauplatz würde den Tod von Millionen Menschen innerhalb eines einzigen Tages bedeuten. Dadurch würde nicht nur zerstört, *was wir verteidigen wollen*, vielmehr wäre damit auch die *Verteidigung der Mitte* Europas durch konventionelle Waffen am Ende. Die gegenwärtige amerikanische Tendenz, die militärische Planung fast ausschließlich auf einen Atomkrieg zu konzentrieren, widerstrebt mir zutiefst. Schon ein konventioneller *Krieg* ist schrecklich genug – ich habe über fünf Jahre lang an einem konventionellen Krieg teilgenommen. Das Schwergewicht eher auf atomare *Kriegsführung zu legen, ist als strategische* Priorität grundfalsch.

Auf der obersten Ebene der „Grand Strategy" muß unsere höchste Priorität darin bestehen, das Bündnis zusammenzuhalten, und das bedeutet unter anderem, es *wirtschaftlich* beieinanderzuhalten. Die zweite Priorität gilt einer gemeinsamen Gesamtstrategie gegenüber der Sowjetunion, die nicht möglich wäre, wenn wir bei unserer ersten Priorität scheiterten. Ich bin überzeugt, daß die gemeinsame „*Grand Strategy*", die die Allianz Ende 1967 unter der Ägide von Pierre Harmel vereinbarte, auch *heute* noch richtig ist.

Wenn wir an Pierre Harmels Doppel-Philosophie festhalten wollen, so ist es notwendig, drei Prozesse in Europa fortzuführen. Der erste ist der Helsinki-Prozeß, der nun mit der fortgesetzten aktiven Teilnahme der Vereinigten Staaten und Kanadas in Stockholm weiterbetrieben werden kann. Der zweite Prozeß gilt der weiteren *Integration und Stärkung der* westeuropäischen Wirtschaftsinstitutionen, besonders der europäischen Gemeinschaft (EG). Der dritte Prozeß ist in den letzten paar Jahren zum Stillstand gekommen, nämlich der Prozeß der weiteren Integration der westeuropäischen Verteidigung, mit anderen Worten: die Schaffung einer westeuropäischen Verteidigungsidentität. In bezug auf Nuklearwaffen leben wir in der Ära einer empfindlichen Patt-Situation. Die Waffen beider Seiten stellen sicher, daß die Waffen der jeweils anderen Seite nicht eingesetzt werden. Solche beiderseitige Abschreckung *ist meiner Ansicht* nach weder unmoralisch noch unlo*gisch. Seit langem gewährleistet* sie trotz ernster Ost-West-Krisen den atomaren Frieden. Aber gegenseitige Abschreckung sichert den Frieden vielleicht nicht für immer – und dahinter gähnt der Abgrund atomarer Massenvernichtung.

Deshalb geht es mir so leidenschaftlich um die Verringerung nuklearer Risiken. Ich verlange nicht die vollständige Abschaffung der Atomwaffen. *Aber als ersten Schritt* sollten wir die Abhängigkeit des *Westens von den Atomwaffen* verringern. Ich bin auf der Seite jener strategisch denkenden Köpfe, die dafür eintreten, daß die Atlantische Allianz eine Strategie entwicklet, die auf jeden „frühen Einsatz" nuklearer Waffen verzichtet („no early use"). Allerdings sind dafür eine ganze Reihe von Voraussetzungen und Bedingungen nötig: nämlich die Verbesserung unserer Fähigkeit zur konventionellen Kriegsführung durch Umverteilung der vorhandenen Haushaltsmittel und des *Menschenpotentials*. Wir müssen die gegebenen militärischen *Mannschaftsreserven* in Westeuropa wirksamer organisieren und nutzen. Auch das läuft auf eine Ausweitung der Rolle Frankreichs und der französischen Streitkräfte hinaus.

Die Kontrolle des Wettrüstens ist notwendig

Die Europäer sind mindestens genauso daran interessiert, dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten, wie die Amerikaner. Die Kontrolle des Wettrüstens ist strategisch und ökonomisch notwendig und sie ist auch moralisch notwendig. Dieses Thema allein verdiente ein ganzes Buch; hier muß ich mich auf wenige Aspekte beschränken, die oberhalb der technischen Einzelheiten liegen:

Erstens: Rüstungsbegrenzungsverhandlungen bedeuten Kooperation mit der *Sowjetunion*. Wer das nicht akzeptiert, sollte sich nicht an einen *Verhandlungstisch* setzen, oder er täuscht seine Nation und die Menschen *in der Welt*. Rüstungsbegrenzung heißt mit den Sowjets zusammenzuarbeiten – ob wir sie nun mögen oder nicht.

Zweitens: Man muß der Versuchung widerstehen, einen Rüstungswettlauf zum Zwecke der wirtschaftlichen Abnutzung der Sowjetunion zu führen.

Drittens: Rüstungsbegrenzungsverhandlungen erfüllen nur dann ihren Zweck, wenn die Verhandlungsparteien verstehen, daß keine Seite für sich allein die eigene Sicherheit garantieren kann. Wenn eine Seite dies könnte, dann brauchte man keine Rüstungsbegrenzung zu vereinbaren. Jede theoretisch denkbare „absolute Sicherheit" für eine Partei bedeutet *Unsicherheit für alle anderen* Parteien. Und „absolute Sicherheit" ist nur in *Seminaren theoretisch vorstellbar*, nicht aber in der Welt. In der Realität erfordert Rüstungsbegrenzung ein gewisses Maß an Partnerschaft zwischen denen, die miteinander oder gegeneinander verhandeln, um einen Vertrag abzuschließen.

Wenn am Ende ein Vertrag vom Parlament ratifiziert werden soll – dann muß er ausgewogen und gleichgewichtig sein, das heißt: Die andere Seite *darf* nicht mehr gewinnen als wir, und wir dürfen nicht mehr verlieren als sie. *Ein Vertrag zur Rüstungsbegrenzung* oder Rüstungskontrolle wird also nur dann *zustandekommen*, wenn vom Anfang bis zum Ende der Verhandlungen der Wille zum Gleichgewicht gegeben ist. Auch dann bleibt es immer noch schwierig genug, die eigene Öffentlichkeit und das eigene Parlament davon zu überzeugen, daß der ausgehandelte Vertrag das Gleichgewicht tatsächlich *gewahrt hat – ob es sich* um *SALT 1*, ABM, SALT 2 oder irgendeinen anderen Vertrag handelt.

Beschimpfungen und Beleidigungen vermeiden

Hier liegt einer der Gründe, warum in den letzten zwölf oder mehr Jahren so wenige Fortschritte bei ratifizierten *Verträgen zu verzeichnen* waren: Die vorausgegangene großspurige Rhetorik der Regierungen *machte* es den Regierungen nach den Verhandlungen sehr schwer, Parlament und Öffentlichkeit von der Gerechtigkeit und Fairneß des ausgehandelten Vertrages zu überzeugen.

Um kooperative Verhandlungen zu führen ist es *notwendig, gegenseitige* Beschimpfungen und Beleidigungen zu vermeiden. Statt dessen ist auf beiden Seiten Vertrauensbildung erforderlich. Im Augenblick, nach dem Treffen zwischen Reagan und Gorbatschow, besteht eine mehr als 50prozentige Wahrscheinlichkeit, daß die beiden Super*mächte innerhalb* der nächsten zwei Jahre einige Erst- und Teilergebnisse *in ihren* Genfer Verhandlungen erzielen. Aber dazu *parallel sollte* eine Normalisierung der Beziehungen in einer Reihe von Wirtschaftsfragen, im Handel und auch im Kulturaustausch angestrebt werden. Ich unterstütze die Erklärung der Aspen International Group und betone: Die Eindämmung und Beeinflussung der sowjetischen *Macht* erfordert Stärke, Zusammenhalt und Beständigkeit des Westens. *Aber die* Eindämmungsstrategie benötigt nicht Konfrontation, *sondern* anhaltendes Engagement gegenüber der *Sowjetunion*.

Eine gemeinsame Gesamtstrategie *muß* viele Aspekte und Komponenten enthalten. Sie beschränkt sich weder auf die militärische Struktur und Selbstdarstellung, noch auf die Beschaffung von Waffen oder die Führung von Rüstungsbegrenzungsverhandlungen. Gesamtstrategie heißt nicht zuletzt: allgemeine Diplomatie.

Die Beschaffung von Waffen hat fast nichts mit Diplomatie zu tun; sie ist notwendig, aber sie kann Strategie nicht ersetzen. Zu einer zusammenhängenden *Gesamtstrategie* des Westens gehört die Wirtschaftspolitik – *innerhalb* unseres *eigenen* Lagers ebenso, wie die Wirtschaftspolitik gegenüber der Sowjetunion. Sie umfaßt ebenso eine kohärente Wirtschaftspolitik gegenüber den Entwicklungsländern in der Dritten Welt, als auch in jenen umkämpften oder gefährdeten geostrategischen Regionen, die ich im dritten Kapitel skizziert habe.

Das gegenwärtige Fehlen einer solchen kohärenten Strategie der westlichen Welt beruht auf Umständen, die alles andere als zwangsläufig sind. In erster Linie resultiert dieser Mangel aus der Abwesenheit von Führungswillen. Das gilt für Europa genauso wie für die Vereinigten Staaten. Seit der *Einführung* des *Europäischen* Währungssystems und der Wahl des *Europaparlaments* gab es *in* Europa keinen echten Fortschritt mehr. Weil es *in Europa an Zusammenhalt fehlt*, ist Europa gegenwärtig auf all den behandelten Feldern handlungs- und führungsunfähig.

Willen und Fähigkeit zu Kompromiß und Konsens

Aufgrund der Größe der USA, ihrer *Vitalität und Dynamik, ihres echten* und nicht nur sogenannten Gemein*samen Marktes von 235 Millionen* Menschen mit einer einzigen Währung und einem einzigen Rechts- und Steuersystem sowie schließlich aufgrund ihrer überlegenen militärischen Macht kann angesichts der Lage der westlichen Welt in der Mitte der achtziger Jahre die Führung nur aus Amerika kommen. Aber Amerika ist auf Führung nicht vorbereitet. Vielmehr ringen isolationistische, Amerika-zentrische, hegemoniale und internationalistische Tendenzen um die Vorherrschaft.

Das muß aber nicht so bleiben.

Von Harry Truman, George Marshall und Dean Acheson, von Eisenhowers *Pragmatismus*, von Kennedys Visionen und von Nixons überragender *strategischer* Urteils- und Entschlußkraft ist für die westliche Welt *immer* wieder Führung ausgegangen. Ich zweifle nicht, daß dies auch in Zukunft *wieder so sein kann. Unter* freien, demokratisch verfaßten Staaten bedarf Führung freilich *sowohl* konzeptioneller Kraft als auch des Willens und der Fähigkeit zu Kompromiß und Konsensus.

Konsens ist möglich. Denn trotz aller Verschiedenheiten unserer Geschichte und unserer Kultur handeln wir alle von der Grundlage prinzipiell gleicher Grundwerte aus. Wir alle *glauben* daran, daß die Würde des Individuums unverletzlich ist; uns verbindet *die Überzeugung* von der Notwendigkeit einer offenen Gesellschaft und der Herrschaft des *Rechts*; uns verbindet der Wille zu Gerechtigkeit und Solidarität und zum Frieden zwischen den Völkern. Uns verbindet das Bewußtsein unserer Verantwortung. Unsere Regierungen können ihrer Verantwortung nur gerecht werden, wenn sie handeln, nicht aber durch die Verabschiedung taktischer Kommuniqués, *die für die* jeweilige öffentliche Meinung zurechtgeschneidert sind.

*

Die WELT-Serie, die mit der heutigen Folge abgeschlossen wird, gab einen auszugsweisen Vorabdruck aus dem Band des Herausgebers und Verlegers der „Zeit" und Bundeskanzlers a. D., Helmut Schmidt, „Eine Strategie für den Westen", der am 10. März 1986 im Siedler Verlag Berlin erscheint (224 Seiten, 32 Mark). Die amerikanische Ausgabe des Bandes ist bereits an der Jahreswende 1985/1986 erschienen.

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie versäumt haben sollten, aber nachlesen wollen, rufen Sie an: 02054/10 15 41. Frau Karin Kuhlmann schickt sie Ihnen gern zu.

bar, den
ohne stra-
Staaten
sowjeti-
sind.

aft



PHILIPS

Philips High Tech:

Warum 14 Prozent der Philips Mitarbeiter in der Forschung und Entwicklung arbeiten.

Die Forschung bei Philips beruht auf zwei wichtigen Grundsätzen: Einerseits muß die Forschung auch dann freien Gestaltungsraum haben, wenn sie innerhalb eines Unternehmens stattfindet. Andererseits hat sie die Aufgabe, zu seinem Erfolg beizutragen.

Durch die ständige simultane Rückkopplung zwischen Forschung, Entwicklung, Produktion und Service verbindet Philips schöpferischen Freiraum mit Erfolgsorientierung und setzt die kontinuierliche gegenseitige Befruchtung in konkreten Innovationsnutzen um.

Allein in Deutschland investiert Philips rund 7 Prozent seines Gesamtumsatzes in Forschung und Entwicklung. Im Geschäftsjahr 1985/86 waren das 480 Millionen DM. 14 Prozent der Gesamtbelegschaft sind in diesen Bereichen tätig.



Die automatische Worterkennung ist eines der Forschungsthemen für die Kommunikationstechniken der Zukunft im Philips Forschungslaboratorium Hamburg. Schwerpunkte liegen gegenwärtig in der Entwicklung geeigneter Algorithmen zur Erkennung kontinuierlich gesprochener Wörter. Im Bild ein Laboraufbau eines sprachgesteuerten Telefons, das auf Mikroprozessoren 68000 und 8086 basiert.

Eingebunden in die weltweiten Forschungsprojekte arbeiten rund 700 Mitarbeiter in den Forschungslaboratorien in Hamburg und Aachen vorwiegend auf dem Gebiet der Angewandten Forschung.

Hinzu kommen umfangreiche Aktivitäten für die direkte Produkt- und Fertigungsprozeß-Entwicklung in den deutschen Produktionsstätten. 4.300 Mitarbeiter sind in der Entwicklung tätig.

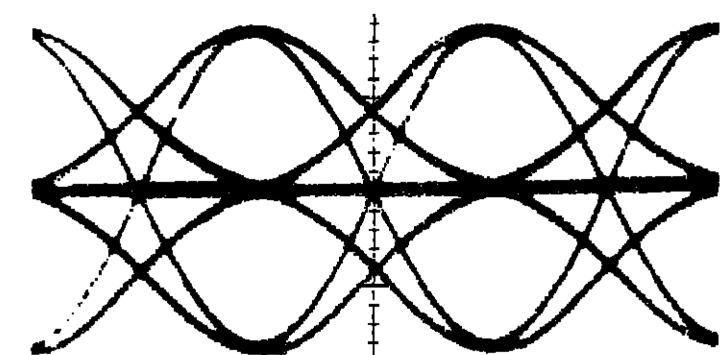
Außerhalb der Bundesrepublik unterhält Philips 6 weitere Forschungslaboratorien und 138 Entwicklungslaboratorien in 24 Ländern.

Die Resultate dieser Aktivitäten können sich sehen lassen: MR-Tomographie in der Medizintechnik, Submikrontechnologie in der Herstellung moderner Halbleiter-Bauelemente (Mega-Chips), digitale Übertragung von Signalen in der Telekommunikation, optische Speichermedien wie DOR-Platte und Compact Disc, Sensortechnik, Glasfasertechnologie, Radaranlagen, Systeme zur Prozeßautomation, um nur einige der wichtigsten zu nennen.



Laboraufbau eines magneto-optischen Druckkopfes zur Mustererzeugung in elektro-photographischen Druckern. Mit dieser Komponente können bis zu 40 Seiten DIN A4/min. mit einer Auflösung von 12 Punkten pro Millimeter gedruckt werden.

Das Engagement von Philips in Forschung und Entwicklung hat Tradition. Schon seit 1914 betreibt der Konzern naturwissenschaftliche Forschung. Heute ist die Umsetzung der Forschungsergebnisse in marktgerechte Systeme und Produkte wichtigstes Ziel: Innovation mit konkretem Anwendungsnutzen. Zum Einsatz in Industrie und Verwaltung, Technik und Wissenschaft, aber auch für den Haushalt und den Menschen ganz privat.



FORSCHUNG. INNOVATION. KOMPETENZ.

HANDBALL / Deutsch-deutscher Vergleich bei der Weltmeisterschaft in der Schweiz heute ab 19.00 Uhr original im Fernsehen

Der Abstieg von Rumänien in das Mittelmaß

DW. Bonn

Viermal war Rumänien Weltmeister, den fünften Titel hat es bereits jetzt verspielt. Die überraschend klare Niederlage gegen Schweden (20:25) *zeigt das Problem der Rumänen auf*: Ohne Vasile Stinga (bei der WM 1982 65 Tore in sieben Spielen) ist die Mannschaft nur die Hälfte wert. Der 29 Jahre alte Torjäger wurde bereits im ersten Spiel (23:18 gegen die CSSR) verletzt. Er erlitt einen Jochbeinbruch und soll jetzt wieder mit einer Spezialmaske spielen. Die Ärzte sind gegen einen solchen Einsatz, der internationale Verband muß noch zustimmen.

Hauptrunde, Gruppe 1

Deutschland – UdSSR	20:23
„DDR" – Schweiz	23:16
Jugoslawien – Spanien	18:17

1. Jugoslawien	3	3	0	0	66:59	6:0
2. „DDR"	3	2	0	1	66:56	4:2
3. Deutschland	3	2	0	1	56:54	4:2
4. UdSSR	3	1	0	2	65:68	2:4
5. Spanien	3	0	1	2	46:51	1:5
6. Schweiz	3	0	1	2	48:56	1:5

Heute: Bundesrepublik Deutschland – „DDR" (19.00 Uhr in Olten), Jugoslawien – Schweiz (20.45 Uhr in Olten), UdSSR – Spanien (20.45 Uhr in Luzern).

Hauptrunde, Gruppe 2

Rumänien – Schweden	20:25
Island – Ungarn	20:21
Dänemark – Südkorea	31:27

1. Ungarn	3	3	0	0	69:63	6:0
2. Schweden	3	2	0	1	71:64	4:2
3. Südkorea	3	1	0	2	77:74	2:4
4. Dänemark	3	1	0	2	73:76	2:4
5. Rumänien	3	1	0	2	65:71	2:4
6. Island	3	1	0	2	66:73	2:4

Heute: Südkorea – Schweden (20.45 in Winterthur), Island – Dänemark (19.00 Uhr in Luzern), Rumänien – Ungarn (20.45 Uhr in Genf).

Trotzig fragte Wunderlich nach der Niederlage: „Warum sollen wir denn nicht die DDR besiegen?"

ULRICH DOST, Zürich

Sie hätten, so meint Erhard Wunderlich, nur den Strick vergessen, um den Sack zuzumachen. Er machte mit der Hand eine kreisende Bewegung und sagte dabei: „Wir hatten sie doch da drinnen." Bundestrainer Simon Schobel schüttelte noch einen Tag später verständnislos den Kopf. Zweimal führte seine Mannschaft bei der Handball-Weltmeisterschaft in Zürich gegen den Titelverteidiger *UdSSR* mit einem Vier-Tore-Vorsprung, lag sogar wenige Minuten vor dem Ende noch mit 19:17 vorne, und es sah so aus, als wäre der russische Bär zu Strecke gebracht. Doch plötzlich steckten die Sowjets wieder voller Leben und schafften das, woran ihr Trainer *Anatoli Jewtuschenko* selbst nicht mehr geglaubt hatte: einen 23:20-Sieg über eine deutsche Mannschaft, die die Schuld für die unerwartete Kehrtwendung nur bei sich selber suchen kann.

Oder beim Trainergespann? Die Kritiker hielten sich in der Züricher Sporthalle nicht zurück. Bundesliga-Sprecher Heinz Jacobsen vom THW Kiel kündigte bereits an: „Das gibt Ärger. Wenn Schobel meint, daß es an der mangelnden Kraft und den daraus resultierenden Konzentrationsfehlern gelegen hat, kann ich bei der intensiven Vorbereitung mit Unterstützung der Vereine nur lachen. Ich will *nicht* der *Miesmacher* sein, aber die Fehler kamen von der Bank." Ein Hinweis auf die hektische Schlußphase, in der die Russen auch deshalb Treffer erzielen konnten, weil bei Spielerwechseln Fehler deutlich wurden.

Wenn *die Russen* wenigstens stark gespielt hätten, meinte Assistenztrainer Heiner Brand einen Tag nach dem Spiel, dann wäre ja alles in Ordnung gewesen, „aber wir haben sie doch erst so stark gemacht". Er konnte sich nicht daran erinnern, den Weltmeister jemals so schwach gesehen zu haben: „Denen ist ja überhaupt nichts eingefallen. Hilflos waren sie. Nie war es leichter, den Weltmeister zu schlagen." Nie war es vor allem wichtiger, zu diesem Zeitpunkt gegen *die UdSSR* zu gewinnen; denn ein Erfolg hätte die Qualifikation für die Olympischen Spiele 1988 in Seoul bedeutet. *Jetzt aber sieht es so aus*, als sei der Umweg über die B-Weltmeisterschaft in Italien kaum noch zu vermeiden. Mit dem heutigen Spiel in Olten (19.00 Uhr) gegen die „DDR" und im letzten Hauptgruppenspiel am Donnerstag in Luzern (20.45 Uhr) gegen *den WM-Favoriten Jugoslawien* warten noch die dicksten Brokken.

Die Stimmung nach dem Spiel gegen die UdSSR war zwar betrübt, aber nicht auf dem Tiefpunkt. Erhard Wunderlich: „Wir haben uns zusammengesetzt und über die Fehler gesprochen. Vorwürfe hat es keine gegeben." Was sie sich zu sagen hatten, soll innerhalb der Mannschaft bleiben. Wunderlich war es fast peinlich, immer wieder auf diese Niederlage angesprochen zu werden. Wie soll *man* auch die vielen individuellen Fehler in der Schlußphase erklären? Wie paßt das zusammen, wo doch Thiel wieder einmal erstklassig gehalten hat, Stefan Hecker sogar noch zwei Siebenmeter abwehrte? Und doch jubelten am Ende die anderen.

● Seit zehn Jahren hat die Handball-Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland gegen die „DDR" nicht *mehr* gewonnen. Den letzten Sieg der Bundesrepublik gab es bei der Olympia-Qualifikation am 20. Dezember 1975 in München (17:14). Bei der Weltmeisterschaft in der Schweiz kommt es heute zur 17. Begegnung der beiden Teams. Das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) überträgt das Spiel heute live ab 19.00 Uhr.

WM86

„Wir brauchen nicht lange drumherum zu reden", meinte Heiner Brand, „*unsere große Schwäche* bleibt der Angriff. Das war wieder nichts."

Simon Schobel und Heiner Brand *glauben, daß* die Mannschaft psychisch stabil genug ist, diese Niederlage wegzustecken, um heute konzentriert gegen die „DDR" zu Werke zu gehen. Auf Erhard Wunderlich trifft dies ganz bestimmt zu. Fast trotzig fragte er in die Runde: „Warum sollen wir nicht gegen die DDR gewinnen? Hier kann jeder jeden schlagen. Und wenn wir gegen die DDR verlieren, kommt immer noch das Spiel gegen die Jugoslawen. Wir geben uns nicht auf."

Der Trainer und die Mannschaft verbrachten den gestrigen Tag *hauptsächlich* damit, die „DDR" auf Videobändern zu studieren. Erst heute wird sich der Bundestrainer entscheiden, in welcher Formation gespielt werden soll. Erhard Wunderlich vermutet, daß die „DDR" heute wieder besonders *motiviert ist*: „*Die machen* bestimmt daraus wieder ein Politikum. Aber wir sind diesmal auch besonders motiviert."

Ein Spiel wie jedes andere waren die deutsch-deutschen Duelle nie (siehe untenstehenden Kasten). Heiner Brand: „Das ist zu einer Eigendynamik geworden. Die DDR-Spieler sind, ohne großartig aufgefordert zu werden, besonders scharf *darauf*, uns zu besiegen. Aber diesmal stehen sie auch unter Druck. Sie müssen gegen uns gewinnen. Darin liegt unsere Chance."

Das Knie von Torwart Manfred Hoffmann und Heiner Brands Geistesblitz

„Die Zeiten", erzählt ein Journalist aus der „DDR", „als unser Verbandspräsident vor den Spielen gegen die DHB-Auswahl in die Kabine ging, um die Spieler besonders heiß zu machen, gehören schon lange der Vergangenheit an." Und auch die andere Seite sieht es so. Heiner Brand: „Im Laufe der Jahre hat sich doch vieles normalisiert. Die Spieler gehen längst freundschaftlich miteinander um, und auch der DDR-Trainer Tiedemann ist nicht mehr so verbissen. Deutschland Ost gegen West – der einst verbissen geführte Bruderkampf hat sich zum Tagesgeschäft entwickelt."

Doch dies war nicht immer so. Lange Zeit war die Mannschaft der Bundesrepublik den „DDR"-Funktionären ziemlich suspekt. Hinter allem vermuteten sie eine Falle oder einen Trick, mit dem sie aufs Kreuz gelegt werden sollen. Angefangen hatte es 1975 mit der Qualifikation zu den Olympischen Spielen 1976 in Montreal. Der damalige Bundestrainer Vlado Stenzel ließ im ersten Spiel in München *einen Filzboden in* die Olympiahalle legen. Der Grund war der, *daß* die *Verlegung* eines Parkettbodens wesentlich teurer gekommen wäre. Die „DDR", die nicht auf diesem Belag trainieren konnte, vermutete aber dahinter psychologische Kriegsführung. Ihr Trainer beschwerte sich bitterlich. Heinz Jacobsen, heute Manager beim THW Kiel, damals Männerwart im Deutschen Handball-Bund (DHB), erinnert sich: „Wir hatte wirklich nichts Böses beabsichtigt. Doch es war für uns interessant zu sehen, wie nervös sie *auf einmal* wurden. So kannten wir sie nicht."

Tatsächlich gewann Stenzels Team mit drei Toren Vorsprung dank eines Joachim Deckarm in Weltklasseform. Beim Rückspiel in Karl-Marx-Stadt kam es für die „DDR" noch schlimmer. Sie hatte den Vorsprung aufgeholt und bekam in letzter Sekunde noch einen Siebenmeter zugesprochen. Doch Manfred Hoffmann, Torwart vom TV *Großwallstadt*, zuckte mit seinem rechten Knie nach oben und wehrte den Ball ab: Die „DDR" war geschla*gen und durfte nicht zum* Olympiaturnier nach Montreal fahren.

Bei der Weltmeisterschaft 1978 in Dänemark kostete der „DDR" ein Geistesblitz von Heiner Brand die Teilnahme am Finale.

Brand: „Die DDR führte mit einem Tor Vorsprung und bekam einen Freiwurf zugesprochen. Ein DDR-Spieler rollte den Ball dorthin, wo er glaubte, daß der Wurf ausgeführt werden müsse. Der Schiedsrichter hatte den Ball freigegeben. Ich schnappte ihn mir, und wir erzielten den Ausgleich. Durch dieses *Tor kamen wir ins Finale und wur*den Weltmeister." ud.

TENNIS / Vor dem Davis-Cup-Spiel gegen Mexiko

Streit um Team-Kapitän Bungert schwelt weiter

CLAUS GEISSMAR, Mexico City

Zum ersten Mal ist ein deutscher *Spieler zu einem* Davis-Cup-Einsatz mit einer privaten Düsenmaschine eingeflogen worden. Boris Becker kam zusammen mit Trainer Günter Bosch in Mexico City in einem *siebensitzigen* Lear-Jet an. Die kleine Düsenmaschine war dem deutschen *Wimbledonsieger* vom Veranstalter des Turniers in La Quinta zur Verfügung gestellt worden. Nikki Pilic, der Coach der deutschen Mannschaft, hatte sich in der *letzten Woche mit* den anderen Spielern wesentlich abenteuerlicher von Kalifornien nach Mexiko durchgeschlagen. Weil alle Flüge von Los Angeles nach Mexico City ausgebucht waren, mußte die deutsche Mannschaft mit Autos über die *Grenze fahren*, die *Koffer* selber schleppen und konnte erst nach der Grenzüberschreitung einen Inlandsflug benutzen.

So unterschiedlich wie die Wege nach Mexiko, so unterschiedlich sind auch die Rollenverteilungen im deutschen Team geworden. Boris Becker hat andere Vorstellungen von einer Mannschaftsführung als diejenigen, *die sich noch auf* der bisher in Deutschland gewohnten Leistungsebene befinden.

Noch bevor Becker gestern zusammen mit seinen deutschen Mannschaftskollegen das Training aufnahm, mußte Kapitän Wilhelm Bungert eine Aussprache *unter* vier Augen ansetzen. Kurz vor der Ankunft Beckers hatte sich zur Verblüffung der DTB-Offiziellen herausgestellt, daß die Rolle des deutschen Kapitäns immer noch umstritten ist.

Wagt der Star der deutschen Mannschaft wirklich schon als *18* Jahre alter Spieler, immer noch die Forde*rung* zu stellen: „Bungert muß weg"? *So war Boris Becker* nach dem Münchner Davis-Cup-Finale gegen Schweden von der „Bild"-Zeitung zitiert worden. Beckers Trainer Günter Bosch *beruhigte* die Situation gleich nach der Ankunft in Mexiko dadurch, daß er ausdrücklich erklärte, er wolle *weder jetzt noch künftig die Rolle* des Kapitäns übernehmen. Bosch will sich auch in der Zukunft allein auf die sportliche Vaterrolle konzentrieren, die er im Leben von Boris Becker einnimmt. Er betrachtet es als eine freundliche, aber unwichtige Geste, *daß* der *Deutsche* Tennis-Bund (DTB) diesmal Schlips und Mannschaftsuniform für ihn bereithält.

Dennoch sprach Günter Bosch zum ersten Mal aus, was Boris Becker an Kapitän Bungert gestört hat: Bungert verfüge *zwar* über eine reiche Tenniserfahrung aus der Vergangenheit. Aber er beschäftige sich wenig mit den Spielern der Gegenwart. Leonardo Lavalle, den schwersten Gegner der deutschen Mannschaft am Wochenende (erstes Einzel am Freitag *um 21.00 Uhr MEZ*), habe Wilhelm Bungert in den letzten Monaten nicht gesehen.

Im Lager von Boris Becker aber ist der Weg von Lavalle sorgfältig verfolgt worden. Bosch und sein Schützling haben sich jetzt schon ausgerechnet, daß man den *Linkshänder* aus Mexiko durch Cross-Bälle, die von Beckers Vorhand kommen, unter *Druck* setzen muß. Für Becker ergibt sich daraus die unglückliche Situation, daß beim Davis-Cup während der Seitenwechsel neben ihm ein Kapitän *sitzt*, der weniger von seinem Gegner versteht als er selber oder sein persönlicher Trainer.

Daraus entstand *beim Münchner* Finale die für einen Kapitän peinliche Situation, daß Wilhelm Bungert in einer zehn Minuten langen Pause (nach drei Sätzen) nicht zu Becker in den Umkleideraum durfte. Boris wollte mit seinem Tennisvater allein sein. Und Günter Bosch schließt in Mexiko nicht aus, daß es auch künftig solche Situationen geben kann. Ob der sanfte Druck *solcher* Ereignisse hinter den *Kulissen* Wilhelm Bungert zur Resignation zwingen wird, bleibt abzuwarten. Bisher wurde in Mexiko nur klar, *daß der DTB* für diese Querelen um die Mannschaftsführung noch keine Lösung gefunden hat. Und Bosch geht offensichtlich auf Distanz zur Mannschaft, wenn er sagt: „Team-Wettbewerbe im Tennis sind nichts anderes als Einzelleistungen, die zusammengezählt werden."

Die Stimmung in der deutschen Mannschaft wird außerdem dadurch belastet, daß Honorarträger Pilic nicht gut auf Michael Westphal zu sprechen ist. Er wirft ihm vor, daß er wieder seine blonde Freundin Jessica mitgebracht hat. Beckers *Manager* Ion Tiriac („Ich will mindestens zwei Jahre lang mit dem DTB nichts mehr zu tun haben") sind die kleinen und großen Kriege hinter den deutschen Tenniskulissen offensichtlich schon *zu viel geworden. Er ist nach Nizza* geflogen und wird sich in Mexiko nicht sehen lassen.

SPORT-NACHRICHTEN

Heute UEFA-Cup

Köln (DW.) – Im Viertelfinal-Hinspiel des UEFA-Pokals tritt heute abend (22 Uhr) der 1. FC Köln bei Sporting Lissabon an. – In der Fußball-Bundesliga erwartet Bochum um 20 Uhr Mannheim zum Nachholspiel aus der 20. Runde.

Stevenson in Form

Sofia (sid) – Der frühere Box-Weltmeister Teofilo Stevenson (Kuba) bezwang in Sofia nach seinem K.-o.-Sieg im Halbfinale über den WM-Dritten Stoimenov im Finale des Schwergewichts dessen Landsmann Kamenov klar nach Punkten.

Schumacher-Einspruch

Frankfurt (dpa) – Die Einsprüche gegen die vierwöchige Sperre des Kölner Fußball-Nationaltorhüters Toni Schumacher und den *Freispruch* des Bremer Liberos Bruno Pezzey werden voraussichtlich am Donnerstag vor dem DFB-Sportgericht in Frankfurt verhandelt.

EM-Herausforderer

***Düsseldorf** (sid) – Ralf Roccigiani* (22) aus Berlin, der deutsche Profi-Boxmeister im Leichtschwergewicht, ist offizieller Herausforderer des holländischen Europameisters Alex Blanchard (28). Für den Kampf wurde eine Frist bis zum 22. April angesetzt.

Porsche-Triumph

Miami (dpa) – Der traditionelle Sportwagen-Grand-Prix von Miami endete mit einem totalen Porsche-Triumph. Drei Wagen des Stuttgarter Werkes belegten die ersten Plätze. Es siegte das Team Wollek/Barilla (Frankreich/Italien). *Hans-Joachim* Stuck belegte mit seinem österreichischen Partner Jo Gartner Platz drei.

Christiane Weber siegte

Turin (sid) – Olympiasiegerin Christiane Weber (Offenbach) gewann in Turin ein Weltcup-Turnier der Florettfechterinnen. Anja Fichtel (Tauberbischofsheim) wurde Vierte.

Doping für Pferde?

Brüssel (sid) – Der 31 Jahre alte belgische Springreiter Ferdi Tyteca hat seinen Rücktritt erklärt. Die Begründung: „Die Pferde werden mehr und mehr gedopt."

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in La Quinta, Finale: Nyström (Schweden) – Noah (Frankreich) 6:1, 6:2, 6:2. – **Damen-Turniere** in Oakland, Finale: Evert-Lloyd – Jordan (beide USA) 6:2, 6:4. – In Oklahoma City, Finale: Mesker (Niederlande) – McNeil (USA) 6:4, 4:6, 6:3.

FECHTEN

Weltcupturnier der Damen in Turin, Finale: Weber (Deutschland) – Zalaffi (Italien) 8:6, Kampf um Platz drei: Gandolfi (Italien) – Fichtel (Deutschland) 8:4.

SPRINGREITEN

Turnier in Aachen, Großer Preis: 1. Schmitz (Aachen) mit Diavolo 0 Fehler/38,0 Sekunden, 2. Kenn (Koblenz), Feuergeist, 0/39,7, 3. Koof (Willich), Well Done, 0/40,8.

GEWINNZAHLEN

Toto, 6 aus 45: 2, 3, 18, 31, 32, 37, Zusatzspiel: 45. (ohne Gewähr)

SCHALKE 04

Ferner hat gekündigt

sid/dpa, Gelsenkirchen

Trainer Diethelm Ferner (44) hat gestern seinen Vertrag beim Fußball-Bundesligaklub Schalke 04 fristgemäß zum Saisonende gekündigt. „Diese Kündigung ist als Reaktion auf die jüngsten Interview-Äußerungen von Präsident Fenne zu werten", sagte Ferner.

In der Begründung seiner Kündigung präzisiert der Trainer: „Herr Dr. Fenne hat gesagt, ich hätte zwar hervorragende Arbeit geleistet, aber ihm fehle ein Mann mit mehr Glimmer und Charisma. Das wäre für Schalke besser. Dagegen wollte ich ein Zeichen setzen. Ich halte mehr davon, wenn man Charakter hat und Charakter *zeigt. Das ist für mich wichtiger* im Fußballgeschäft."

Ferner war 1983 von Manager Rudi Assauer nach Schalke geholt worden und schaffte nach dem Aufstieg auch den Klassenerhalt. Ob Assauer nun auch Konsequenzen zieht, ist ungewiß. *Für gestern* abend war eine Sitzung von Vorstand und Verwaltungsrat angesetzt. Diese Gremien wollten sich mit den Äußerungen von Fenne befassen, der auch öffentlich die Frage gestellt hatte, „ob der Klub auf dem Trainersektor nicht neue Impul*se brauche und* ob eine Trennung von Ferner nach drei Jahren nicht sinnvoll sei". Der Vertrag mit Assauer war erst vor zwei Monaten um zwei Jahre verlängert worden, nachdem zuvor die Verpflichtung des ehemaligen Spielers Rolf Rüßmann diskutiert worden war.

STAND ● PUNKT / *Böse Worte zum Rücktritt*

Schade, daß er erst jetzt redet. Jetzt, wo er zurücktritt. Hätte Martin Knosp, der Welt- und Europameister, schon vorher der staunenden Öffentlichkeit mitgeteilt, wie *es im Deutschen Ringerbund* (DRB) zugeht, wer weiß, ob es auch immerfort so weitergegangen wäre.

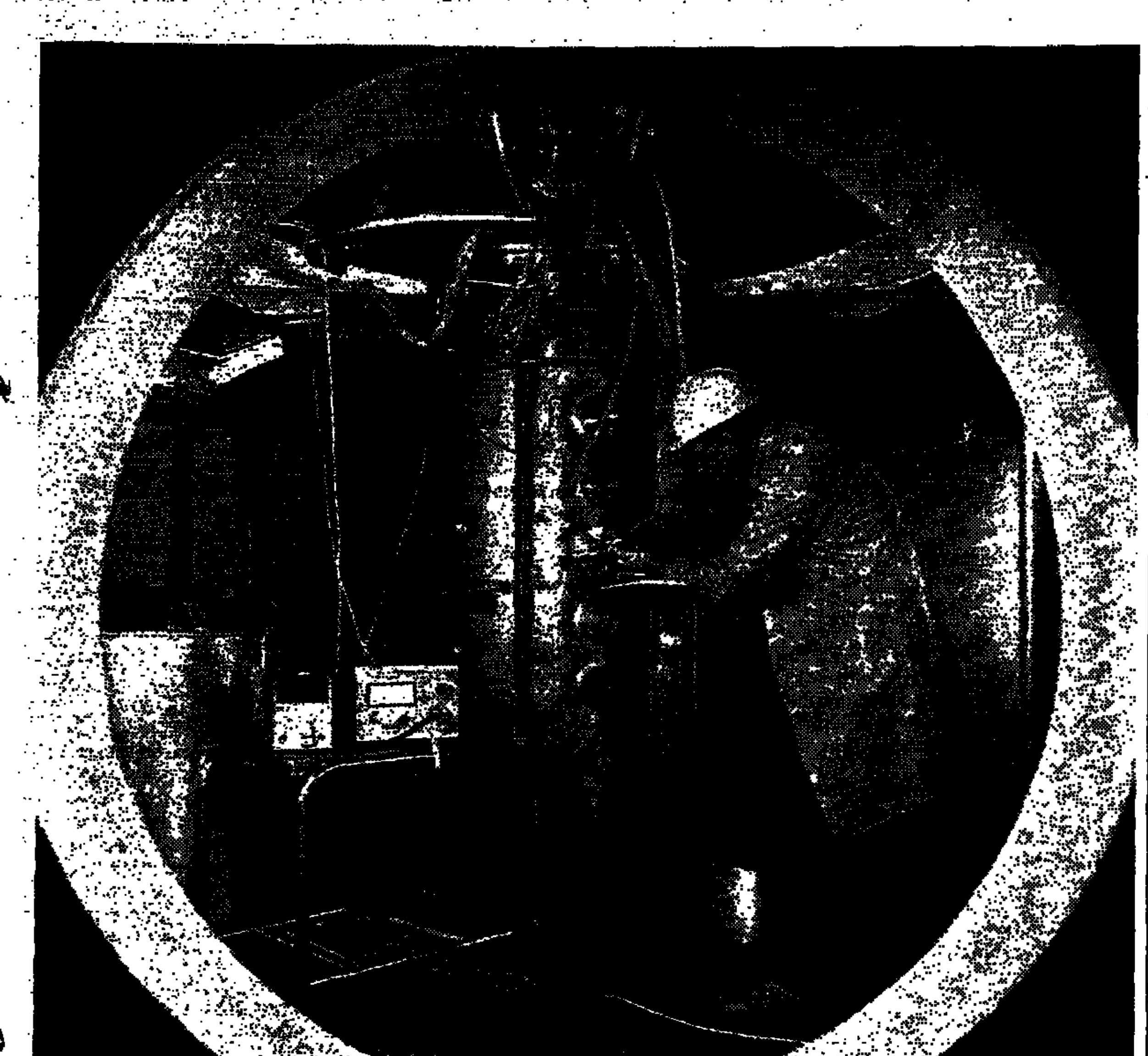
Nun aber ist Martin Knosp zurückgetreten, um via Deutsche Presse-Agentur (dpa) den Verband zu attackieren. Hauptzielscheibe ist der neue Freistil-Cheftrainer Detlef Schmengler aus Krefeld. Über ihn sagt Knosp: „Er hat schon eine Menge Krach mit den Aktiven gehabt", ohne das allerdings weiter aufzuschlüsseln.

Das wäre freilich notwendig. Denn was sich im Falle Schmengler zugetragen hat, ist ja wohl weit mehr *als nur* Verbandsknatsch. Zwei Beispiele dafür: Am 24. November 1983 schrieb der „Kölner Stadtanzeiger" über Schmengler: „*1970* legte der damalige Fachhochschüler bei seiner Bewerbung an der Sporthochschule ein Zeugnis vor, das in allen Fächern *die Note* ‚gut' auswies. Wie sich nun herausstellte, war dieses Zeugnis manipuliert." Nun ja, die Angelegenheit ist *verjährt*, und Ringer-Präsident Schwindling lobte öffentlich: „Ich staune, daß er diesen Mut besaß."

Oder zu diesen Dingen: Als der frühere Junioren-Europameister Dieter Schwind letztes Jahr wegen einer Wirtshausschlägerei zum Jugendstrafvollzug verurteilt wurde, erzählte er dem Gericht, Schmengler habe ihm aggressionsstimulierende Mittel verordnet, die auch neben der Matte gewirkt hätten.

Übrigens: Schmengler hat das Vorhandensein dieser verbotenen Mittel nie bestritten; nur, daß er deren *Einnahme* verordnet hätte.

Von alledem erzählt Knosp nichts. Er verweist statt dessen auf Schmenglers *trainingsmethodische* Fehler („Konditionslehrgang vor den Meisterschaften") oder auf eigenwillige Entscheidungen: Zum Beispiel die Ringer auf die Europameisterschaften nicht mehr vorzubereiten. Aber vielleicht hat ja Schmengler längst ein anderes Erfolgsrezept parat ... K. Bl.



Blick durch das Einstiegsloch des druckfesten Sicherheitsbehälters auf die zentrale Teststrecke der Cora-Anlage, in der sich das Bündel mit den Brennstäben befindet FOTO: KFK

Wie man Gesetze mit Leben erfüllen kann

Die EG-Richtlinie zur Umwelt-Verträglichkeitsprüfung von Bauvorhaben zwingt die Mitgliedsländer zum Handeln

Von H. de LA CHEVALLERIE

Jahrzehnte hat es gedauert, daß in gemeinsamen Staatskonferenzen Umweltprobleme intensiv diskutiert werden. Der sterbende Wald erzwang kürzlich ein solches Treffen. So saßen Anfang Februar 1986 anläßlich der „Internationalen Konferenz zum Waldsterben" (Silva) die Staatsoberhäupter von 62 Nationen in der Pariser Sorbonne zusammen, um Maßnahmen gegen das Waldsterben zu diskutieren. Übereinstimmend kam man zu dem Ergebnis, daß Industriestaaten mehr noch als bisher die Luftverschmutzung mit allen Mitteln bekämpfen müssen und daß sich die reichen Staaten mehr als bisher an Aufforstungsprogrammen in den tropischen Ländern beteiligen sollen. Auch der Rat der Europäischen Gemeinschaften stellt sich verstärkt der Umweltdiskussion. Im vergangenen Jahr hat er als EG-Richtlinie die „Umweltverträglichkeitsprüfung bei Bauvorhaben" (UVP) verabschiedet.

Frühzeitige Erkennung der Umweltauswirkungen

Die beste Umweltpolitik ist immer die, Umweltbelastungen von vornherein zu vermeiden, statt nachträglich ihre Auswirkungen zu bekämpfen. Dies bedeutet, daß bei allen technischen Planungs- und Entscheidungsprozessen die Auswirkungen auf die Umwelt so früh wie möglich berücksichtigt werden müssen. Ein Hemmnis für einheitliches Handeln im EG-Raum sind bisher die unterschiedlichen Rechtsvorschriften, die in den einzelnen Mitgliedstaaten gelten. Damit kommt es zu Wettbewerbsverzerrungen. Will man in der EG wirksam die Lebensqualität verbessern, ist es erforderlich, eine Angleichung der Rechtsvorschriften vorzunehmen.

Gegenstand der Umweltverträglichkeitsprüfung sind alle Projekte, die Auswirkungen auf die Umwelt haben. Sie können baulicher Art sein oder aber Eingriffe in Natur und Landschaft, einschließlich des Abbaus von Bodenschätzen, darstellen. Untersucht werden Auswirkungen auf Fauna und Flora, Boden, Wasser und Luft sowie die Wechselwirkungen zwischen Mensch und Umwelt. Interessant ist auch die Einbeziehung des Begriffes „Kulturelles Erbe" in diesem Zusammenhang.

Projekte im Sinne der Richtlinien sind Raffinerien, Wärmekraftwerke, Industrieahlagen, etc. Es sind aber auch Landschaft beziehungsweise Landwirtschaft betroffen: Maßnahmen wie Flurbereinigungsverfahren, Umwandlung naturnaher Flächen in landwirtschaftliche Nutzung, wasserwirtschaftliche Projekte in der Landwirtschaft, Aufforstungen von Landwirtschaftsflächen haben Auswirkungen auf den Bergbau, die Energiewirtschaft, die Metallverarbeitungs- und chemische Industrie bis hin zu Städtebauprojekten, den Bau von *Straßen, Häfen, Talsperren, etc.*

Es ist heute noch nicht absehbar, welche Wirksamkeit diese Richtlinien in der Praxis haben werden. Zweifellos besteht nun für jedes Land, für jede Gemeinde die Verpflichtung, diese Richtlinien mit Leben zu erfüllen. Allen Verantwortlichen muß klar sein, daß die Reproduktionsfähigkeit der Ökosysteme erhalten werden muß. Die Richtlinien des EG-Rates geben den Mitgliedstaaten auf, innerhalb von drei Jahren, also bis 1988, die erforderlichen Maßnahmen zur Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung nach Maßgabe dieser Richtlinien zu treffen.

Das Baurecht bietet eine Chance für die Umsetzung

Eine gute Möglichkeit, wirksame Umweltschutzmaßnahmen zu erreichen, ist die von der Bundesregierung bis Ende 1986 vorgesehene Novellierung des Bundesbaurechts (Baugesetzbuch). Sicher ist dies sinnvoller, als ein neues Umweltgesetz zu schaffen. Im Grunde fehlt es bisher nicht an Gesetzen, sondern vielmehr daran, die vorhandenen Gesetze mit Leben zu erfüllen. So heißt es bereits in dem seit 1976 gültigen Bundesbaugesetz unter anderem in Paragraph 1 (6): „*Die Leistungsfähigkeit der Naturgüter und die Schönheit von Natur und Landschaft sind zu prüfen.*" Bei der Novellierung des Baugesetzbuches wird dieser Paragraph noch mit einer Aussage zum Bodenschutz verstärkt.

Umweltschutz in der Bauleitplanung beginnt bei der Aufstellung des Flächennutzungsplanes. In Bebauungsplänen sind die zu erwartenden Auswirkungen auf die Umwelt darzulegen. Dies deckt sich mit dem Vorschlag der Gartenbauamtsleiter-Konferenz beim Deutschen Städtetag, die vorgeschlagen hat, einen flächendeckenden Landschaftsplan mit allen entsprechenden Ökodaten zur Grundlage jeglicher Bebauungsplanung zu machen.

Verantwortliche Planer und Politiker sind sich einig, daß schärfere Baubestimmungen zu Gunsten einer besseren Umweltqualität notwendig sind. Sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden ist unerläßlich, denn Boden ist ein unvermehrbares Gut. Diese Tendenz muß konsequent im neuen Baugesetzbuch eingeführt werden. Ein Streitpunkt sind zum Beispiel die vom Bund in Aussicht gestellten Erleichterungen von Bauvorhaben im Außengebiet, das heißt in der Landschaft. Geradezu kurios klingt ein Vorschlag in Paragraph 201 zum neuen Baugesetzbuch, demjenigen ein Baurecht in der Landschaft einzuräumen, der eine Pensions-Tierhaltung nachweist. Einige Pudel würden genügen, um sich Bauwünsche in einer schönen Landschaft zu ermöglichen.

Formulierungen wie „Ökologie und Ökonomie sind kein Gegensatz" bleiben leere Worthülsen, wenn nicht gleichzeitig auf zu erwartende Auswirkungen der Ökonomie im Umweltbereich hingewiesen wird. Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff „ökologisches Gleichgewicht", das sich nur dann einstellt, wenn präzise Grenzwerte für einen fest umrissenen Bereich gefordert und auch festgelegt werden.

Dipl.-Ing. Hildebert de la Chevallerie ist Obmann der Ständigen Konferenz der Gartenbauamtsleiter im Deutschen Städtetag.

Cora macht jetzt als Modell Karriere

Neue Anlage im Kernforschungszentrum Karlsruhe simuliert den Harrisburg-Unfall

Von KLAUS KÖRTING

Im Rahmen des Projekts „Nukleare Sicherheit" des Kernforschungszentrums Karlsruhe (KfK) wurde jetzt eine neue Versuchsanlage in Betrieb genommen, in der die schweren Schäden, die im Vorfeld eines Kernschmelzunfalls an den Brennelementen eines Kernreaktors auftreten, herbeigeführt und untersucht werden können. Dabei werden auch Abläufe nachgebildet, wie sie unter dem Stichwort „*Harrisburg-Unfall*" bekannt wurden: Die Überhitzung eines mangelhaft gekühlten Reaktorkerns im Temperaturbereich von 1200 bis über 2000° C mit lokalen Schmelz- und Versprödungsprozessen, die beim anschließenden Fluten einen teilweisen Zusammenbruch der Kernstruktur zur Folge haben.

Ziel der Karlsruher Versuche ist *eine quantitative* Beschreibung der Sicherheitsreserven, die bis zum unkontrollierten, vollständigen Schmelzen eines Reaktorkerns vorhanden sind.

„Kühlbarer Zustand"

Bei den heutigen Risikostudien wird noch im Sinne einer auf der sicheren Seite liegenden Überschätzung davon ausgegangen, daß bei einem Kühlmittelverlustunfall – etwa durch kleinere Leckagen und Ausfall der Notkühlsysteme – oberhalb einer Temperatur von 1200° C stets mit einem unkontrollierten Schmelzen des Reaktorkerns zu rechnen ist. Der Three-Mile-Island-Unfall vom *März* 1979 hat jedoch gezeigt, daß eine Überschreitung der derzeitigen Aus*legungsgrenze von 1200° C* nicht zwangsläufig zu einem unkontrollierten Kernschmelzen führt, sondern daß die Temperaturüberhöhung bei weitaus höheren Temperaturen abgefangen und der Reaktorkern trotz schwerer Schäden in einen kühlba*ren Zustand geführt* werden kann.

Durch Absinken des Wasserspiegels im Druckbehälter muß bei Kühlmittelverlustunfällen und gleichzeitig ausfallender oder verspätet einsetzender Notkühlung mit einer am oberen Ende des Reaktorkerns beginnenden, sich nach unten forsetzenden unvollständigen Kühlung der nuklear abgeschalteten Brennelemente durch *eine Dampfströmung – statt* der wirkungsvolleren Wasserströmung – gerechnet werden.

Dabei treten folgende Abläufe auf: Die Brennstabhüllen aus dem Werkstoff *Zircaloy* erweichen bei zunehmender Temperatur und blähen sich aufgrund des hohen Innendrucks der Brennstäbe auf. Dieser Vorgang kann bis zu einem Bersten der Hüllen führen.

Mit zunehmender Temperatur werden die Komponenten der Brennelemente durch den im Wasserdampf enthaltenen Sauerstoff oxidiert. Diese Oxidation führt zu einer Versprödung der Materialien. Die Oxidation des *Zircaloy durch den Wasserdampf* ist eine Reaktion, die zu weiterer Temperaturerhöhung führt. Gleichzeitig kommt es auf der Innenseite der Brennstabhüllrohre zu einer chemischen Reaktion zwischen dem Zircaloy und dem Urandioxid des Kernbrennstoffs.

Bei anschließendem Fluten des überhitzten Reaktorkerns durch die *Notkühleinrichtungen* führt der dadurch auftretende Temperaturschock zum Bruch der durch die Oxidation versprödeten Materialien.

In der neuen Anlage „Cora" werden die geschilderten Vorgänge an Bündeln aus bis zu 45 zwei Meter langen Brennstäben meßtechnisch erfaßt. Die Brennstäbe sind mit den auch in Kernreaktoren verwendeten Urandioxidtabletten gefüllt. 24 Brennstäbe des Bündels können auf einer Länge von einem Meter über eine elektrische Widerstandsheizung mit einer nuklearen Verhältnissen entsprechenden Leistung (bis über 2000° C) beheizt werden. Geflutet wer*den kann das überhitzte Brennstab*bündel durch einen mit Wasser gefüllten Flutbehälter, der hydraulisch von unten über das Bündel geschoben wird.

Doppelte Absicherung

Die dabei schlagartig entstehenden großen Dampfmengen werden über sogenannte Schwallkondensatoren aufgefangen. Die gesamte Anlage ist für die heftig verlaufenden Vorgänge dieses Experiments ausgelegt, unter anderem sind auch Vorkehrungen gegen denkbare Wasserstoffexplosionen getroffen.

„Cora" befindet sich im Sicherheitsbehälter eines stillgelegten Reaktors und ist selbst nochmals durch *einen eigenen druckfesten* Sicherheitsbehälter abgesichert. Über eine rechnergestützte Erfassungsanlage werden alle Meßwerte, wie Temperaturen und Drücke im Brennstabbündel, mit einer Vielzahl von Meßfühlern oder Fernmeßeinrichtungen erfaßt.

Die Anlage wurde in einem Zeitraum von vier Jahren mit Kosten von *rund zwei Millionen Mark von der* Hauptabteilung Ingenieurtechnik des KfK errichtet. Die anschließende Versuchskampagne mit rund 15 bis 20 Einzelversuchen, von denen jeder etwa 30 000 Mark kostet, wird voraussichtlich bis Ende 1987 dauern.

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Ariane-Start verschoben

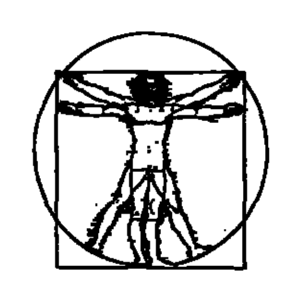
Paris (AFP) – Der in der Nacht zum 13. März geplante nächste Start der Europa-Rakete Ariane wird um *48 Stunden* verschoben. Das teilte gestern in Paris ein Sprecher der Gesellschaft Arianespace mit. Seinen Angaben zufolge soll die Rakete nun in der Nacht zum 15. März entweder zwischen 0.38 und 1.13 Uhr MEZ oder zwischen 2.52 und 3.19 Uhr MEZ starten. Als Grund für die Verschiebung nannte der Sprecher mechanische Probleme an einer Ab*lauf-Verbindung für die Sauerstoff*behälter der 3. Stufe. Ariane soll bei ihrer bevorstehenden Mission den amerikansichen Nachrichtensatelliten G-Star 23 und den brasilianischen Satelliten Brasilsat S-2 auf die Erdumlaufbahn bringen.

Japan-Preis vergeben

Tokyo (DW.) – Der mit über *250 000* US-Dollar dotierte Japan-Preis geht in diesem Jahr an die amerikanischen Forscher Willem J. Kolff (Utah) und David Turnbull (Harvard). Der Preis, der im letzten Jahr erstmals vergeben wurde, würdigt Forschungsergebnisse, die „dem Frieden und dem Wohlstand der Menschheit dienen". Kolff erhielt die Auszeichnung für seinen Beitrag an der Entwicklung von künstlichen Organen (Niere, Lunge, Herz), Turnbull für seine theoretischen Arbeiten über die Umwandlung von Flüssigkeiten in amorphe Materialien.

„Arzt im Praktikum"

Hannover (dl.) – Als Torpedierung der neuen Ausbildungsordnung für Ärzte bezeichnet die Ärztekammer Niedersachsen die Pläne der Bundesländer, die grobe Gliederung der Phase „Arzt im Praktikum" auszusetzen. Der *Änderungsentwurf* der Approbationsordnung sieht vom 30. 7. 1987 bis zum 31. 12. 1991 eine Strukturierung der 18 Monate dauernden Phase in 12 Monate konservative Medizin und sechs Monate operative Medizin vor. Nach Meinung der Kammer bedeutet dieses Vorhaben eine hochgradige Gefährdung der angestrebten Verbesserung der praktischen Arztausbildung.



Diagnose verbessert

Göttingen (DW.) – Der Analyse und Diagnostik von Bewegungsstörungen, z. B. bei Patienten mit Parkinsonscher Krankheit oder mit Kleinhirnschädigungen, ist ein gemeinsames Forschungsprojekt der Universitäten Göttingen und Haifa (Israel) gewidmet. Die Bewegungsleistungen von Unterarm und Fingern der Patienten werden in einer Apparatur gemessen, die über einen Motor erlaubt, den Arm aus seiner Ruhelage auszulenken. Je nach Schwere der Erkrankung werden die Patienten dieser Auslenkung mehr oder weniger gut entgegensteuern. *Die genaue Messung der Bewegungen* erlaubt eine quantitative Diagnostik der Krankheit.

Kehrseite der Gurtpflicht

Die Anzahl potentieller Nierenspender nimmt weiter ab

Von URSULA SCHREIBER

In der Bundesrepublik müssen rund 15 000 Menschen dreimal wöchentlich zu einer vier- bis sechsstündigen Behandlung an die künstliche Niere angeschlossen werden. Jährlich kommen 3000 neuerkrankte Dialysepatienten hinzu. Nachdem in den Jahren 1982 bis Anfang 1985 in der Bundesrepublik eine Steigerungsrate der Nierentransplantationen um nahezu 70 Prozent verzeichnet werden konnte, hielt dieser Aufwärtstrend im vergangenen Jahr nicht weiter an. Daß es zu keiner weiteren Steigerung der Nierentrans*plantationsrate gegenüber* den Vorjahren kam, hat mehrere Gründe.

Nach Aussage von Klaus Ketzler *vom Bonner Kuratorium für Heim*dialyse ist zum Beispiel der erfreuliche Rückgang der Unfalltoten um nahezu 4000 pro Jahr durch Einführung der Gurtpflicht einer dieser Gründe: Es stehen damit zahlenmäßig weniger potentielle Nierenspender zur *Verfügung*.

Ein weiterer Grund kann möglicherweise der zunehmende Wunsch nach einer Mehrfach-Organentnahme sein. Während bei der Frage nach der Nierenspende allein in der Vergangenheit über 90 Prozent der Angehörigen ihre Zustimmung erteilt haben, sind sie, so Ketzler, bei der Bitte um gleichzeitige Entnahme von Leber und Herz mit ihrer bejahenden Antwort zurückhaltender geworden.

1985 wurden 200 Leber-, 140 Herz- und 1274 Nierentransplantationen in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin durchgeführt. Der Hauptgrund aber, der zu einer Stagnation der Nierentransplantationen im vergangenen Jahr geführt hat, ist – und da sind sich die verantwortlichen Vertreter der Krankenhäuser, der Transplantationszentren und des Kuratoriums für Heimdialyse einig – die immer noch unzureichende Kooperation zwischen peripheren Krankenhäusern und Zentren.

Doch der Lösung dieses Problems sieht das Kuratorium für Heimdialyse optimistisch entgegen. Durch bereits in Angriff genommene Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den insgesamt 24 deutschen Zentren und ihren umliegenden Krankenhäusern soll die Zahl der Nierentransplantationen schon in diesem Jahr wieder ansteigen.

Eine gesetzliche Regelung der Organspende im Sinne einer Widerspruchslösung oder erweiterten Zustimmungslösung lehnt die Ärzteschaft nach wie vor ab. Kritisch werden von der Bundesärztekammer auch Lösungen bewertet, die einen Zugriff auf Organe bei jedem Leichnam, auch gegen den Willen des Verstorbenen, auf gesetzlicher Grundlage legitimieren.

Für die ca. 4000 Patienten, die zur Zeit auf der Warteliste für Nierentransplantationen stehen, und für alle, die in irgendwelcher Form menschliches Gewebe verpflanzt bekommen, ist seit 1. Oktober 1985 eine wichtige Regelung in Kraft getreten: Jedes Spendergewebe muß vor der Verpflanzung auf LAV/HTLV-III-Viren untersucht sein.

Nur unter dieser Voraussetzung *darf heute, so Prof. Dr. Eckehard* Renner von der Arbeitsgemeinschaft Organtransplantation, in der Bundesrepublik transplantiert werden, damit sowohl der Organ- bzw. Gewebeempfänger als auch der Transplantationschirurg geschützt sind.

Stößt Gorbatschow im Apparat auf Widerstand?

Spekulationen um Schewardnadse erfassen den Kreml-Chef

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Wenn die aus „gut informierten" diplomatischen Kreisen Moskaus stammenden Gerüchte über eine bevorstehende Ablösung des sowjetischen Außenministers zutreffen sollten, dann scheint in der obersten Moskauer Führung etwas nicht ganz im Sinne von Parteichef Michail Gorbatschows funktioniert zu haben.

Denn daß der außenpolitisch unerfahrene Georgier Schewardnadse – der sich in seiner Heimat als Anti-Korruptionsexperte, Polizei- und Parteifunktionär einen Namen machte – ein Vertrauter und vielleicht sogar Freund Gorbatschows ist, steht außer Zweifel.

Entgegen allen Erwartungen hat Gorbatschow den Nicht-Außenpolitiker Schewardnadse zum Chef des Moskauer Außenamts gemacht und damit in den Reihen der sowjetischen Diplomatie und Bürokratie für mehrfache Aufregung gesorgt. Denn erstens ist Schewardnadse kein Fachmann und gehört – *im Gegensatz zu* seinem Vorgänger Gromyko – auch nicht der herrschenden Moskauer Nomenklatura an. Zweitens ist er kein „ Russe", sondern eben ein Georgier – ein Mann, der russisch nur mit einem gewissen Akzent spricht. So etwas wird bei den Großrussen nicht so gern gesehen.

Erfolge im Untergrund

Man vermutete, daß Schewardnadse Außenminister wurde, weil Gorbatschow sich selber die Außenpolitik vorbehalten und folglich den professionellen Apparat der sowjetischen Diplomatie – allen voran Gromyko – zu entmachten trachtete. Offenbar hat sich aber Schewardnadse doch nicht so durchsetzen können, wie *sein Chef und Mentor es erwartete.* Und offenbar haben die „Profis" im Apparat, ja sogar die überlebenden Angehörigen der von Gorbatschow *dezimierten alten Parteigarde* Widerstand geleistet.

Mit welchen Methoden der Untergrundkampf geführt wurde, zeigte sich vor einigen Tagen, als es hieß, der in Deutschland aus seiner Ostberliner Zeit wohlbekannte Botschafter Abrassimow (Tokio) sei beim Schmuggeln elektronischer Geräte auf dem Flughafen Moskau verhaftet worden. Abrassimow hatte allerdings – wenn dies zutrifft, nur getan, was alle sowjetischen Funktionäre und Diplomaten bei der Rückkehr aus dem Westen zu tun pflegen: sich und eventuell einige Freunde mit westlicher Haushalts- und Unterhaltungselektronik einzudecken. Sollte hier der Korruptions- oder Schmuggelvorwurf zu einer politischen Abrechnung dienen?

Jetzt heißt es, Schewardnadse solle Nachfolger des 81jährigen Boris Ponomarjow als Chef der internationalen Abteilung des ZK der KPdSU werden – und natürlich steht in der Sowjetunion die Partei über dem Staat. Dennoch kann man nicht behaupten, daß der nun ausscheidende Ponomarjow die sowjetische Außenpolitik so entscheidend bestimmt hat.

Dobrynin als Nachfolger

Im Gegenteil: Gut informierte westliche Beobachter sind der Meinung, die Stellung des Chefs der internationalen ZK-Abteilung sei bis jetzt nicht ganz stark gewesen. Folglich kann es durchaus sein, daß der Abgang Schewardnadses in den außenpolitischen ZK-Apparat und die *„Machtübernahme"* des langjährigen Sowjet-Botschafters in den USA, Anatolij Dobrynin, als möglicher neuer sowjetischer Außenminister (er war bereits beim Abgang Gromykos im Gespräch) Symptome für einen sich formierenden Widerstand der Bürokratie und des Apparats gegen den ungestümen Gorbatschow sind. Dobrynin ist eine viel unpolitischere Gestalt als Schewardnadse. Er ist aber ein Mann mit genauer Kenntnis der US-Politik – vielleicht mit gewissen Bindungen zu seinem einstigen langjährigen Chef Gromyko. Er ist mehr ein Mann der Tradition als der Erneuerung. Daß Gorbatschow in wachsendem Maße auf den Widerstand beharrender Kräfte stößt, *scheint sich also zu bewahrheiten.* Dafür gibt es nun wohl ein untrügliches Zeichen: Man ernennt in Moskau niemandem zum Außenminister, *schickt ihn zu Kontaktaufnahmen auf* internationale Konferenzen und zu amtlichen Besuchen – nur um ihn dann alsbald wieder abzulösen. Irgend etwas *scheint* bei Schewardnadses möglichem Abgang nicht gestimmt zu haben – vorausgesetzt, die Moskauer Diplomaten behalten mit *ihrer Prognose* Recht.

Der 27. Parteitag der KPdSU wurde mit einem Bericht von Ministerpräsident Ryschkow über die „großen Optionen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR" gestern fortgesetzt.

Kewenig entwirft Verhaltensregeln für Berliner CDU

hrk. Berlin

Im Berliner Korruptionsskandal schob die FDP-Spitze jetzt abermals jegliche Schuld auf die Union. In einer Bilanz zum ersten Jahrestag der im März 1985 geschlossenen Koalition schrieb FDP-Chef Walter Rasch, seine Partei sei von den „Bestechungs- und Korruptionsvorwürfen nicht betroffen". Zugleich wiederholte er seine Forderung nach einer „schonungslosen Aufklärung dieser Vorfälle ohne Ansehen der Personen".

Gut zwei Monate nach dem öffentlichen Aufbrechen des Skandals bemüht sich die Berliner CDU, ihrerseits wieder die Initiative zu gewinnen. Als wichtiger Helfer und Lageanalytiker legt Wissenschaftssenator Professor Wilhelm Kewenig am kommenden Freitag den CDU-Spitzengremien ein umfangreiches Papier vor. *In einer Art Parteiknigge formuliert* Kewenig, wie sich die Berliner CDU bei Mtigliedsaufnahmen, der Entgegennahme von Spenden, der *notwendigen scharfen Trennung* von Ämtern und Mandaten und in ihrer Öffentlichkeitsarbeit effektiver und überzeugender darstellen soll.

Im Vorfeld der Arbeitsaufnahme des parlamentarischen Skandal-Untersuchungsausschusses, der erst nach der Osterpause „in Fahrt" *kommt, stellt sich jetzt heraus:* Der Vorsitzende des wichtigen parlamentarischen Bauausschusses, der die Baupolitik Berlins maßgeblich bestimmt, der CDU-Abgeordnete Rudolf Müller, nimmt als Steuerberater die Interessen einer der zentralen Figuren des Skandals wahr – des Bauträgers Kurt Franke. Dieser war wegen Bestechungsverdachts inhaftiert und später gegen eine Million Mark Kaution auf freien Fuß gesetzt worden.

Auf Anfrage der WELT bestätigte CDU-Fraktionschef Dankward Buwitt, daß sich Müller unter denjenigen *CDU-Abgeordneten befunden* habe, die er nach ihrer möglichen Bereitschaft zur Mitarbeit im Untersuchungsausschuß befragt habe. Im Hinblick auf Müllers prominenten Mandaten Kurt Franke sagte Buwitt, die Fraktionsspitze habe bewußt nur Parlamentarier nominiert, „die von dem Vorgang in keiner Weise tangiert sind".

Müller selbst erklärte auf Befragen: „Weder dementiere noch bestätige ich diesen Sachverhalt." Er fühle sich jedenfalls als Bauausschuß-Vorsitzender „in keiner Weise befangen".

Polen wünscht von Bonn neue Kredite. Zwei Regierungsmitglieder sagen sich an

Warschau hofft auf weitere „Normalisierung" der Beziehungen / Ein neues Kapitel?

BERNT CONRAD, Bonn

Mit zwei prominenten Besuchen in Bonn will die polnische Regierung die von Ministerpräsident Zbigniew Messner verkündete Absicht unterstreichen, in ihren Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland ein neues Kapitel zu eröffnen. Zunächst wird am 10. März der stellvertretende Ministerpräsident Zbigniew Szalajda *in die Bundeshauptstadt kommen.* Ihm wird vier Wochen später, vom 7. bis 8. April, Außenminister Marian Orzechowski folgen.

Szalajda, der wahrscheinlich auch mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher zusammentreffen wird, will sich nach *Mitteilung polnischer Diplomaten* vor allem um eine weitere Normalisierung der in der Ära der Militärregierung geschrumpften *Wirtschaftsbeziehungen* und *um größere* Kreditmöglichkeiten bemühen. Für den neuen Außenminister dürfte das Ziel im Vordergrund stehen, die nach dem Verbot der Gewerkschaft „Solidarität" entstandene, inzwischen aber teilweise durchlöcherte politische Isolierung Polens im Westen zu überwinden.

Auf handelspolitischem Gebiet hatte Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann mit seinem Besuch in Warschau im März 1985 das Signal zu einem Neuanfang gegeben. Damals konnte zum ersten Mal nach sechsjähriger Unterbrechung wieder die gemischte deutsch-polnische *Regierungskommission zusammentreten.* Bei dieser Gelegenheit gab Bangemann die Genehmigung von Hermes-Bürgschaften für Kredite an Polen in Höhe von 100 Millionen Mark bekannt.

Inzwischen haben die Umsätze im deutsch-polnischen Warenaustausch *wieder den Umfang* der Zeit vor 1979 erreicht; die Bundesrepublik ist derzeit der zweitgrößte Handelspartner Polens nach der Sowjetunion.

Gleichzeitig ist die Bundesrepublik aber auch der wichtigste Gläubiger der hochverschuldeten Polen. Und hier liegt das Problem, denn Warschau, *das gerade erst mühsam* seine Umschuldung über die Bühne gebracht hat, erstrebt neue Kredite von der Bundesrepublik – „keine Finanzkredite, *sondern* normale Kreditbedingungen für Geschäfte, wie sie international beispielsweise bei der Bestellung von Maschinen und Industrieausrüstungen üblich sind", heißt es in der polnischen Botschaft. Die von Bangemann genannten Voraussetzungen für Kredite seien mit der Überweisung von 58,2 Millionen *Mark als Restzahlungen* aus Krediten von 1981 erfüllt.

Die von beiden Seiten ins Auge gefaßte Normalisierung der politischen *Beziehungen* war durch die Absage des Genscher-Besuches in Warschau Ende 1984 ins Stocken geraten. Der Bundesaußenminister hatte dann im März 1985 bei einer Zwischenlandung in Warschau Gespräche mit der polnischen Führung geführt, und Bundeskanzler Kohl war im selben Monat bei den Trauerfeierlichkeiten für den sowjetischen Parteichef Konstantin Tschernenko in Moskau mit dem polnischen Staats- und Parteichef Wojciech Jaruzelski zusammengetroffen.

Heikel blieb jedoch die Nachholung der offiziellen Genscher-Visite in Warschau, weil der Außenminister auf Beseitigung der damals aufgetretenen Hindernisse (Visumsverweigerung für Journalisten, sowie Einwände gegen Kranzniederlegungen an einem deutschen Soldatengrab und am Grab des ermordeten Priesters Popieluszko) bestehen mußte. Dieser Probleme enthebt ihn zunächst einmal der Antrittsbesuch des neuen Außenministers Orzechowski.

Moskau hält an Gipfeltreffen fest

rtr, Moskau

Die sowjetische Führung will an der zwischen Reagan und Gorbatschow in *Genf getroffenen Verabredung* für ein Treffen festhalten. Dies erklärte jetzt auch der Chef des sowjetischen Nordamerika-Instituts, Georgi Arbatow, nachdem in der vergangenen Woche bereits andere sowjetische Sprecher darauf hingewiesen haben, daß es keine Vorbedingungen *für einen Gipfel der Supermächte* geben werde. Gorbatschow hatte in seiner Eröffnungsrede zum 27. Parteitag der KPdSU angedeutet, *daß das für Sommer oder Herbst in* den USA in Aussicht gestellte Treffen überflüssig werden könne, falls in der Zwischenzeit keine Fortschritte auf *dem Gebiet der Rüstungskontrolle* erzielt würden. Zwar hätten die USA dabei keine nennenswerten Anstrengungen unternommen, meinte Arbatow, doch sei er *zuversichtlich, daß* sich in Washington eine positivere Einstellung durchsetzen werde.

Freundliches auf „Roten Seiten"

p. p. Bonn

Der „Onkel" ließ offenbar Ehefrau Greta noch einmal zur Feder greifen. *Nachdem Herbert Wehners veröffentlichtes* Gespräch, das er vor 13 Monaten mit seinem ehemaligen Sprecher Terjung geführt hatte, vor allem wegen der *abfälligen* Bemerkungen über Oppositionsführer Vogel und Kanzlerkandidat Rau für Aufsehen gesorgt hatte, versicherte der politische *Pensionär jetzt Rau seine volle* Unterstützung. Die Freundlichkeit ist in den „Roten Seiten" abgedruckt, einem Funktionärsrundschreiben der SPD, *das künftig wöchentlich mit* einem Rau-Brief verschickt wird und gestern abend noch mit letzten Korrekturen durch die Druckmaschinen *lief.* Wehner soll als Beleg *seiner* Freundschaft auf die Umarmung beim Kandidaten-Aufgalopp in Ahlen verwiesen haben. Erstaunlich ist jedoch, *daß der Brief nur indirekt* zitiert wird – um sich nicht „am Spiel der Voyeure" zu beteiligen.

Union: Fragen auch an Schmidt

p. p. Bonn

SPD-Chef Willy Brandt sieht in den Strafanzeigen wegen des Verdachts der Falschaussage „nichts, was da belastend auf mich zukommt. Ich habe die Wahrheit gesagt und vertraue auf die Rechtmäßigkeit" der Staatsanwaltschafts-Entscheidungen. Bei der Bonner Staatsanwaltschaft liegen neben anonymen auch drei namentlich gezeichnete Schreiben gegen Brandt vor.

Eines davon stammt vom „WELT am SONNTAG"-Korrespondenten Vielain – nach Angaben der Staatsanwaltschaft *zwar keine „formelle Anzeige,* aber eine Eingabe mit beigefügten Unterlagen, die wir als Anzeige gewertet und zum Vorgang genommen *haben". Während die* Staatsanwälte noch prüfen, ob gegen Brandt ermittelt wird, hat der CDU-Obmann im Flick-Ausschuß, Bohl, Helmut Schmidt *aufgefordert,* „*Klarheit*" zu schaffen über die 6,27 Millionen Mark des „Kanzler-Fonds" 1980.

Mitterrands Schachzug im Fernsehen

PETER RUGE, Paris

Die von François Mitterrand bei seinem Fernsehauftritt lächelnd vorgetragene Versicherung, nun werde er bis zum Wahltag schweigen, hat die erregte Diskussion um diese „direkte Wahlhilfe des Präsidenten" nicht eingedämmt – der Opposition klingen diese Worte wie Hohn in den Ohren, nachdem der Staatschef seine Machtstellung dazu ausnützte, sich eine Stunde lang vom Starjournalisten Yves *Mourousi zur besten Sendezeit* befragen zu lassen (WELT vom 3. März). Auch wenn Mitterrand auf Beispiele seiner Vorgänger verweist – auf de Gaulle, auf Pompidou, auf Giscard d'Estaing – an so eindeutige Parteinamen kann sich kaum jemand in der 5. Republik erinnern: „Ich verteidige eine *sozialistische* Politik, für die ich zu allererst die Verantwortung trage ... Es ist meine Verpflichtung, dieser Partei nahe zu sein, den Franzosen zu sagen, seid nicht ungerecht... Wir sind angetreten, mit 110 Versprechungen; etwa 90 sind eingelöst, ich brauche noch mindestens zwei Jahre, *um die restlichen zu erfüllen ..."* Diese Sätze verraten einen bis zum äußersten entschlossenen Mitterrand, der 1981 ein Programm zur gesellschaftlichen Veränderung Frankreichs einleitete, von dem abzugehen ihn anscheinend auch nicht veränderte Mehrheitsverhältnisse im Parlament zwingen könnten.

Der *Schlüsselsatz, der als* deutliche Warnung an die Wähler verstanden werden muß: „Ich würde es vorziehen, zurückzutreten, als mich in meinen Kompetenzen einengen zu lassen". Dies heißt im Klartext an die Opposition gerichtet: Wenn Ihr glaubt, *mir* Eure Politik vorschreiben zu können, dann täuscht Ihr Euch – ich werde kein Präsident zum Diskontpreis sein, eher kommt es zum Streit. *Für diesen Moment hat* Mitterrand bereits vorgesorgt, indem er seinen Freund, den Justizminister Badinter, zum Präsidenten des Verfassungsrates ernannte.

In Frankreich wird indes nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Wahltaktisch ist es sicherlich ein kluger *Schachzug* von Mitterrand, die Verunsicherung der Öffentlichkeit zu vergrößern, die Franzosen in eine Art Katastrophenstimmung hineinzureden *für den Fall, daß sie nicht mehr* den Sozialisten sondern Gaullisten und Liberalen zum Wahlsieg am 16. März verhelfen. Seit sich der Präsident *nämlich offen in den Wahlkampf* einmischt, sehen sich die Sozialisten im politischen Aufwind.

Dollarfurcht in Japan

MK. – Seit Wochen gehören Meldungen aus Tokio zum Ritual, nach denen eine neue Währungskonferenz der fünf führenden Wirtschaftsnationen des Westens wieder einmal unmittelbar bevorstehe. Die Japaner gleichen in diesen Tagen jenem, der sich in den Wald begeben hat und vor sich hinpfeift, um seine Angst zu verdrängen, der sich jedoch im stillen fragt, warum er nicht zu Hause geblieben ist. Konkret: Die Wechselkursentwicklung, vor allem das Verhältnis von Dollar zum Yen, ist seit dem 22. September, als die Finanzminister und Notenbankchefs der USA, Großbritanniens, Frankreichs, der Bundesrepublik und eben aus Japan gemeinsame Interventionen beschlossen hatten, um den Kurs der amerikanischen Währung zu drücken, anders verlaufen, als in Tokio erwartet worden war.

Der Yen wurde gegenüber dem Dollar noch kräftiger aufgewertet, als dieses bei der D-Mark der Fall war. Daher fürchten manche Japaner um ihre Exporte. Immerhin ist das Gewicht des US-Handels für das fernöstliche Inselreich rund dreimal *so* hoch wie für die Bundesrepublik. Und auch bei uns gibt es Stimmen, die sich Sorgen um die Ausfuhr machen.

Hinzu kommt, daß in Japan eine Tradition bei der Steuerung des Yen-Kurses besteht. Aus politischen Gründen will man jetzt aus der gemeinsamen Linie jedoch nicht ausscheren. Daher möchten manche Japaner die anderen zum Mitmachen bewegen, um den Kursverlauf *des Dollars wieder umzudrehen*. Dafür gibt es keine Anzeichen. Allerdings: Auch Dementis gehören in der Währungspolitik zum Ritual.

Gerangel

Gs. – Die Verantwortlichen in Bonn *dementieren. Die Opposition* hat keinen Zweifel. Die Beobachter können nur vermuten. Und die Betroffenen möchten es mit keinem verderben. Gemeint ist die Frage, ob für die mehr als zögerliche Behandlung der neuen rechtlichen Rahmenbedingungen für die Altölentsorgung Trägheit, Inkompetenz oder schlicht Kompetenzgerangel ursächlich ist. So viel scheint sicher: Mit dem Thema Altöl sind keine politischen Blumentöpfe zu gewinnen. Aufgebauschte Berichte über krebsfördernde Substanzen, wozu angeblich auch die in einigen Altölen enthaltenen PCB-Mengen gehören sollen, haben erst bei den Produkten der Zweitraffination zu einem Schwarzer-Peter-Effekt geführt. Und nun offensichtlich auch bei den Politikern. Derweil stecken die Altöl-Entsorger quasi bis zur Halskrause in der „Suppe" und machen sich Sorgen um ihre Zukunft. Zu Recht! Von der Umwelt ganz zu schweigen. Rechtsklarheit muß her, und zwar so schnell wie möglich. Politische Süppchen sind nicht gefragt.

ÖFFENTLICHER DIENST / IW: Tarifvorsprung gegenüber der Wirtschaft

Einkommensvorteil der Beamten liegt bei knapp 350 Mark im Monat

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Im öffentlichen Dienst gibt es keinen Einkommensrückstand. Nach einer Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) in Köln sind die Tariflöhne der Arbeiter im öffentlichen Dienst zwar seit 1976 langsamer gestiegen als in der Wirtschaft. Dies ist ein Reflex auf den starken Anstieg zwischen 1969 und 1975. Für den Zeitraum 1969 bis 1985 errechnet das Institut einen Tariflohn-Vorsprung im öffentlichen Dienst von 11,7 Prozent.

Für die Tarifeinkommen im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft unterscheidet das Institut zwischen 1960 und 1985 drei Phasen:

I: Zwischen 1960 und 1968 haben sich die tariflichen Stundenlöhne von *Arbeitern im öffentlichen Dienst (plus 6,4 Prozent)* annähernd parallel zu den gesamtwirtschaftlichen Stundentarifen für Arbeiter (plus 6,8 Prozent) entwickelt.

II: Zwischen 1969 und 1985 stiegen die Tariflöhne von Arbeitern im öffentlichen Dienst um durchschnittlich 14,1 Prozent, verglichen mit 10,6 Prozent in der Wirtschaft.

III: Zwischen 1967 und 1985 legten die Tariflöhne des öffentlichen Dienstes um durchschnittlich 3,8 Prozent zu, während in der Wirtschaft ein Plus von 5,0 Prozent registriert wurde. Damit wurde der Vorsprung des öffentlichen Dienstes aus der Phase II zum Teil abgebaut.

Werden beide Perioden zusammengenommen, so ergibt sich ein öffentlicher Tariflohnvorsprung von 11,7 Prozent. Im gesamten Betrachtungszeitraum 1960 bis 1985 stiegen die Tariflöhne im öffentlichen Dienst um durchschnittlich 7,5 Prozent, verglichen mit 7,1 Prozent in der Wirtschaft. Bei den Angestellten-Gehältern lag die Wirtschaft mit einem durchschnittlichen Zuwachs von 6,2 Prozent vor dem öffentlichen Dienst mit 5,5 Prozent. Ein Grund: Die *Lohnpolitik* zielte während dieser Zeit auf eine stärkere Anhebung im unteren Bereich.

Der Tarifvergleich berücksichtigt, *so das Institut,* nur unvollkommen die sozialen Einkommenskomponenten. Das gilt vor allem für das Lebens- und Dienstalter sowie den Familienstand im öffentlichen Dienst. Hier besteht das Gehalt im wesentlichen aus zwei Bestandteilen: Dem Grundgehalt, das sich mit dem Lebens- oder Dienstalter automatisch alle zwei Jahre erhöht, und dem Ortszuschlag, der das Einkommen nach dem Familienstand differenziert.

Das Grundgehalt macht rund drei Viertel des Einkommens aus. Im Durchschnitt aller Besoldungsgruppen errechnet das Institut aus der automatischen Anpassung einen Dynamikfaktor von 1,7 Prozent pro Jahr. Die Tarifanhebungen machen also nur einen Teil der Einkommensverbesserungen im öffentlichen Dienst aus.

Mehr als 40 Prozent der 4,55 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind Beamte. Sie sind nicht nur auf Lebenszeit angestellt, sondern sie unterliegen auch nicht der Beitragspflicht zur gesetzlichen Renten- und Arbeitslosenversicherung. Beides rechnet das Institut in Einkommensäquivalente um:

1984 betrug die Netto-Lohn- und -Gehaltssumme je Beschäftigten 1972 Mark im Monat. Da das Arbeitslosengeld rund 68 Prozent des letzten Nettogehaltes absichert, beläuft sich der Einkommensverlust bei Arbeitslosigkeit auf 631,04 Mark im Monat. Überdies erhöhten sich von 1973 bis *1985 die Arbeitnehmerbeiträge zur* Arbeitslosenversicherung von 0,85 auf 2,1 Prozent des Einkommens. Außerdem stiegen die Beiträge zur Rentenversicherung. Bezogen auf das Durchschnittseinkommen des Jahres 1985 errechnet sich ein relativer Einkommensvorteil für die Beamten von 348 Mark im Monat; 1960 waren es erst 41 Mark.

Ein lediger Beamter in der Besoldungsgruppe A 12 (Zollsachbearbeiter) verdient in der 9. Dienstalterstufe brutto 3779,36 Mark. Davon bleiben nach Abzug der Steuern und Krankenversicherungsbeiträge netto 2604,06 Mark. Um das gleiche Nettoeinkommen zu erzielen, muß ein beitragspflichtiger Arbeitnehmer 4730 Mark brutto verdienen.

HANDEL

Otto Wolff lehnt jeden dirigistischen Eingriff ab

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Auf einer Gratwanderung zwischen der *Steigerung der Leistungsfähigkeit*, dem Verlust an funktionsfähigem Wettbewerb und nicht mehr gerechtfertigten Strukturveränderungen bewegt sich gegenwärtig der Handel in der Bundesrepublik. Diese Ansicht vertrat der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, *gestern auf einer Tagung des Instituts* für Selbstbedienung und Warenwirtschaft in Hannover.

Für den Handel seien aggressive Preispolitik und aggressive Standortpolitik feste Bestandteile der unternehmerischen Strategie. Voraussetzung sei jedoch, daß diese Unternehmenspolitik im Rahmen eines *funktionsfähigen Leistungswettbewerbs* ablaufe, meinte Wolff. Beim wettbewerblichen Ordnungsrahmen müsse stärker als bisher ein in die Zukunft gerichtetes Denken ansetzen.

Den Handel forderte der DIHT-Präsident auf, das vorhandene wettbewerbspolitische Instrumentarium entschiedener als bisher zu nutzen. Wenn dieser Rahmen *nicht* ausreiche, dann werde in der nächsten Legislaturperiode auch das Kartellgesetz an einigen Stellen geändert werden müssen. Die wirtschaftspolitische Gratwanderung im Handelsbereich verlange aber auch Mut für die richtige Gestaltung des wettbewerbspolitischen Rahmens und nicht nur Mut zur Betriebstypeninnovation.

Abzulehnen seien jedwede dirigistische Eingriffe. Dazu gehörten auch die Verbote des Verkaufs unter Einkaufspreis und der sogenannten Rabattspreizung. Zur falschen Therapie, so Wolff, zähle ferner der Einsatz des Baurechts zur Lösung der anstehenden Probleme im Handel.

Die Einführung neuer Technologien im Handel dürften nicht als Vorwand für mehr Mitbestimmung dienen. Um mit neuer Technik schnell und wirkungsvoll am *Markt* zu sein, seien rasche Entscheidungen notwendig. Ein Unternehmen, das die Einführung moderner Technologien mit schwerfälligen sozialpartnerschaftlichen Abstimmungsprozessen belaste, laufe Gefahr, den Anschluß an die Branchenentwicklung zu verpassen. Natürlich sei ein optimaler *Einsatz* neuer Technologien nur zusammen mit den Arbeitnehmern möglich, sagte Wolff. Den direkt betroffenen Arbeitnehmern seien aber Wettbewerbszusammenhänge, in denen das eigene Unternehmen auf den Märkten stehe, deutlicher bewußt als „den Funktionären am grünen Tisch".

Zum Thema Ladenschluß meinte der DIHT-Präsident, Handel und Gewerkschaften sollten im Rahmen der gültigen Gesamtöffnungszeiten über mehr Flexibilität nachdenken. Die Wirtschaft verhalte sich unglaubwürdig, wenn sie mehr Freiräume für unternehmerisches Handeln fordere, zugleich aber in Abwehrstellung gehe, wenn solche Freiräume angeboten würden.

Martens macht Ernst

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Die Belgier lassen sich Zeit beim Regieren. So brauchte es viele Wochen, bis die christlich-liberale *Koalition im Herbst ihren Wahlsieg* „verdaut" und im Kabinett das Kräftegleichgewicht neu austariert hatte. Inzwischen ist viel Zeit mit Diskussionen über die von Premierminister Wilfried Martens geforderten Sondervollmachten verstrichen. Den Etatentwurf für 1986 wird die Regierung kaum vor Mai vorlegen können.

Trotzdem steht außer Zweifel, daß es Martens mit der Fortsetzung seines vor vier Jahren eingeleiteten Sparkurses ernst meint. „Ich bin geradezu besessen von der Aufgabe, die öffentlichen Finanzen zu sanieren", vertraute er einer Zeitung an. Mit dem Sonderfall Martens soll erreicht werden, daß die Parlamentsmehrheit nicht durch den Druck widerstreitender Pressure-Groups auseinanderdividiert wird. Angesichts des labilen Gleichgewichts im „Sprachenstreit" ist diese Gefahr in Belgien noch größer als anderswo.

Die Vollmachten (deren Genehmigung durch den Senat noch aussteht) werden Martens vor allem mehr freie Hand bei der Suche nach Kürzungen bei den Staatsausgaben und im Bereich der Sozialversicherung ermöglichen. *Die öffentliche Verschuldung* ist nämlich nach wie vor die Achillesferse der belgischen Wirtschaft. Trotz mancher Bemühungen, die Finanzen besser in den Griff zu bekommen, lebt der Staat noch immer weit über seine Verhältnisse. Grund dafür sind freilich weniger Konsum- oder Investitionsausgaben, sondern der Schuldendienst für die „Sünden der Vergangenheit".

Nach dem Jahresbericht der Nationalbank haben die Zinslasten 1985 einen Anteil von elf Prozent des belgischen Bruttosozialprodukts (BSP) erreicht. Der gesamte Nettofinanzierungsbedarf der öffentlichen Hand belief sich auf rund 13 Prozent (beim Zentralstaat auf elf Prozent). Diese Prozentzahlen liegen weit über dem EG-Durchschnitt. Während bei anderen Staaten der Gemeinschaft die öffentlichen *Ausgaben im Schnitt* rund 44,5 Prozent des BSP verschlingen, gehen in Belgien 59,6 Prozent durch öffentliche Kassen.

In der letzten Legislaturperiode hatten sich Martens und seine Regierung vorgenommen, das Defizit im Staatshaushalt bis Ende 1987 schrittweise auf sieben Prozent des BSP zu *reduzieren. Dieses Versprechen* erwies sich jedoch als zu ehrgeizig. Zum Schrecken der Koalitionspartner nahm der Anleihebedarf im vergangenen Jahr sogar wieder zu. Steuerausfälle bewirkten, daß das Defizit erheblich größer ausfiel als noch im Herbst erwartet worden war.

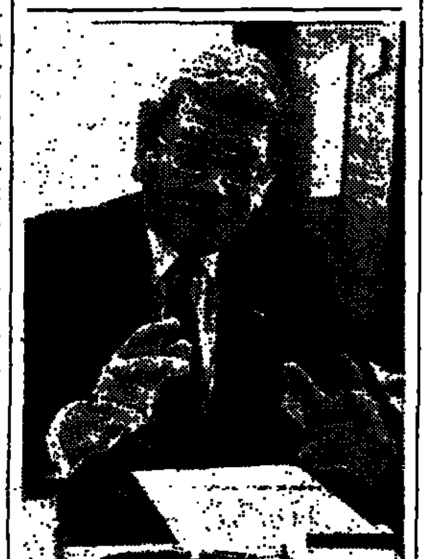
Die neuen Projektionen gehen davon aus, daß die Siebenprozentmarke bis Ende 1989 erreicht wird. Der Schwerpunkt der Anstrengungen soll auf dieses und nächstes Jahr gelegt werden. Das Kabinett will die erforderlichen Einsparungen in den kommenden Wochen gleich für zwei Haushaltsjahre festlegen. Außerdem versucht die Regierung, die Sozialpartner für möglichst weitgehende Vereinbarungen im Rahmen einer „konzertierten Aktion" zu gewinnen.

Dabei geht es auch um die neue Festlegung von „Normen" für die Wettbewerbsfähigkeit der belgischen Industrie. Diese Indikatoren sollen sicherstellen, daß die Lohnkosten der Unternehmen denen der Konkurrenz in den sieben wichtigsten Nachbarländern nicht davonlaufen. Ein Gesetz von Anfang vergangenen Jahres erlaubt der Regierung, gegebenenfalls entsprechende Korrekturmaßnahmen zu beschließen.

Am wahrscheinlichsten sind Abschläge auf die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung. Eine solche Maßnahme könnte aber nur durch zusätzliche Kürzungen im Sozialbereich finanziert werden. Die Arbeitnehmer müssen 1986 bereits auf eine der ihnen nach dem Indexsystem zustehenden automatischen Lohnaufbesserungen verzichten. Mehr Opfer bei den Einkommen verbieten sich aus Gründen der Konjunktur- und Beschäftigungspolitik, ebenso auch eine Anhebung der Steuerlast.

Allerdings haben die neuesten Berechnungen ergeben, daß die Abweichung von den Lohnkosten der Auslandskonkurrenz 1985 nur gering war. Auch die weitere Abflachung der Inflationsrate deutet auf eine zusätzliche Stabilisierung hin. Martens jedenfalls ist nach wie vor optimistisch. Er glaubt, daß drei Viertel des Weges bereits zurückgelegt sind.

AUF EIN WORT



„Kein Unternehmen darf es sich leisten, Können und Engagement der Mitarbeiter brach liegen zu lassen. Dabei muß man auch in der Lage sein, Fehler zu entschuldigen. Denn diese sind nur dann problematisch, wenn sie häufiger sind als positive Aktivitäten."

Rainer Liebich, Vorsitzender der Geschäftsführung der NCR GmbH, Augsburg FOTO: FRED SCHÖLLHORN

173 neue Kraftwerke seit der Energiekrise

dpa/VWD, Frankfurt

In der Bundesrepublik wurden 173 neue Kraftwerke mit einer Leistung von insgesamt rund 50 300 Megawatt (MW) seit der ersten Energiekrise im Jahr 1973 gebaut. Zwei Drittel zählen, wie aus einer Übersicht der *Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke* (VDEW), zu den kleinen Anlagen mit jeweils weniger als 200 MW. Dazu gehören auch Laufwasserkraftwerke in Flüssen mit ein bis zwei MW. Im Gegenzug zum Bau der neuen Anlagen wurden alte Kraftwerke mit zusammen etwa 9 000 MW abgebaut. Von Ende 1972 bis 1985 wurden zwölf Kernkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 16 000 MW gebaut.

BUNDESVERBAND DER FREIEN BERUFE

Bei Vorsorgeaufwendungen Benachteiligung aufheben

tl. Bonn

Deutliche *Kritik an der Finanzpolitik* der Bundesregierung übte der Bundesverband der Freien Berufe (BFB). „Es ist für uns unfaßbar, daß die Landwirtschaft, die weniger zum Bruttosozialprodukt beiträgt als die freien Berufe, allein für die Verwaltung der Subventionen mehr bekommt als unsere Mitglieder an Steuererleichterungen", meinte der Präsident des Verbandes, J. F. Volrad Deneke.

Als zentrale steuerpolitische *Forderung bezeichnete* Deneke den Abbau der Benachteiligung der Selbständigen im Vergleich zu den Arbeitnehmern bei der Besteuerung ihrer Vorsorgeaufwendungen für Alter, Krankheit und Existenzsicherung. In diesem Jahr sei der steuerfreie Arbeitgeberbeitrag auf 10 800 DM gestiegen. Unter Berücksichtigung des „Vorwegabzugs" von nur 3000 DM seien die Selbständigen gegenüber den Arbeitnehmern damit fast um 8000 DM benachteiligt, meinte Deneke.

Der BFB wandte sich entschieden gegen eine Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer. Die zusätzliche Belastung für die 350 000 selbständigen Freiberufler, die mehr als eine Million Arbeitnehmer beschäftigen, bezifferte Deneke auf 3,5 Mrd. DM. Der Verband plädierte für eine vollständige Abschaffung der Gewerbesteuer. Der Steuerausfall der Gemeinden *sollte* durch höhere Anteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer kompensiert werden, schlug Deneke vor. Die dadurch zu erwartende Mehrbelastung durch eine Erhöhung der Einkommen- und Umsatzsteuer würde Deneke „aus Gründen der Gerechtigkeit der Lastverteilung" hinnehmen.

BRITISCHES PFUND

Ölpreis drückt den Kurs in die Nähe der Drei-DM-Marke

fu. London

Die Talfahrt des Pfundes hält an. Am Frankfurter Devisenmarkt fiel es gestern auf einen neuen historischen Tiefstand von 3,189 (Freitagsschluß: 3,256) DM. Der Kurssturz wird in erster Linie durch die Schwäche an den internationalen Ölmärkten bewirkt. Offenbar unaufhaltsam gibt der Kurs der britischen Währung in Richtung auf die Parität von drei DM nach. Noch Mitte Juli letzten Jahres hatte die Pfund-DM-Relation bei über *vier DM gelegen.*

Vor gut einem Jahr war der Pfundkurs auf das damalige Rekordtief von 3,50 DM gepurzelt, als der Bergarbeiterstreik das ausländische Vertrauen in die britische Wirtschaft erheblich erschüttert hatte. Diese Marke ist erstmals in der zweiten Januarhälfte dieses Jahres unterschritten worden.

Nach Angaben von Devisenhändler in London könne der Wertverlust längst nicht mehr nur mit dem Druck auf die Ölpreise erklärt werden. So blieb der Spotmarktpreis für Nordseeöl der britischen Brent-Qualität zum Wochenbeginn mit 16,30 Dollar je Barrel für die April-Ablieferung praktisch unverändert. Damit liegt er deutlich über den 13 Dollar je Barrel zu Beginn der vergangenen Woche.

Als zusätzliche Erklärung wird im Londoner Devisenhandel auf ein stark spekulatives Element gegen das Pfund Sterling verwiesen. Für die Befürworter einer Vollmitgliedschaft Großbritanniens im Europäischen Währungssystem EWS ist die jüngste Pfundschwäche ein geeigneter Anlaß, die Regierung zu einem umgehenden Beitritt aufzufordern. Dies um so mehr, als das Pfund gegenüber dem US-Dollar relativ stabil geblieben ist, wobei die Pfund-Dollar-Parität seit Jahresbeginn bei rund 1,45 Dollar liegt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Dresdner Bezüge: 250 DM

Frankfurt (DW.) – Die Dresdner Bank hatte gestern mit dem ersten Tag des Bezugsrechtshandels für die neuen Aktien (nominal 100 Mill. DM, Ausgabekurs 330 DM je 50-DM-Aktie) und die 6,5 Prozent-Optionsanleihe (400 Mill. DM, Ausgabekurs 130 DM) einen glänzenden Start. Die Bezugsrechte notierten zum Börsenende mit 250 DM für die Aktie und mit 350 DM für die Optionsanleihe. Die alte Dresdner Bank-Aktie wurde mit mit 375,50 notiert.

Neue Liquidität

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Bundesbank hat gestern den Banken im Rahmen ihrer Offenmarktgeschäfte neues Geld zum Zinssatz von 4,3 Prozent für ihre Refinanzierung angeboten. Die Laufzeit des neuen Zinstenders beträgt 29 Tage. Mitte Februar hatte die Bundesbank noch einen Zinstender zum Satz von 4,5 Prozent angeboten. Die leichte Ermäßigung des Zinses heizte am Bankplatz Frankfurt die Spekulationen um eine bevorstehende Senkung der Leitzinsen weiter an.

Steuerreform umschichten

Bonn (AP) – Die SPD will bei einem Wahlsieg 1987 die für 1988 geplante zweite Stufe der Steuerreform zugunsten kleiner Einkommen umschichten. Einen entsprechenden Plan bekräftigten die Finanzexperten der SPD-Bundestagsfraktion zum Abschluß einer zweitägigen Klausurtagung. Der finanzpolitische Sprecher der Fraktion, Dieter Spöri, meinte dazu, durch das SPD-Vorhaben sollten „die Steuerlasten gerechter verteilt und beschäftigungsfreundlicher gestaltet werden".

NRW hinkt nach

Düsseldorf (dpa) – In Nordrhein-Westfalen ist das Wirtschaftswachstum 1985 deutlich geringer ausgefallen als im Bundesdurchschnitt. Das geht aus dem veröffentlichten Jahresbericht 1985 der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen hervor. Danach nahm das reale Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr im bevölkerungsreichsten Bundesland um 1,7 Prozent zu. Bundesweit lag die Steigerungsrate bei 2,6 Prozent. Hoffnungen, die nordrhein-westfälische Wirtschaft werde nach Überwindung der Rezession rasch Anschluß an die Dynamik in anderen Regionen finden, *hätten sich nicht erfüllt, heißt es in* dem Bericht.

Unter sechs Prozent

Frankfurt (dpa/VWD) – Die neue Bundesanleihe im Umfang von drei Mrd. DM kommt mit einer Rendite von 5,94 Prozent auf den Kapitalmarkt. Der Ausgabekurs beträgt 100,50 Prozent, der Zinssatz 6,0 Prozent und die Laufzeit zwölf Jahre. Verkauft wird die Anleihe vom 5. bis 7. März. Von den drei Milliarden DM werden 2,25 Milliarden aufgegeben und 750 Millionen verbleiben zur Marktpflege.

Einfuhrpreise niedriger

Wiesbaden (dpa/VWD) – Der Verfall der Einfuhrpreise hat sich im Januar beschleunigt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, lagen die Einfuhrpreise in diesem Monat um 9,6 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Im Dezember hatten die Preise noch um 6,5 Prozent und im November um 4,8 Prozent unter den Werten der jeweiligen Vorjahresmonate gelegen.

Güterverkehr behindert

Bozen (VWD) – Ein Streik der italienischen leitenden Zollbeamten hat gestern den Güterverkehr vor allem nach Italien behindert. Die etwa 4700 leitenden Zollbeamten wollen mit der eintägigen Arbeitsniederlegung die Verabschiedung eines Gesetzes erreichen, das für sie bessere Gehaltseinstufungen vorsieht.

Weniger Kaffee importiert

Hamburg (dpa/VWD) – Die Netto-Rohkaffeeimporte in die Bundesrepublik sind 1985 erneut leicht zurückgegangen. Nach Angaben von Bernhard Rothfos, führender Rohkaffeehändler in Europa, sank die Einfuhr nicht entkoffeinierten Rohkaffees um 0,7 Prozent auf netto 7,057 (1984: 7,110) Mill. Sack. Die Bruttoeinfuhren lagen dagegen mit 8,689 Mill. Sack um 2,1 Prozent über dem Vorjahr.

EG-MINISTERRAT

Spanier sorgen sich um den Anstieg der Stahleinfuhren

Ha. Brüssel

Zwei Monate nach ihrem EG-Beitritt haben die Spanier bereits Probleme mit Einfuhren aus der Gemeinschaft. Am Rande einer Sitzung der Industrieminister teilten sie gestern mit, daß sie wegen sprunghaft gestiegener Stahlimporte erstmals die im Beitrittsvertrag vereinbarte Schutzklausel in Anspruch nehmen müßten.

Bei bestimmten sensiblen Stahlerzeugnissen seien die Importe im Januar zwischen 275 und 400 Prozent gestiegen. Im Februar hätten die Einfuhren 270 000 statt normalerweise 90 000 Tonnen betragen. Entsprechend geschrumpft seien die heimischen Auftragsbestände; die Konkurrenz, vor allem aus der Bundesrepublik, habe die spanischen Preise um 15 bis 30 Prozent unterboten.

Der Rat diskutierte noch nicht über den spanischen Antrag, nach den Vertragsbestimmungen muß sich zunächst die Kommission dazu äußern. Statt dessen berieten die Minister über die Begrenzung der spanischen Stahlexporte in die restlichen EG-Länder. Die Kommission hatte für 1986 eine Höchstmenge von 827 500 Tonnen vorgeschlagen.

Im Mittelpunkt der Ratstagung stand ein Gedankenaustausch über die *künftige Beihilfepolitik* für die europäischen Werften, der erhebliche Meinungsgegensätze erkennen ließ. Während die holländische Delegation mit deutscher, dänischer und britischer Unterstützung für eine Konzentration des Schiffsbaus auf Werften mit hoher Technologie eintraten, neigen Italien, Belgien und Frankreich zur Aufrechterhaltung der bisherigen EG-Regeln zur Vermeidung eines Subventionswettlaufs. Die gegenwärtige Richtlinie läuft Ende 1986 aus.

ABFALLBESEITIGUNG / Entsorger sind über Gesetzesverschleppung beunruhigt

„Wir werden in einem Altölsee ersticken"

ARNULF GOSCH, Bonn

Absolutes Unverständnis hat beim Bundesverband Privater Sonderabfallbeseitiger (BPS) in Bonn die erneute Verzögerung bei der Beratung der gesetzlichen Vorschriften für die Altölbeseitigung ausgelöst. Wie Geschäftsführer Rolf Eder gestern der WELT gegenüber erklärte, „werden wir in einem Altölsee ersticken", wenn nicht bald für bundeseinheitliche klare Regelungen gesorgt werde. Die unterschiedlichen Grenzwerte für die hochgiftigen PCB (Polychlorierte Biphenyle), die nicht einheitlichen Analysemethoden und die daraus resultierende Unsicherheit haben zu einem Altöl-Stau von mittlerweile über 100 000 Tonnen geführt. Die Kapazität der Verbrennungsanlagen für kontaminierte Altöle betrage aber nur 20 000 *Jahrestonnen.*

Schon vor der entscheidenden Wirtschaftsausschußsitzung am vergangenen Mittwoch, bei der das Thema Altöl auf Wunsch der Koalitionsfraktionen erneut von der Tagesordnung abgesetzt worden war, hatte der Verband auf die Schwierigkeiten der Altölentsorgung hingewiesen und vor einem „Kollaps" gewarnt. Die gesamte Sonderabfallwirtschaft beobachte „mit Sorge" weitere zeitliche Verzögerungen der vierten Novelle *des Abfallbeseitigungsgesetzes.* Es sei unbedingt notwendig, diese Novelle, in die die umweltrelevanten Belange der Altölbeseitigung aus dem geltenden Altölgesetz übernommen werden sollen, noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Angesichts der sich verschärfenden Lage müßten sowohl die erzeugende Wirtschaft als auch die Sonderabfallbeseitiger wissen, „welchen Kurs der Gesetzgeber für die nächsten Jahre einschlägt".

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Erich Wolfram, zuständig für die Altölberichterstattung, monierte gegenüber dieser Zeitung, daß die Bundesregierung zwar eine „gute Analyse" der Altölentsorgung geliefert, aber keine Schlußfolgerungen daraus gezogen habe. So sei zum Beispiel nicht klar, ob der alte Grundsatz „Recycling vor Verbrennen" noch gelte. Falls die Regierungskoalition nicht bald mit ihren Änderungsvorschlägen *überkomme*, will die SPD eigene Vorschläge vorlegen.

Sprecher des – bisher für Altöl zuständigen – Bundeswirtschaftsministeriums und des – für den Umweltschutz und damit die Abfallbeseitigung zuständigen – Innenministeriums wiesen auf Anfrage Spekulationen um Kompetenzgerangel zurück. Jedes Ressort habe alles getan, um die Novellierung zügig voranzutreiben. Und Zimmermanns Sprecher ergänzte, die Entscheidung über eine Übernahme des Altölentsorgungsrechtes durch das Innenressort werde in den nächsten Tagen getroffen.

SPORTWAGEN

Italienischer Stil in USA gefragt

dpa/VWD, Mailand

Die US-Automobilkonzerne päppeln ihr Sportwagenangebot mit Styling „Made in Italy" auf. Jüngstes Glied der immer länger werdenden Kette ist der von Ford erteilte Auftrag an den Designer Giorgetto Giugiaro zur serienreifen Entwicklung eines Sportwagenprototyps. Das neue Sportwagenmodell von Ford soll Ende der 80er Jahre auf den Markt kommen und in den Ford-Werken von Australien produziert werden.

Von italienischer Seite wird dazu mit Stolz darauf hingewiesen, daß Ford damit zum ersten Mal die volle Entwicklung eines neuen Automodells einem konzernfremden Unternehmen übertragen hat. Nicht nur Styling und Entwicklung, sondern auch die Produktion der für US-Konzerne bestimmten Sportwagen haben der italienische Karosseriebauer Pininfarina (Turin) und Maserati (Modena) im Programm. Pininfarina baut für General Motors (GM) die Karosserien für den Cadillac Allante, die mit Lufthansa-Jumbos von Turin nach Detroit geflogen werden.

Maserati baut für den US-Konzern Chrysler den Cue Car, der ab Frühjahr 1987 in die Produktion gehen wird. Darüber hinaus ist ein Sportwagen in der Planung, der als „Chrysler built by Maserati" auf den Markt kommen soll. Die Maserati-Kontrolle liegt bei dem Italo-Argentinier Alejandro de Tomaso. Ins US-Sportwagengeschäft zu kommen versucht seit Monaten auch das in der Krise steckende Automobilunternehmen Alfa Romeo. Die italienische Firma bemüht sich um einen GM-Auftrag mit dem Ziel, zumindest in der Motorentwicklung beteiligt zu werden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Memmingen: Köna Werkzeugbau GmbH, Mindelheim; **Minden:** Robert Herberg GmbH Lederwaren Im- u. Export; **Niebüll:** Planbau Sylt Bauträger, Westerland; Timm Bötel, Keitum; **Nürnberg:** Helmut Baum, Elektroinstallationen, Hilpoltstein; **Ottweiler:** Glaser Kachelofen GmbH, Eppelborn-Bubach; **Recklinghausen:** CBO Rockstroh GmbH; **Traunstein:** „Hansbäck" Gaststätten Betriebs GmbH, Grassau; **Wesel:** Dinslakener Rohstoffhandel + Autoverwertung GmbH, Dinslaken.

Anschlußkonkurs eröffnet: Frankfurt: Tellus AG f. Bergbau u. Hüttenindustrie; **Goslar:** von Satine & Rittershaus GmbH & Co. KG; BUHLIG-Verwaltungsges. mbH.

Vergleich beantragt: Ludwigshafen/Rhein: Carl Platz GmbH, Maschinenfabrik, Frankenthal.

NAMEN

Hans Glas (42), Leiter des Motorradwerkes *Berlin der BMW AG, München*, übernimmt zum 1. April die Leitung des BMW-Werks München. Er ist Nachfolger von **Jakob Gilliam** (49), der mit dem Bereich Technische Zentralplanung betraut wurde. Zum neuen Leiter des Motorradwerkes wurde **Peter Stark** (42) berufen.

Gerhard Burk, Präsident und Vorsitzender des Vorstandes der Baden-Württembergische Wertpapierbörse zu Stuttgart und Direktor der Deutschen Bank AG, Filiale Stuttgart, wird am 5. März 1986 60 Jahre.

François Schaller, Professor der Wirtschaftswissenschaften in Lausanne und Bern, ist zum Vorsitzenden des Bankrates der Schweizerischen Nationalbank gewählt worden. Er ist Nachfolger von **Edmund Wyss**, der aus Altersgründen zurücktrat.

Helmut Ullrich, Präsident der Wohnungsbaukreditanstalt des Landes Schleswig-Holstein, ist am 1. März 1986 ganz plötzlich im 65. Lebensjahr gestorben.

BRASILIEN / Zinsen werden für einen Teil der Verbindlichkeiten gesenkt – Keine Anbindung mehr an die US-Prime-Rate

Gläubiger gewähren eine kurzfristige Umschuldung

rtr, New York

Brasilien hat sich mit seinen Gläubigern auf eine kurzfristige Umschuldung geeinigt. Der Bankenausschuß, in dem Vertreter der internationalen *Kreditinstitute sitzen, hat ein Finanzpaket* geschnürt, das 31 Milliarden Dollar umfaßt. Vereinbart wurde, für einen Teil der brasilianischen Auslandsschulden (rund 103 Mrd. Dollar) die Zinsen zu senken.

Die Citibank, die den Bankenberatungsausschuß Brasiliens leitet, teilte am Wochenende mit, der Zinssatz auf sechs Milliarden Dollar 1985 fälliger und 9,5 Milliarden Dollar in diesem Jahr fälliger Schulden bei den Banken, auf die etwa zwei Drittel der gesamten Auslandsverbindlichkeiten entfallen, werde auf 1,125 Prozentpunkte über dem Londoner Interbankensatz (Libor) gesenkt. Nach Angaben aus Bankenkreisen zahlt Brasilien derzeit einen Zinssatz von durchschnittlich zwei Prozent über Libor. Durch die Zinssenkung werde Brasilien jährlich rund 150 Millionen Dollar sparen.

In der Vereinbarung, deren Konditionen in den kommenden Tagen an alle rund 700 Gläubigerbanken Brasiliens verschickt werden, wurde auch die für Brasilien teurere Möglichkeit der Anbindung der Zinsen an die US-Prime-Rate abgeschafft, was dem Land weitere Ersparnisse bringen wird. Die Verträge sollen nach Angaben der Citibank Anfang Juni dann unterschriftsreif sein. Die Banken werden außerdem aufgefordert, rund 15,5 Milliarden Dollar in Handels- und Interbankenkreditlinien aufrechtzuerhalten.

Wie bereits im Januar anvisiert, werden die 1985 fällig gewordenen Rückzahlungen über sieben Jahre gestreckt, bei Zahlungen von 1991 bis zum 15. März 1993. Die Fälligkeiten 1986 werden ausgedehnt, bis Brasilien und die Banken ein längerfristiges Programm zur Umstrukturierung der Schulden ausgearbeitet haben.

Bereits im Januar war ein Entwurf für die Vereinbarung über die Schulden Brasiliens bei den Banken erarbeitet worden; *der Abschluß konnte* aber erst nach dreiwöchigen Verhandlungen erzielt werden. Die Verhandlungen hatten sich verzögert, weil sich Brasiliens Präsident Jose Sarney gegen ein Sparprogramm mit *dem Internationalen Währungsfonds* (IWF) wehrte. Da die Regierung am Freitag aber ein eigenes Wirtschaftspaket bekannt gegeben hat, das weitere Opfer vom Volk verlangt, war jetzt der Weg frei.

Sarney begründete sein Programm vor allem mit dem Kampf gegen die Inflation, die zuletzt auf Jahresbasis 255 Prozent erreicht hatte. Zunächst war nicht klar, ob das neue Paket den Weg für die neue Umschuldungsvereinbarung ebnete oder zu den für Brasilien günstigeren Konditionen führte.

William Rhodes, führender Citibank-Manager und Vorsitzender des Bankenberatungsausschusses, sagte zu der Zinssenkung, diese spiegle den deutlichen Fortschritt in den brasilianischen Bilanzen mit dem Ausland wider. Das Land konnte 1984 einen Handelsüberschuß von 13,1 Milliarden und 1985 von 12,45 Milliarden Dollar verbuchen und hat seine Devisenreserven auf rund neun Milliarden Dollar wieder aufgefüllt, nachdem 1983 noch mit „negativen" Reserven abgeschlossen worden war.

Die Verzinsung von 1,125 Prozent über Libor entspricht ungefähr den durchschnittlichen Zinsen, die Mexiko auf seine umgeschuldeten Verbindlichkeiten zahlt, sowie dem Aufschlag, der in der vergangenen Woche in dem 21,2-Milliarden-Dollar-Umschuldungspaket Venezuelas vereinbart wurde.

KWU / Kernkraftwerk in China wird nicht gebaut

Peking bestätigt Ablehnung

HH. Bonn

Die Kraftwerk Union (KWU) hat vom chinesischen Vizepremier Li Peng die Bestätigung erhalten, daß der Bau der beiden Kernkraftwerke zu je 1000 Megawatt in der Nähe von Shanghai nicht in den siebten Fünf-Jahres-Plan (1986 bis 1990) aufgenommen wird. Wie die KWU auf Anfrage der WELT weiter erklärte, scheint die chinesische Regierung derzeit offenbar nicht gewillt, Projekte dieser Größenordnung überhaupt noch zu bauen.

Vielmehr wolle sie sich auf ein nationales Programm stützen, also schlüsselfertige Anlagen mit einer *Kapazität von 300 Megawatt* soweit wie möglich aus der Landesproduktion bestreiten und nur im unvermeidbaren Umfang auf Importe zurückgreifen. China baut derzeit seinen ersten Reaktor dieser Größenordnung und will anschließend mit einem 600-MW-Projekt bei Quin Shan die nationale Baureihe fortführen.

KWU-Vorstandsmitglied Hans Frewer hält sich noch bis Ende der Woche in Peking auf, um auszuloten, ob und in welcher Form sich die KWU an diesem nationalen Programm beteiligen kann. Derzeit ist auch nicht bekannt, ob der chinesische Staatsrat an den ehrgeizigen Ausbauplänen festhält, die bis zum Jahr 2000 den Bau von zehn Kernkraftwerken vorsahen.

Die chinesische Regierung hat ihre überraschende Entscheidung gegenüber der KWU-Leitung unter anderem mit Devisenschwierigkeiten und der Sorge vor zu hoher Verschuldung *begründet*. Dies erscheint dem Unternehmen nicht ganz einleuchtend, da intensiv über Kompensationsgeschäfte, vor allem mit Buntmetallen und Uran, verhandelt worden war, so daß der Nettodevisenbedarf deutlich *geringer* ausgefallen wäre.

PHILIPPINEN / Weniger staatliche Interventionen vorgesehen

Wirtschaft zeigt Vertrauen

FRED de LA TROBE, Manila

Der wirtschaftliche Kurs der neuen Regierung in Manila wird offenbar mit Vertrauen aufgenommen. An der Börse in Manila stiegen die Aktienkurse und der Wechselkurs des Peso festigte sich. Allerdings glaubt niemand, daß die Wirtschaftskrise des Landes schnell beseitigt werden kann. Das Bruttosozialprodukt ist 1985 um vier Prozent gesunken. 43 Banken mußten in den letzten Monaten schließen. Die Bauwirtschaft arbeitet nur zu 60 Prozent, die Holz- und Papierwirtschaft nur zu 50 Prozent ihrer Kapazität. Der Bergbau mußte riesige Verluste hinnehmen. Die Zucker- und Kopraproduktion leiden unter niedrigen Weltmarktpreisen. Die Exporte von Halbleitern sanken 1985 um 45 Prozent. Die Erwerbslosenquote *liegt bei 20 Prozent*.

Die Zusammensetzung der neuen Regierung zeigt, daß die Schwerpunkte auf der Ankurbelung der Wirtschaft liegen. Drei Schlüsselministerien sind Geschäftsleuten anvertraut. Der neue Industrie- und Handelsminister José S. Concepcion jr. ist ein erfolgreicher Unternehmer und Bankdirektor. Er bezeichnete seine wirtschaftspolitische Linie als „Volkskapitalismus".

Nach den Erklärungen der zuständigen Minister soll künftig der Privatsektor die führende Rolle bei der Wirtschaftsentwicklung übernehmen. Die staatliche Intervention, die bei Marcos im Vordergrund stand, soll *zurückgeschraubt* werden. Wovon bisher allerdings noch niemand spricht, ist eine überfällige Landreform, welche die Großgrundbesitz-Oligarchien zerschlagen und dem Heer der verarmten Pächter helfen würde. Der neue Landwirtschaftsminister, Ramon V. Mitra, ist selber ein wohlhabender Großgrundbesitzer.

Mitra erklärte jedoch, er werde die Monopole im Zucker-, Kopra- und Getreidehandel auflösen, die Marcos Günstlingen vergeben hatte, die sich vielfach als korrupt und unfähig erwiesen. Auch in der Industrie sollen Machtzusammenballungen und Pfründe zerschlagen werden.

Die Auslandsschulden der Philippinen, die sich auf ungefähr 25 Milliarden Dollar belaufen, will die Regierung Aquino mit seinen Gläubigern neu verhandeln. Mit dem Internationalen Währungsfonds läuft ein Abkommen über einen Stand-by-Kredit von 615 Millionen Dollar, der an Stabilisierungsmaßnahmen bis Mitte Juni gebunden ist.

Neben den lobenden Stimmen für die Regierung ist auch Kritik zu hören. Sie wendet sich vor allem an Minister, die zu der Schicht lang etablierter Politiker gehören und bei denen Interessenkollisionen gesehen werden. Ausgesprochen schlechte Zensuren erhielt der Gouverneur der Zentralbank, José Fernandez. Besondere Probleme bilden die hohen Leihzinsen der Banken, die in den letzten Wochen von etwa 20 Prozent auf 30 *Prozent gestiegen sind*.

NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

Öl aus Schiefer

Offenbach (dpa/VWD) – Marokko und die Kraftwerk Union AG (KWU) wollen gemeinsam die Ölschiefervorkommen von Timahdit in Marok*ko nutzbar machen. Eine entspre*chende, bis Ende 1991 gültige Vereinbarung wurde zwischen der KWU und dem marokkanischen Amt für die Erkundung und Ausbeutung von Erdöllagerstätten (ONAREP) ge*schlossen. Wie das in Mülheim/Ruhr* ansässige Unternehmen mitteilte, soll ein leistungsfähiges Pyrolyseverfahren zur Ölgewinnung entwickelt werden.

Bangemann in Mexiko

Frankfurt (dpa/VWD) – Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann ist zu einem mehrtägigen offiziellen Besuch nach Mexiko gereist. Der FDP-Vorsitzende will während seines Aufenthalts in Mexiko-Stadt bis Donnerstag mit Präsident Miguel de la Madrid, Außenminister Bernardo Sepulveda, Finanzminister Jesus Silva Herzog und anderen Kabinettsmitgliedern über die Lage der Weltwirtschaft, die ökonomische Situation Mexikos und die beiderseitigen Beziehungen sprechen.

Einbußen im Tourismus

Frankfurt *(dpa/VWD) – Das Reise*land Österreich hat im vergangenen Jahr am kräftigen Wachstum des internationalen Tourismus nicht partizipieren können. Es mußte sogar empfindliche Einbußen hinnehmen. *Darauf wies der Österreichische Han*delsdelegierte für die Bundesrepublik in Frankfurt hin. Insgesamt nahm Österreich 1985 mit 6,4 Mrd. DM 3,7 Prozent unter dem Strich weniger ein als im Jahr zuvor. Zwar stiegen die Deviseneinnahmen aus dem Auslandstourismus um 427 Mill. auf 13,2 Mrd. DM. Österreichische Urlauber steigerten aber ihre Auslandsausgaben um 669 Mill. auf 6,8 Mrd. DM.

Bull macht Gewinn

Paris (VWD) – Der größte französische Computerkonzern Bull hat 1985 erstmals wieder seit 1980 mit einem Reingewinn geschlossen: 110,2 *Mill. Franc, nachdem 1984 noch ein* Verlust von 489 Mill. Franc registriert worden war. Der konsolidierte Umsatz stieg um 18,5 Prozent auf 16,1 (13,6) Mrd. Franc.

Finanzierungsplan

Hongkong (VWD) – Die Beratungsgruppe Amex-Asia Ltd. hat den Gläubigern von Wah Kwong Shipping einen Finanzierungsplan vorgelegt, mit *dem der normale Geschäftsbetrieb*, der mit 824 Mill. Dollar verschuldeten Reederei zumindest für die nächsten 90 Tage aufrechterhalten werden könnte. Nach diesem Plan könnten unter anderem die seit zwei Wochen *ausgesetzten Zinszahlungen auf die* Schulden wiederaufgenommen werden. Wesentlicher Bestandteil des Plans ist der Vorschlag, daß die Banken die eingefroreren Abschlagszahlungen von Charterunternehmungen an Wah Kwong *freigeben*.

SCHIESS / Hoher Verlust im Werkzeugmaschinenbau

Lentjes-Gruppe als Sanierer

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Eine Kapitalherabsetzung im Verhältnis 3:1 auf 6 Mill. DM mit anschließender Wiederaufstockung auf *10 Mill. DM zum Kurs von 400 Pro*zent schlägt die Düsseldorfer Schiess AG einer außerordentlichen Hauptversammlung am 21. April vor (WELT vom 3. 3.). Die *jungen* Aktien *sollen* allein von der Düsseldorfer Lentjes-Familiengruppe gezeichnet werden, die außerdem den bisherigen 30-Prozent-Kapitalanteil der Allianz-Versicherungsgruppe zum Symbolpreis von einer Mark übernehmen und als künftiger Mehrheitsaktionär in die unternehmerische Führung bei Schiess rücken soll. Beschließt die HV diese Kapitalmaßnahmen, so werden die Banken die Sanierung mit einem Forderungsverzicht von 12 Mill. DM begleiten.

Auf dieses Konzept zur Rettung des traditionsreichen Werkzeugmaschinenbauers haben sich Aufsichtsrat und Banken geeinigt, nachdem bei Schiess 1985 das dritte Verlustjahr dramatisch wurde. Es sei, so wird von der Verwaltung angedeutet, 1985 ein Betriebsverlust von etwa 25 Mill. DM entstanden, der nur zum kleinen Teil aus Betriebsneutralem ausgeglichen werden konnte und das Eigenkapital (18 Mill. DM Aktienkapital und 7,2 Mill. Rücklagen bei 4,6 Mill. 1984er Verlustvortrag) weitgehend aufzehrte.

Über die Gründe der neuen Misere (bereits bis 1975 steckte Schiess, auch *damals mit Kapitalschnitt, fast ein* Jahrzehnt in der Krise) bleibt man vorerst auf letztjährige Äußerungen aus dem Vorstand angewiesen (Kaufmann Felix Hahn und Techniker Wolfgang Twardziok), in dem es nun gleichfalls Konsequenzen geben wird. Verwiesen wurde damals auf die miserable Ertragsqualität der in den Rezessionsjahren 1982/83 zwecks Beschäftigung gebuchten Aufträge, *die man noch* mitschleppe, so daß im Wiederaufschwung der Branchenkonjunktur erst ab 1986 wieder mit Gewinnen zu rechnen sei.

Den Konjunkturaufschwung spürte auch Schiess schon 1984 mit einem *Auftragsanstieg um 57 Prozent auf* 203 Mill. DM (bei 209 nach 269 Mill. DM Umsatz), der sich 1985 „stark" weiter verbessert habe und die Beschäftigung der seit 1983 strukturbessernd um 500 auf 1300 Leute reduzierten Belegschaft *bis 1987* sichere. *Ab* 1986 erwarte man zudem im traditionell starken Rußland-Geschäft Neuaufträge aus dem neuen Fünfjahresplan. Die unerwartete Höhe des 1985er Betriebsverlustes bleibt bei alledem zunächst unerklärlich.

Die im Maschinen- und Anlagenbau arbeitende Lentjes-Gruppe (4000 Beschäftigte und 700 Mill. DM Umsatz), die finanziell gut gepolstert und ertragsstark *ist*, verspricht sich von dem Schiess-Engagement offensichtlich auch Chancen, mit eigener Auftragsvergabe (bisher an Subunternehmer) beim benachbarten Schiess-Betrieb Kapazitätsprobleme lösen zu können.

MAREDO / Ausweitung auf 50 Restaurants als Fernziel

Wachstumshunger hält an

nl. Stuttgart

Ihren Wachstumshunger noch längst nicht gestillt hat die Maredo Gaststätten GmbH & Co. KG, Sindelfingen. Dieses zu den „Großen Drei" (neben Churrasco und Block) der spezialisierten Steakhaus-Ketten in der Bundesrepublik gehörende Familienunternehmen steigerte seinen Umsatz in vergangenen Jahr um 18 Prozent auf 68 (1984: 57,8) Mill. DM. Für das laufende Jahr erwartet geschäftsführender Gesellschafter Manfred Holl einen Umsatzanstieg um 15 bis 20 Prozent.

Der dreizehnte Restaurantbetrieb des Unternehmens ist im Januar dieses Jahres in Mannheim eröffnet worden. Im übrigen ist Maredo präsent in Berlin, Stuttgart (zweimal), Frankfurt (zweimal), Köln (zweimal), Düsseldorf (zweimal), Bonn, Essen und Dortmund. Für das Jahr 1987 peilt Holl einen Umsatz von 100 Mill. DM in 18 bis 20 Betrieben an. Als Fernziel stellt er sich eine Kette von 50 Betrieben vor.

Nachdem sich Maredo schon bisher mit seinem offenkundig guten Preis-Leistungs-Angebot bei Steak (nur aus ausgesucht argentinischem Steakfleisch) und frischem Salat einen Namen gemacht hat, erweise sich nunmehr auch die Kombination von Fleisch und Krustentieren („Steak und Lobster") im Angebot als ein Volltreffer. Dem gesamten Steak-Markt traut Holl noch beste Chancen zu. Das Volumen des spezialisierten Steakmarktes veranschlagt er auf derzeit rund 500 Mill. DM in der Bundesrepublik, bis in zehn Jahren rechnet er mit einer Ausweitung auf 1 bis 1,2 Mrd. DM.

Um der Expansion einen noch besseren Rückhalt zu geben, hat Maredo mit Hilfe eines Schweizer Bankenkonsortiums („Es ging mir um langfristiges Kapital, das nicht morgen schon kündbar ist") eine 10-Millionen-Franken-Anleihe plaziert (Kurs 6⅛ Prozent), die schon nach wenigen Tagen vergriffen war.

Beim Ertrag habe sich im vergangenen *Jahr der Neuanlauf von drei* Restaurants, der schwankende Dollarkurs sowie die Fleischverteuerungen, die auf Verknappungstendenzen in Argentinien beruhten, bemerkbar gemacht. Der Gewinn nach Steuern wird mit 0,43 (3,81) Mill. DM ausgewiesen. Investiert wurden im vergangenen Jahr unverändert 9 Mill. DM. Die Zahl der Beschäftigten hat sich auf von 550 auf 700 Mitarbeiter erhöht.

BRITISH AIRWAYS / Laker-Verfahren läuft noch

Im Frühsommer Privatbesitz

fu, London

Die staatliche Fluggesellschaft British Airways wird im Frühsommer privatisiert. Dies hat das für Öffentlichkeitsarbeit zuständige Vorstandsmitglied Burnside mitgeteilt. Ursprünglich sollte British Airways schon 1984 in Privatbesitz überführt werden. Doch der Termin mußte wiederholt verschoben werden, weil anhängige Rechtsstreite um Schadenersatzansprüche aus dem Konkurs der britischen Billigfluggesellschaft Laker Airways eine Börseneinführung nicht zuließen.

Zwar hatte sich British Airways im Frühsommer letzten Jahres bereit erklärt, gemeinsam mit neun anderen Airlines (darunter auch die Deutsche Lufthansa) die Schadenersatzklage des Konkursverwalters von Laker *Airways über gut eine Milliarde Dol*lar durch eine außergerichtliche Vergleichs-Zahlung in Höhe von 65 Mill. Dollar abzuwenden und dabei den Löwenanteil selbst zu tragen. Aber immer wieder wurden neue Verfahren gegen die britische Fluggesellschaft vor amerikanischen Gerichten im Zusammenhang mit dem Laker-Zusammenbruch beantragt. Dadurch wurde die Privatisierung hinausgezögert.

Noch immer sind drei anhängig. In dem einen geht es um den Vorwurf ehemaliger Laker-Passagiere, daß sie mit dem Konkurs von Laker Airways um die Möglichkeit billiger Transatlantik-Flugpreise gebracht wurden. In den beiden andere Fällen werden Kompensationszahlungen für die Beschäftigten von Laker Airways und für die Mitarbeiter eines Reisebüros in Los Angeles gefordert; als Ausgleich für ein angeblich entgangenes Geschäftsvolumen.

Doch als einzige Hürde für die Privatisierung wird von British Airways das Verfahren ehemaliger Laker-Passagiere angesehen. Offenbar ist British Airways erneut zu einem außergerichtlichen Vergleich bereit. Die beiden anderen Fälle sollen gerichtlich durchgefochten werden, wobei die Forderungen so niedrig sind, daß sie in keiner Weise ein finanzielles Hindernis für die Privatisierung darstellen.

Burnside zufolge wird die Regierung Thatcher den Termin für die Börseneinführung von British Airways auf Juni oder Juli festlegen. Der Gesellschaft sei es gelungen, die Verschuldung erheblich abzutragen. Sie liege bei nur noch 45 Prozent des Grundkapitals.

ELECTROLUX / Bald Nummer eins bei Haushaltsgeräten

Elefantenhochzeit geplant

meh. Stockholm

Der schwedische Konzern Electrolux avanciert zum weltgrößten Hersteller im Haushaltsgerätebereich: Im Rahmen einer Fünf-Mrd.-Kronen-Transaktion – das sind umgerechnet rund 1,7 Mrd. DM – soll der drittgrößte amerikanische Elektrokonzern White Consol. Industry übernommen werden. Electrolux verdreifacht dadurch sein Verkaufsvolumen auf seinem wichtigsten Auslandsmarkt. White beschäftigt 16 000 Mitarbeiter. An der Stockholmer Börse war Electrolux gestern ausgesetzt.

Die Übernahmeofferte überraschte in der Branche der weißen Ware völlig, weil Electrolux erst im Dezember 1984 die in hartnäckige wirtschaftliche Turbulenzen geratene italienische Zanussi übernommen hatte. *Dieses Engagement hatte sich* für Electrolux 1985 finanziell ziemlich als Klotz am Bein erwiesen.

Bei dem neuen Vorhaben ist das Risiko noch erheblich größer. Denn – um das neue Übernahmeabenteuer in die richtige Dimension zu rücken: Der Übernahmeaufwand für White ist fünfmal so groß wie bei Zanussi. Ohnedies wäre diese Fusion ungewöhnlich groß für schwedische Verhältnisse.

Auch White steht nicht gerade in der Blüte seiner Ertragskraft: 1984 wurde ein Verlust ausgewiesen; im vergangenen Jahr verblieb ein kleiner Gewinn. Jedoch verlaufe der Umstrukturierungsprozeß vielversprechend, heißt es in Branchenkreisen.

Electrolux habe „große Erfahrungen im Zukauf" von Unternehmen, erklärte Vorstandssprecher Anders Scharp. In einer ersten Runde werde der Erwerb über kurzlaufende Anleihen anfinanziert. Die endgültige Finanzierung werde sich vermutlich auf eine Neuemission stützen. Der finanzielle Atem *von Electrolux habe sich* deutlich verbessert. Dies dokumentiere auch die verbesserte Eigenkapitalquote.

Zanussi hatte im September 1985 die Gewinnschwelle erreicht. Für *1985 hatte Electrolux* die Dividende um eine Krone auf 7,50 Kronen erhöht. Der Reingewinn hatte sich um vier Prozent auf 2,6 Mrd. Kronen verbessert, während der Konzernumsatz um 14 Prozent auf 39,5 Mrd. Kronen zulegte. Der Gewinn je Aktie wurde mit 20 (19) Kronen angegeben.

Zu den Geschäftsperspektiven hatte das Management kürzlich gesagt, daß die Nachfrage in allen wichtigen Märkten abnehme.

ERFINDUNGEN / Arbeitnehmer sind sich über ihre Rechte oft nicht im klaren – Schiedsstelle schlichtet Streitfälle

Gewinne in Millionenhöhe sind die Ausnahme

AP, München

Galten die technischen Pioniere der Vergangenheit noch als verwegene Glücksritter, die in Abgeschiedenheit ihren vielfach unverstandenen Ideen nachgingen, so haben die Erfindungen von heute viel von ihrer Abenteuerlichkeit verloren. Mehr als 30 000 Patente werden jährlich in der Bundesrepublik angemeldet, rund 80 Prozent dieser Erfindungen stammen von Arbeitnehmern. Ruhm und Ehre bleiben dem angestellten Erfinder meist versagt, nicht dagegen ein Anspruch am Nutzen seiner patentfähigen Entwicklung.

Welche Rechte und vor allem welche finanziellen Vergütungen dem Arbeitnehmer aus seiner Erfindung zustehen, wird durch das Gesetz über Arbeitnehmererfindungen geregelt. Da jedoch die Festlegung der Vergütungen stets nur von Schätzungen des Erfindungswertes ausgehen kann und die Patentanmeldung über den Arbeitgeber an strenge Formalien gebunden ist, wurde zur Schlichtung von Streitfällen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beim Deutschen Patentamt in München eine Schiedsstelle *eingerichtet. Obwohl* diese Schiedsstelle im vergangenen Jahr die Rekordzahl von 108 Anrufungen verzeichnete, sind die Einrichtung selbst und die gesetzlichen Regelungen vielen Arbeitnehmern noch unbekannt.

Nach den Erfahrungen des Leiters der Münchner Schiedsstelle, Gernot Kaube, nehmen überwiegend Erfinder, die aus einem Betrieb ausgeschieden sind, die Schiedsstelle in Anspruch. Andererseits hätten jene Erfinder, die die Schiedsstelle anriefen, vielfach zu hohe Erwartungen an den Wert ihrer Erfindungen. Gewinne in Millionenhöhe sind nach Worten Kaubes heute die absolute Ausnahme. Lediglich einmal ist ihm in seiner 15jährigen Dienstzeit eine Erfindung untergekommen, die einem Arbeitnehmer aus der chemischen Industrie 24 Millionen Mark einbrachte.

Nach den Erfahrungen des Deutschen *Patentamtes* werden heute nur noch sehr selten völlig neue Vorrichtungen oder Verfahren entwickelt. Die meisten Entwicklungen fallen einer Statistik zufolge unter den Begriff „Diensterfindung", sind also während der Dauer eines Arbeitsverhältnisses entstanden, beruhen maßgeblich auf den Erfahrungen des jeweiligen Betriebes oder kommen aus den allgemeinen Arbeitspflichten des Arbeitnehmers. In diesem Fall hat der Arbeitgeber durch die sogenannte Inanspruchnahme das Recht, die Erfindung auf sich überzuleiten.

Rechtlich steht dem Erfinder eine angemessene Vergütung zu. „An diesem Punkt setzt meistens unsere Arbeit ein", erläutert Schiedsstellenvorsitzender Gernot Kaube. „Die Höhe der Vergütung hängt ganz entscheidend von der wirtschaftlichen Verwertbarkeit der Erfindung ab, von den Aufgaben und der Stellung des Arbeitnehmers im Betrieb und vom Anteil des Betriebs am Zustandekommen der Erfindung. Diese Faktoren sind nun einmal weitgehend Ermessenssache."

Bei der Berechnung einer Diensterfindung werde meist die *Lizenzgebühr* eines freien Erfinders zugrunde gelegt. Dieser erhalte nach einer Faustregel etwa ein Drittel bis ein Achtel des Gewinns aus seiner Erfindung. Dem Diensterfinder stehe von diesem Lizenzsatz in der Regel wiederum etwa ein Zehntel bis ein Viertel zu. Die größte Schwierigkeit besteht nach Ansicht von Kaube darin, eine angemessene Bezugsgröße zur Erfindung zu ermitteln: „Der Nutzen muß immer auch ein wenig über den Daumen gepeilt werden."

SACILOR / Die Umstrukturierung macht Fortschritte

Sollac-Position verstärkt

J. SCH. Paris

Die Umstrukturierung des französischen Stahlkonzerns Sacilor macht weitere Fortschritte. Nachdem er die zusammen mit dem ebenfalls ver*staatlichten* Konkurrenzkonzern Usinor für die Bereiche Langprodukte und Bauspezialstahl gegründeten Gesellschaften Unimetal und Ascometal übernommen hat, werden die von ihm vor acht Monaten der neuen Unterholding *Solmetal* übertragenen Flachprodukteninteressen der Sollac unterstellt. Diese betreibt in Lothringen bedeutende Walzwerke und ist zusammen mit Usinor zu je 50 Prozent an der Hüttenwerksgesellschaft Solmer (Fos-Sur-Mer) beteiligt.

Anlaß für diese zunächst noch konzerninterne Reorganisation ist der Rücktritt des Solmetal-Präsidenten Claude Ink, den ihm Sacilor-Präsident Claude Dollé abverlangt hatte. Ink gilt als Vertreter einer Expansionspolitik um jeden Preis, die sich immer weniger mit dem marktwirtschaftlichen Konzept Dollés vertrug. Zu seinem Nachfolger wurde Edmond Pachura ernannt, der seit 1985 Präsident der Sollac ist.

Während die Solmetal künftig nur noch als reine Finanzgesellschaft tätig sein soll, wirkt die Sollac für den gesamten Flachproduktenbereich des Konzerns als zentrale Industrie- und Verwaltungsgesellschaft. „Dies bedeutet eine wesentliche Verstärkung unserer Position," erklärt die Sollac-Verwaltung auf Anfrage der WELT. Inoffiziell heißt es, daß dies bei einer eventuellen Beteiligung der Sacilor-Tochter Dillingerhütte an Arbed Saarstahl von Nutzen sein könnte.

An der Sollac, die im letzten Jahr noch Verluste von etwa 300 Mill. Franc verbucht hatte, ist Sacilor direkt mit 64 Prozent und über die Dil*lingerhütte indirekt zu 26 Prozent* beteiligt.

WEITERBILDUNG / Probleme in Kleinbetrieben

Der Chef fürchtet Mitarbeiter, die klüger sind als er selbst

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Ist berufliche Fort- und Weiterbildung nur für Großunternehmen ein Thema? Keine Frage, daß in der betrieblichen Realität von Weiterbildungsangeboten *und -maßnahmen* bislang lediglich die Mitarbeiter von Großfirmen profitieren. Demgegenüber kommen die Beschäftigten in Klein- und Mittelbetrieben auf diesem Felde weitgehend zu kurz.

Vor allem das Handwerk tut sich schwer mit der Anpassung an den technischen Fortschritt. Symptomatisch für diese Situation war, daß auf dem dieser Tage in Stuttgart veranstalteten Kongreß für Beruf und Weiterbildung in dem Gesprächskreis, der sich mit der Weiterbildung für Klein- und Mittelbetriebe befaßte, kein Teilnehmer aus einem Handwerksbetrieb auszumachen war. Ver*bandsfunktionäre und in erster Linie* die Vertreter von Bildungswerken blieben weitgehend unter sich und versuchten als indirekt Betroffene sozusagen von höherer Warte aus den Problemen auf den Grund zu gehen.

Rolf Kurz, geschäftsführender Gesellschafter der Küchenmaschinenfabrik Jupiter GmbH & Co., Schorndorf, eines mittelständischen Industriebetriebs mit 160 Beschäftigten, beleuchtete recht anschaulich Chancen und Hemmnisse in Fragen der Weiterbildung aus der Sicht eines Industriellen: Seiner Einschätzung nach falle es Firmenchefs vergleichsweise leicht, sich selbst zu schulen.

Gegenüber entsprechenden Wünschen von Mitarbeitern sei man jedoch vielfach wesentlich zugeknöpfter. Da schwinge seiner Meinung *nach mit, daß der Chef es vermeiden* wolle, vielleicht auf diese Art sich Mitarbeiter „heranzuzüchten", die dann klüger als er selbst seien. Sehr häufig sei zu hören, warum überhaupt Weiterbildung, es gehe dem *Unternehmen doch sehr gut.*

Ein Handicap für einen Kleinunternehmer sei nicht zuletzt das Faktum, daß in einem Kleinbetrieb das Abstel*len eines Mitarbeiters zu einem Lehr*gang ein relativ großes Loch in den Betriebsablauf reiße, denn es stehe in der Regel kein Ersatzmann für ihn bereit. Da sei dann die Schlußfolgerung nicht mehr fern, daß eine solche Maßnahme ohnehin zu teuer sei.

Aber auch bei den Mitarbeitern gibt es Hemmschwellen: Weit verbreitet ist – so Kurz – die Einstellung, mit der Lehre habe man sein Lehrpensum erfüllt. Nicht zu unterschätzen ist auch die psychologische Seite, nämlich die heimliche Befürchtung von Lehrgangsaspiranten, sie könnten sich vielleicht blamieren. Oder es keimt die Sorge auf, eventuell *auf diese Weise abgeschoben zu werden.*

Nach Kurz' Meinung überwögen jedoch bei einem Fortbildungslehrgang bei weitem die positiven Aspekte: Der Chef erhalte mündigere Mitarbeiter für Führungs- und Leitungsfunktionen. Es werde Verständnis für die Unternehmensziele geweckt. Der Chef werde entlastet und könne leichter delegieren.

In der Diskussion schälte sich die Einsicht heraus, daß die Fortbildungsprogramme („Es wird oft über die Köpfe hinweggeredet") in sich ansprechend sein müßten. Ein denkbarer Weg sei, daß sich mittelständische Betriebe zu einem Weiterbildungsverbund zusammenschlössen.

Gewarnt wurde vor Bestrebungen, im Bereich der Weiterbildung auf *transponierbare Zertifikate zu drängen.* Die Formalisierung sollte nicht weiter gehen, als daß Bescheinigungen über Lehrinhalte ausgestellt würden.

KARRIERE / Der Praktiker ohne Hochschulabschluß wird in den führenden Marketing-Positionen immer seltener

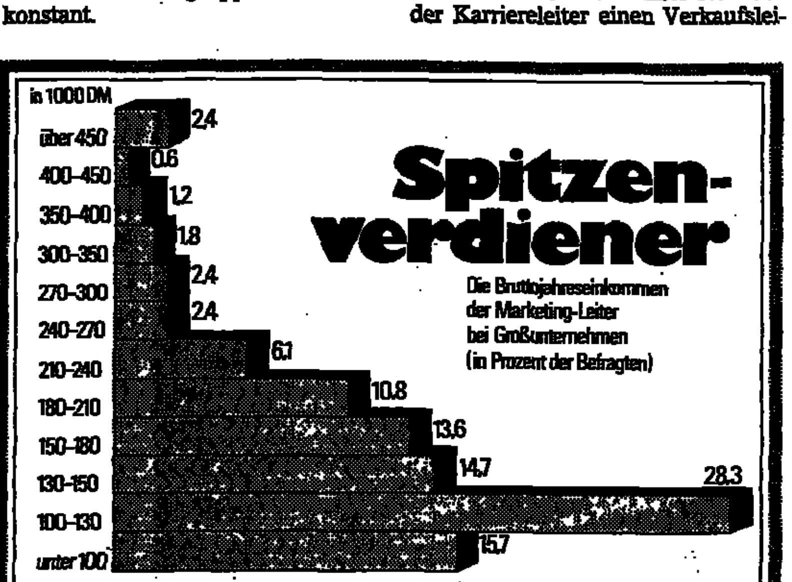
Kreativität allein ist noch keine Garantie, um im Marketing bis ganz an die Spitze zu kommen

HEINZ STÜWE, Bonn

Der frischgebackene Diplom-Kaufmann, der voller Optimismus und Tatendrang seine erste Stelle als Marke*tingassistent antritt, mag sich fragen,* ob er es jemals so weit wie sein Chef, also zum Marketing-Leiter, bringen wird. In ähnlicher Weise stellt sich für viele Studenten der Wirtschaftswissenschaften die Frage, ob sie eine Karriere im Marketing ansteuern sollen. Was muß der Führungsnachwuchs mitbringen, um im Marketing erfolgreich zu sein?

Die international tätige amerikanische Unternehmensberatung Heidrick and Struggles hat in Zusammenarbeit mit Professor Richard Köhler von der Universität Köln die Marketing-Chefs von Großunternehmen befragt. Die Auswertung der *Antworten* von 177 Befragungsteilnehmern in der Studie „Der Marketing-Leiter in Deutschland 1985" nennt Erfolgsfaktoren und persönliche Voraussetzungen: Ein betriebswirtschaftliches Hochschulstudium mit Schwerpunkt Marketing, möglichst mit Diplom in Köln oder Münster, fließendes Englisch und gute Französischkenntnisse, neben Fachkenntnissen Denken in Zusammenhängen, Durchsetzungsvermögen, Kontaktfähigkeit, Kreativität, die Fähigkeit, Menschen zu führen und nicht zuletzt die Bereitschaft, auf den Acht-Stunden-Tag zu verzichten und mehrfach im Berufsleben den Wohn*ort zu wechseln.*

Die führenden Marketing-Positionen sind eine Domäne der Wirtschaftswissenschaftler. Nur 30 Pro*zent der Marketing-Leiter* haben einen anderen fachlichen Hintergrund (Ingenieurwissenschaften, Jura, Soziologie). Der Praktiker ohne akademische Ausbildung – heute noch 19 Prozent der Stelleninhaber – wird immer seltener. Unter den 30- bis 40jährigen Marketing-Leitern sind nur noch zwölf Prozent, die keinen Fachhochschul- oder Universitätsabschluß haben. Der Anteil der Promovierten ist dagegen mit rund 14 Prozent in allen Altersgruppen auffallend konstant.



Durchschnittlich 170 000 DM im Jahr verdienen die Marketing-Leiter in großen Unternehmen. Knapp die Hälfte liegt in der Gehaltsklasse zwischen 100 000 und 150 000 DM. QUELLE: HEIDRICK AND STRUGGLES

Im beruflichen Werdegang gibt es deutliche Unterschiede nach Branchen. Im Investitionsgütersektor geschieht der Einstieg ins Marketing häufiger über den Verkauf als im Konsumgüterbereich.

In der Investitionsgüterindustrie kommt es besonders oft vor, daß Marketing und Verkauf unter der Verantwortung eines Marketing- und Vertriebsdirektors zusammengefaßt sind. Die häufigste Einstiegsposition ist hier der Vertriebsbeauftragte oder Verkaufsingenieur, ein Viertel hat als Marketingassistent begonnen. Ein gutes Drittel der heutigen Marketing-Chefs in der Investitionsgüterindustrie hatten als nächste Stufe auf der Karriereleiter einen Verkaufsleiter-Posten. Zehn Prozent wurden schon Abteilungsleiter Marketing. Im Normalfall konnten die Befragten sich erst nach ihrer zweiten Beförderung Marketing-Leiter nennen.

Im Konsumgütersektor dagegen führt der normale Weg zur Marketing-Spitze über die Stelle des Produkt-Managers. Die häufigste Einstiegsposition ist zwar der Marketing- oder Vertriebsassistent, ein Viertel der Befragten hat aber gleich als Junior-Produkt-Manager begonnen. In ihrer zweiten Position war schon knapp die Hälfte Produkt-Manager. Bevor sie zum Marketing-Leiter befördert wurden, war für viele erst noch der Produktgruppen-Manager eine Zwischenstation.

Zur Karriere im Marketing gehört ein Wechsel des Unternehmens. Über die Hälfte der Marketing-Leiter haben sich mindestens zweimal verändert. Nur jeder vierte arbeitet in seinem derzeitigen Unternehmen länger als 15 Jahre. Der typische Marketing-Leiter ist zwischen 40 und 49 Jahre alt, 23 Jahre berufstätig, hat zweimal die Firma gewechselt und arbeitet seit elf Jahren im jetzigen Unternehmen, mußte innerhalb Deutschlands zwei- bis dreimal seinen Wohnort wechseln, fährt einen Dienstwagen, arbeitet 55 Stunden in der Woche – und verdient 170 000 DM im Jahr.

Bei der Höhe des Gehalts ist zu berücksichtigen, daß in die Umfrage vornehmlich größere Unternehmen einbezogen waren. 38 Prozent kamen auf einen Jahresumsatz von einer Mrd. DM und mehr. Die Ergebnisse zeigen, daß mit wachsender Unternehmensgröße die Gehälter deutlich höher liegen. In der Vorstands- und Geschäftsleitungsebene, der jeder vierte Marketing-Leiter angehört, stuften sich 40 Prozent der Befragten zwischen 130 000 und 210 000 DM *Jahresgehalt ein, ein Drittel verdient* zwischen 210 000 und 350 000 DM. In der zweiten Führungsebene (Hauptabteilungsleitung), in der fast zwei Drittel der Marketing-Leiter angesiedelt sind, ist die Gehaltsklasse unter 130 000 DM am stärksten besetzt. Als Abteilungsleiter überschreiten nur 20 Prozent diese Marke.

URTEILE

Leitende Angestellte

Wer eindeutig unternehmerische Aufgaben wahrnimmt, ist leitender Angestellter. Er darf bei Betriebsratswahlen weder wählen noch gewählt werden. In der Entscheidung *6 ABR* 51/81 vom 23. 1. 1986 hat der Sechste Senat des Bundesarbeitsgerichts die bereits vor sechs Jahren vom Ersten Senat aufgestellten Grundsätze bestätigt. Die Höhe des Einkommens, ein akademischer Titel, Verantwortung für sehr viele Betriebsangehö*rige allein machen aus einem* Angestellten noch nicht automatisch einen leitenden Angestellten. Seine Funktion muß schon so wichtig sein, daß er für den Bestand und die Entwicklung des Unternehmens entscheidende Einwirkungsmöglichkeiten hat. Wer „verbindliche Entscheidungen auf personellem und sozialem Gebiet trifft, die eine Beteiligung des Betriebsrats erforderlich machen", der ist leitender Angestellter.

Krankenversicherung

Das Bundessozialgericht in Kassel hat entschieden, daß Familienangehörige von Landwirten, die wegen nur geringfügiger Mitarbeit in der Landwirtschaft nicht der Versicherungspflicht in der landwirtschaftlichen Krankenkasse unterliegen, auch *nicht von der Ortskrankenkasse zur* Beitragszahlung herangezogen werden können. (Az.: 11 RK 1/85.)

Nachbarschaftshilfe

Wer für Freunde, Nachbarn oder Kollegen eine Reparatur oder Wartung an dem Fahrzeug eines privaten *Autobesitzers vornimmt und dabei* verunglückt, kann nach der Entscheidung 2 RU 37/84 vom 27. 11. 1985 des Bundessozialgerichts gegenüber der zuständigen Berufsgenossenschaft Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung geltend machen. In einem derartigen Fall handelt es sich um einen Arbeitsunfall.

BILANZBUCHHALTER / Eine Analyse der Gehälter

Die Industrie zahlt am besten

Stü. Bonn

Bilanzbuchhalter werden in der Industrie am besten bezahlt. Sie kommen hier auf ein durchschnittliches Jahresbruttoeinkommen von 70 000 DM. *Schlechter ist die Vergütung* dagegen bei Banken und Versicherungen sowie in Handwerksbetrieben. Zu diesem Ergebnis kommt eine Gehaltsanalyse des Bundesverbandes der Bilanzbuchhalter, der eine Umfrage unter den Verbandsmitgliedern zugrunde liegt.

Das Durchschnittseinkommen liegt danach bei 64 000 DM im Jahr. Drei von vier der männlichen Berufsangehörigen verdienten 1985 mehr als 50 000 DM, 1983 waren es erst zwei Drittel. Von ihren Kolleginnen liegt nur jede zweite über dieser Grenze.

Nach Angaben des Verbandes, der 1500 Mitglieder zählt, gibt es in der Bundesrepublik rund 30 000 Personen, die bei einer Industrie- und Handelskammer oder einer anderen anerkannten Institution die Prüfung zum Bilanzbuchhalter bestanden haben.

Keine typische Ausbildung

Ein typischer Ausbildungsweg läßt sich aus der Untersuchung nicht herauslesen. Knapp ein Drittel haben die mittlere Reife, fast genauso viele Hauptschulabschluß. Der Anteil der Abiturienten ist mit acht Prozent noch relativ gering, er steigt jedoch deutlich an. Der vorherrschende Ausbildungsberuf ist der des Industriekaufmanns (über 40 Prozent), gefolgt vom Groß- oder Einzelhandelskaufmann. *Die Zahl der Buchhalter mit* einer Ausbildung als Gehilfe im steuerberatenden Beruf hat von 16 auf 19 Prozent zugenommen. In den steuer*beratenden Berufen werden die* Buchhalter nach Ansicht des Verbandes allerdings mit einem Jahreseinkommen von 47 000 DM wegen der fehlenden Tarifbindung „deutlich unterbezahlt".

Nur wenige Sachbearbeiter

In der besser zahlenden Industrie sind knapp 40 Prozent der Buchhalter beschäftigt. Etwa halb so groß ist ihre Gruppe im Handel, während im Handwerk sowie bei Banken und Versicherungen nur sehr wenige Berufsangehörige arbeiten.

Positiv wertet der Verband, daß seine Mitglieder verstärkt in Leitungsebenen aufgerückt sind. Dies gilt auch für die weiblichen Buchhalter. Sie üben aber häufiger als ihre männlichen Kollegen eine Sachbearbeitertätigkeit aus.

37 Prozent der Befragten sind Abteilungsleiter, 22 Prozent Hauptabteilungsleiter, und zwei Prozent finden sich in der obersten Führungsebene als Vorstand oder Geschäftsführer. Die Sachbearbeiter verdienen im Durchschnitt 48 000 DM, die Gruppenleiter 58 000 DM, die Abteilungsleiter 68 000 DM und die Hauptabteilungsleiter 75 000 DM. Damit fallen 20 Prozent der Buchhalter in die Gehaltsklasse 75 000 DM und höher.

ARBEITSMARKT

Gute Chancen für Abiturienten

DW. Münster

Abiturienten haben in der Wirtschaft gute Ausbildungschancen in allen Wirtschaftsbereichen, wobei sie in Zukunft auch verstärkt gewerblich-technische Ausbildungsgänge in ihre Überlegungen einbeziehen müssen. Sie werden jedoch nicht die Absolventen von Haupt- und Realschulen aus der Ausbildung verdrängen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung der Industrie- und Handelskammer Münster (IHK) zu den Bildungs- und Beschäftigungschancen.

Erhebliche Schwierigkeiten zeichnen sich für die wachsende Zahl der Hochschulabsolventen ab. Ihr Anteil in Wirtschaftsunternehmen wird sich zwar fast verdoppeln, aber dennoch relativ schmal bleiben. Etwas breitere Einsatzmöglichkeiten haben die Absolventen der Fachhochschulen. Aber auch sie bleiben weit hinter dem Anteil der betrieblich ausgebildeten und weiterqualifizierten Beschäftigten zurück.

Nach der Untersuchung der IHK Münster müssen die arbeitslosen Lehrer mit besonderen Problemen rechnen. Ohne praxisnahe zusätzliche Qualifikationsmaßnahmen haben sie kaum Chancen, Beschäftigungsmöglichkeiten in der Wirtschaft zu finden. Aber auch nach speziellen Aus- und Umschulungsmaßnahmen bleiben ihre Einsatzmöglichkeiten begrenzt.

UNTERNEHMENSPOLITIK / Umfrage unter Managern in Europa, Japan und USA

„Innovatoren brauchen Anerkennung"

JOACHIM WEBER, Wiesbaden

Die industrielle Welt steht vor einer neuen Innovationsphase, die nach der Stagnation der letzten Jahre wieder Wachstumspotentiale eröffnet. So etwa lautet das Fazit einer Führungskräfteumfrage, die das Beratungsunternehmen Arthur D. Little International in den USA, in Japan und Europa durchgeführt hat.

Einig waren sich die Manager aller Nationen vor allem in einem Punkt: Die Innovationen werden für die Unternehmen in den nächsten Jahren eine größere oder gar viel größere Rolle spielen als bisher.

Europas *Manager* nehmen *die Herausforderung* noch am ehesten auf die leichte Schulter. Nur 25 Prozent von ihnen räumen der Innovation künftig eine „*viel größere*" *Bedeutung* ein – die amerikanischen Kollegen kommen immerhin auf 41, die Japaner sogar auf 67 Prozent.

Große Ertragshoffnungen

Diese unterschiedliche Bewertung will allerdings nicht so recht mit dem Bild der Ertragshoffnungen übereinstimmen, die die Manager mit dem Stichwort der Innovation verbinden. *Auch hier stehen* die Japaner an der Spitze: 87 Prozent von ihnen erwarten, daß Neuentwicklungen schon in den nächsten fünf Jahren wesentliche Beiträge zur Ertragsentwicklung leisten werden. Die gleiche Hoffnung hegen 71 Prozent der Europäer, aber nur 51 Prozent der Amerikaner.

Der neue Stellenwert der Innovation wird sich über kurz oder lang auch im Organisationsgefüge niederschlagen müssen, in neuen Prioritäten und Führungsmechanismen, meinen die Little-Marktforscher. Drei Zielrichtungen sind ihrer Einschätzung nach besonders ins Visier zu nehmen:

- Die Unternehmensführer müssen das Innovationsmanagement selbst stärker in die Hand nehmen.
- Die Unternehmen müssen ihren Werkzeugkasten anreichern, ein breiteres Spektrum von Umsetzungsmechanismen für Innovationen beherrschen lernen.
- Sie müssen auch – und hier zeigt die Praxis vor allem bei Großunternehmen häufig Defizite – mit ihren Innovatoren umzugehen lernen. Diese „seltene und daher wertvolle Spezies" müsse anerkannt, unterstützt und motiviert werden, auch wenn sie unbequem seien, meinen die Little-Experten.

Ihre Definition dieser Spezies: Sie „sind vom Drang besessen, ihre Ideen zu verwirklichen, sie sind aufgabenorientiert und halten sich nicht gerne an organisatorische Regeln". Sie benötigten darum Autonomie, Anerkennung und persönliche Unterstützung. Die Reaktionen auf das Fehlen solcher Hilfen von oben sind im übrigen überaus unterschiedlich: Der Amerikaner verläßt sein Unternehmen, gründet ein eigenes oder geht zur Konkurrenz. Der Europäer und vor allem der Deutsche geht in die innere Emigration, wird zum Pessimisten und zum zusätzlichen Innovationswiderstand für andere.

Das Bewußtsein für das generelle Problem des Innovationsmanagements scheint bei den Führungskräften durchaus schon entwickelt. 75 Prozent der Europäer, 73 Prozent der Amerikaner und 67 Prozent der Japaner stimmten der These zu, daß Innovation zwar durch gezieltes Management herbeigeführt werden könne, je*doch besondere Management-Fertigkeiten erfordere.*

Zahlreiche Barrieren

Entsprechend teilten auch jeweils 72 Prozent der Europäer und Amerikaner sowie 87 Prozent der Japaner die Erwartung, daß ihr persönlicher Zeitaufwand für die Innovationsbewältigung künftig steigen wird. Die hohe Quote der Japaner ist um so bemerkenswerter, als sie bereits heute ein *Drittel ihrer Arbeitszeit darauf* verwenden und damit vor den Europäern (26 Prozent) und den Amerikanern (24 Prozent) liegen.

Auch die Gegenprobe geht nahezu auf. 55 Prozent der Japaner, 79 Prozent der Europäer und 81 Prozent der Amerikaner halten es für eine wesentliche Innovationsbarriere, daß sich das Management überwiegend mit den bestehenden Aktivitäten und kurzfristigen Problemen auseinandersetzt. Freilich: der Weg von der Einsicht zur praktischen Umsetzung ist auch hier weit.

Renten abwartend

Die Zinssenkung am Rentenmarkt hat sich zu Beginn des neuen Monats nicht weiter fortgesetzt. Es überwogen die Abschläge, die bei den öffentlichen Anleihen bis zu 0,25 Prozent gingen. Die abwartende Haltung wird mit der Tendenz am New Yorker Bondsmarkt begründet, die am Wochenschluß durch Gewinnmitnahmen nach unten zeigte. In Kreisen der Rentenhändler ist man unsicher geworden, ob es schon demnächst in der Bundesrepublik zu einer Diskontsenkung kommen wird. Am Pfandbriefmarkt hielten sich die Veränderungen in engen Grenzen.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder - Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

SB-WARENHÄUSER / Zahl der Neueröffnungen um mehr als die Hälfte gesunken

Die Flächenexpansion hält weiter an

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die Zahl der Selbstbedienungs-(SB-)Center und SB-Warenhäuser hat sich in der Bundesrepublik 1985 weiter erhöht, wenn auch das Neueröffnungstempo deutlich geringer war als in den Jahren zuvor. Einer Untersuchung des Instituts für Selbstbedienung (ISB) zufolge stieg deren Zahl um 62 auf 2433. In früheren Jahren lag die Zahl der Neueröffnungen bei 150. Die gesamte Verkaufsfläche erhöhte sich um 2,6 Prozent auf fast 7,7 Mill. Quadratmeter. Gestoppt wurde der Trend zu abnehmender Verkaufsfläche je Objekt. Sie betrug wie im Jahr zuvor 3180 qm.

An der Gesamtzahl der SB-Center und SB-Warenhäuser waren die Einkaufsgenossenschaften als Eigentümer oder Betreiber mit 722 (1,7 Mill. qm) am stärksten beteiligt, freiwillige Ketten stellen 634 (mit knapp 1,9 Mill. qm Verkaufsfläche) mit weitem Abstand vor co op (399 und knapp eine Mill. qm Fläche) sowie Filialbetrieben (330 Einheiten und reichlich 800 000 qm) und SB-Warenhausunternehmen mit ebenfalls fast 300 über zwei Mill. qm Verkaufsfläche. Hier ist deutlich zu erkenen, daß diese SB-Warenhäuser mit durchschnittlichen Flächen von 7000 qm im Wettbewerb herausragen.

Vom Flächenwachstum 1985 profitieren mit Ausnahme der Warenhausunternehmen und des kleinen Kreises der Nichtorganisierten alle Unternehmensgruppen. Die Gruppe der SB-Center (nach ISB-Definition Einheiten mit 1500 bis 4000 qm Verkaufsfläche) machen zur Zeit 40 Prozent aller Objekte, aber nur 28,5 Prozent der Gesamtfläche aus. Die SB-Warenhäuser (ab 4000 qm) stellen 28 Prozent der Märkte, jedoch 60 Prozent der Gesamtfläche. Allein die ganz Großen ab 10 000 qm tragen mit fast 25 Prozent zur Fläche bei, obwohl sie nur 5,5 Prozent der Objekte stellen.

Für die Größtobjekte hebt das ISB hervor, daß rund ein Viertel der Verkaufsfläche mit Lebensmitteln belegt ist, auf den übrigen Dreivierteln werden Nichtlebensmittel aller Art (Non-food) angeboten. Allerdings verändert sich mit abnehmender Größe der Objekte diese Relation kontinuierlich zugunsten der Lebensmittel.

Bei den Objekten unter 1500 qm (die wegen der deutlichen Unterscheidung von normalen Supermärkten mit bei der Gesamtzahl berücksichtigt *sind, obwohl sie nach eigener* ISB-Definition eigentlich nicht in die Statistik gehören) entfallen schließlich 80 Prozent der Fläche auf Lebensmittel. Die SB-Center (1500 bis 4000 qm) weisen den ausgewogensten Anteil zwischen Lebensmittel- und Non-food-Artikeln aus.

Mit wachsender Verkaufsfläche ist 1985 auch die Zahl der angebotenen Artikel gewachsen. Sie schwankt zwischen durchschnittlich 9900 in den kleineren Objekten, bis zu 46 800 bei den flächenstärksten Häusern. Dabei reicht über alle Größenklassen die Zahl der Lebensmittelartikel von 5100 bis 12 000, die Zahl der Konsumgüter von 4800 bis 36 200.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß tendenziell größere Objekte eine geringere Zahl an Artikeln anbieten. Hier werden also die Artikel breiter präsentiert. Im SB-Center- und SB-Warenhausbereich dürften etwa 145 000 Menschen beschäftigt sein, davon 63 000 Teilzeitkräfte.

WACKER-CHEMIE / *Auslandsgeschäft uneinheitlich*

„Erfreuliches Jahr 1985“

DANKWARD SEITZ, **München**

Zuversichtlich beurteilt der Wakker-Chemie-Konzern, München, seine Aussichten für das Geschäftsjahr 1986. Angesichts der anhaltend günstigen allgemeinen Wirtschaftsentwicklung könnten, so der Vorstand, auch die eigenen Umsatz- und Ertragserwartungen positiv eingeschätzt werden. Bereits 1985 konnte dieses größte bayerische Chemieunternehmen an der guten Branchenkonjunktur mit einem „entsprechend zufriedenstellenden Geschäft“ partizipieren. Berücksichtige man das 1984 erreichte hohe Niveau, so seien die erzielten Zuwachsraten „durchaus erfreulich“, auch wenn sie jetzt „deutlich geringer ausgefallen“ seien.

Der Umsatz des Konzerns (ohne *ausländische Tochtergesellschaften*) stieg 1985, wie es in einem ersten Überblick heißt, um 4 (21) Prozent auf rund 2,6 Mrd. DM. Weltweit dürften voraussichtlich 2,8 (2,78) Mrd. DM erzielt worden sein. Bestimmt wurde das Wachstum gleichermaßen vom Inlandsgeschäft wie vom Export, der vom hohen Dollar-Kurs günstig beeinflußt wurde. Die Konzern-Exportquote betrug unverändert 57 Prozent.

Der Umsatz der Wacker-Chemie GmbH, deren Anteil am Konzernumsatz 72 Prozent beträgt, stieg um knapp 3 (16) Prozent auf 1,9 Mrd. DM. Der Absatzzuwachs sei allerdings etwas geringer ausgefallen. Die Ertragslage wird als „zufriedenstellend“ bezeichnet. Der hohe Vorjahreswert (105,7 Mill. DM) sei aber aufgrund von Umsatzrückgängen im Sommer und zu Jahresbeginn sowie Kostensteigerungen nicht erreicht worden. Die Zahl der Beschäftigten im Konzern stieg auf 10 914 (10 300) Mitarbeiter.

Das Geschehen in den einzelnen Sparten der Muttergesellschaft, so der Vorstand, sei dabei sehr unterschiedlich verlaufen. „Sehr erfreulich“ hätten alle Betriebe des Bereichs Vinylacetat-Folgeprodukte unter hoher Auslastung produzieren und den Vorjahresumsatz übertreffen können. Und auch die Silicon-Sparte habe trotz weltweiter Nachfrageschwäche noch besser abgeschnitten. Dagegen blieb der Hauptumsatzträger PVC „knapp hinter dem Vorjahr zurück“.

Uneinheitlich verlief auch das Auslandsgeschäft. Während die europäischen Vertriebsgesellschaften teilweise „*erhebliche*“ Umsatzsteigerungen gegenüber 1984 erzielten, habe man in den USA partiell „gravierende“ Rückgänge hinnehmen müssen. Insbesondere gilt dies für die Wakker-Siltronic Corp., die von der Schwäche des Halbleitermarktes voll getroffen worden sei.

Nürnberger hält die Dividenden

Py. Nürnberg

Die Nürnberger Lebensversicherung AG und die Nürnberger Allgemeine Versicherungs-AG, Nürnberg, werden aufgrund des zufriedenstellenden Ergebnisses für 1985 neben der Verstärkung der freien Rücklagen die *Dividendensätze* von jeweils 14 Prozent halten. Wie aus einem Aktionärsbrief hervorgeht, soll der HV am 23. Juli die Erhöhung des Aktienkapitals der Nürnberger Leben von 8 auf 12 Mill. DM aus Gesellschaftsmitteln vorgeschlagen werden. Die jungen *Aktien sollen ab 1. 1. 1986* dividendenberechtigt sein.

Die Lebensversicherung steigerte 1985 ihr eingelöstes Neugeschäft um 6,9 (Branchendurchschnitt 3,6) Prozent auf 3,5 Mrd. DM. Der Bestand erreichte 23,6 Mrd. DM (plus 8,1 Prozent). Die *Prämieneinnahmen* wuchsen auf 897 Mill. DM (plus 6,9 Prozent). Aus dem (hochgerechneten) Überschuß von 256 (235) Mill. DM werden 249 (228) Mill. DM der Gewinnreserve der Versicherten gutgeschrieben.

Die Kompositversicherung steigerte 1985 ihre Beiträge um 10,8 Prozent auf 683 Mill. DM. Der Schadenverlauf hat sich verbessert. Der technische Gewinn soll „zufriedenstellend“ ausfallen. Aus dem allgemeinen Geschäft werden rund 24 Mill. DM Überschuß erwartet.

BANKHAUS LÖBBECKE / Eigenkapital aufgestockt

Planziele wurden übertroffen

ews. **Berlin**

Mit weit überdurchschnittlichen Steigerungsraten erfüllte das zweite Geschäftsjahr nach der Reprivatisierung des Privatbankhauses Löbbekke & Co, Braunschweig und Berlin, die Erwartungen voll. Der persönlich *haftende geschäftsführende* Gesellschafter Günter Follmer relativierte die hohen Zuwachsraten beim Geschäftsvolumen um 107,7 Prozent auf 439,6 Mill. DM und bei der Bilanzsumme um 119,7 Prozent auf 416 Mill. DM mit dem Hinweis auf die recht niedrige Basis, auf der vor zwei Jahren nach Übernahme der Geschäftsanteile von der Norddeutschen Landesbank begonnen worden sei.

Bisher sei das Geschäftsvolumen über die Planziele hinaus ausgebaut worden, doch für 1986 und 1987 erwartet Follmer eine Konsolidierungsphase mit geringeren Zuwachsraten. Die Bilanzsumme soll in diesem Ge*schäftsjahr 600 Mill. DM erreichen.* Beim Kreditgeschäft will das Privatbankhaus 1986 um 40 Prozent zulegen, im letzten Jahr wurde das Kundenkreditvolumen mit einer Steigerung von 96,7 Prozent auf 237,4 Mill. DM fast verdoppelt, das Gesamtkreditvolumen stieg um 84,3 Prozent auf 264,1 Mill. DM. Die Kundeneinlagen, die 80 Prozent der Bilanzsumme erreichen, stiegen um 122,4 Prozent auf *331,9 Mill. DM.*

„Wiederum gut“ nannte Follmer die Ertragslage mit einem Reingewinn von 24,7 Prozent auf das durchschnittliche Gesellschaftskapital von 10,4 Mill. DM. Im letzten Quartal 1985 war das Eigenkapital auf 13,4 Mill. DM erhöht worden, das haftende Kapital wurde durch Dotierung der freien Rücklagen mit 5 Mill. DM auf 18,5 Mill. DM gesteigert. Im laufenden Geschäftsjahr ist eine weitere Erhöhung geplant.

Herlitz kürzt die Ausschüttung

ews. Berlin

Eine „deutliche Senkung“ der Dividende – für 1984 waren 7 DM für die Stammaktien und 7,80 DM für die stimmrechtslosen Vorzugsaktien gezahlt worden – kündigt der Vorstand der Berliner Herlitz AG, Hersteller von Lernmitteln sowie Büro- und Schulbedarf, im ersten Überblick über das Geschäftsjahr 1985 an. Doch gehe Herlitz mit voller Zuversicht in das neue Geschäftsjahr, denn die ertragsbelastenden Probleme seien nun bewältigt. Die US-Tochter, die nach Managementfehlern auch für 1985 einen hohen Verlust ausweist, soll 1986 wieder in die Gewinnzone kommen.

Das Umsatzziel sei mit einem Plus von 13 Prozent auf 520 Mill. DM erreicht worden, heißt es im Aktionärsbrief weiter. Die Marktposition habe sich im Inland (Umsatzanteil 58 nach 60 Prozent) und im Ausland weiter verbessert. Die Zahl der Mitarbeiter wurde auf 2500 (2173) erhöht.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Voll ausgelastet

Würzburg (dpa/VWD) – Ein hoher Auftragsbestand sichert bei dem Druckmaschinenhersteller Koenig + Bauer AG, Würzburg, die volle Beschäftigung für die Jahre 1986 und 1987. Wie der Vorstand mitteilt, waren bereits im Geschäftsjahr 1985 die Fertigungskapazitäten voll ausgelastet. Von dem um 5,4 Prozent höheren Umsatz von *360 Mill. DM kamen* 70 (Vorjahr: 51,7) Prozent aus dem Export. Der Auftragseingang nahm im Berichtsjahr um vier Prozent auf 414 Mill. DM zu. Über die Ertragslage wurde lediglich mitgeteilt, daß der Jahresüberschuß höher als im Vorjahr (6,4 *Mill. DM) ausfallen* dürfte. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 50 auf 1990.

200 neue Arbeitsplätze

Osaka (AFP) – Der japanische Elektronikkonzern Matsushita will zwei neue Werke in Niedersachsen bauen. Das in Osaka ansässige Stammhaus Matsushita Electric Industrial (MEI) investiert in Peine 25 Mill. DM in ein Werk, das im Sommer dieses Jahres den Betrieb aufnimmt und mechanische Teile für Videorekorder produziert. Das Werk beschäftigt 100 Personen. Die in Osterrode ansässige Tochterfirma Matsushita Electronic Components-Europe (ECOM) richtet in Lüneburg ein Werk ein, in dem ab Jahresende Elektromotoren hergestellt werden. Die Investition liegt bei 12,5 Millionen Mark, auch hier entstehen etwa hundert Arbeitsplätze.

Höherer Absatz

Hanau (dpa/VWD) – Die zur japanischen Sumitomo-Gruppe gehörende Dunlop SP Reifenwerke GmbH, Hanau, hat das erste Jahr unter japanischer Flagge mit einem positiven Betriebsergebnis abgeschlossen. Höhere Absatzzahlen und ein „deutlich gestiegener *Anteil* hochwertiger Produkte“ brachten ein Umsatzplus von 17 Prozent auf 620 Mill. DM. DM.

Ergebnis belastet

Dortmund (dpa/VWD) – Das milliardenschwere Investitionsprogramm der Hoesch Stahl AG, Dortmund, hat zu störungs- und baubedingten Stillständen an den Anlagen und zu einem „nicht geringen Produktionsausfall“ geführt. Dieser Leistungsabfall habe das Ergebnis belastet, heißt es in einem Beitrag des Vorstandsvorsitzenden der Hoesch AG, Detlev Rohwedder, in der jüngsten Ausgabe der Werkszeitung. Das wirtschaftliche Ergebnis werde aus heutiger Sicht aber leicht über dem des Vorjahres liegen. 1984 hatte der Betriebsgewinn 182 Mill. DM betragen. In diesem *Jahr* werde der Vorstand erstmals wieder mit einem Dividendenvorschlag vor die Hauptversammlung treten.

Trenkle übernommen

Überlingen (dpa/VWD) – Die Kramer-Werke GmbH, Überlingen, Hersteller von Schaufel- und Baggerladern, hat die Trenkle GmbH, Villingen-Pfaffenweiler, übernommen. Trenkle, nach Angaben von Kramer, ein *finanziell* gesundes Unternehmen, soll auch in Zukunft getrennt firmieren und auf dem Gebiet der Anbaugeräte und Spezialmaschinen selbständig arbeiten. Kramer hat 700 Beschäftigte und 80 Mill. DM Jahresumsatz. Trenkle erzielte 1985 mit *rund 80 Mitarbeitern zwölf* Mill. DM Umsatz.

Westig nun voll gekauft

Düsseldorf (J. G.) – Knapp zwei Jahre nach der Neuordnung hat das Geschäftsführer-Trio der Westig GmbH, Unna, dem schwedischen Edelstahlkonzern Fagereta auch die restlichen 25 Prozent Kapitalanteile abgekauft. Als Edelstahlverfeinerungsbetrieb hat Westig 1985 mit 570 (560) Beschäftigten den zu 65 Prozent mit Export erzielten Umsatz auf 113 (98) Mill. DM gesteigert und den Ertrag „erneut verbessert“. Der Auf*tragsbestand sichere* Vollauslastung bis in die zweite Jahreshälfte.

Aktien überwiegend anziehend

Im Mittelpunkt wieder die Papiere der Großchemie

DW. – Nach Überwindung der vorbörslichen Unsicherheit durch das für die Koalition in Bonn ungünstige Wahlergebnis in Schleswig-Holstein, kam es nach Börsenbeginn – ausgehend von den Aktien der Großchemie – zu einer allgemeinen Kurserholung. Weder die Ausländer, noch die inländische Kundschaft reagierten auf die Wahlergebnisse mit hohen Abgaben, es überwogen eindeutig die Käufe. Das kam auch dem Start des Bezugsrechthandels für die jungen Aktien der Dresdner Bank und deren Optionsanleihe zugute.

In den Papieren der Großchemie wird noch eine Kursreserve vermutet. Dies um so mehr als Prognosen der Ölförderländer davon ausgehen, daß sich der Ölpreis auf der gegenwärtigen Basis für die kommenden 18 Monate einpendeln wird. Unter diesen Umständen, so meint man in Börsenkreisen, kann die Chemie den Dollarrückgang ohne weiteres verkraften. Ob dies auch bei den Autounternehmen der Fall sein wird, scheint noch umstritten zu sein. Doch auch ihre Aktienkurse zogen am Montag nach oben. Dabei wird vor allem der Daimler-Anstieg durch ständige Gewinnmitnahmen gebremst. Glattstellungen aus dem Ausland, insbesondere aus der Schweiz werden als Ursache für die Stagnation des Siemens-Kurses angesehen. Bei den Versorgungspapieren wird die Kursstabilität mit der hier erzielbaren Rendite begründet. Unsicher tendierten weiterhin Maschinenbauaktien.

Frankfurt: Fuchs Petrolub zogen um 29,20 DM an. Cassella verteuerten sich um 30 DM, während Altana 35 DM einbüßten. Agiv gaben um 7 DM nach. Adler gewannen 15 DM und Hutschenreuther 10 DM.

Düsseldorf: Balcke Dürr stockten um 5 DM und Dyckerhoff VA um 3,50 DM. Hagen Batterie verbesserten sich um 4,50 DM. Heinrich verloren 10 DM und Nino gaben um 3 DM nach. Nordstern lagen um 20 DM fester.

Hamburg: Vereins- und Westbank setzten ihren Kursanstieg um 8 DM fort. Phoenix Gummi lagen um 1,50 DM höher. HEW verloren 1 DM. Beiersdorf stiegen um 10 DM, während Holsten Brauerei um 4,90 DM zurückfielen.

Berlin: Dt. Hypobank Berlin lagen bei 369 DM um 14 DM höher. Kempinski konnten 7,50 DM, Herlitz St. 5,50 DM und DeTeWe 4 DM zulegen. Tempelhofer Feld schwächten sich um 20 DM und Springer um 10 DM ab.

München: Agrob St. verminderten um 5 DM und Energie Ostbayern verloren 5 DM. Patrizier gaben um 17 DM nach. Verbessert haben sich Flachglas um 4,50 DM und Grünzweig um 5 DM. Audi AG lagen um 20 DM fester.

Stuttgart: Fuchs mußten mit Doppelplus angekündigt werden und stiegend anschließend um 35 DM. DLW holten 14 und Aesculap 7 DM auf. SEL verteuerten sich um 6 DM. Boss waren um 20 DM und Porsche um 30 DM ermäßigt.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 269,40 (269,88)
WELT-Umsatzindex: 5501 (5424)
Advance-decline-Zahl: 102 (156)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam · Brüssel · Hongkong · Kopenhagen · London · Luxemburg · Madrid · Mailand · New York · Paris · Johannesburg · Stockholm · Singapur · Sydney · Oslo · Tokio · Toronto · Wien · Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

WELT-Aktien-Indices

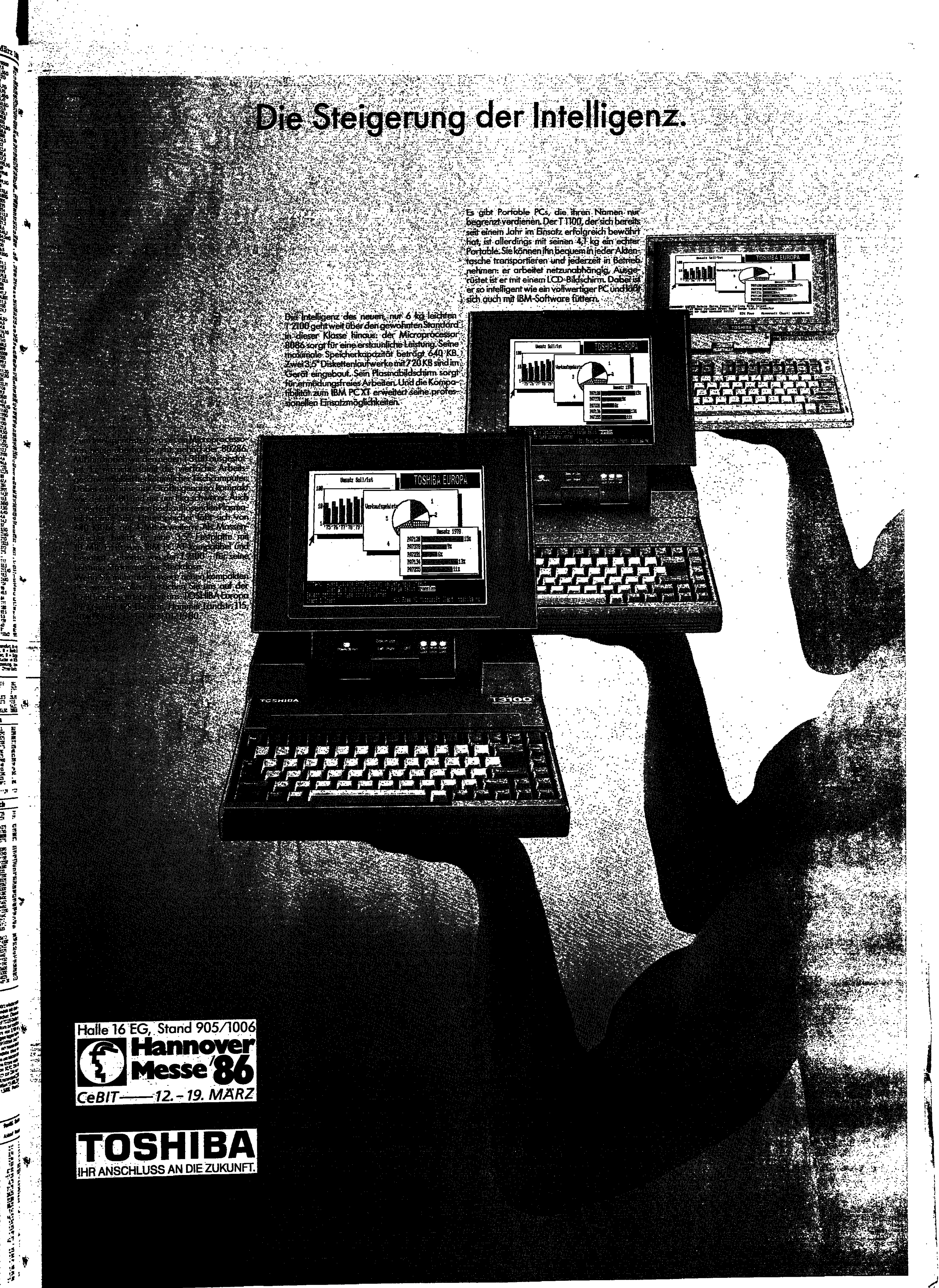
Kursgewinner (Frankfurt)

Kursverlierer (Frankfurt)

Junge Aktien

Devisenmärkte

Devisen und Sorten



Die Steigerung der Intelligenz.
Es gibt Portable PCs, die ihren Namen nur begrenzt verdienen. Der T 1100, der sich bereits seit einem Jahr im Einsatz erfolgreich bewährt hat, ist allerdings mit seinen 4,1 kg ein echter Portable. Sie können ihn bequem in jeder Aktentasche transportieren und jederzeit in Betrieb nehmen: er arbeitet netzunabhängig. Ausgerüstet ist er mit einem LCD-Bildschirm. Dabei ist er so intelligent wie ein vollwertiger PC und läßt sich auch mit IBM-Software füttern.
Die Intelligenz des neuen, nur 6 kg leichten T 2100 geht weit über den gewohnten Standard in dieser Klasse hinaus: der Microprocessor 8086 sorgt für eine erstaunliche Leistung. Seine maximale Speicherkapazität beträgt 640 KB. Zwei 3,5" Diskettenlaufwerke mit 720 KB sind im Gerät eingebaut. Sein Plasmabildschirm sorgt für ermüdungsfreies Arbeiten. Und die Kompatibilität zum IBM PC XT erweitert seine professionellen Einsatzmöglichkeiten.
TOSHIBA EUROPA
T3100
Halle 16 EG, Stand 905/1006
Hannover Messe '86
CeBIT — 12.–19. MÄRZ
TOSHIBA
IHR ANSCHLUSS AN DIE ZUKUNFT.

Warenpreise – Termine

…ester wurden zum Wochenschluß die Gold- und …ilbernotierungen am Terminmarkt der New Yor…er Comex bewertet. Kupfer gab deutlich nach. …chwach schlossen die Kaffee-Notierungen, und …uch Kakao ermäßigte sich in allen Sichten.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	28.2.	27.2.
März	336,50	337,25
Mai	286,00	287,00
Juli	254,50	255,75

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	277,35	273,50
Am. Durum	274,29	270,44

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
März	102,60	104,70
Mai	107,50	108,60
Juli	109,30	111,30

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
März	94,00	94,00
Mai	92,00	95,00
Juli	91,70	95,00

HAFER Chicago (c/bush)		
März	124,25	124,75
Mai	120,00	120,25
Juli	116,75	116,25

MAIS Chicago (c/bush)		
März	228,00	232,00
Mai	227,00	231,50
Juli	225,25	230,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
März	99,20	99,00
Mai	100,90	101,60
Juli	101,00	103,00

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	28.2.	27.2.
März	243,50	249,50
Mai	246,55	251,75
Juli	251,25	255,00

KAKAO New York ($/t)	28.2.	27.2.
März	1999	2025
Mai	2037	2060
Juli	2070	2100
Umsatz	3092	3176

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 März	6,16	5,85
Mai	6,28	6,12
Juli	6,55	6,36
Sept.	6,72	6,47
Okt.	6,80	6,64
Umsatz	6517	7520

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5,75	5,79

KAFFEE London (£/t) Robusta	28.2.	27.2.
März	2568-2575	2540-2545
Mai	2636-2640	2625-2625
Juli	2710-2715	2701-2705
Umsatz	6129	7122

KAKAO London (£/t)		
März	1545-1552	1548-1550
Mai	1545-1546	1538-1540
Juli	1577-1578	1565-1566
Umsatz	5800	7433

ZUCKER London (£/t) Nr.6	28.2.	27.2.
März	–	156,80
Mai	164,00-164,40	159,40-159,80
Aug.	170,60-171,40	166,20-166,80
Umsatz	969	941

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg	3.3.	28.2.
schw. Saraw.spez.	890,00	890,00
weiß.Saraw.	1380,00	1380,00
weiß.Munt.	1390,00	1390,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	28.2.	27.2.
März	82,50	83,60
Mai	84,10	85,00
Juli	85,00	85,00
Sept.	84,00	84,50
Nov.	85,10	86,30
Umsatz.2300	1200	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	28.2.	27.2.
	20,00	28,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	17,75	18,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
März	16,65	17,25
Mai	17,10	17,68
Juli	17,33	17,98
Aug.	17,50	18,12
Sept.	17,40	18,10
Okt.	17,45	18,05
Dez.	17,80	18,45

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk.	15,50	16,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	14,50	15,00
Choise white hog 4 % fr. F.	10,25	11,50

TALG New York (c/lb)		
top white	12,75	12,75
fancy	12,25	12,25
bleichf.	12,00	12,00
yellow max. 10% fr.F	11,25	11,25

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
April	38,15	38,30
Juni	42,90	42,65
Juli	42,95	42,85

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
März	54,00	54,37
Mai	55,70	56,00
Juli	57,20	56,67

HÄUTE Chicago (c/lb)	28.2.	27.2.
Ochsen einh. schwere River Northern	57,50	57,50
Kühe einh. schwere River Northern	–	46,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
März	527,25	520,00
Mai	530,00	528,50
Juli	532,50	532,50
Aug.	529,50	530,00
Sept.	514,50	514,50
Nov.	510,25	508,50
Jan.	521,00	519,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
März	160,70	157,20
Mai	161,00	158,00
Juli	161,50	158,50
Aug.	162,00	158,50
Sept.	156,50	155,00
Okt.	152,70	150,50
Dez.	153,20	152,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	28.2.	27.2.
März	287,00	290,60
Mai	295,50	297,60
Juli	302,50	305,00

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	28.2.	27.2.
	13,50	13,58

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	3.3.	28.2.
jegl. Herk. cif	510,00	530,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	460,00	455,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra cif	225,00	235,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	86,00	86,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen cif	270,00	290,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1 cif	223,50	226,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	28.2.	27.2.
März	63,10	62,70
Mai	63,40	63,70
Juli	63,98	64,20
Okt.	44,65	44,30
Dez.	44,60	44,40
März	45,53	45,40

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1	43,50	43,50

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	3.3.	28.2.
März	506-507	500-509
Aug.	526-531	–
März	535-538	–
Umsatz	34	1

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	3.3.	28.2.
März	40,50	40,50
April	40,50	40,50
Juli	40,50	40,50
Okt.	40,50	40,50
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	3.3.	28.2.
März	593,00-595,00	589,00-590,00
Mai	611,00-615,00	608,00-609,00
Juli	–	–
Umsatz	17	14

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	3.3.	28.2.
EA	680,00	680,00
UG	578,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	3.3.	28.2.
März	12259	12250
April	12247	12350

KAUTSCHUK London (p/kg)	28.2.	27.2.
RSS 1 April	62,25-63,25	unerh.
RSS 1 Mai	63,75-64,75	
RSS 2 April	62,25-63,25	
RSS 3 April	61,00-62,00	
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	3.3.	28.2.
April	207,00-209,00	207,00-209,00
Mai	208,00-210,00	–
Nr. 2 April	201,00-202,00	–
Nr. 3 April	198,50-199,50	–
Nr. 4 April	193,50-194,50	–
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	3.3.	28.2.
BWC	390	390
BWD	355	355
BTC	383	383
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. = 76 WD = (–); BTC = (–); BTD = (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	3.3.	28.2.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	252,32-252,48	254,60-254,84
dritt. M.	260,63-260,79	262,83-263,00
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	81,98-82,14	84,02-84,19
dritt. M.	81,01-85,17	86,80-86,90
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	906,07-907,66	921,80-923,43
dritt. M.	930,04-930,36	941,38-944,64
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	131,04-132,63	133,13-135,41
Prod.-Pr.	149,05	148,91
REINZINN 99,9 %	unerh.	unerh.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	3.3.	28.2.
	20,65	21,00

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	3.3.	28.2.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	321,67-323,91	323,60-325,98
BLEI in Kabeln	89,75-90,75	91,75-92,75
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW) Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	3.3.	28.2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	289-295	290-296
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	325-333	326-333
MS 63	310-314	312-315

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	3.3.	28.2.
Leg. 225	342-345	342-345
Leg. 226	344-347	344-347
Leg. 231	379-380	379-380
Leg. 233	389-390	389-390

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	3.3.	28.2.
PLATIN (DM/g)	30,65	30,30
GOLD (DM/kg Feingold) Bank-Vkfpr.	24790	24650
Rückn.-Pr.	24040	23900
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing) Deg.-Vkfpr.	24770	24660
Rückn.-Pr.	24110	24010
verarbeitet	25980	25870
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	24260	24185
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing) Deg.-Vkfpr.	414,20	415,10
Rückn.-Pr.	401,70	402,50
verarbeitet	432,40	433,30

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	3.3.	28.2.
10.30	339,45	338,25
15.00	335,60	338,15
Zürich mit.	338,90-339,40	338,10-338,60
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	75400	74950
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	393,20	386,15
3 Mon.	405,00	397,15
6 Mon.	416,65	408,25
12 Mon.	437,85	429,50
PLATIN (£/Feinunze) London	28.2.	27.2.
fr. Markt	271,75	270,25
PALLADIUM (£/Feinunze) London	28.2.	27.2.
f. Händl.-Pr.	73,20	71,30

New Yorker Metallbörse

	28.2.	27.2.
GOLD H & H Ankauf	338,15	336,90
SILBER H & H Ankauf	560,50	564,50
PLATIN f.Händl.-Pr.	412,00-414,00	412,00-414,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM f. Händl.-Pr.	107,50-108,50	105,50-106,50
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
März	562,00	560,00
April	564,70	565,80
Mai	569,50	569,00
Juli	576,50	577,00
Sept.	585,00	586,00
Dez.	596,00	595,00
Jan.	600,60	600,38
Umsatz	21000	35000

KUPFER (c/lb)	28.2.	27.2.
März	63,80	64,20
Mai	64,75	64,25
Juli	65,25	65,75
Sept.	65,55	65,80
Dez.	66,05	66,35
Jan.	66,20	66,60
März	66,55	66,90
Umsatz	5000	9500

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	3.3.	28.2.
mitt. Kasse	789,50-790,00	790,50-791,00
3 Mon.	815,50-816,00	815,00-815,50
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	256,50-257,00	257,00-258,00
3 Mon.	266,00-266,50	266,00-266,50
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	988,00-988,50	973,00-974,00
3 Monate	1008,00-1008,50	994,50-995,00
ab. Kasse	–	990,00-992,00
3 Monate	–	1007,00-1008,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	976,50-977,00	975,00-980,00
3 Monate	1006,50-1007,00	1000,00-1005,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	426,00-426,50	423,00-424,00
3 Monate	439,00-440,00	436,00-436,50
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	–	225-240
WOLFRAM-ERZ ($/t-Einh.)	–	55-60

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	28.2.	27.2.
März	53,00	54,00-54,25
April	45,40-45,80	47,00
Mai	41,20-41,90	42,35
Juni	40,25-41,10	40,50

GASÖL – London ($/t)	28.2.	27.2.
März	173,25-173,50	180,00-180,25
April	147,00-147,25	153,50-153,75
Mai	140,50-141,00	142,25-142,75
Juni	137,50-138,00	140,75-141,00
Juli	137,00-137,50	140,25-141,50
Aug.	138,75-142,00	143,00-143,50
Sept.	142,50-143,00	144,00-145,50

BENZIN – New York (c/Gallone)	28.2.	27.2.
März	42,20	42,80-43,50
April	41,00-41,30	42,00-42,20
Mai	41,60-41,80	42,60
Juni	42,15	43,10-43,25
Juli	42,50	43,10

ROHÖL – New York ($/Barrel)	28.2.	27.2.
April	13,20-13,30	13,91-14,00
Mai	13,55-13,65	14,23-14,28
Juni	13,80-13,95	14,42-14,45
Juli	14,00-14,05	14,60-14,70
Aug.	14,27-14,30	14,80-14,85

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	28.2.	27.2.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	–	–
Forties	16,50N	17,10N
N. Sea Brent	16,70N	17,50N
Bonny Light	–	–

Kartoffeln

London (£/t)	28.2.	27.2.
April	96,30	96,40
Mai	103,70	105,90
Nov.	78,30	78,50
Febr.	86,00	86,50

New York (c/lb)	28.2.	27.2.
März	1,86-1,95	1,83-1,86
April	1,95-2,05	1,85-1,90
Mai	2,15-2,16	2,08-2,12
Nov.	3,33-3,35	3,30-3,33

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	28.2.	27.2.
März	157,50-158,00	157,60-157,90
Mai	159,80-160,00	159,50-159,80
Juli	161,60-161,50	161,50
Sept.	160,50	159,80-160,50

Devisenterminmarkt

Nachgebende DM-Zinssätze führten am 3. 3. zu erweiterten Dollar-Termin-Deports gegen DM.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,70-0,60	1,92-1,82	3,85-3,55
Pfund/Dollar	0,62-0,60	1,64-1,61	3,04-2,99
Pfund/DM	2,90-1,50	4,90-5,50	12,4-11,0
FF/DM	38-22	89-75	139-125

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 3.3.: Tagesgeld 5,25-5,50 Prozent; Monatsgeld 4,55-4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,45-4,60 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,55 Prozent, 6 Mon. 4,60 Prozent.

Privatdiskontsätze am 3.3.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 3.3.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 3.3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞-8	4½-4⅝	3⅝-3⅞
3 Monate	7⅝-7¾	4⅜-4½	3¾-4
6 Monate	7⅝-7¾	4⅜-4½	3¾-4
12 Monate	7⅝-8	4½-4⅝	3¾-4

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 3.3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,00; Verkauf 20,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,25; Verkauf 19,25 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 3.3. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1130,00	–
5 US-Dollar (Indian)**	740,00	898,80
5 US-Dollar (Liberty)	390,00	524,30
1 £ Sovereign alt	186,00	234,84
1 £ Sovereign Elizabeth II.	174,50	221,73
20 belgische Franken	148,75	198,08
10 Rubel Tscherwonez	185,75	239,12
2 südafrikanische Rand	166,75	211,76
Krüger Rand, neu	745,00	889,20
Maple Leaf	763,75	910,58
Platin Noble Man	916,50	1084,71
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	219,00	278,16
20 schweiz. Franken „Vreneli"	168,50	220,59
20 franz. Franken „Napoléon"	167,75	219,74
100 österr. Kronen (Neuprägung)	725,00	867,83
20 österr. Kronen (Neuprägung)	141,50	184,11
10 österr. Kronen (Neuprägung)	73,25	100,61
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	332,00	412,68
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	76,50	110,01

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Jan. 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/1 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,00 (5,13) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,00 (6,20). Ausgabe 1986/2 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,97) – 8,00 (6,32) – 8,00 (6,56). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,77. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,00, Kurs 100,60, Rendite 5,86.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 3.3.86	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	55,09	6,60
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	105,858	6,60
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	35,83	6,45
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	39,23	6,75
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,75	6,12
Commerzbank	100,00	4.8.00	41,50	6,29
Deutsche Bk. 5	287,00	23.1.95	131,50	9,20
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	107,09	5,85
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	78,16	5,85
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	55,27	6,50
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	107,53	6,75
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	51,75	6,50
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	56,59	6,35
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	39,64	6,71
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	56,10	6,45
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,88	6,83
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,77	6,73
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	56,26	6,40
WestLB 600	100,00	2.5.95	56,90	6,35
WestLB 601	100,00	2.5.00	40,00	6,50
WestLB 603	100,00	1.6.01	38,25	6,51
WestLB 602	100,00	3.10.05	28,45	6,63
WestLB 500	126,86	16.2.89	110,65	4,75
WestLB 501	137,01	16.2.90	111,70	5,31
WestLB 505	115,76	3.10.88	103,50	4,44
WestLB 504	141,85	1.10.91	105,00	5,55
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	4,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	9,28
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	62,25	8,32
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	54,00	10,92
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	60,25	8,89
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	59,00	9,18
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	56,75	8,47
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	48,00	9,67
Penney (A+)	100,00	17.2.94	48,00	9,65
Sears (AA)	100,00	27.5.94	49,25	8,97
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	50,00	8,74
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	49,125	8,20

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,60 (4,55)	100,4	101,3	102,2	103,2	104,1	105,1
2	4,90 (4,90)	100,2	101,9	103,7	105,6	107,5	109,3
3	5,30 (5,30)	99,20	101,6	104,3	107,1	109,8	112,5
4	5,80 (5,80)	96,90	100,7	105,8	107,3	110,8	114,3
5	5,88 (5,89)	95,85	100,5	104,3	108,5	112,8	117,0
6	6,02 (6,02)	94,50	99,90	104,3	109,2	114,1	119,0
7	6,31 (6,30)	92,25	98,30	103,3	108,8	114,3	119,8
8	6,50 (6,50)	90,30	96,35	102,5	108,5	114,6	120,6
9	6,64 (6,65)	88,55	95,15	101,7	108,3	114,9	121,5
10	6,67 (6,68)	87,45	94,55	101,7	108,8	115,9	122,9
15	6,98 (6,98)	81,15	90,20	100,2	108,4	117,4	126,5

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,660 (112,634)
Performance-Rentenindex: 238,292 (237,029)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	28. Febr.	7,875-8,25
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	7,60
	60–270 Tage	7,35
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,625
	60 Tage	7,550
	90 Tage	7,50
Certificates of Deposit	1 Monat	7,55
	2 Monate	7,55
	3 Monate	7,55
	6 Monate	7,55
	12 Monate	7,65
US-Schatzwechsel	13 Wochen	7,03
	26 Wochen	7,01
US-Staatsanleihe	10 Jahre	unerh.
	30 Jahre	8,28 (8,29)
US-Diskontsatz		7,50
US-Primerate		9,50
Geldmenge M1	17. Febr.	630,6 Mrd. $ (- 0,5 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York) März	130,20	132,05
Juni	131,80	133,80

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	28.2.	27.2.
9¾ EEC 90	105,875	105,125
11½ dgl. 90	108,875	108,5
10¾ EIB 93	108,625	108
11 dgl. 91	110,125	109,5
11½ dgl. 90	110,875	110,75
11¾ dgl. 93	116,25	115,5
12 dgl. 95	118,25	117,25
12½ dgl. 90	113,5	113,25
12¾ dgl. 93	122,75	121,25
13 dgl. 96	119,5	118,625
10¾ Wld Bk 95	109,625	108,625
10¾ dgl. 88	104,25	104,5
10¾ dgl. 90	108	108
10¾ dgl. 93	111,375	110,625
11 dgl. 92	110,875	109,75
11¼ dgl. 88	106,375	106,75
11¼ dgl. 90	110	107,75
11¾ dgl. 89	108	108
11½ dgl. 90	110,875	110,625
12 dgl. 93	117,25	116,25
12¾ dgl. 94	119,75	118,375
12¾ dgl. 94	123	121,5
6¾ Sears 91	104,25	104,25
6¾ Swed.Ex.91	102,25	102
7 TRW 94	102,375	102,25
6¾ Ur.Tech.92	102,125	102
6¾ World Bk98	103,125	102,875
6¾ dgl. 94	103,5	103,125
7 dgl. 94	105,75	105,375
7¾ dgl. 95	108,25	107,625
8 dgl. 93	109	108,375

Euro-Yen

	28.2.	27.2.
6¾ ALCorp 91	102,125	101,75
6¾ Allied 93	99,5	99,375
7¾ ADB 94	107,25	106,875
7 Austria 95	105,75	104,875
7 BP 92	104,375	104,375
6¾ Denmark 92	102,625	102,25
7 Denm.Bk. 92	103,25	102,875
7 Dow Chem.94	101,875	102
6¾ EDF 95	104,25	104,875
6¾ Eurofima86	99,75	99,75
6¾ dgl. 92	102,375	102,125
6¾ dgl. 93	102	101,75
7¾ dgl. 94	105,5	105,5
6¾ Fannie 92	105,125	103,125
6¾ Finl.Rep90	102,875	102,5
6¾ GMAC 90	101,875	101,75
7¾ Goodyear95	102,375	102
6¾ dgl. 94	101,5	101,25
6¾ ITT 92	101,625	101,625
6¾ McDonal.92	102,125	101,75
6¾ Montreal95	102,25	101,875
7¾ N.Bruns.95	106	105,75
7¾ N.Zeald.90	104,5	104,125
7¾ dgl. 89	105,125	104,625
7 Pac.Gas 94	102,75	102,75
6¾ Penney 92	100,25	100
6¾ Procter 92	102,75	102,5
6¾ Sallie 92	102,375	101,875

Lux. Franc Bonds

	28.2.	27.2.
9¾ Akzo 87	99,75	99,75
9¾ Aeea 89	100,75	100,75
6¾ Asian Dv87	97	97
10¾ BFG Lux90	105	105
11 BNP 90	102,25	102,25
9 dgl. 93	100	100
10¾ Ceca 94	104,25	104,25
11 dgl. 92	104,5	104,5
13 dgl. 91	105	105
12¾ Corse?92	104,5	104,5
8 Captel 88	97,75	97,75
8¾ dgl. 87	98	98
11 Cr.Lyon.88	101,75	101,75
13 dgl. 89	105	105
7¾ Den.Mtg 88	96,75	96,75
10¾ Euratom96	105	105
11 dgl. 93	105	105
12¾ dgl. 88	100,75	100,75
12½ dgl. 92	102,5	102,5
9 Eurofima 95	101	101
10 dgl. 91	103,5	103,5
10 dgl. 94	104	104
11¾ dgl. 89	101,75	101,75
8 EIB 91	97,75	97,75
9¾ dgl. 95	102,25	102,25
9¾ dgl. 88	101,25	101,25
9½ dgl. 93	102,75	102,75
10¾ dgl. 94	104,75	104,75
11¾ dgl. 88	102	102
12¾ dgl. 90	105,5	103,5
9¾ Hypo Bk.88	101,25	101,25
9¾ Ind.B.F.95	100,5	100,5
11 Krediet.95	106,5	106,5
7¾ dgl. 87	98	98
10 dgl. 90	102	102
11¾ dgl. 89	102,25	102,25
8 Luxair 87	98,5	98,5
8½ dgl. 87	98,75	98,75
10¾ Lux Bk.91	102,25	102,25
9 Met.Chim 95	101,25	101,25
10½ N.Lux.Al92	105	105
12¾ Nord L.89	101	101
8 Norges 86	98,75	98,75

	28.2.	27.2.
8 Oslo 89	98	98
8¾ dgl. 87	98,5	98,5
9 Paribas 92	100	100
10¾ Paribas89	101	101
8 Philips 89	97,75	97,75
7¾ Renault 88	96,75	96,75
9¾ Sogenal 92	101	101
10¾ Solvay 87	101	101
10¾ Stockh.86	99,5	99,5
8 Sveriges 88	97,5	97,5
9¾ Volvo 87	100	100
9¾ WorldBk.90	100,75	100,75
10¾ dgl. 89	102	102

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,60418

	28.2.	27.2.
8¾ Cop City91	97	97
12¾ dgl. 92	103	103
8¾ CCA 91	97	97
11¾ Ned. G.88	101,5	101,5
9¾ Queb. P.94	99	99
8¾ SDR 94	97	97

ECU

	28.2.	27.2.
10¾ Al.Dbk87	102,75	102,5
10¾ dgl. 91	105	104,5
9¾ ABN 92	102,875	102,5
All Nippon 95	101,875	101,125
9¾ ANZ 92	103,25	102,625
10¾ Austria93	108,5	108,375
10 BNDA 92	102	102
9 M.+Hope 97	102,5	101,375
9 Bk.Hels.96	98,875	98,5
9¾ Bk.Tok.90	102,875	102,75
10¾ dgl. 91	103,625	103,625
10¾ dgl. 91	103,625	103,5
8¾ BNP 95	100,375	99,75
8¾ Bay.Vbk.88	101	100,75
8¾ BFCE 93	97,375	98,875
9¾ dgl. 92	105,375	104,75
9¾ dgl. 95	105,25	104,875
9¾ Ball 92	99,625	99,5
9¾ CNT 92	105,375	104,875
9¾ dgl. 95	104,125	104,875
8¾ Cargill 95	100,5	100
10¾ Ceca 89	106,875	106,5
11¾ dgl. 94	109,25	109,125
9 Cediov. 93	101,25	101
9 Chrysl. 92	98,875	98,75
10 dgl. 91	105	102,75
10¾ dgl. 93	102,5	102
9 ClubMed 88	101,75	101,5
9¾ Consell 92	102,625	102,25
9¾ dgl. 95	106	105,75
9¾ CCF 95	101,75	101,75
9¾ CrdNord 91	103,25	102,875
11¾ CrdFonc90	107,375	107,125
11¾ dgl. 90	107,125	106,625
8¾ CrdNat 95	102,5	102
10¾ dgl. 94	108,5	107,375
8¾ Crdorat.94	101,625	100,875
9¾ Credito 92	101,875	101,75
9¾ Denmark 90	100,75	100,75
10¾ Denmark91	106,875	105,75
9¾ Dresd.bk93	104	103,875
9 EDF 97	104,875	103,875
8¾ EEC 95	101,125	100,5
8¾ ELFAqu. 88	100,125	100
9 Enso Gut 91	100,25	100
9¾ dgl. 93	108,125	100,125
10 Euratom 97	107	106
9¾ Eurofima95	106,25	105,75
11 dgl. 92	108,125	108,125
8¾ EIB 92	100,875	108,125
8¾ dgl. 95	101,125	101
9¾ dgl. 95	107,875	107
10¾ dgl. 94	107,375	107
10¾ dgl. 94	107,375	107,125
10¾ dgl. 90	106,875	106,75
11¾ dgl. 92	107,875	107,5
11¾ dgl. 94	110,5	110
9 Entelsat 95	100,625	100
8¾ Fiat 90	101	100,75
9 IBKFinl 95	99,75	99,375
8¾ Ford C.93	101,75	100,375
10¾ Giroz. 93	107,625	107,25
10¾ GTE 92	107,5	107,25
10 IADB 93	105,375	105,375
8¾ IBM 90	105,25	102,125
9 Imatran 96	100	99,625
11 IU 89	105	104,375
9¾ Italie 89	102	101,75
10¾ dgl. 92	106	105,75
11¾ dgl. 90	108,25	107,875
9¾ Kansall 92	102	101
9¾ Kolfima 92	104	103,625
11¾ LTCB 90	106,25	106,25
10¾ Megal 95	104,375	103,875
8¾ Mits.Tr.93	99	98,375
9 MoetHen.91	103,375	102,5
9¾ Mol 90	102,375	101,75
8¾ Morgan 90	100,5	99,5
8¾ Motorola92	102,125	101,625
9 Nema 95	100,75	99,575
9¾ N.Zeal. 90	105	102,375
9¾ N.Zeal.92	105,25	104,625
11 Nipp.Crb91	104,125	106
9 Ostlbk. 89	100,875	108,75
8¾ Olivetti93	102,825	101,75
10 Pechin.90	105,625	103,5
9 Petroc.93	99	97,75
9¾ Peugeot 90	102,75	102,25
10¾ dgl. 90	106,375	105,75
9 Philips 93	104,75	104
9¾ Piba 92	103	103
10 Prvbk. 92	103,5	103,125
11¾ Queb.Pr89	106,25	106,125
10¾ RATP 92	104,625	104
9¾ Rabobk. 95	106	105,5
8¾ Reynolds91	100,875	100,625
10¾ Roybk.Cd89	105,625	103,5
9 SAS 95	103,5	102,125
9 Sanwa 95	100	99,25
8¾ Secpac 90	99	98,625
11¾ SNCF 94	106,125	108,625
9 SNCI 95	100,75	100
10¾ Sparkas91	104	104
9¾ Sumitcorp93	103,75	102,25
9 Sealdin 93	103,375	102,25
9 Unbk.Nor95	100,375	100,5
9¾ WestLB 90	104,375	104,125
9¾ Westpac92	102,75	102,375
8¾ Worldbk 95	101	100
9¾ dgl. 95	–	–
9½ dgl. 92	105,125	104
10¾ dgl. 89	104,75	104,5
10¾ dgl. 88	104,875	104,625
10¾ dgl. 94	107,125	106,25
11 dgl. 93	107,5	107,25

ECU-Tageswerte

	28.2.	27.2.
Dollar	0,970704	0,977610
Bfr	44,1404	44,1831
DM	2,15525	2,15778
Hfl	2,43501	2,43767
£	0,661243	0,656335
Dkr	7,96489	7,95775
FF	6,62991	6,63895
Lira	1467,70	1469,84
I-£	0,713229	0,713845
Sfr	1,81861	1,82178
öS	15,1430	15,153
Peseta	136,095	136,426
Skr	6,95178	6,95716
Nkr	6,79736	6,77435
Kan-$	1,38525	1,37354
Esc	142,694	142,731
Fmk	4,92099	4,91836
Yen	174,824	174,699
Drachme	134,006	134,226

SZR-Wert

	28.2.	27.2.
Dollar	1,15584	1,16064
DM	2,56423	2,56327

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Halbe Wahrheiten

„SPD-Juristen für ‚Sexualreform'"; WELT vom 26. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist zwar nur ein kurzer Artikel, aber die Kürze sollte nicht über die besondere Bedeutung, die diese „Reform" für die Gesellschaft haben wird, hinwegtäuschen. Hier wird wieder einmal der Versuch gemacht, moralische Wertvorstellungen, die zum Schutze und Wohle des Menschen in Gesetze gefaßt worden sind, mit halben Wahrheiten über Bord zu werfen.

Wenn behauptet wird, eine Prägung zum Homosexuellen könne bei über 14jährigen ausgeschlossen werden, so ist dies doch nur ein Teilaspekt. Neben der Prägung gibt es eine Menge anderer Komponenten, die dazu beitragen, daß Jugendliche homosexuell werden. Das soziale Umfeld spielt hier eine große Rolle.

Im Paragraphen 182 geht es nicht nur um die Verhinderung zu früher oder unerwünschter Schwangerschaft, sondern vor allem um die Verführung Minderjähriger durch Männer, was auch heute noch bei jungen Mädchen zu schweren seelischen Störungen führen kann. Daß sich dieses allerdings gewisse Leute nicht mehr vorstellen können, liegt an der Tatsache, daß Sexualität nicht mehr in Verbindung mit Liebe gesehen wird, sondern ein rein animalischer Akt ist, der auf dieselbe Stufe wie Essen und Trinken gestellt wird. Ich wünsche mir im Interesse und zum Wohle unserer *Kinder, daß wir vor solchen* „Reformen" bewahrt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Ilse Gerlich,
Neumünster

„Neue Rattenfänger"

„Die Morde und der Preis"; WELT vom 26. Februar

Sehr geehrter Herr Dr. Zehm,

„Stammheim" eine Art „Hitlerjunge Quex" 1986, ist nicht allein *Hohn auf jeden gerecht denkenden* Zeitgenossen, wie Sie schreiben, die Preiskrönung des Streifens erweist *sich ein anderes Mal als Beweis dafür,* daß der Zeitgeist der ultralinken Vögel im Prinzip ebenfalls dem gleichen – von Ehrgeiz wie von Dummheit genährten – Wahn erliegt, der einst ein ganzes Volk dem Rattenfänger zutrieb.

Aber das wissen vielleicht nur die, die damals auch im „Quex" ein Idol fanden. Gott erspare jenen Verblendeten einer jüngeren Generation diese Erfahrung.

Mit den besten Grüßen
Dr. Hans-Joachim Rösener,
Bochum 1

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen fortschreitende Machtergreifung und Gesinnungsdiktatur der linken Filmemacher- und Publicity-*Mafia ist offenbar kein Kraut der Vernunft* mehr gewachsen.

Die Stadt Berlin sollte es sich freilich überlegen, ob sie die organisatorische, rechtliche, moralische und nicht zuletzt auch finanzielle Verantwortung für eine Veranstaltung und die Preisverleihung an einen Film übernehmen kann, der aus den brutalsten Todfeinden unserer freiheitlichen Demokratie beklagenswerte Opfer einer „repressiven Gesellschaft" macht.

Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland haben sich für nichts zu schämen, nichts zu verbergen und schon gar nichts zu bereuen und zu „bewältigen", wie uns dies die altbekannten Bußprediger vom Dienst wieder einmal einreden wollen.

Das fehlte gerade noch, daß der Stammheim-Film als Agitationsmaterial zur weiteren Vergiftung des politischen Klimas an unseren Schulen eingesetzt wird oder gar via öffentlich-rechtliche unmoralische Anstalt den Schleichweg auf unseren Bildschirm findet.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Paul-H. Appel,
München 90

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die pädagogischen Hemmschwellen in einigen Teilen der Lehrerschaft werden *nun fallen wie ideologische* Schlagbäume. Bestimmt gibt es einige GEW-Funktionäre, die dem „Stammheim"-*Film* nachträglich das Prädikat „besonders indoktrinär" verleihen.

Neben der „Diskussion" über den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes werden Schüler zusätzlich in die hohe Schule des Terrorismus eingeführt und lernen die Wege in die Gewalt als großes Martyrium kennen.

Zwar sollte der Schulbesuch im Kindes- und Jugendalter dazu beitragen, daß junge Menschen im späteren Leben den Rechtsstaat und die freiheitliche Demokratie als höchstes *Gut* ihres gemeinschaftlichen Lebens betrachten und notfalls verteidigen. Nur ist zu fragen, wie sollen sie diese *humane Lebensauffassung vermittelt* bekommen, wenn einige Pädagogen davon überzeugt sind, einen Satz von *Wladimir Iljitsch Lenin Wirklichkeit* werden zu lassen, der da lautet: „Die proletarische Avantgarde ist ideologisch gewonnen."

Mit freundlichem Gruß
Albert Alten jr.,
Bardowick

Versicherung

„Jahrhundertwerk"; WELT vom 22. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Beiträge in der Lebensversicherung sinken, bezogen auf die vertraglich vereinbarte Versicherungssumme. Dieses geschieht infolge der *Erhöhung des Rechnungszinses.* Aber dieses an sich ist kein Vorteil.

Der Vorteil durch diese neue Regelung entsteht dadurch, daß der Kunde eine Garantie auf eine höhere Versicherungssumme im Verhältnis zu den eingezahlten Versicherungsbeiträgen erhält. Bezogen auf die Versicherungssumme wird die bei Ablauf des Vertrages fällige Leistung natürlich sinken. Dieses deshalb, da dann weniger Beitrag für eine bestimmte Versicherungssumme aufgewendet wird und somit die bei Ablauf ausgezahlten Gewinnanteile niedriger werden.

Wenn wir jedoch die vom Kunden aufgebrachten und eingezahlten Versicherungsbeiträge ins Verhältnis zu der bei Ablauf der Lebensversicherung ausgezahlten Versicherungs*summe* und bis dahin angesammelten und gutgeschriebenen Gewinnanteile setzen, so ändert sich nichts.

Mit freundlichem Gruß
Heinrich Schmonsees,
Hamburg 54

Wort des Tages

„Die Ehre ist, objektiv, die Meinung anderer von unserem Wert und, subjektiv, unsere Furcht vor dieser Meinung."

Arthur Schopenhauer, deutscher Philosoph (1788–1860)

Spenden-Steuer

„Parteispenden: Die meisten ‚Sünder' bleiben straffrei"; WELT vom 25. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Probleme mit Parteispenden oder gar Spendenaffären lassen sich vermeiden, wenn die gesetzlich anerkannten Empfänger verpflichtet werden, den erhaltenen Betrag in der Höhe zu versteuern, wie er dem Spender Steuern spart. Der Einfachheit halber bietet sich an, pauschal den Einkommens-Spitzensteuersatz hierfür festzusetzen.

Mit dieser einfachen Regel blieben zugleich dem Staat Verluste und dem Spender Gewissensnöte erspart.

Mit freundlichem Gruß
Heinrich Strack,
Holtland

Abtreibung

„Bundestag warnt vor Antisemitismus"; WELT vom 28. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

Frau Hamm-Brücher fordert mehr „politische und moralische Sensibilität" gegenüber einem aufkeimenden Antisemitismus. Alle Bundestagsparteien stimmen darin überein. Gut so!

Unverständlich ist mir, daß der hier so reagierende Personenkreis zum größten Teil keinerlei Sensibilität entwickelt angesichts der Tatsache, daß in der Gegenwart in Gesamtdeutschland jährlich etwa fünfhunderttausend ungeborene Kinder durch Abtreibung umgebracht werden.

Während der *Hitlerdiktatur* schwiegen diejenigen, die nach dem Zusammenbruch ein Schuldbekenntnis ablegten (evangelische Kirche). Heute schweigen sie größtenteils wieder angesichts eines Kindermordes, gegen den Sensibilität und Aufschrei geboten wäre.

Mit freundlichen Grüßen
Wilhelm Allmang,
Essen 1

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAG

Professor Dr. **Wilmont Haacke**, der Publizistik-Wissenschaftler und erste Direktor des 1963 eingerichteten Instituts für Publizistik an der Universität Göttingen, feiert heute seinen 75. Geburtstag. In Monschau *in der Eifel* geboren, in Naumburg an der Saale aufgewachsen, studierte Haacke in Göttingen und Berlin *Zeitungswissenschaft. Ehe* er sich ganz der akademischen Laufbahn widmete, sammelte er Erfahrungen in der journalistischen Praxis. 1942 habilitierte sich Haacke in Prag und nahm dann eine Dozentur an der Universität Freiburg/Br. an. Nach 1945 setzte der Wissenschaftler seine Tätigkeit als Pressegeschichtler in Münster fort. 1963 erhielt er den Ruf als Ordinarius an das Publizistik-Institut. Haacke bezeichnet sich immer als „Praktiker und Pressehistoriker", von Kommunikationssoziologie hält er nichts. In den Instituten werden seiner Meinung nach heute Pressetheoretiker und keine Journalisten ausgebildet. Im Zentrum seiner wissenschaftlichen Arbeit stand und steht das Bemühen um die Erhaltung der kleinen Form. Feuilleton-Sammlungen zeugen davon. Haacke gründete 1956 zusammen mit Professor **Emil Dovifat**, **Walter Hagemann** und anderen die Zeitschrift „Publizistik", deren Herausgeber er noch heute ist.

AUSZEICHNUNGEN

Für besondere Verdienste um den Dialog zwischen Christen und Juden wurde der evangelische Theologe, Professor **Heinz Kremers**, mit der Buber-Rosenzweig-Medaille geehrt. In Erinnerung an die jüdischen Philosophen **Martin Buber** und **Franz Rosenzweig**, die gemeinsam die hebräische Bibel ins Deutsche übersetzten, verleiht der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit diese Auszeichnung seit 1968 für Verdienste um die christlich-jüdische Verständigung. Zu den bisherigen Preisträgern gehören unter anderen **Eugen Kogon**, **Friedrich Dürrenmatt**, **Helmut Gollwitzer** und **Schalom Ben-Chorin**.

*

Für seine Verdienste um die *Denkmalpflege* erhält der ehemalige schleswig-holsteinische Landeskonservator **Hartwig Beseler** den mit 10 000 Mark dotierten Kulturpreis der Stadt Kiel. Die Auszeichnung wird dem 65jährigen Kunsthistoriker während der Kieler Woche im Juni verliehen. Beseler ist seit 1952 der 32. Kulturpreisträger. Der Kieler Kultursenat begründete seine Ent*scheidung insbesondere mit* Beselers „entscheidendem Beitrag zur Neuorientierung der deutschen *Denkmalpflege in den sechziger* und siebziger Jahren" und verwies außerdem auf Beselers Flächensanierungen etwa *in Flensburg*, wo radikale Stadterneuerung zugunsten einer behutsamen Sanierung verhindert worden sei.

KIRCHE

Zum neuen Weihbischof des Erzbischofs von München und Freising, Kardinal **Friedrich Wetter**, hat Papst **Johannes Paul II.** den 48jährigen **Engelbert Siebler** ernannt. Als Titularbischofssitz wurde ihm eine ehemalige frühchristliche Gemeinde in Nordafrika, Tela, zugewiesen. Siebler gilt als Priester, der besonders mit der Situation der Jugend, den Problemen des Nachwuchses in geistlichen Berufen und mit dem schulischen Religionsunterricht vertraut ist. Im September 1985 hatte ihn Kardinal Wetter zum Leiter des Referates für die Grund-, Haupt-, Sonder- und Berufsschulen im Erzbischöflichen Ordinariat München ernannt.

*

Die Ernennungsurkunde zum Apostolischen Protonotar hat der Erzbischof von Köln, Kardinal **Joseph Höffner**, in Köln dem Bonner Kirchenhistoriker Prälat Professor Dr. **Eduard Hegel** überreicht. Bei einem Empfang aus Anlaß von Hegels 75. Geburtstag am 28. Februar dankte der Kardinal für die liebenswürdige Kollegialität, für seine wissenschaftliche Tätigkeit und sein priesterliches Wirken.

*

Der Hildesheimer Weihbischof **Heinrich Pachoaik**, der am 1. Juli von seinem Amt als Bischofsvikar für die kirchliche Region Hannover zurücktritt, wird zunächst weiterhin *die Aufgabe des Beauftragten der* Deutschen Bischofskonferenz für die Bundesgrenzschutzseelsorge *wahrnehmen. Er entspricht damit* einer Bitte, die die Bischöfe jetzt bei ihrer Frühjahrsversammlung im Kloster Mallersdorf bei Regensburg an ihn richteten. Weihbischof Heinrich Pachoaik, der am 25. dieses Monats seinen 70. Geburtstag feiert, ist seit 1965 der *oberste* Seelsorger des Bundesgrenzschutzes.

ERNENNUNG

Der Leiter der Lüneburger Schutzpolizeiinspektion, Polizeidirektor **Josef Spitzer**, ist jetzt zum leitenden Polizeidirektor ernannt worden. In einer Feierstunde überreichte ihm der Regierungsvizepräsident der Bezirksregierung Lüneburg, **Graf von Hardenberg**, die von Ministerpräsident **Ernst Albrecht** und Innenminister Dr. **Egbert Möcklinghoff** unterzeichnete Ernennungsurkunde. Der leitende Polizeibeamte hatte sich als Gesamteinsatzleiter bei polizeilichen Großeinsätzen, die im Zusammenhang mit der geplanten Endlagerung radioaktiver Abfälle im Raum Gorleben notwendig wurden, bewährt.

AUSWÄRTIGES AMT

Malaysia schickt einen neuen Botschafter nach Bonn. Es ist **Datuk Abdul Majid bin Mohamed**, dem inzwischen von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** das Agrément erteilt wurde.

VERÄNDERUNGEN

Den neuen Präsidenten der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL), Dr. **Ernst-Wilhelm Eickhoff**, hat Bayerns Finanzstaatssekretär **Albert Meyer** gestern in sein Amt eingeführt. Gleichzeitig verabschiedete *Meyer* in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verwaltungsrates der VBL im Rahmen einer Feierstunde in Karlsruhe den bisherigen Präsidenten **Kurt Schulte**, der in den Ruhestand trat. Die VBL ist *für die Zusatzversorgung* der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst zuständig. Hauptträger der Anstalt mit derzeit ca. 1,5 Millionen Versicherten sind der Bund und die Länder. Dazu kommen rund 5000 mittlere und kleinere Beteiligte.

*

Griechischer Generalkonsul in Düsseldorf wird **Ioannis Theophanopoulos**. Sein Konsularbezirk um*faßt den Regierungsbezirk* Düsseldorf im Land Nordrhein-Westfalen.





Peter Scholl-Latour über Afrikas Unabhängigkeit

Literaten und Lumumba

In dem neuen Buch von Peter Scholl-Latour geht es nicht um die „afrikanische Unabhängigkeit" schlechthin, sondern um die Schwarzafrikas ohne die nördlichen, arabischen Teile. Noch genauer: Um den Kongo, Nigeria, Zaire, Äthiopien, Kenia, Angola, Namibia. Also den Gürtel zwischen Atlantik und Indischen Ozean. Und das ist nur etwa ein Viertel des Kontinents. Außerdem geht es nur um das Vierteljahrhundert von 1960 bis heute. Dabei liegen die Akzente auf den frühen Jahren. So „aktuell" sich das Buch gibt – eigentlich ist es Reminiszenz. Auch ist es mehr ein privater Erlebnisbericht denn „Geschichte", die der Verlag als Abenteuer verspricht. Warum gibt man sich so verschämt? Es war ja gerade die damalige Präsenz des Autors, *die das Buch spannend macht.* Und kaum jemand weiß so viel von damals und so farbig zu erzählen wie Scholl-Latour.

Dabei mutet allerdings manches konstruiert an. Viele Dialoge sind



hochstilisiert. Der Mord an Lumumba etwa, wo sich das Gespräch ins Philosophische bewegt und Fragen von Kannibalismus und christlichem *Abendmahl* berührt, wirkt unauthentisch. Scholl-Latour hat literaischen Ehrgeiz, und der steht zuweilen quer *zum Reporter. Der Historiker* und der Politiker kommen dabei vollends zu kurz.

„Mord am großen Fluß", also der Mord an Lumumba, soll eine Abrechnung sowohl mit dem ehemaligen *weißen Kolonialisten als auch mit* dem neuen schwarzen Machthaber sein. Dabei scheut sich Scholl-Latour, was die Europäer betrifft, von einem „Neo-Kolonialismus" zu sprechen, oder was die Unterdrückung von Stämmen durch afrikanische Zentralregierungen angeht, von einem „Eigen-Kolonialismus". Ein ideologischer Leitfaden will dies nicht sein, kann es auch nicht. Senegal, Elfenbeinküste, Kamerun werden nur kurz abgehandelt. Im Zentrum steht die „Anatomie einer Krise", also der Kongo. Das sind die kurzen Jahre von *1960–1962. Aber sie nehmen* immerhin 230 von 530 Seiten in Anspruch. Daraus kann der Leser erkennen, wie dieses Buch etwas hochstapelt. Dabei kann gerade der Afrikakenner bei der Lektüre durchaus auf seine Kosten kommen.

Scholl-Latour ist ein veritabler Kenner dieses Kontinents. Beneidenswert, wie er Fakten, Assoziationen, Erinnerungen stets gegenwärtig hat. Ein bißchen Hemingway, ein bißchen T. E. Lawrence, freilich bleibt dies weit hinter diesen Schriftstellern zurück. Scholl-Latour aber ist selber immer da. Es ist nicht der ewige Gebrauch des Personalpronomens „ich", der stört, sondern die dabei dominierende Vordergründigkeit. *Und dann die Klischees: Amerikaner* trinken Whisky, burische Polizisten sehen aus wie sowjetische Paßbeam*te, und hübsche kleine* kaffeebraune Dirnen dürfen nicht fehlen.

Die Berichte lesen sich schick, der *Snobismus* ist unübersehbar, so erliegt man dem Charme des Erzählers. Um dem Leser einen Überblick über die angerissenen Sachprobleme zu geben (und eine Erwähnung dieser Probleme läßt sich nun einmal nicht vermeiden), wäre für die nächste Auflage (so sie kommt) dringend zu empfehlen, ein zweites Register hinzuzufügen, das zu den Personen auch Sachen, Orte, Konflikte usw. nennt.

Man weiß auch nicht, was „subjektiv wahrgenommene Realität" sein soll. Wieso muß metaphysisch von einer „Vorbestimmung" der Republik Südafrika die Rede sein? Wieso ist eine Moslemstadt „schweigsam" treibende Kraft im Unabhängigkeitskampf? Warum hat Eritrea „paradoxerweise" eine marxistisch-leninistische Organisation? Was soll man von den sehr seltsamen Gesprächen des alten Juden in Johannesburg, der seine „zahlreiche Gemeinde" zitiert, halten? Dieser oft verschrobene, nachlässige Stil ist es, der verwirrt, stört, ja verärgert.

Trotzdem überwiegt der eher positive Eindruck, ein Dokument der Zeit vor sich zu haben, das über diese Zeit hinausreicht. Und was kann man mehr von einem solchen Buch verlangen?

JOACHIM SEYPPEL

Peter Scholl-Latour: „Mord am großen Fluß. Ein Vierteljahrhundert afrikanische Unabhängigkeit", Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart, 544 S., 39,80 Mark.



Gemeinsames im Unterschiedlichen suchen, das Unvereinbare auf einen Nenner bringen will die Ausstellung „Aufbruch und Dauer" im Schloß Morsbroich zu Leverkusen. Sie soll über fünf Jahrtausende hinweg die Durchgängigkeit künstlerischer Formen durch ausgewählte Werke der altägyptischen und der modernen Kunst nachweisen. *Unsere Beispiele:* Sitzfigur des Neb-itef, um 1750 v. Chr. (links) und „Femme assise I" von Julio Gonzáles von 1935 FOTOS: KATALOG

„Aufbruch und Dauer": Leverkusen zeigt ägyptische und moderne Plastik

Der Louvre schickte seine Nofretete

Goethe hat uns zwei Erkenntnisse hinterlassen, die für den Besu*cher dieser Ausstellung von Nutzen* sein können. „Zahl und Maß", schrieb er, „in ihrer Nacktheit heben die Form auf und verbannen den Geist der lebendigen Beschauung", und: „Was ist doch ein Lebendiges für ein köstlich herrliches Ding; wie abgemessen zu seinem Zustande, wie wahr, wie seiend!" Was immer man am Ende von dem Unternehmen halten mag, das jetzt im Städtischen Museum Leverkusen altägyptische und moderne Plastik einigermaßen verwirrend zusammenbringt, ein Besuch dieser Ausstellung im Schloß Morsbroich lohnt auf jeden Fall. Denn man wird so bald nicht wieder ein dermaßen erlesenes Ensemble ägyptischer Skulpturen zu sehen bekommen; und auch die Beispiele zeitgenössischer Bildhauerei können sich zum Teil neben den ägyptischen sehen lassen.

Die Ausstellung, die in Zusammenarbeit mit der Münchner Hypo-Kulturstiftung zustande kam, vereinigt repräsentative Leihgaben aus namhaften europäischen Sammlungen, so den Torso der Nofretete aus dem Louvre, die Würfelfigur des Sen-nefer aus dem Britischen Museum London, *den Grünen Kopf aus Berlin, die Sta*tue des Ptah aus Leiden, um nur die berühmtesten Bildwerke zu nennen, welche hier die erste große, monumentale Kunst der Menschheit vertreten.

Nun sind diese wunderbaren Skulpturen allerdings nicht um ihrer selbst willen hier versammelt, son*dern um ein Prinzip zu* demonstrieren, das die Veranstalter, der Leverkusener Museumsdirektor Rolf Wedewer und der Münchner Ägyptologe Dietrich Wildung, ihrer großzügigen Inszenierung zugrunde legten und im Titel der Ausstellung, „Aufbruch und Dauer", nur vage andeuten.

Die Kenntnis der Kontinuität bildnerischer Formen, Maße und Strukturen ließe sich genauso anwenden in einer Gegenüberstellung moderner Plastik mit kykladischen Idolen oder mit Skulpturen der Gandharakunst etwa. Die Frage ist, bis zu welchen Kapriolen man dieses Prinzip reiten kann. Niemand wäre zum Beispiel erstaunt gewesen, in Morsbroich neben den ägyptischen Statuen solche von Avramidis oder Hede Bühl zu finden. Aber so einfach machten es *sich die Veranstalter nicht.*

Von den Grundtypen der ägyptischen Skulptur – Block, Basisplatte, Rückenstütze, Kubus, stehende und sitzende Figur – stellten sie, mehr oder weniger gewaltsam, Korrespondenzen her zu den Drahtplastiken Norbert Krickes, den abstrakten Stahlstelen von Kleinknecht oder Hermanns, zu den ausgedörrten Figuren Giacomettis, sogar zu der plastischen Flechtheim-Karikatur Rudolf Bellings.

Es ist schwer erfindlich, wem mit dieser Demonstration gedient sein soll. Die moderne Plastik – soweit es sich nicht um Rodin, Lehmbruck, Brancusi, Zadkine, Archipenko handelt – hat hier einen schweren Stand; und daß über die ägyptische Analogie der Zugang zu ihr erleichtert werde, erscheint uns als kühne Behauptung, genauso wie umgekehrt die Erwartung, über die moderne Skulptur werde uns Heutigen die altägyptische verständlicher.

EO PLUNIEN

Bis 31. 3. 86; Katalog 22 Mark. Hypo-Kunsthalle München 18. 4. bis 22. 6. 86

Abend mit 70 Balletten: „Pizza Girl" in Frankfurt

Liebestoller Platzhirsch

Neunzig Minuten-Ballette sind es dann doch nicht geworden. Aber für einen Eintrag ins Guinness-Buch der Rekorde reicht es bei *„Pizza Girl"* im Frankfurter Theater am Turm allemal, auch wenn ich nur siebzig choreographische *Gustostückchen* gezählt habe: Soviele Ballette wurden noch nie an einem einzigen Abend uraufgeführt, geschweige denn in so kurzer Zeit. William Forsythe (Künstlerische Leitung), Tom Willems (Musik), Benedikt Ramm (Ausstattung) und Cara Perlman, die mit einem ihrer Gemälde dem Stück-Werk den Titel gab, sind eben immer mal wieder für eine neue Zuschauererfahrung gut.

Ursprünglich hatte das Experiment ohnehin anders aussehen sollen. In den Ankündigungen für das Rahmenprogramm zur Eröffnungsausstellung der Frankfurter Schirn (vergl. WELT vom 2. 3.) war noch von sechs Choreographien die Rede, die zur gleichen Zeit und zur selben Musik, aber in verschiedenen Räumen des TAT stattfinden sollten – vor einem in jeder Hinsicht *mobilen* Publikum, versteht sich.

Doch das Projekt ließ sich nicht wie erwartet *realisieren. Statt der er*strebten Simultaneität erreichen William Forsythe, Timothy Gordon, Ron *Thornhill*, Dieter Heitkamp, Vivienne Newport und all die anderen jetzt ihre Gleichzeitigkeit, indem sie die einzelnen Teile so kurz halten, daß sich der Eindruck auf der Netzhaut des Betrachters verwischen kann: Während er sich noch mit dem einen Mini-Ballett beschäftigt, ist das nächste fast vorbei und beginnt bereits das dritte.

Unmöglich, alles auseinanderzuhalten: Kaum haben ein paar Spitzentänzerinnen ihr Kurz-Training absolviert, erscheinen schon die nächsten Kandidaten in phantastischer Vermummung. Kämpferische Episoden wechseln mit zeitlupenhaft zerdehnten Augenblicken. Zum „Hummelflug" von Rimsky-Korssakow stökkeln knapp gekleidete Revue-Girls über die glühbirnengesäumte Rummel-Bühne, mit den Lampen um die Wette strahlend. Während Jagdhörner zum großen Halali blasen, führen sich die Männer vor der klassischen Ballerina wie die liebestollen Platzhirsche auf.

Beim „Sterbenden Schwan", den ein namenloser Sänger gröhlt, verwandeln sie sich ein paar Szenen später in eine Meute verschlagener Bogart-Doubles, und ausgerechnet beim *Madrigal* „Tanzen und Springen" manipulieren sie so lange die steifbeinigen Solistinnen, bis die sich revan*chieren.* Dazwischen eingeblendet immer wieder Einzelauftritte: Glen Tuggle, der aus seiner Zitter-Nummer einen beklatschten Höhepunkt macht, Kate Strong, die sich sprechend zur Skandalnudel des Frankfurter Balletts entwickelt, Maya Li, die beharrlich ihren Weg verfolgt.

Vielleicht hätte man das Ganze stärker strukturieren müssen. So jagen sich Schlagermusik und Stratosphärenklänge, Sprechfetzen und Spielfragmente, Geräuschcollagen und stumme *Pantomimen in einem* Tempo, das dem Publikum den Atem verschlägt. Ständig sind die Tänzer im besinnungslosen Einsatz. Das Stück, sofern wir es überhaupt ein Stück nennen können, kommt nie zur *Ruhe. Immer* wieder unterbrechen Blackouts den beginnenden Bewegungsfluß.

Aber ein übergreifender Zusammenhang war bei diesem choreographischen Puzzle wohl ohnehin nicht beabsichtigt. Es zeichnet sich keine Entwicklung ab. Es bleiben Einzeleindrücke, atomisierte Ballette, die für sich ihre Berechtigung haben, sich aber nie zum Ganzen fügen. So sucht man sich seinen Teil, rätselt über die jeweilige Urheberschaft – und ist wie betäubt von der blitzschnellen Verwandlungskunst eines Ensembles, das seine Kunst eigentlich nicht nach Minuten zu zählen braucht.

Bis in den Mai hinein, so lange wie die Schirn ihre Ausstellung „Die Maler und das Theater im 20. Jahrhundert" zeigt, dauert die Veranstaltungsserie „Performance, Theater, Tanz, Musik", deren Auftakt das „Pizza Girl" markierte. Darunter finden sich auch Rekonstruktionen von Oskar Schlemmers Bauhaus-Tänzen durch Gerhard Bohner (29. bis 31. März) und von Kandinskys „Bildern einer Ausstellung" durch Horst Birr und Martin Rupprecht (10. bis 12. April). Anne Jud und der Maler Salomé bereiten eine Paul-Gauguin-Performance vor: „Noa Noa – Die erste tibetanische Reise", weitere Animationen gelten Werken von Günther Uecker („Röhrenballett" am 8., 9., 15. und *16. März), Arnold Böcklin („Die* Toteninsel") vom 15. bis 20. April, Pablo Picasso („Vier kleine Mädchen", 25. – 27.4., 3. und 4. 5.) und Joan Miró (8. 5.).

HARTMUT REGITZ

Zensurgeschrei in England: Der große Streit um den Änderungsantrag zum Gesetz über das Obszöne

Wie einst zu Zeiten der prüden Königin Viktoria?

Fernseh-Welterfolge wie die Serien „Forsyte Saga", „Holocaust" oder „Roots" würden unweigerlich strafrechtliche Verfolgung der verantwortlichen Programmplaner nach sich ziehen. Galeriedirektoren müßten ihre reifen Nackten von Renoir schleunigst in geschlossene Räume verbannen, mit dem Schild an der Tür: Betreten nur Erwachsenen gestattet. Klassiker wie Shakespeare mit seiner Tragödie „King Lear" kämen ebenso auf den Index wie Hitchcocks Thriller „Psycho". Das Fernsehen müßte, mit Rücksicht auf die lieben Kleinen, das Niveau der Kinderstunde wahren.

Dieses Bild der Bildschirm-Zukunft malten Repräsentanten von Film und Fernsehen Englands an die Wand. Sie haben sich zu einer Aktionsgemeinschaft zur Abwehr einer „tödlichen Bedrohung" zusammengeschlossen. Über ihrer künstlerischen Freiheit schwebe ein Damoklesschwert.

Schutz der Minderjährigen

Das hat der konservative Abgeordnete Winston Churchill, Enkel des Kriegspremiers, geschärft – in Form eines Änderungsantrags zum Gesetz über das Obszöne. Denn dieses „Gesetz über obszöne *Publikationen*" aus dem Jahre 1959 definiert das Obszöne als das, was den „verderben" kann, *der mit ihm in Berührung kommt.* Den Geltungsbereich des Gesetzes will Churchill durch seine Novelle auf das Fernsehen ausdehnen. Da dieses Medium Minderjährigen praktisch ohne Einschränkung zugänglich sei, *müsse der Gesetzgeber das tun*, was die auf hohe Einschaltquoten schielenden Fernsehmacher in freiwilliger Selbstkontrolle nicht leisten.

Man hat England das westeuropäische Land genannt, in dem die Säkularisierung weiter als in jedem anderen vorangeschritten ist. Das ist im Auge zu behalten, wenn man rekapituliert, wie es Churchill mit seiner Novelle bisher ergangen ist. Ende Januar ließ sich für ihn noch alles bestens an: Seine Vorlage passierte in zweiter Lesung das Unterhaus. Premierministerin Margaret Thatcher stimmte dafür. Die Vorlage wird jetzt in den Ausschüssen beraten.

Churchill wollte es dem Gesetzgeber und der Polizei leicht machen und lieferte gleich eine „Wäscheliste" des Obszönen mit. Gemeint war schmutzige Wäsche, die auf dem Bildschirm nicht mehr gewaschen werden soll – auch dann nicht, wenn sie in Kunst verpackt ist. Als obszön sollten vom Bildschirm verbannt werden „Masturbation, Sodomie, geile Zurschaustellung von Nackten, Kannibalismus, Bestialität, Verstümmelung, bösartige Grausamkeit gegenüber Personen oder Tieren".

Bei all den Scheußlichkeiten gibt es eine Kehrseite der Medaille. Da man Shakespeare nicht mehr dafür belangen kann, daß Gloucester im King Lear auf der Bühne geblendet wird, müßte der Generaldirektor der BBC maximal drei Jahre ins Gefängnis, falls er die Ausstrahlung dieser Ungeheuerlichkeit zuläßt. Dokumen*tarfilmer* und ihre Kollegen von den Auslandsjournalen sehen schon voll Schrecken, wie ihren Fernsehberichten von Krisenherden alle Zähne gezogen werden, wenn erst gewalttätige Szenen beispielsweise zwischen Polizei und Demonstranten in Südafrika unter den erweiterten Begriff des Obszönen fielen. Auch das „Fressen und Gefressenwerden" der Tierwelt müßte aus den Naturfilmen herausgeschnitten werden.

Auch Galerien betroffen

John Mortimer, als viel gespielter Dramatiker und Fernsehautor ein potentiell Betroffener, entdeckte als Starjurist die Schwachstelle in der Novelle: „Die Anklagebehörde braucht nicht mehr zu beweisen, daß der Angeklagte etwas getan hat, was Schaden anrichten kann. Sie braucht nur noch zu zeigen, daß er ein Thema aufgegriffen hat, das auf dieser dummen, kleinen Liste steht." Michael Grade, Programmdirektor von BBC-1, zeigte, daß als Folge eines Änderungsgesetzes *nicht* nur die Programmacher des Fernsehens ständig mit dem Gesetzbuch unterm Arm *herumlaufen müßten, sondern daß* „ein Rückfall in kleinkarierte viktorianische Wertvorstellungen" auch die Opernhäuser und Gemäldegalerien treffen würde.

Denn alle auf der Liste genannten Sujets würden, sobald sie unter 18jährigen in schriftlicher oder visueller Form zugänglich gemacht würden, automatisch strafrechtliche Verfolgung wegen Obszönität bedeuten. Anthony Smith, Direktor des Britischen Filminstituts, sieht diese Konsequenzen für den britischen Film voraus: „Viele unserer Werke von Rang wird man nur noch im Ausland sehen können. Wir werden uns als Lieferanten von Kinderprogrammen lächerlich machen."

Winston Churchill mußte einsehen, daß er im Begriff war, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Er ließ die „Wäscheliste" fallen und ersetzte sie in seiner Vorlage durch die Forderung, daß die Frage nach dem obszönen Gehalt von Fernsehsendungen künftig im Blick auf minderjährige Zuschauer zu stellen sei.

Bei der in England bisher üblichen Praxis dürfen die BBC und das Aufsichtsorgan der kommerziellen Fernsehanstalten IBA mit dem Regulativ eigener Richtlinien über Gewalt und Sex eigenverantwortlich handeln. Sie sträuben sich nach Kräften dagegen, daß ihnen der Staat ständig über die Schulter blickt. Ihr Hauptargument: Das Fernsehen muß ein Spätprogramm für Erwachsene machen dürfen, auch im Zeitalter totaler Verfügbarkeit aller Sendungen für alle durch den Videorekorder. Man wird auf den Ausgang der Diskussion im und *außerhalb des Parlaments* gespannt sein dürfen.

SIEGFRIED HELM

KRITIK

Mitternächtliche Schwätzereien am Rande des Abgrunds

Gelehrte aus fünf Nationen haben vor zwei Jahrzehnten ein Zukunftsbild von Zuständen und Fortschritten anno 1985 entworfen. Wo sich Gelehrte an der Zukunft versuchen, ist der gewöhnliche Mensch aber zumeist besser bedient mit dem guten alten Nostradamus. Wenn man *dem Archiv-Filmchen von 1965* glauben darf, das Sonntag nacht die ARD in ihrer Gesprächsrunde **Die Vergangenheit der Zukunft** vorzeigte, dann verfügen wir hier und heute über enorme Flächen fruchtbaren Neulands, entstanden aus bewässerten Wüsten; wir erfreuen uns unerschöpflicher Nahrung aus der Tiefsee und schürfen dort auch viel Erz; 75 von 100 Krebskranken werden geheilt; nahezu alle Arbeitsprozesse erledigen elektronisch gesteuerte Apparate.

Nur mit Kleinigkeiten haben die erwähnten Gelehrten halbwegs recht behalten: Mit dem künstlichen Herzen wird experimentiert; es gibt Lehrmaschinen für Kinder, und Concorde bietet fast das Tempo für die prophezeite Geschwindigkeit einmal um die Erde, auch holt man Öl unter dem Meer – aber das ist dann schon alles.

Nun ist es gewiß schön und tröstlich, wenn Propheten sich hübsch gründlich irren. Jedoch, im deutschen Fernsehen haust deutsche Gründlichkeit. Obwohl jedermann weiß, daß ein bei Prognose bezahlter Futurologe fast immer labert und irrt, *wurde daraus ein feierlich* intellektuelles Schwatzstündchen vor Mitternacht.

Dagobert Lindlau hatte sich drei Herren mit Professorentitel geholt: Wolfgang Engels, Robert Jungk und Hoimar von Ditfurth. *Zuschauer und* Professoren wurden gefüttert mit Dokumentarfetzen einer ganzen Menge von niederdrückenden Ereignissen aus den letzten zwanzig Jahren, hübsch durcheinander und doch wohl in der Absicht, jedermann von links her zu deprimieren, von Prag bis Stammheim und zurück. Was das mit Prognosen zu tun hatte, blieb unklar.

Die drei gelehrten Herren im Freiberuf kamen reichlich zu Wort. Jungk sprach viel davon, wie *unvernünftig* und taub die Machthaber allenthalben seien, obwohl man ihnen doch klargemacht hätte, was alles an Bösem kommen würde oder doch kommen könnte. Hoimar von Ditfurth nannte die Futurologie „das letzte Reservat der Wissenschaftsgläubigkeit", was richtig sein mag, aber doch bedenklich klingt: Glaubt man den Gelehrten auch Gegenwärtiges nicht mehr? Der Wirtschaftsmann hoffte, eine bürokratisch verkrustete Gesellschaft würde nicht in naher Zukunft das Land unregierbar machen – denn, sagte er, dies müsse ja nicht sein. Ditfurth war mit Recht für eine weltweite Familienplanung.

So befand man sich denn eine Stunde lang, ziellos hin- und herhüpfend auf dem Niveau volkstümlicher Zeitschriften, stets am Rande eines nicht näher definierten Abgrunds, und Moderator Lindlau bemühte sich mit netter Einseitigkeit um Verschlimmerung des Weltbilds seiner Zuschauer. Jene haben schon in der Gegenwart nichts zu lachen, wenn sie dermaßen konfus und selbstgefällig bedient werden – mit einer Sorte von Blabla und Durcheinander, wie sie auf britischen oder französischen Bildschirmen *niemals gezeigt wird.*

CHRISTIAN FERBER

ARD | ZDF | SAT 1

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

- 9.45 **ZDF-Info**
- 10.00 **Tagesschau und Tagesthemen**
- 10.03 **Liebling – Kreuzberg**
- 11.10 **WISO**
- 11.40 **Wiener Klatsch**
- 12.10 **Nerjungri**
- 12.55 **Presseschau**
- 13.00 **Tagesschau**

ARD

- 16.00 **Tagesschau**
- 16.10 **Frauengeschichten**
  Seit 1972 ist Anke Martiny Mitglied des Deutschen Bundestages. Brigitta Schroedter beobachtete die prominente SPD-Politikerin bei ihrer Arbeit in den Ausschüssen und Kommissionen und im Kreis ihrer Familie.
- 16.55 **Spaß am Dienstag**
  Unterhaltungsmagazin für Kinder
  Zeichentrickfilme mit Tom und Jerry
  Außerdem: Der Postbote / Drei Freunde
- 17.50 **Tagesschau**
  Dazw. Regionalprogramme
- *19.00 **Live-Übertragung***
  Hauptrundenspiel bei der Hallenhandball-Weltmeisterschaft „DDR" – Bundesrepublik Deutschland
  Dazw. Regionalprogramme
- 20.15 **Tagesschau**
- 20.30 **Die Montagsmaler**
  Heute: Schriftsteller gegen Briefträger
  Musikalischer Gast: Joana
  Regie: Jaromir Vasta
- 21.15 **Panorama**
  Berichte – Analysen – Meinungen
  Themen: Fluchthilfe in Berlin
  Rummel um Stammheim
  Legionäre in Deutschland
  Geschäfte mit AIDS
  Geschäft mit der Weiterbildung
  Moderation: Peter Gatter
- 22.00 **Dallas**
  Sackgasse
- 22.45 **Tagesthemen**
- 23.15 **ARD-Sport extra**
  Fußball-UEFA-Pokal:
  Sporting Lissabon – 1. FC Köln
  Viertelfinale – Hinspiele
  Aufzeichnung vom selben Tag aus Lissabon
- 0.30 **Tagesschau**
- 0.35 **Nachtgedanken**
  Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

- 16.00 **heute**
- 16.04 **Pinnwand**
- 16.20 **Pfiff**
  Sportstudio für junge Zuschauer
- 17.00 **heute / Aus den Ländern**
- 17.15 **Tele-Illustrierte**
- 17.45 **Tom und Jerry**
  Anschl. heute-Schlagzeilen
- 18.20 **Mit dem Kopf durch die Wand**
  In die zweite Runde tritt heute abend Biggi Lechtermanns Quiz für die ganze Familie. Und wieder sind Allgemeinwissen und Geschicklichkeit *bei den Kandidatenfamilien* gefragt. Wer gewinnt diesmal? Auch die Zuschauer zu Hause können sich mit ihrem Tele*fontip beteiligen.*
- 19.00 **heute**
- 19.30 **Die Reportage**
  Bouillabaisse und Couscous
  Über Franzosen und Araber in Marseille berichtet Udo Philipp
- 20.15 **Ist ja irre**
  Diese müden Taxifahrer
  Englischer Spielfilm (1963)
  Mit Sidney James, Hattie Jacques, Kenneth Connor u. a.
  Regie: Gerald Thomas
  Der Taxifahrer Charlie hat den Hochzeitstag vergessen, seine Frau Peggy muß ihn daran erinnern. Um die Situation zu retten, schenkt er ihr einen Pelz und will abends mit ihr ausgehen. Doch daraus wird nichts ...
- 21.45 **heute-journal**
- 22.05 **Theaterwerkstatt**
  Schiller heute
  Einblicke in drei Inszenierungen
  Von Susanne Müller-Hanpft und Martin Bosboom
  Die Jungfrau von Orleans
  Thalia Theater Hamburg
  Don Karlos
  Münchner Kammerspiele
  Wilhelm Tell
  Württembergische Staatstheater Stuttgart
- 23.45 **heute**

SAT 1

- 15.00 **Perrine**
  Wiedersehen mit Parikal
- 15.30 **Lassie**
- 16.00 **Musicbox**
- 17.00 **Die Leute von der Shiloh-Ranch**
- 18.00 **Taxi**
  Oder: Regionalprogramme
- 18.30 **APF blick**
- 18.45 **Glückstreffer**
- 19.45 **Love Boat**
  Anschließend:
  APF Wetterblick
  Danach:
  Ihr Wochenhoroskop
- 20.45 **Hunter**
  Geheimakte Lovejoy
- 21.30 **APF blick**
- 22.15 **F. A. Z. etten**
- 22.45 **S. T. E. P. IN**
- 23.35 **APF blick**
  Letzte Nachrichten

3SAT

- 18.00 **Mini-ZiB**
- 18.10 **Spielregeln**
  Jugend und Justiz
- 19.00 **heute**
- 19.20 **3SAT-Studio**
- *19.30 **Der alte Richter***
  6. Folge: Zirkusleute
- 20.30 **auslandsjournal**
- 21.15 **Zeit im Bild 2**
- 21.35 **Kulturjournal**
- 21.45 **Club 2**
  Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

- 18.35 **Blick in die Welt**
- 18.53 **7 vor 7**
  Nachrichten, Sport, Wetter
- 19.22 **Karlchen**
- 19.30 **Knight Rider**
- 20.15 **RTL-Spiel**
- 20.20 **Filmvorschau**
- 20.30 **Das „späte" Mädchen**
  Franz.-ital. Spielfilm (1971)
  Mit Annie Girardot u. a.
- 22.00 **RTL-Spiel**
- 22.05 ***Porträt einer Legende: Paul Anka***
- 22.32 **Wetter / Horoskop / Betthupferl**

III.

WEST

- 18.00 **Telekolleg II**
- 18.30 **Sesamstraße**
- 19.00 **Aktuelle Stunde**
- 20.00 **Tagesschau**
- 20.15 **Auslandsreporter**
  Die verkaufte Braut
  Notizen aus der jugoslawischen Provinz Bosnien von Marko Joslo
- 20.45 **Rückblende**
  Vor 70 Jahren gestorben: Franz Marc
- 21.00 **Formel Eins**
- 21.45 ***Dem Gift auf der Spur***
  Die Arbeit des Chemischen Landesuntersuchungsamtes in Münster
- 22.15 ***Drei vor Mitternacht***
  Sterbehilfe – Wohltat oder Straftat?
  Anschl. Letzte Nachrichten

NORD

- 18.00 **Sesamstraße**
- 18.30 **Formel Eins**
- 19.15 **Unsere Nachbarn – Die Baltas (7)**
- 20.00 **Tagesschau**
- 20.15 **Schaufenster**
- 21.00 **Der Fall Sorge**
  Dokumentarspiel
- 22.25 **The Cotton Club im Ritz**
- 23.10 **Nachrichten**

HESSEN

- 18.00 **Sesamstraße**
- 18.30 **Frauen-Fragen**
- 19.05 **Formel Eins**
- 20.00 **Tatort**
- 21.20 **Hessen drei unterwegs**
- 21.30 **Drei aktuell**
- 21.45 **Allerlei Theater**
- 22.30 **Spanische Kunst**
  Der Maler Antonio Saura
- 23.15 **Soap oder Trautes Heim**
  Familiengeschichte

SÜDWEST

- 18.58 **Schlagzeilen**
- *Nur für Baden-Württemberg:*
- 19.00 **Abendschau**
- *Nur für Rheinland-Pfalz:*
- 19.00 **Abendschau**
- *Nur für das Saarland:*
- 19.00 **Saar 3 regional**
- *Gemeinschaftsprogramm:*
- 19.26 **Sandmännchen**
- 19.30 **Die Sprechstunde**
- *Nur für Baden-Württemberg:*
- 20.15 **Heute in ...**
- *Nur für Rheinland-Pfalz:*
- 20.15 **Guten Abend aus Mainz**
- *Nur für das Saarland:*
- 20.15 **Magazin Saar 3**
- *Gemeinschaftsprogramm:*
- 21.15 **Ich suche Dich**
  Deutscher Spielfilm (1953)
  Mit O. W. Fischer, Anouk Aimée, Nadja Tiller u. a.
  Regie: O. W. Fischer
- 22.45 **Englischkurs (9)**
- 23.15 **Automobilsalon 1986 in Genf**
- 23.45 **Nachrichten**

BAYERN

- 18.45 **Rundschau**
- 19.00 **Carolins Fleckerlteppich**
- 20.00 **Spiegelbilder**
- 20.45 **Die Sprechstunde**
  Wie gesund ist unsere Kleidung?
- 21.30 **Rundschau**
- 21.45 **Z. E. N.**
- 21.50 **Das Geheimnis der Dame in Schwarz**
  Amerikanischer Spielfilm (1960)
- 23.40 **Rundschau**

St. Ludwig sei's geklagt

mar – Soll man es Buchheim-Syndrom nennen? Oder Panza-Syndrom? Oder Ströher-Syndrom? Jenes Wechselfieber aus Hoffnung und Freude, Furcht und Selbstbetrug, einem Trotz-alledem-Optimismus und tiefer, schwarzer Depression, das Museumsleute oft befällt?

In Duisburg hat man das jetzt ausgiebig durchlitten. Zuerst herrschte da jene mit Schadenfreude gegenüber München untermischte Genugtuung, weil Lothar-Günther Buchheim dem Lehmbruck-Museum seine Expressionisten-Sammlung zugesagt hatte. Man spendierte ihm sogar eine Ausstellung seiner mäßigen Malereien, schenkte ihm den Professoren-Titel und machte sich daran, wie verabredet, ihm einen eigenen Flügel zu errichten. Doch nun, wo das Haus weitgehend fertig ist, sagt Buchheim „April, April". Duisburg wird seine Sammlung nicht erhalten. So hat man dort nun ein neues Museum, aber nicht die Bilder, für die es gebaut wurde.

Aber man kann sich trösten. Man steht nicht allein. Jener vielgerühmte Hollein-Bau auf dem Abteiberg von Mönchengladbach beherbergt auch nicht die Kunstwerke, für die er konzipiert wurde. Der Graf Panza mochte, als man längst schon das Richtfest gefeiert hatte, von seinen früheren Zusagen nichts mehr wissen. Und die Darmstädter, die dem Hessischen Landesmuseum nach langem Hin und Her einen Anbau anfügten, mußten sich von einem cleveren Galeristen allerhand Neu-Wildes ausborgen, weil ihnen die Ströher-Sammlung, durch eigene Saumseligkeit vorwiegend, durch die Lappen gegangen war. Das Ströher-Panza-Buchheim-Syndrom grassiert also.

Oder sehen wir das alles falsch? Herrscht da vielleicht ein abgekartetes Spiel zwischen Museen und Mäzenen? Spielt man den Stadtvätern und Landesfürsten nur eine Großmuts-Komödie vor, um Gelder für ein Haus lockerzumachen, das man sonst nie und nimmer finanziert bekäme?

„Nie sollst du mich befragen", singt dazu der Heilige Ludwig, der Patron aller Mäzene – und Wankelmütigen.

Zum 70. Geburtstag von Hans Jürgen Eysenck

Der Spaß am Menschen

Er ist der Mann, der den *Intelligenzquotienten erfunden hat und* die „wissenschaftliche Partnerwahl". Er gilt als einer der grimmigsten Vertreter „reiner" Wissenschaft, als ein Gelehrter, der nur allerstrengstens durchgeführte empirische Forschungsreihen akzeptiert und nur das, was sich mathematisch formulieren und durchrechnen läßt. Andererseits sagen ihm viele Kollegen ein „theatralisches Wesen" nach und verübeln ihm die „marktschreierische Art", mit der er Forschungsergebnisse popularisiert.

Hans Jürgen Eysenck, der deutsch-britischen Psychologieprofessor, der heute siebzig Jahre alt wird, läßt das kalt. „Wissenschaft muß Spaß machen", lautet einer seiner bekanntesten Sprüche, und ein anderer: Forschung muß sich lohnen, nicht so sehr für den Forscher selbst als vielmehr für die vielen Menschen, die sie mit ihren Steuermitteln erst ermöglichen und die folglich ein *Recht darauf haben, von ihren Früchten zu profitieren.*

Eysenck leugnet freilich nicht, daß ihm das „Theatralische" gewissermaßen im Blut liegt, entstammt er doch einer alten Berliner Schauspielerfamilie, deren Mitglieder sich gelegentlich auch einmal als Conférenciers oder als Stummfilmstars versuchten. Auch der junge Eysenck, übrigens einer der bekanntesten Leichtathleten in der damaligen Reichshauptstadt, schwankte anfangs zwischen Schauspielschule und Universität. *Die Umstände der Flucht vor dem* Nationalsozialismus und der ersten Emigrationsjahre in England wiesen schließlich den Weg zur psychologischen Wissenschaft.

Hier stieg Eysenck schnell zu einem führenden Repräsentanten der „empirischen Schule" in der Psychologie auf: das Londoner Mandsley Hospital und die ihm angegliederten Forschungsabteilungen wurden unter seiner Ägide zum anerkannten Zentrum der angewandten psychiatrischen Forschung – und des Antifreudianismus. Besonders sein Buch über die Neurosen (1973) wirkte auf die Anhänger der wahren Freudschen Lehre wie ein rotes Tuch, zeigte es doch mit experimenteller Unwiderlegbarkeit die Beliebigkeit und therapeuthische Unerheblichkeit der psychoanalytischen Behandlungsmethode auf.

Heute lesen sich die Eysenckschen Einwände *fast wie selbstverständlich;* damals waren sie hochempfindlicher Zündstoff in der „scientific community". Nicht anders verhielt es sich mit seinen Aussagen über die genetisch bedingte Ungleichheit der Menschen. Eysenck nahm als einer der ersten Psychologen die Genetik wirklich ernst. In „Race, Intelligence and Education" (1971) legte er lange Versuchsreihen vor, aus denen nicht nur die unterschiedliche intellektuelle Begabung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen hervorging, sondern auch, daß eine noch so gute Erziehung daran nichts ändern könne. Die Folge war ein Aufschrei in der „scientific community".

Eysenck wurde regelrecht geächtet, als Nazi beschimpft, dem „gerechten Zorn" aufgehetzten Studentenpöbels ausgeliefert. Es war die Zeit der „Reformen", der absoluten Herrschaft der Milieutheoretiker, für die der Mensch eine *tabula rasa* ist, in die *man angeblich durch „Erziehung"* alles und jedes hineinpflanzen kann. Daß hier nun ein Forscher kam und einfach empirische Versuche anstellte, von denen die Theorie widerlegt wurde, empfand man als Frechheit und Anmaßung. Wieder einmal konnte nicht sein, was nicht sein darf. Eysenck ließ sich aber überhaupt nicht davon beeindrucken, und das zeugt von einem ungewöhnlich hohen Maß an Zivilcourage und wissenschaftlicher Moral.

Wissenschaft theatralisch: Der Psychologe Hans Jürgen Eysenck FOTO: HORST TAPPE

Dabei verhält es sich ja keineswegs so, daß der Mann, wie so mancher unter den neueren Sozio-Biologen, dem Menschen jegliche Freiheit abspricht und ihn gewissermaßen zur passiven Außenhaut der Gene macht. Eysenck ist im Gegenteil der geborene Verhaltenspsychologe, der stets das ganze Individuum und sein soziales Umfeld vor Augen hat. Für ihn kommt es darauf an, daß wir unsere genetische Bedingtheit erkennen und annehmen, um uns in unserem Verhalten darauf einzustellen, individuelle und soziale Verhaltens-Strategien entwickeln, um positive genetische Potentiale voll auszunutzen, negative einzugrenzen und noch das denkbar Beste aus ihnen zu machen.

Viele der neueren Arbeiten Eysencks dienen diesem Ziel: Untersuchungen über Jobsuche, Partnerwahl oder Strafvollzug. Daneben stehen dann manchmal auch Themen, die im ersten Moment befremden, zum Beispiel die Astrologen, denen der große Empiriker „ein erstaunliches Maß an solider Feldarbeit" bestätigt. Aber schließlich ist die Astrologie eines der auffälligsten psychologischen Massenphänomene der Gegenwart. Warum sollte es also nicht vom Psychologen untersucht werden, und zwar in der gleichen unvoreingenommenen Weise wie andere Forschungsgegenstände?

Nichts *Menschliches,* sagt *Professor Eysenck,* darf uns Psychologen fremd sein. Daran hat er sich selbst *stets gehalten.* GÜNTER ZEHM

KULTURNOTIZEN

Ein Festival des humoristischen Films findet vom 17. bis 22. März im französischen Wintersportort Chamrousse statt.

„Risonanze erranti", eine neue Komposition von Luigi Nono, wird vom Westdeutschen Rundfunk am 15. März in Köln uraufgeführt.

Über Carl Schmitt, *den im* vergangenen Jahr verstorbenen Verfassungsrechtler, führen Jacob Taubes und Kurt Sontheimer ein Streitgespräch im Heinrich-Heine-*Haus* der Pariser Cité Universitaire.

An den Maler Jules Lefranc erinnert eine Ausstellung im Museum für naive Kunst in Nizza.

Oskar Kokoschkas „Briefe II" (1919 – 1934) wurde von der Darmstädter Jury zum Buch des Monats März gewählt.

Cesare Polacco, Italiens und Strehlers berühmter Goldoni-Schauspieler, ist 85jährig in Rom gestorben.

Späte Liebe zum hohen Pathos: Liliana Cavani inszenierte Cherubinis „Médée" an der Pariser Opéra

Eine Hohepriesterin des Mutterrechts

Es war eine Premiere ganz nach Pariser Art. 48 Stunden, bevor der Vorhang über Liliana Cavanis Inszenierung von Luigi Cherubinis „Médée" aufgehen sollte, gab die Opéra eine Verschiebung um einen Tag bekannt. Bei der Installation von Ezio Frigerios Bühnenbild hatten sich schier unübersehbare Probleme ergeben, die letztendlich nur dadurch zu lösen waren, daß man mit der Säge *an die gewaltigen* Styropor-Konstruktionen des Italieners heranging. 24 Stunden vor dem neuen Datum stellte eine Streikdrohung abermals die Premiere in Frage.

Als am Abend ein Sprecher der Opéra Mme. Shirley Verrett, die Interpretin der Titelpartie, ob einer Erkältung entschuldigen mußte, da war das schon fast eine Bagatelle auf dem Hindernislauf zu einer Aufführung, auf die man sich aus vielfachen Gründen mit besonderem Interesse gespitzt hatte. Der musikalische Grund: Cherubinis „*Médée*", Jahrgang 1797, über hundert Jahre lang *vergessen und erst in den 1950er* Jahren von Maria Callas als eines der Schlüsselwerke der Operngeschichte neu inthronisiert, dieses Werk also ertönte endlich einmal nicht in italienischer Verfremdung, sondern in seiner originalen, französischen Gestalt.

Der theatralische Grund: die Filmregisseurin Liliana Cavani, bei der Berlinale für ihren Film „Leidenschaften" gerade arg gerupft, versuchte sich erneut in jenem Metier, das offenbar das Interesse ihrer reiferen Jahre zu fesseln scheint. Es war dies, nach Bergs „Wozzeck" beim Fiorentiner Maggio Musicale und Glucks „Iphigénie en Tauride" an der Opéra vor knapp zwei Jahren, der dritte Versuch der kontroversen Regisseurin in *Sachen Oper.*



Nur die Säge half, Ezio Frigeros gigantische Klassizismus-Architektur auf die Bühne der Pariser Opéra zu bringen: Szene aus Liliana Cavanis „Médée"-Inszenierung FOTO: JACQUES MOATTI

Eins ist danach sicher: Die Cavani ist nicht bereit, das Markenzeichen ihrer Filme, nämlich das Ineinander von sexueller Perversion und Nationalsozialismus, auf die Bühne zu übertragen. Sie hatte dies schon bei der „Iphigenie" verweigert, wo es vom Inhalt her noch leichter unterzubringen gewesen wäre, sie verweigert es nun abermals. Aber sie läßt dafür schon deutliche Linien in ihrem Opern-Œuvre erkennen.

Denn wieder geht es um Oper der klassischen, der vorromantischen Periode. Wieder geht es auch um ein großes, tragisches Frauenschicksal. Und auch in der Ausstattung nimmt diese „Médée" Bezug auf die „Iphigenie"-Inszenierung: wieder eine Treppe als Spielfläche, wieder die Stufen von trockenem Laub übersät, wieder *dahinter* eine gewaltige Kuppelkonstruktion. Sie ist nun im Winkel von 45 Grad nach hinten geneigt, aus dem Zuschauerraum also voll einzusehen. Auf den schräggestellten Säulen turnen akrobatische Jungen herum. *Im zweiten Akt ist aus* der Kuppel ein Stück herausgebrochen, im dritten Akt fehlt das Dach *ganz, gibt den Blick auf den Himmel* frei, während auf den Mauerresten schwarze Todesvögel hocken.

Mit Bilderrätseln geizt die Cavani also nicht. Noch während der Ouvertüre versuchen Medeas zwei Buben, einen Drachen steigen zu lassen. Das allerdings gelingt erst einem Blinden, der durch die Szene geistert. Diese Figur ist es denn auch, an die Medea später ein rotes Seidenband knüpfen kann, das sich aus ihrem Bauch entläßt. Es beschreibt schließlich eine Art Blutkreis für den Mord an ihren und Jasons Kindern. Bedarf es also erst der Innensicht des Blinden, das zu verwirklichen, was zu tun aufgegeben ist? Aber ist nicht gerade Medea, von Beruf Zauberin, wenn auch ohne Raserei und Dämonie, viel stärker an die mütterlichen Kräfte der Erde, des Bodens gebunden, wie es Pasolini in seinem „*Medea*"-*Film* mit der *Callas* gezeigt hat? Die Innensicht der Welt durch den Blinden, wie sie etwa Wagners Wotan auszeichnet, ist doch eher ein sehr männliches Attribut, das einem für eine Muttergestalt wie die *Medea nicht einleuchten will.*

Die Cavani äußerte, sie sehe in der „Médée" vor allem den „Kampf des *Individuums gegen die* Staatsgewalt". Nun, das ist eigentlich mehr eine Problematik der Antigone, die es freilich bis heute in keiner überzeugenden Opern-Darstellung gibt. Immerhin läßt sich eine solche Akzentuierung in der Aufführung nachvollziehen: Auf der einen Seite steht Kreon mit seinen Soldaten, angetan in Uniformen und weißen Perücken der Entstehungszeit von Cherubinis Oper, auf der anderen Seite breiten sich Medea und die Ihren in dekorativer Folklore-Gewandung fließend, weich, natürlich, auf die Treppenstufen. Da wird die Spannung zwischen militärischem Formzwang und vegetativem Leben dingfest gemacht.

Aber nicht deutlich genug. Aus welchem Recht diese hohepriesterliche Medea bei ihrem doppelten Kindesmord handelt, bleibt offen. Medeas vermeintliches *Mutterrecht, Leben* zu schenken und Leben zu nehmen (für das die Inder ihre Göttin Khali haben), kommt in dieser Aufführung überhaupt nicht zur Sprache.

Aber vielleicht geht es der Cavani doch gar nicht um inhaltliche Probleme, sondern einzig und allein um den *formalen Aspekt: um eine* Liebeserklärung also an das hohe pathetische Theater der Vergangenheit, wie es, wenn überhaupt, nur in der Oper zu revitalisieren ist. Jedenfalls ist die Szenerie ihrer Pariser „Médée" in jedem Moment von einer höchst verführerischen Faszinationskraft. Man kann sich gar nicht sattsehen an dieser opulenten, dabei farblich wie formal vollendeten Ästhetik.

Für die musikalische Faszinationskraft muß der Dirigent Pinchas Steinberg mit einem wahrhaft fulminant dirigierten Cherubini alleine geradestehen. Selten hat man diese Musik mit mehr Beteiligung, mehr Interesse angehört. Bei den Sängern machten Nadine Denize mit der Berceuse der Néris und Jean-Philippe Lafont als Créon weit stärkeren Eindruck als Shirley Verrett, als Anne-Marie Rod*de in der Rolle der Dircé und erst* recht als Werner Hollweg als Jason.

REINHARD BEUTH

Schotts „Neue Zeitschrift für Musik" im Aufwind

Was Furtwängler schrieb

Zu Anfang des Jahrhunderts wußte es schon Alfred Kerr: „Unser *Feind ist, großer Gott,/ wie der Brite* so der Schott./ Manchen hat er unentwegt/ auf das Streckbett hingelegt." Richard Strauss *setzte* die Verlegerschelte in Musik: Sein „Krämerspiegel" hadert mit den Kaufleuten, denn „solche Brüder Reinecke, die fressen Dir das Deinige" und resümierte: „Von Händlern wird die Kunst bedroht,/ da habt ihr die Bescherung./ Sie bringen der Musik den Tod,/ sich selber die Verklärung."

Nun, diese Verhältnisse mögen sich in unserem Jahrhundert geändert haben durch die so unglaublich kostenintensive Herstellung des Notenmaterials für Neue Musik, aber fast alle großen Musikverlage geben nach wie vor eine Zeitschrift heraus, ein *Periodikum, das – wenn auch* scheinbar unabhängig – unterschwellig doch dem Namen des Hauses dient, aber eben auch dem Ruhm der von ihm vertretenen Komponisten.

Das tut auch die einst von Robert Schumann *gegründete,* monatlich beim Mainzer Musik-Multi B. Schott's Söhne erscheinende „Neue Zeitschrift für Musik", die seit dem vergangenen Jahr mit Siegfried Schibli einen neuen Redaktionschef hat und nun kräftig versucht, wieder mehr *Aufmerksamkeit zu* erringen. Die journalistische Qualität stimmt, die hauseigene Produktion wird nicht ungebührlich *bevorzugt, die Urteile* werden sine ira et studio gefällt. Man kann also dem Schott-Erzeugnis Fairneß *nicht* absprechen.

Der flüchtige Klang will sich nicht beschreiben, seine instrumentale oder vokale Wiedergabe nur unzulänglich im Wort fixieren lassen. Diese Binsenweisheit kannte auch Robert Schumann, als er 1834 das Blatt gründete und seinen Titel umfassend wie neutral faßte: Der Blick auf die Gegenwart und Zukunft des Komponierens wie die Beurteilung der aktuellen musikalischen Szene mit ihren Bezügen zur Vergangenheit sollte im Zentrum der Diskussion stehen.

Fragen der Zunft also behandelt die „NZ" so eingehend wie seriös, geht ihnen in epischer Breite auf den Grund, so daß Insider und Leute, die viel Zeit haben, auf ihre Kosten kommen. Man diskutiert Grundsätzliches, so in den letzten Heften Carl Dahlhaus *mit* einem Essay über Idylle und Utopie in Beethovens „Fidelio", über ästhetische und gesellschaftliche *Probleme in der* Salonmusik der Schumann-Zeit, entschlüsselt einen Schumannschen Kanon, interessiert *sich für die Bach-Rezeption im* Pietismus des 20. Jahrhunderts, macht Anmerkungen zur Harmonik im Spätwerk Anton Weberns, läßt sich über das Vergnügen als ästhetisches Gesetz aus und befragt Heiterkeit und Empfindsamkeit im Spätwerk Pergolesis.

Im Februar-Heft zeugen zum erstenmal veröffentlichte Briefe Wilhelm Furtwänglers von dessen naiv-empfindsamer Haltung gegenüber den politischen Veränderungen in Deutschland nach 1933 und von der Tatsache, daß der in seine Traumwelt eingesponnene Künstler dem braunen Regime nicht gewachsen war. Komponistenporträts (u. a. von Helmut Lachenmann, Peter Maxwell Davies, John Cage, Morton Feldman) lassen erkennen, wie sehr die „NZ" immer noch vom „Melos"-Profil geprägt ist und von dessen *Ruhm* aus den frühen Tagen der Neuen Musik zehrt.

Interpretenbefragungen (zuletzt u. a. Nikolaus Harnoncourt, Giancarlo del Monaco, Hans Zender, Serge Baudo) wahren vornehme Distanz und kratzen, wie im Fall Zender, nur flüchtig und zurückhaltend an der Oberfläche, unter der hanseatische Indolenz so lange weste, bis die Ehe, sowieso aus vielen Gründen auf dünnem Eis geschlossen, vorzeitig und abrupt beendet wurde.

Einen großen Teil jeder Ausgabe nimmt, wie es sich für eine Musikzeitschrift gehört, ein umfangreicher Überblick über die Opern- und Konzertszene ein, ein ebenso gründlicher Schallplatten-Rezensionsteil und ein informierender Überblick über das, was demnächst auf Bühnen und Podien, auf Kongressen und Symposien, in Meisterkursen und Seminaren passieren wird. Über die Auswahl dieser Informationen und Reflexionen kann nicht gerechtet werden: Jeder wird nach seiner Fasson beurteilen, *was ihm wichtig scheint, was* überflüssig.

Auf das Layout verschwendet die „NZ"-Redaktion nur geringes Interesse und Mühe: Es wird eher als notwendiges Übel empfunden und strotzt daher von uniformer Langeweile. Auch wenn eine Musikzeitschrift keine Illustrierte ist, könnte sie ein wenig interessanter, anziehender aussehen.

HANS OTTO SPINGEL

Jerusalem: Neues Haus für die israelische Kunst

Aus Quellen des Orients

Kunstkritiker, Künstler und Kunstliebhaber haben zwanzig Jahre lang räsoniert, weil das Israel-Museum der einheimischen Kunst keinen Platz einräumte. Nun ist mit dem Ayala-Zacks-Abramov-Pavillon für israelische Kunst diese Lücke gefüllt worden. Doch nun bemängeln Kritiker, Künstler und Kunstliebhaber, daß die „*Meilensteine in Israels* Kunst", die erste Ausstellung in den geräumigen Sälen, Werke minderer Qualität zeige, von manchen Künstlern sogar mehrere Bilder, während andere wichtige Exponenten israelischer Kunst – wie zum Beispiel der Bildhauer Dani Karavan – nicht berücksichtigt wurden.

„*Als Meilenstein betrachte ich ein* Werk, das einen Wendepunkt in der Geschichte der Kunst darstellt", erklärt dazu Yigal Zalmona, der zuständige Kurator, „das Werk muß herausragend mit seiner Idee und mit seinem Einfluß auf andere Künstler sein. Das waren unsere Überlegungen bei der Auswahl." Qualität konnte deshalb nicht das einzige bestimmende Kriterium sein, fügt er hinzu.

Zalmona ist in Israel geboren, hat an der Sorbonne studiert und an den Universitäten von Jerusalem und Haifa über moderne Kunst gelesen. Für ihn liegen die Anfänge israeli*scher Kunst* bei *Malern wie Reuven* Rubin, der 1923 nach seiner Einwanderung aus Rumänien stark in die lokale Künstler-Szene hineinwirkte, oder bei Ephraim Mosche Lilien, dem zionistischen Jugendstil-Künstler, der in Berlin und Braunschweig lebte, zeitweilig aber an der „Bezalel"-Kunstschule in Jerusalem lehrte.

Rubin begründete eine neue, scheinbar- naive, nicht-akademische Schule. Das wird im Israel-Museum mit seinen frühen Linolschnitten belegt, die Einflüsse der mittelalterlichen Buchmalerei, des deutschen Expressionismus und der modernen russischen Kunst verbinden. Oder mit dem Ölgemälde „Häuser in Tel Aviv", das die Stadt in den zwanziger Jahren zum Symbol des Zionismus, der Freiheit und der Erneuerung des Judentums stilisiert.

Gleich am Eingang des Pavillons steht die Jäger-Figur „Nimrod", von Yitzhak Danziger aus nubischem Stein geschlagen. In den dreißiger Jahren, als andere Künstler des Landes nach Paris reisten und dort von der „jüdischen Schule", von Chagall, Kisling, Soutine beeinflußt wurden, suchte Danziger nach den autochthonen Wurzeln des Nahen Ostens. Diese „Suche nach der kulturellen Identität" ist auch das *Leitmotiv* der gegenwärtigen Ausstellung. Die Kunst in Israel besinnt sich auf die Traditionen des Orients, die sie mit den neuen Ideen des Okzidents in einer lokal wie international bemerkenswerten Synthese verschmelzt.

Knapp hundert Werke von vierzig Künstlern sind in der jetzigen Schau zu sehen. Chronologisch erstrecken sie sich von „Jerusalem wieder erbaut" (1923) von Boris Schatz, dem Gründer der „Bezalel"-Schule, bis zum „*Opfer Isaaks*" von *Menasche* Kadishman (1984).

Das zweistöckige würfelförmige Gebäude wurde von dem Architekten Alfred Mansfeld aus Haifa entworfen. Es bietet eine Ausstellungsfläche von 1100 Quadratmetern. Im Mai kommt in der unteren Etage eine weitere Galerie mit 110 Werken aus der Museumskollektion israelischer Kunst hinzu, dank einer Spende von Werner Merzbacher, der aus Oehringen bei Stuttgart stammt und jetzt in Zürich wohnt. Die Galerie, die die permanente Museumskollektion israelischer Kunst aufnehmen soll, trägt den Namen *Dr.* Julius und *Hilde* Merzbacher, der Eltern des Spenders, die in einem Vernichtungslager umkamen.

LILI EYLON



Beschwörung des mythischen Jägers: „Nimrod" von Yitzhak Danziger FOTO: ISRAEL-MUSEUM

JOURNAL

Berliner Symposium zu Friedrich dem Großen

DW. Berlin

„Friedrich der Große in seiner Zeit" heißt ein Symposium, das gestern in Berlin begonnen hat und von der Preußischen Historischen Kommission in Zusammenarbeit mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz veranstaltet wird. Zum 200. Todestag Friedrichs II. am 17. August veranstaltet die Stiftung von August bis Oktober überdies eine *Ausstellung* über *Leben* und Wirken des „Alten Fritz". Während des Symposiums werden in der *Staatsbibiliothek Vorträge zu zahl*reichen Themen wie Friedrich der Große als Staatsmann, als Feldherr sowie Friedrich II. und die französische Kultur, die Aufklärung und das Recht gehalten. Wir kommen auf das Symposium zurück.

Pfui-Rufe nach Premiere der „Salome"

Bth. Dortmund

Mit Buh- und Pfui-Rufen und nur *mattem Beifall quittierte das Dort*munder Opernpublikum eine Premiere der Straussschen „Salome" in einer Inszenierung von John Dew. Die Aufführung, die Salome als Modell in einer Peep-Show vorstellt, überschreitet mehrfach die Grenzen zur Blasphemie. So ist etwa auf dem Bühnenbild in Sprayschrift geschrieben „Muschi ist Gott". Eine Kritik der Aufführung folgt.

Wettbewerb für Bonner Haus der Geschichte

dpa, Bonn

Einen Ideenwettbewerb für das geplante „Haus der Geschichte der Bundesrepublik" in Bonn hat die Bundesbaudirektion ausgeschrieben. Für den Wettbewerb sind alle selbständigen Architekten teilnahmeberechtigt. Die Arbeiten müssen bis Ende Juli eingereicht werden.

Italien ehrt den Filmregisseur Kurosawa

AP, Rom

Dem japanischen Filmregisseur Akira Kurosawa ist im Präsidentenpalast in Rom vom italienischen Staatspräsidenten Francesco Cossiga das Großkreuz des Verdienstordens der *Italienischen Republik* verliehen worden. Anschließend wurde dort Kurosawas jüngster *Film „Ran" gezeigt. Kurosawa* ist gegenwärtig auf Europareise, um sein neuestes Werk vorzustellen.

Ruhrlandmuseum zeigt „Industriebau"

lnw, Essen

Das Essener Ruhrlandmuseum zeigt vom 9. März bis 20. April die Ausstellung „Industriebau", auf der in Zusammenarbeit mit dem Kulturkreis im Bundesverband der Deutschen Industrie eine Entwicklungsgeschichte der Industriearchitektur vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis heute nachgezeichnet wird. In einer ergänzenden Ausstellungsstudie werden am Beispiel der *Zeche „Zollverein XII"* die Anatomie einer Zechenanlage, ihre Geschichte und baukünstlerische Lei*stung aufgezeigt.*

Aribert Reimanns Musik in Tel Aviv

pgz. Tel Aviv

Im Programm des Tel Aviver Goethe-Instituts, israelischen Musikern bedeutende zeitgenössische Komponisten vorzustellen, war jetzt Aribert Reimann eingeladen worden. Er erläuterte in informellen Konzerten in Jerusalem und Tel Aviv vor allem seine lyrisch-dramatischen Kompositionen. Der Bariton Richard Salter interpretierte die „*Fünf Gedichte von Paul Celan" in* ergreifender Wiedergabe; mit dem gleichfalls in Israel gastierenden Kreuzberg-Quartett aus Berlin sang er „Unrevealed" nach Lord Byron (1980). Als jüngste Komposition stellte Aribert Reimann seine Klaviervariationen von 1982.

Nordische Filmtage mit Peter-Weiss-Retrospektive

dpa, Lübeck

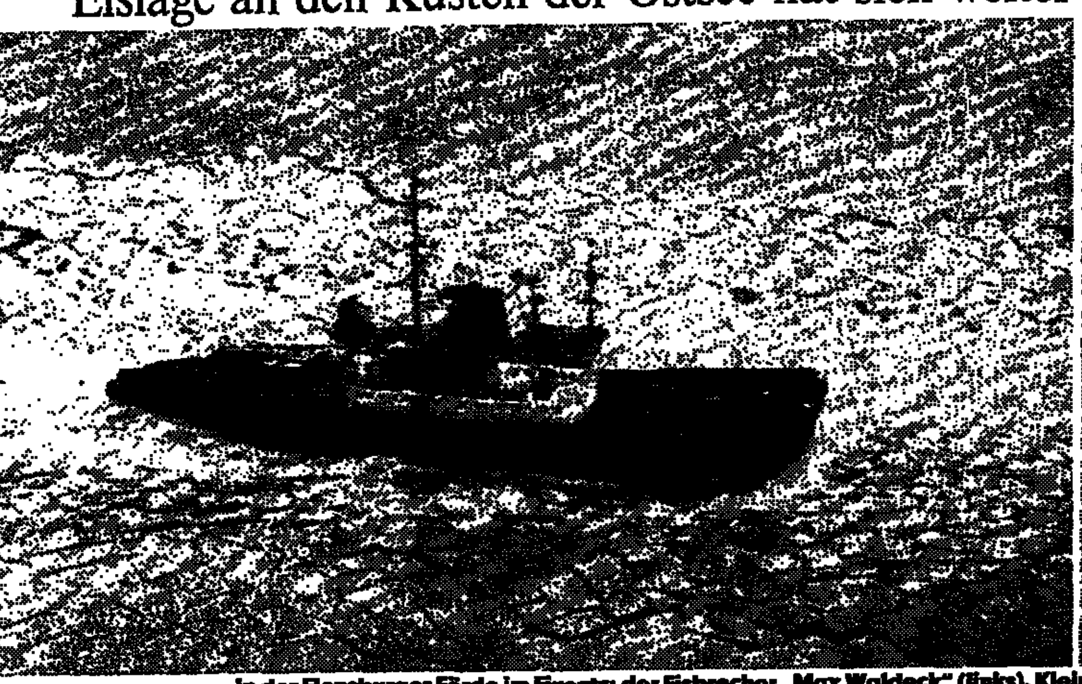
Zu Ehren des 1982 in Stockholm gestorbenen Schriftstellers und Malers Peter Weiss zeigen die 28. Nordischen Filmtage Lübeck vom 30. Oktober bis zum 2. November die Retrospektive „Peter Weiss und der *Film*". *Auf dem Programm stehen* als Hauptwerk der surrealistische Spielfilm „Fata Morgana" (1959), ferner Studien, Dokumente sowie als Uraufführung ein Weiss-Porträt des Schweden Staffan Lamm und die Wiederaufführung von Peter Brooks „Marat"-Verfilmung.

Wieder Berliner Treffen junger Liedermacher

DW. Berlin

Vom 6. bis 10. November wird Berlin wieder Gastgeber eines „*Treffen* junger Liedermacher" sein. Bewerbungsunterlagen für eine Teilnahme können bei der Berliner Festspiele GmbH, Budapester Str. 50, 1000 Berlin 30 abgefordert werden.

Eislage an den Küsten der Ostsee hat sich weiter verschärft / Schiffahrt in der Kieler Förde stark behindert





In der Flensburger Förde im Einsatz: der Eisbrecher „Max Waldeck" (links). Kleinere Schiffe (rechts in der Kieler Bucht bei Laboe) kommen nur im Konvoi durch die Fahrrinne. FOTOS: DPA

Mit dem „Schwabbel" durchs Eis gebissen

GEORG BAUER, Kiel

Das Schiff hebt und senkt sich wie eine Wippe. Der Bug der „Max Waldeck" *klettert aus den Eismassen* und schlägt zurück, daß die Schollen unter ihm zerschmettern wie mit einem überdimensionalen Vorschlaghammer. Maschinist Klaus Hansen hat die von 400 Pferdestärken angetriebene Unwuchtanlage, metergroße Stahlräder im Bug des Schiffes, angeworfen, den Eisbrecher, wie von Geisterhand gepackt, in Schwingungen versetzt. Auch der Magen kommt in Bewegung – er fährt Achterbahn.

Bei Kapitän Horst Hübner heißt die Anlage nur „Schwabbel". Dank ihrer Hilfe kann sich die „Max Waldeck", die in der Flensburger Förde operiert, auch aus brenzligen Situationen befreien. Wo Väterchen Frost, *der an den Küsten der Nord-* und Ostsee ein gestrenges Regiment führt, den Kapitänen anderer Schiffe ein „Maschinen stopp" befiehlt, muß *er vor den Fähigkeiten der „Max* Waldeck" kapitulieren.

Seit den frühen Morgenstunden ist das Schiff unterwegs. Der Hafenkapitän aus Flensburg hat Order gegeben, vier Schiffe am Eingang der Förde aus dem Eis freizubrechen – die „Bellatrix" aus Schweden, die „Wodnica" aus Polen, die „Volgo Balt" aus der Sowjetunion und die „Beta". Sie bringen Futtermittel für die Bauern und Kohle für die Kraftwerke.

Der Tag wird lang werden. Mühelos stampft die „Max Waldeck" ihren Zielen entgegen. Der Hammerkopfbug zerbricht das Eis und schiebt es längsseits. Doch die Schneise ist nicht wie mit einem Lineal gezogen. Wenige Meter hinter dem Heck des Schiffes schiebt es sich wieder zu einem losen Brei zusammen. Zu oft schon hat die „Max Waldeck" in den vergangenen Wochen Rinnen in die Förde geschlagen. Hübner kommentiert die Situation mit einem kurzen „Schit".

Vor fünf Jahren setzte man dem Brecher, auf der Suche nach neuen Wegen im Kampf gegen das Eis, den Hammerkopfbug vor, eine Konstruktion, die dem Schiff jegliche Eleganz nahm. Helmut Schmidt, der frühere Bundeskanzler, brachte das bei einem Besuch auf die knappe Formel: „Häßlich, aber tüchtig."

Auch Handelsschiffe sollen bei einem erfolgreichen Abschluß des Experiments eventuell mit diesem *Bug ausgerüstet werden.*

Doch wo Licht ist, ist auch Schatten. Dem Kapitän sind die Nachteile nicht verborgen geblieben. In Berichten an das Wasser- und Schiffahrtsamt in Lübeck sprach er wiederholt die schlechte Manövrierfähigkeit an. Auch habe das Schiff an Schnelligkeit eingebüßt.

Aus dem morgendlichen Dunst taucht das erste Opfer des Eises auf – die „Bellatrix". Vorsichtig, Zentimeter um Zentimeter, manövriert Hübner die „Waldeck" an die Bordwand des Schweden. Der Lotse muß übersetzen.

Klaus Speck, ein Lotse aus Kiel, klettert über eine Leiter rüber. Eingelullt in einen dicken Mantel, der gegen die grimmige Kälte schützt und bepackt mit Papieren, ein nicht ungefährliches Unterfangen. Speck soll die „Bellatrix" durch die gebrochene Fahrrinne lenken und sicher an der sogenannten „Schwiegermutter" vorbeilotsen, einer Untiefe wenige Seemeilen vor dem Hafen. Schon manchem Kapitän wurde sie zum Verhängnis.

Um der „Bellatrix" die Fahrt zu erleichtern, wird vor ihrem Bug das Eis noch einmal zerstampft. Dann geht es weiter, der polnischen „Wodnica" aus Gdingen entgegen, einem Zoffen mit wenigen PS.

Überhaupt – Polen und Russen bereiten den Brechern entlang der Nord- und Ostseeküste, der „Max Waldeck", der „Mellum" oder der aus Finnland herbeizitierten „Hanse" den meisten Kummer. Die Schiffe, etwa die „Volgo Balt", die für den Gütertransport auf der Wolga und dem Baltikum ausgelegt sind, sind zu schwach, um das Eis zu durchbrechen.

Die „Wodnica" tritt prompt den Beweis an. Sie muß auf den Haken genommen werden. Der nächste Lotse wechselt, Taue fliegen herüber, die Motoren der „Max Waldeck" heulen auf und Meter um Meter schiebt sich der Brecher vor. Die beiden Taue straffen sich, und die „Wodnica" bricht frei. Wie ein Pendel schwingt der Pole hinter dem Brecher. Von seinem Bootsmann Rolf Vogt mit einem „Nicht so schüchtern!" aufgefordert, nimmt Hübner Fahrt auf. Zuvor sind die „Beta" und die „Volgo Balt" herangeführt worden. Auch der Russe muß geschleppt werden, *eine Arbeit, die die „Amrum"*, ein Schiff der Marine, erledigt. Der Konvoi setzt sich Richtung Hafen in Fahrt.

Das Auf-den-Haken-Nehmen hat seinen Preis. Bei der „Waldeck" 800 Mark für eine halbe Stunde. Doch *mit dem Abrechnen nimmt* man es nicht so genau – es sei denn, nicht der Wettergott hat den Stopp verordnet, sondern eine gebrochene Schraube, die nicht *rechtzeitig* ausgewechselt wurde. Das Freischaufeln der Schiffe ist eine Serviceleistung des Bundesverkehrsministeriums, dem die Brecher unterstehen.

Für den Einsatz wurde die elfköpfige Besatzung, die seit dem 17. Februar ununterbrochen Dienst schiebt, zusammengezogen – aus Kiel, Lübeck oder Rendsburg. Früher zum Teil auf großer Fahrt, vertraut mit Häfen in Asien, Afrika und Amerika, arbeitet die Truppe im Frühjahr, Sommer und Herbst im Acht-Stunden-Rhythmus – die Familie will es.

Nur im Winter ist das anders. Die Überstunden sind bares Geld, die die Abwesenheit von zu Hause aufwiegen. Der Grund für den Einsatz auf den Brechern, auf denen die Männer Tag und Nacht zusammen sind, mag auch die Erinnerung an frühere Zeiten sein. Die See lockt. Doch schon kündigt sich Tauwetter an. Anders als im vergangenen Winter, als man drei Monate mit der „Max Waldeck" unterwegs war, wird man aller Wahrscheinlichkeit nach in wenigen Tagen den Weg zurück zur Familie finden.

Ist Gott der Autor?

Israelische Bibelexperten entdeckten „versteckte Wörter"

idea, Haifa/Bonn

Computeranalysen des Alten Testaments legen den Schluß nahe, daß die Bibel nicht, wie bisher von Wissenschaftlern angenommen, von mehreren Autoren verfaßt worden ist, sondern von einem, aber „nicht von einem Sterblichen". Dies geht aus Forschungsergebnissen von zwei israelischen Wissenschaftlern hervor, dem Bibelexperten Moshe Katz und dem Computerfachmann Menachem Wiener von der Technischen Universität Haifa.

Wie jetzt von der israelischen Botschaft in Bonn mitgeteilt wurde, untersuchten beide unter anderem die *fünf Bücher Mose auf „versteckte* Worte", die sich aus regelmäßig wiederkehrenden Buchstabenkombinationen im hebräischen Text ergeben. So erscheint im ersten Buch Mose das Wort „Thora" (der hebräische Name der fünf Bücher Mose) regelmäßig durch 50 Schriftzeichen unterbrochen. Das Wort „Elohim" (Gott) erschien immer nach 26 dazwischenliegenden Buchstaben.

*Die statistische Wahrscheinlich*keit, daß eine solche Anordnung zufällig entsteht, beträgt nach Angaben der Wissenschaftler rund eins zu drei *Millionen. Zudem seien die Zahlen 50* und 26 in der jüdischen Überlieferung von großer Bedeutung. Noch bemerkenswerter ist nach ihren Worten, daß die aufgedeckten Wörter in direktem Zusammenhang mit der Textstelle stehen, in der sie verborgen sind.

So wird beispielsweise die Grabstätte von Adam und Eva in der Bibel nie erwähnt. Den Buchstabenintervallen zufolge erscheinen die Namen von Adam und Eva jedoch auch an der Stelle, an der die Gräber von Abraham und dessen Frau Sarah beschrieben werden.

Wie Katz sagte, sei besonders die „*prophetische Natur*" *vieler im Text* verborgener Wörter aufschlußreich. Dies verstärke die Überzeugung, daß das Alte Testament nicht von Menschenhand verfaßt wurde. Wiener: „Unsere Erklärung ist, daß die ersten Bücher der Bibel von Gott, durch die Hand Moses, verfaßt wurden. Wir haben dafür keinen wissenschaftlichen Beweis erbracht, aber die überwiegenden Vorkommnisse deuten sicherlich darauf hin. Dabei ist dies eine mindestens genauso vernünftige Annahme wie die Theorien, laut denen die Bibel mehrere Verfasser habe."

LEUTE HEUTE

Ärger mit der Steuer

In Millionen zählt der französische Rock-Komponist **Jean-Michel Jarre** (38) den Absatz seiner Platten, wie der Langspielplatte „Equinoxe". In Millionen zählen allerdings auch die Finanzbehörden die Höhe seiner Steuerschuld. *Sie haben jetzt eine Nach*forderung von umgerechnet fünf Millionen Mark gestellt. Da der Komponist bislang die Aufforderungen der Behörden ignorierte, haben sie eine Anklage wegen Betrugs erhoben. Vor einem Gericht in Versailles wurde der Künstler beschuldigt, drei Jahre lang keine Steuererklärung abgegeben zu haben. Nach einer ersten Steuerkontrolle 1981 zahlte Jarre, der mit der Schauspielerin **Charlotte Rampling** verheiratet ist, zwar monatlich etwa 250 000 Mark nach. Das reichte dem Staatsanwalt nicht. Er forderte fünf Monate Gefängnis mit Bewährung und eine Geldstrafe von umgerechnet 83 000 Mark. Das Urteil wird am 21. März gefällt. – Ärger mit dem Fiskus hatten vor Jarre schon mehrere französische Musiker. So standen unter anderem die „Heulboje" **Johnny Hallyday** sowie **Mireille Mathieu** und *auch* ***Charles Aznavour*** *als „Steuer*betrüger" vor Gericht. Aznavour ging schließlich ins Schweizer „Exil" und trat fortan nur noch selten in Frankreich auf.

„Cafezinho" wurde zum Luxusgetränk

Das Land mit der größten Kaffeeproduktion erlebt einen beispiellosen Preisboom

WERNER THOMAS, São Paulo

Kaffeefahrer in Brasilien leben gefährlich. Immer wieder melden die Medien Überfälle auf Lastwagen mit der „heißen" Fracht. Manchmal kommt es sogar zu Feuergefechten. *Ein Polizeibeamter in Franca* (Bundesstaat São Paulo) berichtet, daß viele Bankräuber ihr Metier wechseln und als Kaffeediebe arbeiten.

Der Preisboom für die braunen Bohnen bewegt die Brasilianer wie kein anderes Volk: Brasilien ist die größte Kaffeenation der Welt, die bisher ein Drittel der gesamten Weltproduktion lieferte. Kaum vergeht ein Tag ohne neue Nachrichten, die in den Bereich dieser Thematik fallen. Ursache der gestiegenen Preise war eine sechsmonatige Trockenheitsperiode, die 50 Prozent der Kaffee-Erträge dieser Saison zerstörte.

Nur die Hälfte der Ernte

Schätzungen zufolge wird die diesjährige Ernte 14 Millionen Sack (à 60 Kilo) betragen. Letztes Jahr hat das Land fast 30 Millionen Sack geerntet. *Die regenarme Zeit hinterließ in allen* Anbaugebieten ihre Spuren. Sowohl in São Paulo als auch in den Staaten Paraná, Rio Grande do Sul und Minas *Gerais sehen die sonst so sattgrünen* Sträucher aus wie Skelette. Dürres Vieh weidet auf den gelblich gefärbten Wiesen. Verzweifelte Kaffeefarmer pflanzten bereits Reis und Mais, um wenigstens einen Teil der Verluste auszugleichen. „Es gibt zwei Opfer dieser Entwicklung", sagt Jose Carlos Jordao, der Präsident des „Nationalen Kaffee-Rates", „die Produzenten und die Hausfrauen".

In aller Welt stöhnen Hausfrauen über den teuren Kaffee. Auf dem Weltmarkt stieg der Pfundpreis von 1,45 Dollar pro Pfund (Oktober 1985) *auf 2,30 Dollar* (Anfang Februar); der „Cafezinho", das in kleinen Tassen gereichte Nationalgetränk, ist ein Luxus geworden. Millionen Brasilianer können sich die dicke, tiefschwarze Brühe nicht mehr leisten. Sie kostet – umgerechnet – 90 Pfennig. Das durchschnittliche Monatseinkommen beträgt etwa 450 Mark; auch die besseren Restaurants offerieren keine Gratis-„Cafezinhos" mehr. Die Supermärkte verlangen heute für ein Kilo Kaffee schon 27 Mark – 980 Prozent mehr als im Februar 1985.

Die Regierung des Präsidenten *Jose Sarney befürchtet* besonders die sozialen Auswirkungen der Trockenheitsmisere. Die Kaffee-Industrie, der größte Arbeitsmarkt des Landes, beschäftigt vier *Millionen* Menschen. Schon hat es Demonstrationen verzweifelter Pflücker gegeben.

Die einen leiden, die anderen profitieren. Die Großhändler erzielen gigantische Gewinne. Im September wurde ein Sack Kaffee für umgerech*net 50 Dollar gehandelt, heute für* fast 300 Dollar. Für Händler sind Kaffee-Halden wahre Goldminen. Branchenexperten schätzen die Lagervorräte *auf 27 Millionen Sack* – fast doppelt soviel wie die diesjährige Ernte.

Wallfahrt nach Rom

Die Kaffeegeschäftsleute der Stadt São Gabriel da Palha unternahmen in den letzten Jahren immer eine Busreise zu dem 640 Kilometer entfernten Wallfahrtsort der Jungfrau von Aparecida. Kürzlich mieteten sie einen Jet und flogen nach Rom. Brasilien verdiente im vergangenen Jahr 2,6 Milliarden Dollar mit dem Kaffeeexport. Dieses Jahr werden es vier *Milliarden Dollar sein.*

Jose Carlos Jordao, der Präsident des Nationalen Kaffee-Rates, zittert jedoch vor allzu hohen Preisen. „Ein zu teurer Kaffee schadet uns nur", warnte er. „Dann drohen Boykottaktionen und die Gefahr, daß Millionen Menschen auf andere Getränke umsteigen."

WETTER: Sonnig und milder

Lage: Eine west-ost-gerichtete Hoch*druckzone verlagert sich über* Deutschland hinweg südwärts. An ihrer Nordflanke werden in der Folge Tiefausläufer zum Festland geführt.

Vorhersage für Dienstag: Meist sonnig, aber dunstig. In der zweiten Tageshälfte in Nord- und Westdeutschland Bewölkungszunahme und nachts nachfolgend Niederschläge, von Schnee in Regen übergehend. Tagestemperaturen zwischen 3 Grad *im Nordwesten und null Grad im* Südosten, nachts im Norden um null, im Süden minus 3 bis minus 8 Grad. Schwacher Südwestwind.

Weitere Aussichten: Auch in Süddeutschland unbeständiger mit gelegentlichem Regen und milder.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.59 Uhr*, Untergang: 18.09 Uhr; **Mondaufgang:** 4.45 Uhr, Untergang: 11.27 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 4. März, 7 Uhr

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 12 Uhr (MEZ):

Ort	°C	Wetter
Deutschland:		
Berlin	-3	wl
Bielefeld	2	wl
Braunlage	-2	wl
Bremen	-1	wl
Dortmund	1	wl
Dresden	-4	he
Düsseldorf	2	wl
Erfurt	-6	bw
Essen	0	he
Feldberg/S.	-3	S
Flensburg	-1	he
Frankfurt/M.	1	bw
Freiburg	-1	S
Garmisch	-1	S
Greifswald	-3	he
Hamburg	0	wl
Hannover	-3	wl
Kahler Asten	-5	bw
Kassel	-1	he
Kempten	-2	S
Kiel	0	wl
Koblenz	1	bw
Köln-Bonn	1	bw
Konstanz	-1	S
Leipzig	-6	wl
List/Sylt	-3	he
Lübeck	-5	wl
Mannheim	2	bw
München	-2	bw
Münster	1	wl
Norderney	-1	wl
Nürnberg	-1	bd
Oberstdorf	-2	S
Passau	0	bd
Saarbrücken	0	he
Stuttgart	0	he
Trier	-1	he
Zugspitze	-7	S
Ausland:		
Algier	20	he
Amsterdam	1	wl
Athen	15	bw
Barcelona	16	he
Belgrad	0	S
Bordeaux	5	bd
Bozen	6	bw
Brüssel	-1	wl
Budapest	2	bw
Bukarest	1	S
Casablanca	13	Rs
Dublin	4	he
Dubrovnik	12	R
Edinburgh	2	he
Faro	14	bw
Florenz	8	he
Genf	4	bw
Helsinki	0	he
Hongkong	16	wl
Innsbruck	4	bw
Istanbul	11	R
Kairo	25	he
Klagenfurt	2	bw
Konstanza	2	R
Kopenhagen	2	he
Korfu	16	bw
Las Palmas	18	he
Leningrad	-4	he
Lissabon	11	bd
Locarno	5	bw
London	3	he
Los Angeles	–	–
Luxemburg	-1	he
Madrid	10	he
Mailand	8	he
Malaga	16	bw
Mallorca	16	bw
Moskau	-4	S
Neapel	16	bw
New York	–	–
Nizza	13	bd
Oslo	1	he
Ostende	-2	wl
Palermo	18	he
Paris	1	wl
Peking	15	wl
Prag	-2	bw
Rhodos	17	bw
Rom	11	R
Salzburg	0	S
Singapur	30	bw
Split	10	R
Stockholm	1	he
Straßburg	1	bw
Tel Aviv	26	he
Tokio	11	he
Tunis	21	wl
Valencia	16	he
Varna	3	bd
Venedig	8	he
Warschau	-2	wl
Wien	-2	bw
Zürich	-1	S

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall; Ss = Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Buchholz wartet auf den Urteilsspruch

KLAUS RÜHLE, Rom

So schnell waren Spielfilm-Produzenten wohl noch nie. Nur wenige Tage nach Beendigung des zweiten Verfahrens gegen Ali Agca und seine eventuellen Helfershelfer wird dem Fernsehpublikum mehrerer Länder Mitte dieses Monats in einem zwei- oder dreiteiligen Film hautnah aufgetischt, was sie über das Papst-Attentat und seine Hintergründe immer schon wissen wollten.

In der Bundesrepublik Deutschland ist die „Beta Film" an der Dreieinhalb-Millionen-Dollar-Produktion beteiligt. Die Dreharbeiten dauerten sechs Monate und sind praktisch abgeschlossen. Es fehlt nur noch der Schlußpunkt, das heißt die Urteilsverkündung mit eventuellen Kommentaren der Hauptakteure. Wenige Tage später kann dann der Fernsehfilm ausgestrahlt werden.

Es handelt sich um eine völlig neuartige Form journalistischer Film- und Fernsehtechnik, bei der Platz für den aktuellen „Aufhänger" gelassen ist. Demzufolge hält der Film sich streng an die Ereignisse, rekonstruiert das dramatische Geschehen und die Untersuchungsergebnisse des Mordversuchs auf Grund amtlicher Unterlagen, hält eine streng objektive Linie ein und verzichtet auf jede Stellungnahme. Mit dem Vatikan wurde jedoch kein Kontakt aufgenommen.

Die Vernehmungen, der Verlauf des ersten Prozesses gegen Agca, der mit dessen Verurteilung zu lebenslänglichem Kerker endete und die sogenannte „Bulgarian connection" – die vermutete Mitverantwortung bulgarischer Funktionäre am Attentat – werden in zweistündiger Film-Fiktion nacherzählt. Eine weitere Stunde Sendezeit ist mit dokumentarischem Filmmaterial angefüllt.

Die Realisation dieses interessanten Misch-Fernsehfilms ist das Verdienst der „Sacis", Schwestergesellschaft des staatlichen italienischen Fernsehens (RAI). Geschäftsführer Gian Paolo Cresci zeigte jetzt einer kleinen Schar ausländischer Pressevertreter in Rom einige Ausschnitte des Films und unterstrich den Leitgedanken der Produktion, die bereits in alle Welt verkauft ist: hochaktuelle Berichterstattung in Filmform, ohne Stellung zu beziehen.

Der Grundsatz absoluter Objektivität ist notwendig, da ja während der Dreharbeiten noch niemand wußte, wie der Prozeß in Rom ausgehen wird. Fraglich ist vor allem die vermeintliche bulgarische Beteiligung an dem Papst-Attentat, nachdem der öffentliche Ankläger den Freispruch der Bulgaren mangels Beweisen gefordert hat. Es ist daher wahrscheinlich, daß die „Bulgarian connection" keinen Niederschlag *im Urteil* finden wird. Schon aus diesem Grund wird es sich gelohnt haben, daß sich der Film einer Wertung enthielt.

Sehr eindrucksvoll ist die Interpretation des Killers Ali Agca durch Christopher Buchholz, den 25jährigen Sohn von Horst Buchholz, und *Myriam* Bru. *Die* Ähnlichkeit mit dem rätselhaften Türken ist verblüffend. Die darstellerische Leistung des jungen Schauspielers in seiner ersten *großen Filmrolle* ist beachtenswert.



In seiner ersten großen Filmrolle spielt *Horst Buchholz'* 25jähriger Sohn Christopher (links) den Türken Ali Agca (rechts), der als Papst-Attentäter in Rom zu lebenslangem Kerker *verurteilt* worden ist. FOTOS: ENGELMEIER/AP

Acht Tote bei Flugzeugabsturz in der Schweiz

AP, Bern

Beim Absturz eines Privatflugzeugs in Muri bei Bern sind gestern nach Mitteilung der Polizei alle acht Insassen ums Leben gekommen. Die zweimotorige Maschine vom Typ Cessna zerschellte drei Minuten nach dem Start vom Flughafen Bern-Belpmoos in der Nähe eines Bauernhofes. Augenzeugen berichteten, daß das Flugzeug völlig zerdrückt worden sei, das Vorderteil der Maschine habe in einem Bach gelegen, eine Explosion habe man nicht gehört. Ein anderer Augenzeuge berichtete jedoch von einem ungewöhnlichen Motorengeräusch. Die Maschine, die einem Baseler Lufttaxiunternehmen gehörte, *war auf dem Weg nach Düsseldorf.* Zur Zeit des Unglücks herrschte Schneetreiben; doch ist bis jetzt nicht bekannt, ob der Absturz witterungsbedingt sein *könnte*. Die Unfalltoten sind alle Schweizer.

Spitzweg gestohlen

AP, Augsburg

Bei einem Einbruch in ein Gutsgebäude bei Nordendorf im Landkreis Augsburg sind in der Nacht zum Sonntag elf Spitzweg-Bleistiftzeichnungen sowie weitere Werke graphischer Kunst und Gemälde entwendet worden. *Die bayerische Landespoli*zei teilte gestern mit, daß die Täter unerkannt mit ihrer Beute entkommen konnten. Unter den gestohlenen wertvollen *Kunstgegenständen* waren auch eine chinesische Porzellanfigur sowie Porzellanteller und Vasen. Der Schaden wird auf 300 000 bis 400 000 Mark geschätzt. Für Hinweise, die zum Wiederauffinden der Kunstwerke führen, wurde von privater Seite eine Belohnung von 20 000 Mark ausgesetzt.

Gasexplosion in Wohnhaus

AP, Metzingen

Vier Menschenleben forderte gestern morgen eine Gasexplosion in Metzingen (Kreis Reutlingen). „Wie ein Kartenhaus" fiel nach Angaben der Landespolizeidirektion Tübingen kurz vor fünf Uhr ein zweistöckiges Wohnhaus in sich zusammen. Der 58jährige Familienvater, seine 54jährige Frau sowie seine beiden Söhne im Alter von 30 und 15 Jahren *konnten nur noch tot aus den Trümmern* geborgen werden. Die 33jährige Schwiegertochter erlitt einen schweren Schock.

Kündigung rechtens

dpa, Hamm/Bielefeld

Einem Berufskraftfahrer, der während der Arbeitszeit alkoholisiert am Lenkrad ertappt wird, kann ohne vorherige Abmahnung gekündigt werden. Dabei ist gleichgültig, ob der Alkohol während des Dienstes oder davor genossen wurde. Das entschied das Landesarbeitsgericht Hamm in einem gestern veröffentlichten Urteil (Az.: 11 FA 1359/85). Geklagt hatte ein bei den britischen Truppen in Bielefeld beschäftigter Fahrer, dem fristgemäß gekündigt worden war, weil er mit 1,24 Promille einen Schulbus gesteuert hatte.

Morgen Probealarm

dpa, Düsseldorf

Morgen, am 5. März, heulen wieder die Sirenen, die so auf ihre Funktionsfähigkeit überprüft werden. In kurzem Abstand werden drei Signale *ausgelöst: Um 10.05 Uhr ein einminü*tiger Dauerton, der Entwarnung nach einem Luft- oder ABC-Alarm bedeutet; um 10.09 Uhr ein einminütiger Heulton. Im Ernstfall wird die Bevölkerung damit aufgefordert, die Rundfunkgeräte einzuschalten. Im Verteidigungsfall wird mit diesem Signal vor Luftangriffen gewarnt. Um 10.13 Uhr signalisiert ein einminütiger Dauerton Entwarnung. In einzelnen Gemeinden kann bis 10.20 Uhr das Signal „Entwarnung" wiederholt werden.

Lkw-Stau am Brenner

AFP, Bozen

Auf dem Brennerpaß ist seit dem Wochenende der Lkw-Verkehr aufgrund eines Streiks italienischer Zollbeamter stark behindert. Gestern vormittag stauten sich an der Zollstation von Sterzing etwa 1000 Lkws, die nach Italien fahren wollten. Nicht beeinträchtigt wurde der Verkehr der Personenkraftwagen und der aus Italien ausreisenden Lastkraftwagen.

Ideen-Wettbewerb

dpa, Bonn

Im Auftrag von Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) hat die Bundesbaudirektion für das geplante „Haus der Geschichte der Bundesrepublik" in Bonn einen Ideenwettbewerb für Architekten ausgeschrieben. Wie gestern in Bonn mitgeteilt wurde, sind an dem Wettbewerb alle selbständigen Architekten teilnahmeberechtigt. Interessierte können ab sofort die Unterlagen bei der Bundesbaudirektion in Bonn anfordern.

ZU GUTER LETZT

„Bei der Entladung der zweiten Maschine hat ein Beamter bei drei Millionen mit dem Zählen aufgehört, weil seine Hände müde wurden." Das berichtete die US-Fernsehgesellschaft ABC über die Entladung der Flugzeuge des früheren philippinischen Präsidenten Marcos in Hawaii.